

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Dokumentationsdienst  
3003 Bern  
Tel. 031 322 97 44  
Fax 031 322 82 97  
doc@pd.admin.ch

---

## 85.069 Arbeitsvermittlungsgesetz. Revision

---



85.069 - Objet du Conseil fédéral.  
**Loi sur le service de l'emploi. Révision**  
**Arbeitsvermittlungsgesetz. Revision**

Deutscher Text

**Date de dépôt** 27.11.1985

**Etat actuel** Liquidé

Message/Rapport: BBl 1985 III, 556 / FF 1985 III, 524

**Chronologie**

27.11.85 Botschaft des BR zu einem revidierten Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (AVG)

Zum besseren Schutz der Arbeitnehmer sollen künftig gemäss revidiertem AVG (BBl 85 III,556) sämtliche Formen der privaten Arbeitsvermittlung und damit auch der Personalverleih bewilligungspflichtig sein. Mit der Bewilligung ist die Pflicht zur Hinterlegung einer Kautions verbunden, aus der die Lohnansprüche der vom Verleihbetrieb angestellten Arbeitnehmer sichergestellt werden können. Der Verleiher wird ausserdem verpflichtet, gegenüber dem Arbeitnehmer die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen eines allgemeinverbindlichen GAV einzuhalten, sofern der Einsatzbetrieb einem solchen untersteht. Gleichzeitig schafft das AVG die Voraussetzungen für eine effizientere öffentliche (kantonale) Arbeitsvermittlung, deren Hauptzweck die Vermittlung von Arbeitslosen bleibt. Mit verschärften Strafbestimmungen soll die illegale Beschäftigung von Ausländern bekämpft werden.

11.03.87 NR beschränkt den Schutz der Temporärarbeitnehmer  
Der NR beschliesst mit 80:75, die Temporärarbeitnehmer nur unter den Schutz der allgemeinverbindlichen GAV zu stellen. Die Minderheit fordert vergeblich eine Ausweitung auf alle (rund 1500) GAV, um die Benachteiligung bei den Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüber dem ordentlichen Personal sowie die Umgehung der GAV durch Leiharbeit zu verhindern. Mit 71:56 heisst der NR gut, dass Personalverleiher zur Sicherung von Lohnansprüchen eine Kautions hinterlegen müssen. Mit 69:61 entscheidet der NR, dass die Betriebsbewilligung unbefristet gilt, aber entzogen werden kann.

28.09.88 SR verwirft Kautions für Temporärfirmen  
Der SR lehnt es mit 19:16 ab, von Temporärfirmen eine Kautions zur Sicherung von Lohnansprüchen zu verlangen. Der SR entscheidet zudem, im Personalverleih "nur in der Regel" einen Arbeitsvertrag vorzuschreiben und verankert sehr kurze Kündigungsfristen für das erste Dienstjahr. Ferner muss der Verleiher nur die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen (und nicht sämtliche Normen) eines allfälligen GAV einhalten.

06.03.89 NR hält an seiner Fassung fest  
Der NR hält bei den Kündigungsfristen und beim Geltungsbereich der allgemeinverbindlichen GAV an seinen Versionen sowie an der Kautionspflicht fest.

21.06.89 SR lenkt bei der Kautionspflicht ein  
Mit 23:10 erklärt sich der SR mit der Verankerung einer Kautionspflicht im AVG einverstanden. Hingegen hält der SR mit dem BR stillschweigend daran fest, dass der Verleiher gegenüber dem Arbeitnehmer nur die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen eines allgemeinverbindlichen GAV

einhalten muss.

18.09.89 NR räumt die letzten Differenzen aus  
Der NR findet sich mit einer beschränkten Verbindlichkeit  
der GAV im Personalverleih ab und verwirft mit 84:46 den  
Antrag, nur die Ruhe- und Arbeitszeitbeschränkungen, dafür  
aber sämtliche GAV zu berücksichtigen.

06.10.89 Schlussabstimmung im NR (158:0) und SR (33:4)

**Compétence** EVD

**Mots clefs libres** Wirtschaft, Arbeit, AVG, Arbeitsvermittlung, Personalverleih, Temporärfirma, OR,  
Arbeitsvermittlungsgesetz, Obligationenrecht

**Informations pour l'utilisateur**

Ce document provient d'une ancienne base de données en allemand, dont l'exactitude ne peut pas être  
garantie

---

 Home

**Siebente Sitzung – Septième séance**

**Dienstag, 10. März 1987, Vormittag**  
**Mardi 10 mars 1987, matin**

8.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Cevey

85.069

**Arbeitsvermittlungsgesetz.**  
**Revision**

**Loi sur le service de l'emploi.**  
**Révision**

Botschaft und Gesetzentwurf vom 27. November 1985 (BBI III, 556)  
 Message et projet de loi du 27 novembre 1985 (FF III, 524)

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

*Eintreten*

*Minderheit*

(Coutau)

*Nichteintreten*

*Proposition de la commission*

*Majorité*

*Entrer en matière*

*Minorité*

(Coutau)

*Ne pas entrer en matière*

**Reimann**, Berichterstatter: In seiner Botschaft vom 27. November 1985 unterbreitet der Bundesrat dem Parlament den Entwurf zu einer Revision des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung. Der Gesetzentwurf ist durch ein neues Kapitel über den Personalverleih ergänzt. Das geltende Arbeitsvermittlungsgesetz stammt aus dem Jahre 1951. Seither haben tiefgreifende Veränderungen in der Wirtschaft und in der Arbeitswelt stattgefunden. Nach einer während Jahren anhaltenden Hochkonjunktur hat unsere Wirtschaft in den siebziger Jahren einen schweren Kriseneinbruch erlitten. Seither ist ein Umstrukturierungsprozess in der Wirtschaft im Gang, der immer wieder zu Betriebschliessungen und zum Verlust von Arbeitsplätzen führt. Viele Arbeitnehmer werden aus ihrer angestammten beruflichen Tätigkeit herausgerissen und müssen sich nach einer neuen Beschäftigung umsehen. Der Arbeitsvermittlung kommt deshalb ein anderer Stellenwert zu, als das noch in den Jahren der Hochkonjunktur der Fall war.

Die unaufhaltsame technische Entwicklung lässt ahnen, dass der Umstrukturierungsprozess und die damit verbundene Unsicherheit und Instabilität für viele Arbeitsplätze weiterhin anhalten wird. Diese Entwicklung stellt bezüglich der Arbeitsvermittlung Anforderungen, denen das geltende Gesetz aus dem Jahre 1951 kaum genügen kann. Hinzu kommen neue Formen der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. So hat seit den Jahren der Hochkonjunktur der Personalverleih in der Schweiz einen starken Aufschwung erlebt, weshalb sich eine gesetzliche Regelung aufdrängt.

Im Verlaufe der vergangenen Jahre wurden nicht weniger als fünf parlamentarische Vorstösse eingereicht, welche verlangten, die sogenannte Temporärarbeit entweder gesetzlich zu regeln oder sogar zu verbieten. Zwar hat sich die

Arbeitsmarktsituation seit dem Kriseneinbruch der siebziger Jahre wieder wesentlich verbessert, was bei Betriebschliessungen und Entlassungen die Arbeitsvermittlung erleichtert. Aber die Zahl derjenigen, welche ihren angestammten Beruf verlassen müssen und gezwungen sind, nach einer neuen Existenzmöglichkeit Umschau zu halten, ist auch in der momentan relativ guten Beschäftigungslage sehr hoch. Die gegenwärtige Situation ist zudem dadurch gekennzeichnet, dass einzelne Berufe grosse Mangelware sind, während andere kaum mehr vermittelt werden können. Vor allem Arbeitnehmer in fortgeschrittenem Alter vermögen oft mit der technischen Entwicklung nicht mehr Schritt zu halten. Einmal aus ihrer gewohnten Beschäftigung herausgerissen, sind sie oft nur schwer vermittelbar. Aber auch die Verhältnisse in den einzelnen Regionen und von Branche zu Branche sind recht unterschiedlich. Während es in den grossen Industriezentren vor allem an gut qualifiziertem Fachpersonal, insbesondere an EDV-Spezialisten, mangelt, ist es in anderen Branchen wie zum Beispiel im Gastgewerbe, im Gesundheitswesen und in der Textilindustrie schwierig, Arbeitskräfte im Inland zu rekrutieren. Demgegenüber kennt die Schweiz Regionen – ich denke an die Uhrenindustriekantone –, welche eine weit über dem schweizerischen Durchschnitt liegende Arbeitslosigkeit aufweisen.

In den offiziellen Zahlen sind zudem die Tausende von ausgesteuerten Arbeitslosen nicht mitgezählt. Wir müssen aber auch damit rechnen, dass sich die Beschäftigungslage wieder verschlechtern könnte. Die Erfahrungen der siebziger Jahre haben deutlich gezeigt, dass die öffentliche Arbeitsvermittlung als arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium in einer plötzlich hereinbrechenden, schwierigen Situation nicht zu genügen vermochte. Verantwortlich dafür war, dass das geltende Gesetz den Aufgabenbereich der öffentlichen Arbeitsvermittlung zu wenig flexibel umschrieb und dass den Arbeitsämtern die materielle und personelle Infrastruktur fehlte. Um so wichtiger ist es, dass wir heute die Instrumentarien für eine zeitgemässe Arbeitsvermittlung bereitstellen, damit wir dann, wenn sich die Situation wieder verschlechtern sollte, nicht überrascht werden.

Die vom Biga erarbeitete Gesetzesvorlage bezweckt:

1. Missbräuche im Bereiche der privaten Arbeitsvermittlung und neu auch im Bereiche des Personalverleihs zu bekämpfen;

2. die Organisation der öffentlichen Arbeitsvermittlung den heutigen arbeitsmarktlichen Bedürfnissen anzupassen.

Diesen Zielen dienen denn auch hauptsächlich die Bewilligungsvoraussetzungen bei der privaten Arbeitsvermittlung und dem Personalverleih sowie die Schaffung der Rechtsgrundlagen für eine EDV-unterstützte Stellenvermittlung und die Schulung der öffentlichen Arbeitsvermittler.

Auf die Einführung einer bundesrechtlichen obligatorischen Meldepflicht für offene Stellen wurde verzichtet, obwohl verschiedene Kreise die Auffassung vertreten, dass eine solche Meldepflicht die Effizienz der öffentlichen Arbeitsvermittlung erheblich zu verbessern vermöchte. Der Entscheid über die Einführung einer obligatorischen Meldepflicht für offene Stellen bleibt somit weiterhin im Kompetenzbereich der Kantone, wie dies heute schon der Fall ist.

Strenge Bestimmungen enthält die Vorlage hingegen zur Bekämpfung der Beschäftigung oder Vermittlung von Ausländern, die über keine gültige Arbeits- oder Aufenthaltsbewilligung verfügen. Durch die im neuen Arbeitslosenversicherungsgesetz vorgesehenen Präventivmassnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit wurden den Arbeitsämtern neue Aufgaben übertragen. Die Massnahmen des Bundes, durch die Förderung der Umschulung und Weiterbildung Arbeitslosigkeit zu verhindern, wurden in das neue Arbeitslosenversicherungsgesetz aufgenommen und deshalb im redigierten Arbeitsvermittlungsgesetz gestrichen. Aber auch eine effiziente, allen Kreisen zugängliche öffentliche Arbeitsvermittlung ist eine Präventivmassnahme, welche mithelfen kann, Arbeitslosigkeit zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.

In der Revisionsvorlage sind Neuerungen aufgenommen,

welche zur Verbesserung der Situation beitragen und den Arbeitsämtern die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen ermöglichen soll. Dazu gehören die den veränderten Verhältnissen angepassten Arbeitsinstrumente, qualifiziertes Vermittlungspersonal sowie aktuelle Arbeitsmarktstatistiken. Viele Arbeitsämter arbeiten mit veralteten Arbeitstechniken, zum Beispiel mit zeitaufwendigen Karteisystemen. Das hat zur Folge, dass sich der Vermittler zu wenig mit dem Stellensuchenden befassen kann, weil er zu viel Zeit verliert. Uebrigens fehlt der notwendige Ueberblick über die offenen Stellen. Diesem Mangel soll durch die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen für ein von Bund und Kantonen gemeinsam betriebenes EDV-Informationssystem Abhilfe geschaffen werden.

Dieses EDV-unterstützte Arbeitsvermittlungssystem erleichtert dem Vermittler die Arbeit erheblich, weil es laufend über die vorhandenen offenen, gemeldeten Stellen in einem wünschbaren Umkreis informiert.

Zu einer effizienten Arbeitsvermittlung gehört auch eine solide Arbeitsmarktstatistik. Um rechtzeitig reagieren zu können und damit die Arbeitsmarktbehörden und der Bundesrat ihre Entscheide aufgrund der aktuellen Situation treffen können, müssen die aktuellen Arbeitslosenzahlen und die Zahlen über offene Stellen unmittelbar greifbar sein. Dies wird mit dem neuen System einer EDV-unterstützten Arbeitsmarktstatistik, welche auch interkantonal kompatibel ist, möglich sein. Ein seit 1982 laufendes Versuchsprojekt, an dem gegenwärtig 12 Kantone beteiligt sind, hat nach Aussagen des Biga die Erwartungen mehr als nur erfüllt.

Ein wichtiger Punkt betrifft die Schulung der Vermittler. Dies ist um so wichtiger, als sich bei den Arbeitszentren sehr oft und hauptsächlich die Schwervermittelbaren melden, die im besonderen Masse auf eine spezialisierte Betreuung angewiesen sind. Es existiert jedoch keine berufsspezifische Ausbildung für den Vermittler, weshalb es notwendig ist, dass sich Bund und Kantone dieser Aufgabe annehmen.

Das Gesetz soll die für die Finanzierung solcher Massnahmen notwendigen Rechtsgrundlagen schaffen. Eine Konkurrenzierung der privaten Arbeitsvermittlung ist durch diese Vorlage weder beabsichtigt noch zu befürchten. Die Unterstellung der gesamten privaten Arbeitsvermittlungstätigkeit unter die gesetzliche Aufsicht entspricht dem verfassungsrechtlichen Auftrag bezüglich Arbeitnehmerschutz. Indem bestimmte Bewilligungsvoraussetzungen verlangt werden, soll dem Stellensuchenden – insbesondere auch für die Auslandvermittlung – eine fachgerechte Vermittlung gewährleistet werden. Andererseits erfährt die private Arbeitsvermittlung eine gewisse Lockerung bezüglich Gebührenordnung und Bewilligungserneuerung. Neu im Gesetz ist die Unterstellung des Personalverleihs unter die Bewilligungspflicht.

Wie bereits ausgeführt, hat der Personalverleih in all seinen Formen in der Schweiz einen starken Aufschwung erfahren. Die im Schweizerischen Verband für Unternehmungen für temporäre Arbeit (SVUTA) zusammengeschlossenen Firmen weisen für das Jahr 1985 einen Umsatz von rund 393 Millionen Franken aus. Für die ganze Branche wird der Gesamtumsatz auf 525 Millionen Franken geschätzt. In den meisten mit uns vergleichbaren Ländern untersteht der Personalverleih der Bewilligungspflicht. In Schweden und in Italien ist der Personalverleih sogar verboten.

Auch die schweizerischen Gewerkschaften haben sich schon mehrmals für ein Verbot des Personalverleihs ausgesprochen. In der Tat ist der Personalverleih ein Störfaktor in den sozialpartnerschaftlichen Beziehungen, weil damit die Gesamtarbeitsverträge umgangen und die Arbeitnehmer einem wesentlichen Schutz entzogen werden. Es muss befürchtet werden, dass eine weitere unkontrollierte Zunahme des Personalverleihs zu einer empfindlichen und unerwünschten Schwächung des Gesamtarbeitsvertragsgedankens mit allen damit zusammenhängenden Folgen führen könnte. Zudem ist vor allem in kleinen Verleihbetrieben die soziale Sicherheit nicht gewährleistet. Auch die Lohnzahlung ist oft nicht sichergestellt, weil dem Unternehmen die nötige materielle Substanz fehlt. Ein Verleihbetrieb ver-

fügt in der Regel nicht über die im Verhältnis zur Arbeitnehmerzahl stehende Fabrikanlage. Um diesem Mangel zu begegnen, ist im Gesetz die Hinterlegung einer Kaution vorgesehen.

Es sind denn auch vor allem die unzähligen kleinen Verleihbetriebe, die immer wieder durch krasse Missbrauchsfälle von sich reden machen.

So hat eine Umfrage ergeben, dass der Anteil an illegal beschäftigten ausländischen Arbeitnehmern bei den Personalverleihbetrieben unverhältnismässig hoch ist. Bekannt ist der Fall eines Genfer Vermittlungsbüros, das 100 ausländische Schwarzarbeiter beschäftigte und aus diesem illegalen Geschäft 140 000 Franken Gewinn erwirtschaftete.

Aber auch Verstösse gegen das Arbeitsgesetz, zum Beispiel gegen das Nachtarbeitsverbot für Jugendliche, sind recht häufig. Wie wichtig die Unterstellung der Verleihfirmen unter die Bewilligungspflicht ist, geht aus einem Fall hervor, wo ein Vermittler, dem die Bewilligung für die Arbeitsvermittlung verweigert wurde, einfach auf eine Personalverleihfirma umgestiegen ist. Obwohl diese Verstösse gegen das Gesetz weniger für die grossen Verleihbetriebe zutreffen, drängt sich eine gesamthafte Regelung auf, um insbesondere eine Umgehung des gesamtarbeitsvertraglichen Systems zu vermeiden.

Die Notwendigkeit einer Gesetzesrevision kommt auch in den Stellungnahmen zum Vorentwurf zum Ausdruck. Von den 25 Kantonen und Halbkantonen, welche sich an der Vernehmlassung beteiligten, haben sich deren 18 klar positiv zum Vorentwurf geäussert. 5 Kantone haben grundsätzlich zugestimmt. Nur je ein Kanton war skeptisch oder ablehnend. Von den 7 politischen Parteien, welche an der Vernehmlassung teilnahmen, war als einzige die liberale Partei gegen die Revisionsvorlage. Auch zwei Drittel der angefragten interessierten Organisationen gaben zustimmende Stellungnahmen ab.

Unsere Kommission hat die Vorlage an insgesamt sechs Sitzungstagen durchberaten. Nach einer sehr ausgedehnten Diskussion hat sie mit 11 zu 7 Stimmen Eintreten beschlossen. Ein Antrag, Kapitel 3 (Personalverleih) nicht zu behandeln und in einer Motion die Ergänzung des Obligationenrechts zu verlangen, wurde mit 15 zu 3 Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal erlitt mit 14 zu 5 Stimmen ein Antrag, den Personalverleih zu verbieten.

Die Mehrheit der Kommission ging davon aus, dass eine Regelung des Personalverleihs im Obligationenrecht notwendig und wünschenswert sei. Wichtige Probleme, wie zum Beispiel das Bewilligungsverfahren, können jedoch nicht über das OR gelöst werden. Zudem würde eine kaum verantwortbare zeitliche Verzögerung eintreten. Auch ein Verbot des Personalverleihs wäre kaum mehr realisierbar, abgesehen davon, dass sowohl auf Arbeitgeberseite als auch auf Arbeitnehmerseite ein gewisses Interesse vorhanden ist.

Auf die Aenderungen im Gesetzesentwurf, die Ihnen die Kommission vorschlägt, werden wir in der Detailberatung eintreten.

Gestatten Sie mir jedoch, dass ich mich bei meinen Ausführungen zum Eintreten zum wohl wesentlichsten Aenderungsantrag äussere: Ich meine die Anwendung der gesamtarbeitsvertraglichen Bestimmungen für das Leihpersonal in Betrieben, welche einem Gesamtarbeitsvertrag unterstehen. In der Vorlage war vorgesehen, dass nur allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge zur Anwendung kämen. Zudem wollte man die Anwendung auf die Lohn- und Arbeitszeitfragen beschränken. Mit dieser massiven Einschränkung würde jedoch nur ein kleiner Teil von Betrieben und Branchen erfasst. Die überwiegende Zahl der in unserem Land gültigen Gesamtarbeitsverträge sind vom Bund nicht allgemeinverbindlich erklärt. Von den vielen im Bereiche der Maschinen- und Metallindustrie sowie des Metallgewerbes gültigen Gesamtarbeitsverträgen ist ein einziger allgemeinverbindlich erklärt.

Mit der vom Bundesrat ursprünglich vorgesehenen Regelung würde bei der grossen Mehrheit des ausgeliehenen Personals der im Einsatzbetrieb geltende Gesamtarbeitsver-

trag nicht zur Anwendung kommen. Das Problem der ungleichen Behandlung der Arbeitnehmer im gleichen Betrieb und die Umgehung des Gesamtarbeitsvertrages wären damit nicht gelöst. Die Verwaltung hat deshalb im Auftrag der Kommission einen neuen Text ausgearbeitet, mit dem alle gültigen Gesamtarbeitsverträge erfasst werden, d. h.: das Ausleihpersonal soll nach dem im Einsatzbetrieb geltenden Gesamtarbeitsvertrag gehalten werden. Die Kommission hat dieser neuen Fassung mehrheitlich zugestimmt. Die Kommission hat es auch übernommen, jenen Teil der Initiative Nanchen, der sich mit der Arbeitsvermittlung befasst, zu behandeln. Punkt 3 dieser Initiative soll den Bund verpflichten, Massnahmen zur Förderung der beruflichen Wiedereingliederung und Umschulung der Frauen, die aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit für mehrere Jahre unterbrochen haben, zu treffen. Ein Antrag auf Einbau einer entsprechenden Bestimmung in das zu behandelnde Gesetz wurde von der Kommission mehrheitlich abgelehnt. Hingegen hat die Kommission zwei Postulate verabschiedet. Ein entsprechender Bericht wurde im Rat zur Stellungnahme unterbreitet.

Unsere Kommission hat in der Schlussabstimmung mit 11 gegen 8 Stimmen der Revisionsvorlage zugestimmt. Sie beantragt Ihnen die Abschreibung der folgenden parlamentarischen Vorstösse: Wyler/Deneys: Temporäre Arbeit; Zehnder: Massnahmen gegen temporäre Arbeit; Gehler: Temporärarbeit Gesamtarbeitsvertrag; Zehnder: Temporärarbeit Gesamtarbeitsvertrag; Renschler: Temporäre Arbeit. Die Arbeiten der Kommission wurden durch die Verwaltung, welche uns mit den notwendigen Informationen bediente, aktiv unterstützt. Mit einem Film wurden uns praktische Beispiele der Arbeitsvermittlung geliefert. Ich benütze die Gelegenheit, der Verwaltung, insbesondere Herrn Biga-Direktor Dr. Klaus Hug und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für diese grosse und fachkundige Unterstützung im Namen der Kommission zu danken. Danken möchte ich auch dem zurückgetretenen Herrn Bundesrat Kurt Furgler, der die Kommission während der Beratungen begleitete und uns von seinem langjährigen Erfahrungsschatz und seiner grossen Fachkenntnis hat profitieren lassen. Ich bedaure es, dass es nicht möglich war, entsprechend dem Wunsch der Kommission die Vorlage in der Wintersession zu behandeln, wodurch sich Herr Bundesrat Delamuraz für die parlamentarische Behandlung völlig neu in die Thematik einarbeiten musste.

Im Namen der Mehrheit der Kommission beantrage ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und den Minderheitsantrag Coutau abzulehnen.

**M. Darbellay**, rapporteur: La loi sur le service de l'emploi et la location de services est chargée de remplacer deux lois, l'une de 1951 sur le service de l'emploi et l'autre de 1888 concernant les opérations des agences d'émigration. Sans parler de la deuxième qui sera centenaire l'année prochaine, remarquons que depuis 1951 pas mal de choses se sont passées. Nous avons connu, d'une part, une conjoncture sans cesse croissante jusque dans les années septante. Puis, ce furent les difficultés, la crise même, a-t-on dit. On a connu des fermetures d'entreprises, on a connu le chômage et l'on sait maintenant que la restructuration est devenue nécessaire dans de nombreux domaines. Il s'agit, par conséquent, de se mettre en accord avec la situation actuelle. Autres modifications importantes: on a connu les entreprises de travail temporaire appelées dans la loi «location de services». Ces entreprises ont été l'objet de nombreuses interventions. On a même demandé à plusieurs reprises de les interdire. A cause de ces modifications, il est devenu absolument indispensable de réviser la loi. Et celle que nous vous proposons aujourd'hui vise trois buts. Il s'agit d'abord de lutter contre les abus pour protéger les travailleurs en ce qui concerne le placement privé d'une manière générale et plus particulièrement encore en ce qui concerne la location de services. Il s'agit ensuite de donner aux offices publics de travail les moyens de répondre aux exigences nouvelles du marché du travail. Et il s'agit, en troisième lieu, de lutter

contre l'engagement et l'entrée illégale de travailleurs étrangers et contre les organisations qui les favorisent.

Afin de résoudre ces problèmes, trois chapitres importants sont compris dans la loi: d'abord, l'un d'eux qui se rapporte au placement privé. On exige de toutes les entreprises qui font du placement privé qu'elles aient au préalable une autorisation cantonale, cette autorisation étant délivrée aux personnes qui ont la formation nécessaire et qui donnent toute garantie en ce qui concerne leur travail.

Les entreprises qui s'intéressent aux placements à l'étranger ou aux placements de personnes étrangères sont soumises à des exigences particulières. Il faut dans ce cas une autorisation de l'OFIAMT et on exige des personnes qui s'occupent de ces placements, soit une connaissance des conditions de travail à l'étranger et des dispositions légales pour les personnes qui s'occupent du placement à l'étranger, soit de bonnes connaissances de la loi sur le séjour et l'établissement des étrangers en Suisse et du droit du travail suisse en général pour les personnes qui s'occupent du placement d'étrangers en Suisse.

L'autorisation, selon le projet du Conseil fédéral, est accordée pour une année, il s'agit au fond d'une année d'essai, elle est renouvelable pour une période de cinq à dix ans. En ce qui concerne le service public de l'emploi, les offices de travail doivent enregistrer les demandes d'emploi et les places vacantes annoncées. Les employeurs ont l'obligation d'annoncer les licenciements massifs ainsi que les fermetures d'entreprises. Cette disposition s'applique à toutes les entreprises qui emploient six travailleurs et plus.

Nous avons renoncé à l'obligation des employeurs d'annoncer les places vacantes, ceci pour éviter les tracasseries administratives et des contrôles difficiles. Le travail de l'OFIAMT complète les services cantonaux. Il doit organiser un service d'information pour l'étranger. Il peut, avec les cantons, instaurer un système commun d'information. Dans ce domaine, nous avons une certaine expérience. Depuis 1982, ce service existe. Douze cantons y participent. Il a donné satisfaction. L'OFIAMT doit, en outre, observer et analyser la conjoncture, tenir les statistiques et les mettre à disposition des services cantonaux.

Vous remarquez que le service public de l'emploi reste strictement dans les limites des obligations normales actuelles des cantons et de la Confédération. En aucun cas, il ne peut faire concurrence au placement privé qui reste prioritaire.

Il y fallait traiter en outre le problème de la location de services ou travail temporaire. C'est le problème qui a suscité des discussions; cela se comprend, puisque c'est un problème nouveau. Et vous l'avez entendu tout à l'heure, cinq interventions parlementaires le concernaient.

Nous avons eu des propositions extrêmes. Une proposition d'interdiction pure et simple du travail temporaire, et, de l'autre côté, une proposition qui prévoyait de ne pas réglementer ce travail dans cette loi, mais de voter une motion à l'intention du Conseil fédéral le priant de modifier le code des obligations. Eh bien! la commission a choisi une fois de plus, dirais-je, la voie médiane.

Elle se dit que le travail temporaire existe, il existe depuis des décennies maintenant et il rend des services indéniables. Par conséquent, il n'y a pas lieu de le supprimer, mais il a donné lieu à des abus, il faut le reconnaître. Nous devons, par conséquent, essayer d'éviter ces abus; il faut apporter un certain ordre par la législation.

Nous constatons d'ailleurs que le travail temporaire est utile aux entreprises qui ont besoin d'un supplément de travailleurs pendant un certain nombre de semaines ou de mois, il est utile aussi aux travailleurs qui cherchent à se placer pendant un certain temps.

Les dispositions proposées sont un peu semblables à celles qui concernent le placement privé, il faut aussi une autorisation et, en plus, une caution. Certains se sont posé la question de la nécessité de cette caution puisqu'on ne l'exige pas des autres entreprises. Je crois qu'il faut voir le caractère très différent d'une entreprise de travail temporaire et d'une entreprise créatrice de biens ou de services.

Dans ces dernières, il y a toujours la substance voulue, qui est fabriquée en quelque sorte, qui est produite pour permettre, quand les choses se passent normalement, de payer ces travailleurs. En ce qui concerne l'entreprise de location de services, elle ne crée pas elle-même les biens, elle est tributaire des autres entreprises, si bien que si elle n'a pas pu louer ses travailleurs, elle pourrait se trouver dans des difficultés particulières. Il est normal de prévoir une caution. Dans les cantons qui ont réglementé le problème, ces cautions existent.

L'article 20 traite d'un problème particulier. Le Conseil fédéral proposait de soumettre à la convention collective les travailleurs engagés dans les entreprises pour autant qu'il y ait, pour cette convention collective, déclaration d'extension. La commission a pensé que les travailleurs engagés dans une entreprise soumise à convention collective devaient être protégés au même titre que les autres travailleurs et que par conséquent, en ce qui concerne les conditions de salaire et de travail, la convention collective devait leur être applicable. Cette modification a d'ailleurs été faite en accord avec M. Furgler, conseiller fédéral, et avec l'aide de l'administration pour la formulation. Ceci me donne l'occasion de remercier toutes les personnes qui ont collaboré avec la commission – M. Klaus Hug, directeur de l'OFIAMT, et ses collaborateurs, qui nous ont apporté tous les renseignements voulus ainsi que l'aide nécessaire pour la formulation des modifications, M. Furgler, conseiller fédéral, qui s'est engagé dans ce domaine, selon son habitude – et nous nous réjouissons maintenant de traiter le problème avec le successeur de M. Furgler à la tête de ce département, M. Delamuraz, à condition bien entendu que vous votiez l'entrée en matière.

Nous constatons que le projet présenté est équilibré et modéré. Après une longue discussion, la commission a décidé d'accepter l'entrée en matière, à 11 voix contre 7, et nous vous invitons à en faire de même.

**Zehnder:** Als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion und Vertreter der Gewerkschaften danke ich vorerst den zuständigen und verantwortlichen Personen, die zu diesem Gesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih beigetragen haben, insbesondere dafür, dass diese Gesetzesrevision endlich beim Parlament liegt, ist sie doch bereits seit 1975 in den Richtlinien der Regierungspolitik als Geschäft erster Priorität aufgeführt.

Hier geht es nicht allein um ein sozialpolitisches, sondern auch um ein arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium, das die Arbeitnehmer betrifft und somit die Mehrheit unseres Landes. Glücklicherweise werden immer nur einzelne oder kleinere Gruppen von diesen Stützungs- und Schutzmassnahmen Gebrauch machen müssen. Aber jeder einzelne ist schon zuviel, zudem weiss heute niemand – in allen Berufszweigen, Ausbildungskategorien und Gehaltsstufen –, ob er nicht unverhofft zu den Betroffenen gehört.

Sollten die Arbeitgeber auch eine ordnungspolitische und der Rechtsgleichheit dienende Notwendigkeit, insbesondere beim Abschnitt Personalverleih, herauszuspüren vermögen, dann wird diese Revision auch von ihnen bejaht werden müssen. Keinem Unternehmer, der an gesamtarbeitsvertragliche Bestimmungen gebunden ist, kann es aus Wettbewerbsgründen gleichgültig sein, ob er gerade in bezug auf Arbeitszeit und Sozialleistungen mit ungleichen Belastungen bei der Ausrechnung von Auftragsangeboten konkurrieren kann.

In schriftlichen Unterlagen lässt sich bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts ein grosses Bedürfnis für die private und auch öffentliche Arbeitsvermittlung je nach Wirtschaftslage nachweisen. Die Welt ist nicht still gestanden. Die Wirtschaft hat sich kolossal verändert. Denken wir an die Industrialisierung, an die technische Entwicklung über Fließband, Automation bis hin zum Computer und Roboter-einsatz, denken wir aber auch an die gegenwärtige bedenkliche Lage auf dem Arbeitsmarkt in den umliegenden Ländern mit den Millionen Arbeitslosen und Wirtschaftsflüchtlingen sowie auch an die gesellschaftlichen Veränderungen.

Ja, es ist notwendig und wirklich Zeit, dass das Gesetz aus dem Jahre 1951 den veränderten Verhältnissen angepasst und mit neuen erforderlichen Schutzbestimmungen ergänzt wird.

Ziel der Arbeitsvermittlung ist die Verhütung und Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sowie der Schutz des Stellensuchenden vor Ausnützung und materieller Uebervorteilung. Die bis heute fehlende oder ungenügende Transparenz auf dem Arbeitsmarkt soll durch eine Meldepflicht und eine aussagekräftige Statistik vorhandene Arbeitsplätze sichern und die Vollbeschäftigung fördern. Die öffentliche Vermittlung erfolgt im Sinne des IAO-Uebereinkommens Nr. 88 aus dem Jahre 1948, das von der Schweiz ratifiziert wurde und grundsätzlich die unentgeltliche Vermittlung vorschlägt. Jetzt sollen mit ergänzenden Bestimmungen die Aufgaben verdeutlicht, die Zusammenarbeit unter den Kantonen mit gezielten Massnahmen verbessert und speziell eine individuelle Beratungs- und Vermittlungstätigkeit durch qualifizierte Vermittler angestrebt werden.

Die private Arbeitsvermittlung wird neu in allen Sparten mit einer Bewilligungspflicht belegt und hat sich Bestimmungen zu unterziehen, die fachlich qualifizierte Arbeitsvermittlung gewährleistet und dem Stellensuchenden Schutz vor un gerechtfertigten Kosten oder finanziellen Verpflichtungen bietet.

Durch Tarifverhandlungen, durch Tarifvorschriften wird eine materielle Rechtsvereinheitlichung vorgesehen und gleichzeitig das gerichtliche Verfahren im Sinne des Arbeitsrechtes geregelt, was ein schnelles und bis zum festgelegten Streitwert kostenloses Verfahren ermöglichen soll.

Im Vernehmlassungsverfahren 1983-1984 kam zum Ausdruck, dass die Kantone, die Regierungsparteien und Arbeitnehmerverbände grossmehrheitlich diese Gesetzesrevision als notwendig und dringlich beurteilten. Die Arbeitgeberorganisationen dagegen liessen verlauten, dass die Dringlichkeit des Geschäftes nicht gegeben sei, es sich insgesamt um eine übertriebene Reglementierung handle und überhaupt kein ausreichendes Bedürfnis bestehe. Heute wird aus der gleichen Richtung sogar ein Antrag auf Nichteintreten gestellt, eine Reaktion, die nicht erstaunt, wenn wir die Gesamtheit der Minderheitsanträge auf der Fahne beachten. Diese sind ja Ausdruck eines Widerstandes, der die freie und schutzlose Vermarktung der Arbeitskraft und den Arbeitnehmerschutz in diesem Punkt schamlos beiseite lässt, zu dem wir, das Parlament, verfassungsmässig verpflichtet sind.

Was sich im Alltag unter dem Titel «Arbeitsvermittlung» und insbesondere «Arbeitsverleih» abspielt, ist schlicht und einfach skrupellos. Zugegeben, nicht alles ist verwerflich; es gibt auch positive und zum Teil sogar wünschbare Formen in diesen Tätigkeitsbereichen. Aber jetzt wollen wir einmal zu Wort kommen. Gegen Missbräuche – ich unterstreiche Missbräuche – müssen auch hier Schranken aufgestellt werden. Dieses neue Gesetz will nicht Gutes verhindern. Es will Missbräuche mit der menschlichen Arbeitskraft verhindern. Es will Voraussetzungen schaffen, dass der Hilfesuchende qualifiziert betreut und beraten wird. Es will Normen dort setzen, wo bisher vernünftige Grenzen verlassen wurden. Es will den Sklavenhandel und die Schwarzarbeit verhindern. Ja, es hat zum Zwecke, dass der Betrug an unseren Sozialversicherungen geahndet wird, und nicht zuletzt, dass die Vereinbarungen in Form von Gesamtarbeitsverträgen zwischen den Sozialpartnern nicht unterlaufen beziehungsweise entwertet werden.

«Mein Gott!» möchte man da ausrufen, «wer in diesem Saale will denn diese Voraussetzungen für die Sicherheit der arbeitenden Mitbürger und den Arbeitsfrieden in unserem Lande nicht?»

Die sozialdemokratische Fraktion jedenfalls stimmt mit Ueberzeugung für Eintreten.

Ich ersuche Sie inständig, hören Sie einmal nicht auf die Schwarzmaerei, lassen Sie sich von Ihrem Gewissen leiten, lehnen Sie den Antrag Coutau ab und folgen Sie in der Detailberatung der Kommissionsmehrheit.

**Seiler:** Die CVP-Fraktion stimmt mit Ueberzeugung für Eintreten auf diese Vorlage. Wir unterstützen in den wesentlichsten Punkten auch die Anträge der Mehrheit der Kommission.

Die CVP betrachtet die Arbeitsvermittlung als wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument zur Erhöhung der Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes. Mit einer effizienten Arbeitsvermittlung kann nicht nur die Uebergangszeit zwischen Arbeitslosigkeit und erneuter Erwerbstätigkeit verkürzt, sondern auch besser dafür gesorgt werden, dass die Anforderungsstruktur des Arbeitsplatzes und die Qualifikation des Stellensuchenden übereinstimmen.

Die Aufgaben der Arbeitsvermittlung haben sich seit Erlass des geltenden Gesetzes sowohl quantitativ wie qualitativ gewandelt. Wie Bruno Marelli in seiner Studie feststellt, hat die Arbeitsvermittlung heute nicht mehr allein die Aufgabe, für einen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen, sondern ist Bestandteil eines umfassenden arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Instrumentariums. Die Tätigkeit erschöpft sich nicht mehr in dem reinen Arbeitsnachweis, also der Erfassung der Stellensuchenden und der offenen Stellen. Die Aufgabe besteht vor allem darin, die Vermittlung unter Berücksichtigung der jeweiligen allgemeinen wirtschaftlichen Situation vorzunehmen. An die Arbeitsvermittlung und insbesondere an die Vermittler werden daher heute wesentlich höhere Anforderungen gestellt. Das geltende Gesetz weist infolge dieser Entwicklung einige Mängel und auch einige Lücken auf. Einerseits werden neuere Vermittlungsformen nicht erfasst – z. B. Personalverleih und Personalberatung –, andererseits ist es schon ohne grosse Schwierigkeiten möglich, die Bestimmungen des Gesetzes zu umgehen.

Die uns unterbreitete Vorlage erfasst die neuen Formen der Arbeitsvermittlung. Die Fraktion der CVP unterstützt daher insbesondere bei Artikel 2 (bei der Ausweitung der Bewilligungspflicht) die Kommissionsmehrheit, um die klar erkannten Lücken im geltenden Gesetz zu schliessen. Mit der Ausweitung der Bewilligungspflicht kann nicht nur ein wirkungsvoller Beitrag zur dringend notwendigen Bekämpfung der Vermittlung von Schwarzarbeit geleistet, sondern zum Schutze der Arbeitnehmer eher eine fachlich qualifizierte Arbeitsvermittlung gewährleistet werden.

Die Fraktion der CVP begrüsst ebenfalls die Einführung einer Bewilligungspflicht für den Personalverleih. Wir sind nicht grundsätzlich gegen diesen Personalverleih; die Temporärarbeit ist eine Realität, und es sind nicht nur die Arbeitgeber, sondern ebenso viele Arbeitnehmer, welche diese Institution schätzen. Aber bedenken Sie: Bei diesem Geschäft geht es nicht um irgendeine Ware, mit der gehandelt und Geld verdient wird, es geht um Menschen. Wir erachten daher die Bewilligungspflicht im Sinne einer Missbrauchsbekämpfung nicht nur als angebracht, sondern als notwendig. Der Umstand, dass im Unterschied zur Arbeitsvermittlung keine Bewilligungspflicht für den Personalverleih besteht, führte zu einem eigentlichen Wildwuchs von Firmen, die mit zweifelhaften Geschäftspraktiken und überetzten Gewinnen arbeiten. Nur strenge Mindestvorschriften für die Gründung von solchen Verleihfirmen können zum besseren Schutz des einzelnen Arbeitnehmers beitragen. In diesem Sinne unterstützen wir auch die Pflicht zur Hinterlegung einer Kautions. Die Eintrittsschwelle für Anbieter auf dem Temporärmarkt darf aufgrund von negativen Erfahrungen durchaus ein wenig hoch angesetzt werden. Betreffend die Höhe dieser Kautions sind wir mit dem Bundesrat einig: das notwendige Kapital zur Sicherung der Ansprüche der Arbeitnehmer soll etwa einen Monatslohn der jeweils angestellten Arbeitnehmer decken.

Als wichtigen Schutz für die verliehten Arbeitnehmer betrachten wir Artikel 20, wonach im Einsatzbetrieb die gemäss einem Gesamtarbeitsvertrag geltenden Bestimmungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten sind. Ein Teil unserer Fraktion möchte sich allerdings im Sinne der Minderheit auf die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge beschränken.

In bezug auf die öffentliche Arbeitsvermittlung unterstützen

wir grundsätzlich die Vorschläge der Kommissionsmehrheit. Dies gilt insbesondere auch für Artikel 1. Auch wenn wir der privaten Arbeitsvermittlung den Vorrang einräumen – an diesem Vorrang wird sich auch nach Inkraftsetzung dieses Gesetzes nichts ändern –, erachten wir die Einschränkungen für die öffentliche Arbeitsvermittlung, wie sie die Kommissionsminderheit vorschlägt, als verfehlt und als nicht praktikabel. Wir begrüssen insbesondere auch die Einführung der computerunterstützten Arbeitsvermittlung, wie sie als Pilotversuch in verschiedenen Kantonen besteht und hoffentlich auch bald auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden kann.

Die heutige öffentliche Arbeitsvermittlung mit ihrem veralteten Instrumentarium aus den fünfziger Jahren ist nicht imstande, Arbeitgebern und Stellensuchenden durch Information und Beratung Hilfe zur Selbsthilfe zu gewähren. Vor allem in der Rezession der siebziger Jahre zeigte sich, dass die Informationen über die aktuellen Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreichten, um sie als Entscheidungsgrundlagen für die beschäftigungspolitischen Massnahmen verwenden zu können.

Mit dem neuen Instrumentarium ist es möglich, die Effizienz der öffentlichen Arbeitsvermittlung zu verbessern. Eine gut funktionierende Vermittlung bewirkt sowohl eine Verkürzung der Arbeitslosigkeit als auch eine Hebung der Qualität der Vermittlung.

In diesem Sinne bitten wir Sie, auf die Vorlage einzutreten und in den wichtigsten Punkten die Vorschläge der Kommissionsmehrheit zu unterstützen.

**M. Coutau,** porte-parole de la minorité: Je tiens tout d'abord à préciser une petite question de forme. Il n'est en effet pas habituel qu'un membre d'une commission présente une proposition de ne pas entrer en matière sur un projet de loi au nom de son groupe, après la fin des travaux de la commission, et ceci sous la forme d'un amendement distinct qui ne figure pas sur le dépliant où sont pourtant transcrites les propositions de la commission. On pourrait penser que cette procédure inhabituelle reflète un repentir tardif et que cette proposition de non-entrée en matière est complètement improvisée. Je vous rassure, il n'en est rien! En commission, dès le début, j'ai déposé une proposition de ne pas entrer en matière, de même d'ailleurs qu'un autre collègue. Après un débat circonstancié, ces propositions ont été rejetées par une majorité de 11 voix contre 7 et une seule abstention. Il semble s'être alors produit un malentendu. Je pensais avoir dûment déposé une proposition de minorité correspondante. Mais celle-ci n'a pas été enregistrée par l'administration, si bien qu'elle ne figure pas sur le dépliant. Je crois pourtant pouvoir dire que ma proposition d'aujourd'hui est présentée au nom de cette minorité, et en tout cas au nom du groupe libéral. Ceci étant précisé quant à la forme j'en viens au fond.

Le projet de loi est à mes yeux un exemple de législation fédérale certes pleine des meilleures intentions, mais en fait de nature à accréditer les reproches de lourdeur, de perfectionnisme, de suspicion à l'égard du secteur privé et de centralisme administratif qu'une partie croissante des citoyens de ce pays adresse à l'Etat. Elle est à la fois tatillonne et boursoufflée, démesurément ambitieuse et inutilement rigide. A l'origine, la loi sur le service de l'emploi avait pour but légitime de protéger les travailleurs contre les abus de placeurs privés davantage intéressés à se remplir les poches qu'à procurer un travail adéquat à un demandeur d'emploi. Par la suite, on a voulu créer un service public de l'emploi chargé notamment «de prévenir et de combattre le chômage». Ce dernier objectif ayant été entre-temps assigné à la loi sur l'assurance-chômage, le nouveau projet entend réviser complètement les dispositions sur le placement privé, étendre le champ d'action du service de placement public et en accentuer les compétences centralisatrices. Enfin il vise à innover dans une réglementation détaillée du service de placement privé temporaire.

Il s'agit de dire d'abord avec une très grande satisfaction que le marché de l'emploi en Suisse fonctionne bien. Les

différents mécanismes qui favorisent ce bon fonctionnement assurent la souplesse et les ajustements nécessaires grâce à une collaboration confiante de nombreux organismes, tant privés que publics, tant individuels que collectifs. Ce certificat de bon fonctionnement ne se lit pas seulement dans les statistiques de chômage, heureusement légères, mais aussi dans les pages d'offres d'emploi qui se multiplient dans nos journaux. Même pendant la récession des années 1975 et 1979, la coopération des partenaires sociaux, des institutions sociales et le recyclage ont permis de limiter considérablement les dégâts sur l'emploi. Aujourd'hui, les effectifs des demandeurs d'emploi sont presque dérisoires en comparaison des chiffres correspondants des pays qui nous entourent.

Ces constatations satisfaisantes sont d'ailleurs relevées avec félicitations par les experts de l'OCDE qui chaque année publient un rapport sur la situation économique dans notre pays. L'an dernier, des compliments étaient précisément adressés à la Suisse en raison de la souplesse et de la capacité d'adaptation de son marché de l'emploi. Cette année, le rapport vient de paraître et les experts relèvent, parmi les causes des performances enviées de notre économie nationale, notamment le système de libre marché qui la caractérise, la concertation entre partenaires sociaux et l'ingérence relativement faible de l'Etat dans l'infléchissement conjoncturel et structurel de notre économie. Dans ces conditions, est-il vraiment urgent de réviser complètement les dispositions réglementant le marché de l'emploi en les alourdissant, en les compliquant, en les rigidifiant, alors qu'il doit, au contraire, être souple et adaptable? Pour notre part, la réponse est négative.

Nous reconnaissons que quelques modifications doivent intervenir, essentiellement dans l'idée première de la loi sur le service de l'emploi, c'est-à-dire pour mieux protéger les demandeurs d'emploi contre quelques margoulines peu scrupuleux. Mais de là à laisser planer la suspicion, comme le fait le projet, sur tous les offices de placement, et les soumettre à des mesures vexatoires, vécilleuses et rigides, il y a un pas que nous refusons de franchir.

Je l'ai dit, le projet entend réviser complètement la réglementation du placement privé, étendre le placement public et innover dans le domaine du placement temporaire et de la location de services. Nous avons des objections à présenter dans ces trois chapitres.

En matière de placement privé, la loi distinguait jusqu'ici entre divers offices. Seuls les offices à but lucratif étaient astreints à une autorisation, certes révocable, bien sûr, mais durable. Le projet voudrait astreindre ces bureaux de placement à une autorisation de durée limitée dans le temps et pour le renouvellement de laquelle des procédures administratives devraient être à chaque fois renouvelées.

Mais qui plus est, les bureaux d'intérêt public seraient eux aussi astreints dorénavant à cette autorisation. Il existe en effet un très grand nombre d'offices de placement bénévoles. Ils sont mis sur pied parfois par des partenaires sociaux, parfois par les organisations professionnelles, parfois par les paroisses ou encore des écoles elles-mêmes. Des associations d'étudiants existent qui veillent au placement de leurs membres. Tous ces organes seraient dorénavant astreints à la loi, comme s'ils avaient démérité, comme s'ils n'étaient pas dignes de confiance, comme s'il était nécessaire de les surveiller étroitement et de les placer sous la houlette tutélaire mais rigoureuse d'une administration publique.

S'ajoutent encore à ces organes de placement tous les bureaux spécialisés dans la recherche et la sélection de personnel hautement qualifié, cadres supérieurs et directeurs d'entreprises, conseils de gestion, etc. Ils seraient également assujettis à la loi comme si, à ce niveau de qualification, il était nécessaire que l'Etat protège les candidats recherchés. Le projet excède totalement son but légitime.

Non seulement tous ces offices seraient tenus d'obtenir une autorisation en bonne et due forme, limitée d'abord à une année puis à cinq ou dix ans, mais encore ils devraient

démontrer qu'ils répondent à des conditions sévères, touchant aussi bien leurs connaissances professionnelles que leur réputation. Si, par malheur, ils entendaient étendre leur activité à l'étranger, ils devraient démontrer des qualifications dissuasives pour la plupart désintéressées. Enfin, les obligations du placeur sont décrites par le menu et la menace du retrait de l'autorisation pèse à la moindre incartade.

Une fois encore, je ne mets pas en cause une protection nécessaire des demandeurs d'emploi, mais ce projet suspicieux et tatillon dépasse le sens de la proportion.

Quant au service public, il n'a rien moins comme ambition que de créer et maintenir un marché du travail équilibré. Bien entendu, cela implique un développement substantiel par rapport à sa situation actuelle. En effet, aujourd'hui, les services publics de placement relèvent essentiellement des cantons. Cela est légitime dans un pays fédéraliste dont le marché du travail est très loin d'être géographiquement homogène. Dans les cantons, ces services, conçus pour la plupart dans une fonction subsidiaire par rapport aux offices privés, fonctionnent de façon satisfaisante. Ils connaissent un développement variable, au gré des besoins locaux, des lois cantonales correspondantes et des spécificités du marché du travail régional.

Le projet pêche à nos yeux à deux égards. D'une part, il fait largement perdre au service public de placement son caractère subsidiaire. Si le message fait une brève allusion à ce sujet, aucune disposition de la loi ne le précise. On peut donc craindre un empiètement progressif de l'administration publique sur les offices de placement privés. D'autre part, l'OFIAMT voit ses compétences sensiblement étendues sur les offices cantonaux. Sous couvert de rationalisation et de coordination, il étendrait un réseau d'informations qui pourrait progressivement supplanter non seulement les offices privés, mais aussi les offices cantonaux.

C'est un raisonnement analogue qui a abouti à la création, en France, de l'Agence nationale pour l'emploi, dont les frais, le fonctionnement et les résultats sont assez unanimement considérés comme l'exemple à ne pas suivre. Quant à nous, ce n'est pas cela que nous attendons de l'OFIAMT. Au contraire, nous voudrions qu'il assouplisse des lois trop rigides sur le travail, qui interdisent par exemple aux employeurs et aux travailleurs de se mettre d'accord pour trouver de nouvelles formes de travail. C'est cette souplesse-là qui garantira le maintien de l'emploi, grâce aux technologies nouvelles et non la pétrification de procédures surannées.

Parce que nous refusons d'entrer en matière sur ce projet, vous pourrez nous reprocher de laisser un vide juridique fâcheux en matière de travail temporaire et de location de services. Nous l'admettons et nous admettons aussi qu'une réglementation dans ce domaine est nécessaire, car des abus sont à déplorer de la part de certaines agences marginales et peu sérieuses. La plupart des entreprises connues effectuent un travail parfaitement correct. D'ailleurs, elles ont passé avec leurs partenaires des conventions qui règlent la plupart des questions en suspens.

Néanmoins, un certain nombre de règles pourraient améliorer la protection des travailleurs. Nous en convenons mais nous préférons à la réglementation excessive de droit public que le projet nous propose une réglementation de droit privé tel qu'il a été question de l'insérer dans le code des obligations, au chapitre du contrat de travail.

A trop vouloir réglementer, notamment la question du travail et l'organisation de ce marché délicat, on risque de voir se développer de plus en plus le travail noir, comme il s'est développé dans les pays qui nous entourent. Le travail noir est une plaie sociale pour les travailleurs qui s'y livrent et une plaie civique, car elle ne permet pas à l'Etat de récupérer une partie des revenus ainsi non déclarés.

Le développement d'une législation sur le travail excessive aboutit nécessairement à cette échappatoire anormale, asociale qu'est le travail noir et c'est une des raisons pour lesquelles nous sommes opposés à ce renforcement de la loi sur l'emploi.

Tels sont les motifs qui nous poussent à refuser d'entrer en matière sur ce projet, une fois encore disproportionné à nos yeux. Il est également illusoire, nous le jugeons inopportun et nous vous invitons à nous suivre dans notre refus.

**Neuenschwander:** Im Namen der SVP-Fraktion stelle ich Ihnen den Antrag, auf das Gesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih einzutreten. Ich möchte Ihnen aber dabei nicht verhehlen, dass über die hier vorliegende Gesetzesrevision in unserer Fraktion wenig Begeisterung aufzukommen vermochte, insbesondere bei gewerblich orientierten Kreisen. Mit Lustlosigkeit kann ich die Stimmungslage wohl am besten umschreiben. Was uns schliesslich doch bewegen konnte, Eintreten zu befürworten, war die durch die Revision herbeizuführende Möglichkeit, die Schwarzarbeit einzuschränken und ihren besonders stossenden Aspekt, nämlich die Vermittlung derselben, zu bekämpfen. Von einer Unterbindung der Schwarzarbeit spreche ich bewusst nicht, denn Sie alle wissen so gut wie ich, dass es auf diesem Gebiet immer Nischen geben wird, in welche selbst die besten Gesetzesinstrumente nicht hineinleuchten können. Massnahmen, um die sogenannte Mondscheinwirtschaft zu beschränken, sind indessen von unserer Seite aus durchaus zu begrüssen. Das ist aber so ziemlich der einzige Punkt im vorliegenden Revisionswerk, für den wir uns erwärmen konnten. Im übrigen müssen wir uns darüber klar sein, dass wir mit der Revision des Arbeitsvermittlungsgesetzes die Normendichte wieder vergrössern, dass wir wieder einige weitere Steine auf das monstruöse Monument der Gesetzesregelung setzen. Denn machen wir uns nichts vor: wir revidieren nicht nur bestehende Gesetzesbestimmungen, sondern wir regulieren – sollte das Gesetz in dieser Form durchgehen – einen Haufen neuer Bereiche, die bisher mehr oder weniger klaglos funktionierten. Man kann es auch anders formulieren: Wir legen dem schweizerischen Stellenmarkt ein paar zusätzliche Fesseln an und auferlegen den mit der Stellenvermittlung beschäftigten Firmen zusätzliche Lasten (administrative Lasten z. B.) und erschweren diesen Firmen die Arbeit.

Persönlich teile ich – hier verlasse ich etwas meine Rolle als Fraktionssprecher – die in mehreren Vernehmlassungen zum Gesetzesentwurf ausgedrückte Meinung, dass dieser Entwurf durchs Band von einem grundsätzlichen Misstrauen gegen die private Wirtschaft diktiert worden sei. Der Beweis ist leicht anzutreten: Es ist immer nur vom Schutz der Arbeitnehmer die Rede und von den Missbräuchen, denen sie ausgesetzt seien; dass es auch einmal umgekehrt sein könnte, dass mit der Arbeitsvermittlung auch von seiten der Arbeitnehmer Missbrauch getrieben werden könnte, darüber schweigt sich das Gesetz aus.

Wenn die SVP-Fraktion trotz alledem heute für Eintreten stimmt, geschieht dies in der bestimmten Erwartung, dass zumindest die wichtigsten Minderheitsanträge angenommen werden. Ich erinnere daran, dass in der Kommission über 50 Anträge gestellt wurden, von denen rund 10 als Minderheitsanträge bestehen blieben. Das zeigt doch, dass weite Kreise zwar gewisse Verschärfungen auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung wünschen, zum Beispiel bei der Schwarzarbeit, dass aber gegen viele vorgesehene Änderungen eine verbreitete Skepsis besteht. Sollten diese Anträge nicht durchgehen, behält sich die SVP-Fraktion ein Nein bei der Schlussabstimmung vor.

Der wohl einschneidendste Punkt der Gesetzesrevision ist zweifellos die Einführung einer allgemeinen Bewilligungspflicht für Temporärfirmen. Ich weiss nicht, ob sich jedermann in diesem Rat darüber klar ist, welch tiefen Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit eine Bewilligungspflicht bedeutet und welch grosse Folgen sie für den betroffenen Wirtschaftszweig hat. Eine Bewilligungspflicht setzt sonst voraus, dass auf dem betreffenden Gebiet grosse Missstände herrschen und dass Missbräuchen der Riegel geschoben werden muss. Das ist bei der privaten Stellenvermittlung – wenigstens meiner Erfahrung nach – nicht der Fall. Es bestehen in diesem Bereich keine gravierenden Mängel, die einen so schwerwiegenden Schritt wie die Ein-

führung der Bewilligungspflicht rechtfertigen würden. Der Schritt zur allgemeinen Bewilligungspflicht darf nicht leichtfertig getan werden, sonst wird hier politisch Missbrauch getrieben. Soviel mir bekannt ist, besteht bei den Temporärfirmen seit 20 Jahren ein Verhaltenskodex, der die fachlichen Fähigkeiten und die Seriosität der Firmen gewährleistet. Ich wüsste nicht, weshalb wir diesen befriedigenden Zustand noch mit einem so tiefgreifenden Eingriff untermauern müssten. Dass es in der Temporärbranche noch keinen Gesamtarbeitsvertrag gibt, ist – wie ich gehört habe – nicht den Firmen zuzuschreiben, sondern ausgerechnet dem Gewerkschaftsbund, der allem Anschein nach dagegen opponiert.

Ein weiterer Punkt, der zu unserer Zufriedenheit gelöst werden muss, wenn die Revision nicht scheitern soll, ist die vorgesehene Kautionspflicht der Temporärarbeitgeber. Wo würde das in unserem Wirtschaftsleben hinführen, wenn diese Beispiele Schule machen sollten? Darüber werden wir uns anlässlich der Detailberatung noch gründlich unterhalten müssen.

Weniger schwergewichtig sind einige andere Punkte, auf die ich hier nicht im einzelnen zu sprechen kommen muss und unter denen ich nur den Begriff des Personalverleihs nennen möchte, ein unserer Ansicht nach recht unangenehm klingender Begriff, den wir aus dem Gesetz entfernt sehen möchten.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass die SVP-Fraktion der Revision des Arbeitsvermittlungsgesetzes als solcher nicht völlig die Berechtigung abspricht, aber es müssen aus dem Gesetz all jene Bestimmungen entfernt werden, die unzulässige und unannehmbare Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit bedeuten. Und es müssen all jene Bestimmungen verändert oder weggelassen werden, die eindeutig von einem Misstrauen gegenüber den Arbeitgebern oder gegenüber der Wirtschaft überhaupt zeugen oder von Missbräuchen ausgehen, die in Tat und Wahrheit nur in der Phantasie der Gesetzesentwerfer bestehen.

Ich zweifle nicht daran, dass die Detailberatung lang und zäh wird. Es schien mir nötig, Sie schon bei der Eintretensdebatte klar und deutlich darauf hinzuweisen, dass wir nicht prinzipiell gegen eine Revision dieses Gesetzes sind, aber dass wir sie in einem anderen, von Vertrauen statt Misstrauen getragenen Sinn und Geist angehen möchten.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen Eintreten auf die Revisionsvorlage und bitte Sie schon jetzt um Verständnis für unsere Haltung bei der Detailberatung. Den Tarif für unsere Zustimmung am Ende dieser Gesetzesberatung habe ich Ihnen bereits genannt.

**M. Carobbio:** Personne, pas même le rapporteur de la minorité, M. Coutau, qui s'oppose à l'entrée en matière, ne conteste un fait qui est à la base de l'analyse du message du Conseil fédéral. Depuis quelques années nous assistons à de profonds changements sur le marché de l'emploi. Des changements qui ont eu et qui auront, dans les années à venir, des effets importants sur la conception du travail lui-même, telle que nous l'avons connue dans le passé, sur les formes et les types d'emplois demandés par l'économie d'un côté et souhaités par les travailleurs de l'autre. Les schémas rigides de jadis, emplois à plein temps, horaires fixes, années de travail durant la vie déterminées d'avance, etc. même s'ils restent encore les formes d'emploi les plus pratiquées, sont de plus en plus remises en discussion. Ainsi différents types de travail à temps partiel, les congés non payés, mais surtout le travail temporaire et le «job sharing» sont de moins en moins des phénomènes marginaux sur le marché de l'emploi. Le développement technologique, d'une part, et les nouvelles aspirations des travailleurs, d'autre part, sont en train de bouleverser le domaine de l'emploi, les rapports entre employeurs et travailleurs, mais surtout la façon et les possibilités de rechercher et de trouver un emploi. La crise économique qui a entraîné la crise de l'emploi a, ultérieurement, renforcé ces nouvelles tendances.

Ce fait indéniable, en même temps qu'il laisse apparaître de nouvelles et intéressantes possibilités en ce qui concerne l'assouplissement du travail, soulève aussi beaucoup de questions et, surtout, ouvre la porte à de nombreux abus. Ce qui se passe dans le domaine des activités de placement des travailleurs temporaires en est une preuve évidente.

Dans ces conditions, il me semble nécessaire qu'employeurs et syndicats, d'une part, et législateur, d'autre part, soient appelés à se pencher sur ces situations et à prendre des mesures aptes à assurer une efficace protection des travailleurs et de leurs acquis sociaux et à garantir également une politique du marché de l'emploi saine et équilibrée, soustraite à toute opération spéculative. Une telle exigence est aujourd'hui primordiale et il est assez discutable qu'on puisse la contester, en particulier en ce qui concerne le travail temporaire et le service public de l'emploi. En effet, la législation en vigueur – le message du Conseil fédéral le souligne – n'est plus à la hauteur de la nouvelle situation. C'est en partant de ces considérations d'ordre général que notre groupe estime la révision de la loi sur le service de l'emploi nécessaire et même, dans certains domaines, urgente. Nous considérons les mesures proposées par le Conseil fédéral comme des mesures minimales et partielles qui permettraient de régler, sur le plan législatif, quelques-unes des questions que les changements en cours sur le marché de l'emploi soulèvent. D'autres mesures, à notre avis, seront nécessaires pour renforcer réellement la protection des travailleurs et organiser, d'une façon plus rationnelle, le marché du travail. Je pense ici à la nécessité de mieux réglementer le travail à temps partiel.

Notre groupe est donc tout à fait d'accord sur l'entrée en matière et s'oppose à la proposition de non-entrée en matière de M. Coutau. Je reviendrai dans un moment sur les arguments présentés par M. Coutau. Nous approuvons, en particulier, l'extension du régime de l'autorisation obligatoire à toutes les activités privées de placement et de location de services. Il nous semble, en effet, très urgent de soumettre ces activités à l'obligation d'une autorisation. C'est dans ce domaine que les cas d'abus sont les plus nombreux. Nous approuvons aussi l'introduction des dispositions fixant des conditions plus précises aux bailleurs de services en particulier, l'obligation de fournir une caution en garantie des prétentions de salaire des travailleurs et l'obligation de faire bénéficier ces derniers, dont ils louent les services, des dispositions contenues dans des conventions collectives. En ce sens, nous considérons l'article 20, dans la version de la majorité de la commission, comme un élément très important du projet de révision:

Nous approuvons aussi les propositions visant à renforcer et moderniser le service public de l'emploi. Nous considérons ces mesures comme importantes ainsi que l'instauration du principe selon lequel les prestations des services publics de l'emploi sont gratuites et ouvertes à tous les autres demandeurs d'emploi. Pour terminer, nous approuvons les mesures pénales visant à juguler le placement des travailleurs au noir.

Voilà pour les aspects positifs du projet de révision de loi en discussion. Il n'en demeure pas moins que la révision qui nous est proposée est encore, à notre avis, partielle et insuffisante, en particulier dans les dispositions concernant les services publics de l'emploi. On aurait pu attendre plus de courage – là je suis d'un avis opposé à M. Coutau – en faveur d'un rôle beaucoup plus actif de ces services dans la lutte contre le chômage et la réinsertion dans la vie des chômeurs. Un exemple de cette insuffisance est l'abandon de l'idée de signaler, au niveau fédéral, et non pas seulement au niveau cantonal, les places vacantes. A cet égard, il est évident que notre groupe s'oppose aussi à toute proposition faite par des minorités visant à assouplir ultérieurement la loi.

Pour conclure, permettez moi quelques considérations sur les arguments avancés ici par M. Coutau en faveur de la non-entrée en matière, proposition que j'ai quelques difficultés à comprendre, même dans la logique du respect du libre-marché. Si j'ai bien compris, à part les questions de

forme qui ne m'intéressent pas beaucoup, M. Coutau soutient trois thèses. Dans la première, il affirme que le marché de l'emploi en Suisse fonctionne bien, qu'il n'y a aucune raison d'intervenir par des mesures étatiques ou des contrôles dans ce secteur. Je réponds à cet argument en disant que certes, le marché de l'emploi en Suisse fonctionne bien, en général, mais qu'il y a incontestablement des abus importants qui, à mon avis, punissent certaines catégories de travailleurs, ceux dont la formation professionnelle est plus limitée. Cette situation me semble donc justifier l'intervention de l'Etat par des dispositions législatives visant à combattre ces abus. La loi en vigueur, contrairement à ce que vous soutenez, ne répond, à mon avis, pas à la situation nouvelle qui prévaut à l'heure actuelle sur le marché de l'emploi.

M. Coutau a encore soutenu que le projet de loi est trop perfectionniste et centralisateur. Cependant, malgré les arguments qu'il a présentés, il me semble difficile de le suivre sur ce terrain. En réalité, et les rapporteurs l'ont souligné, il me semble que le projet de loi en discussion respecte l'esprit de la loi précédente et corrige seulement les dispositions qui doivent l'être compte tenu des modifications intervenues sur le marché. Ce projet est, à mon avis, loin d'être perfectionniste et centralisateur. J'en veux pour preuve le fait que de toute façon le service public dans l'emploi est considéré comme complémentaire au service privé. En plus, une latitude assez large est laissée aux cantons chargés d'appliquer les dispositions concernant le service de l'emploi.

M. Coutau a encore soutenu, et c'est là la question qui le frappe le plus, qu'introduire pour la location de services une autorisation assortie de conditions précises relatives aux qualifications du personnel qui s'occupe de ces activités est excessif. Monsieur Coutau, il me semble que vous oubliez une chose. On n'est pas ici sur le simple terrain des rapports commerciaux de vente de produits. On met en l'occurrence des hommes, des travailleurs en discussion. Ainsi, prévoir que ceux qui s'occupent en Suisse ou à l'étranger de trouver un emploi à des travailleurs soient qualifiés, répondent à des exigences précises, me semble vraiment un minimum.

En outre, M. Coutau vous affirme que davantage de dispositions législatives favorisent le développement du travail au noir. Il renverse les choses. Je doute que le travail au noir soit la conséquence de dispositions législatives. C'est l'une des distorsions du libre marché.

Le travail au noir existe parce qu'il n'est pas possible de faire appliquer à tous les travailleurs des conditions de salaire et de travail égales et équitables. Certains, en effet, veulent utiliser les travailleurs pour augmenter leur profit en dehors des dispositions légales relatives aux conditions de travail. C'est pourtant là qu'il faudrait intervenir. On pourrait renoncer à des mesures comme celles que nous examinons si vous étiez d'accord de fixer des salaires et des conditions de travail minimales pour tous les travailleurs. Malheureusement, vous ne le voulez pas. Le projet constitue par conséquent le minimum que l'on puisse prévoir pour que l'Etat intervienne afin de limiter et de juguler le travail au noir qui, vous l'avez dit et je partage votre opinion sur ce point, est une chose vraiment inacceptable dans une économie comme celle de la Suisse.

Pour toutes ces raisons, notre groupe réitère sa volonté d'entrer en matière et vous invite à refuser la proposition de non-entrée en matière de la minorité de la commission représentée par M. Coutau.

**Pfund:** Die freisinnig-demokratische Fraktion hat es sich bei der Beurteilung dieser Revisionsvorlage eines Gesetzes aus dem Jahre 1951 nicht leicht gemacht. Im Gegenteil, wir haben den vorliegenden Gesetzesentwurf sehr genau mit unserer Vernehmlassungsvorlage vom Juni 1984 verglichen. Damals haben wir einleitend die Absicht des Bundesrates, das AVG zu revidieren, grundsätzlich begrüsst. Gleichzeitig haben wir aber einige für uns essentielle Anforderungen an eine Revision eingebracht, von denen die eine

oder andere wohl ausdrücklich zur Kenntnis genommen, aber wenige berücksichtigt wurden.

Die freisinnige Fraktion geht darum auch heute noch mit dem Bundesrat einig, wenn er in der Botschaft einleitend feststellt, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung seit dem Erlass des geltenden AVG zu tiefgreifenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt geführt hat. Wir gehen auch darin einig, dass neue Formen der Arbeitsvermittlung entstanden sind, die bisher nicht geregelt wurden, und auch darin, dass der Schutz des Arbeitnehmers in den Bereichen der Arbeitsvermittlung und beim Personalverleih gewährleistet sein muss.

Diese Entwicklungen und Tatsachen rechtfertigen aber eine so umfangreiche Neuregelung nicht. Offensichtlich hat die leider oft bei Neuregelungen oder bei Revisionen von bestehenden Gesetzen und Vorschriften auftretende Eigendynamik auch zu dieser Revision das Ihre beigetragen. Der bisherige Erlass regelte die beiden Bereiche der öffentlichen und der privaten Arbeitsvermittlung in insgesamt 18 Artikeln. Das neue Gesetz, das zusätzlich als dritten Bereich noch den Personalverleih regeln soll, benötigt dafür 44 Artikel. Nicht jeder davon ist zur Erreichung des Revisionszieles aber unabdingbar notwendig, vor allem nicht in dieser versuchten Perfektion und Ausführlichkeit.

Der vorliegende Entwurf ist weniger zu einer Revision des geltenden Gesetzes, sondern mehr zu einer Totalrevision respektive einer Neuregelung aller Bereiche geworden. Dabei stellt sich auch die Frage der verfassungsmässigen Grundlage, insbesondere einzelner Bestimmungen. Es muss oder darf mindestens gezweifelt werden, ob – wie in Artikel 1b und in Artikel 24 formuliert – die generelle Schaffung und Erhaltung eines ausgeglichenen Arbeitsmarktes auf der verfassungsmässigen Grundlage des Schutzes des Arbeitnehmers und der Regelung der Arbeitsvermittlung abgestützt werden könnten. Auch bei Artikel 20 – er stellt einen einkommenspolitischen Eingriff dar – stellt sich die Frage der Verfassungsmässigkeit, um so mehr, als Artikel 31quinquies der Bundesverfassung solche Eingriffe ausschliesst.

Der vorliegende Entwurf trägt Züge des Misstrauens gegen den privaten Arbeitsvermittler und Personalverleiher. Dies kommt schon dadurch zum Ausdruck, dass neu jegliche private und nicht – wie bisher – nur die gewerbmässige Vermittlung bewilligungspflichtig wird, dies im Gegensatz zur öffentlichen Vermittlung, die keiner speziellen Bewilligung und damit keiner kontrollierbaren Voraussetzungen bedarf. Misstrauen kommt auch in Ziffer 121 auf Seite 9 der Botschaft zum Ausdruck, wo festgehalten wird: «Nach geltendem Recht trifft die Bewilligungspflicht in erster Linie den privaten gewerbmässigen Vermittler. Der Grund hierfür liegt darin, dass die Interessen des Arbeitssuchenden bei der gewerbmässigen Vermittlung häufig gefährdet sind.» Nebenbei sei bemerkt, dass Missbräuche im Bereich von Arbeitsvermittlung beidseitig, d. h. nicht nur ausschliesslich auf der Arbeitgeberseite, vorkommen. Aber aus einigen der heutigen Voten entstand sogar der Eindruck, dass die privat vermittelten oder die von einem privaten Betrieb verliehenen Arbeitnehmer nur übers Ohr gehauen würden. Der privaten Vermittlung und dem Personalverleih wird pures Misstrauen entgegengebracht. Es entsteht in der Begründung für die Revision aber auch der Eindruck, dass nur die öffentliche, die staatliche Arbeitsvermittlung qualitativ zu genügen vermöge. So zum Beispiel auf Seite 9, wo es heisst: «Aber auch bei gemeinnützigen oder beruflichen Organisationen sollten nur – aus Gründen des Schutzes des Arbeitssuchenden – qualifizierte Personen als Vermittler tätig sein dürfen.» Es muss doch aber deutlich festgehalten werden: Die private Arbeitsvermittlung und der Personalverleih leisten Wesentliches für das gute Funktionieren unseres Arbeitsmarktes! Auch sie haben in den meisten Fällen gute soziale Absicherungen. Ausnahmen gibt es überall.

Die private Vermittlung und der Personalverleih sind aus unserem Wirtschaftsleben nicht mehr wegzudenken. An den etwa 450 000 jährlichen Stellenwechseln in unserem Lande sind die privaten Vermittler mit 10 Prozent, die öffentlichen

dagegen nur mit 5 Prozent beteiligt. Es ist darum in keiner Weise begründet, die öffentliche Arbeitsvermittlung zulasten der privaten zu stärken. Das wird sie aber zweifellos, wenn man die Auflagen in Betracht zieht, die dem privaten im Gegensatz zum öffentlichen Vermittler gemacht werden. Ich erwähne nur die Stichworte: Bewilligungspflicht für Private, Kautionsgebühren, Berufsausübungsvoraussetzungen. Auch soll neu die öffentliche Vermittlung eine umfassende Tätigkeit ausüben dürfen. Sie soll nicht mehr nur den Stellensuchenden, sondern auch den Arbeitgebern zur Verfügung stehen. Sie soll persönliche Wünsche, betriebliche Verhältnisse usw. berücksichtigen, kurz, sie soll aktiv sein. Die Feststellung auf Seite 20 der Botschaft, wonach das Primat der privaten Vermittlung zu wahren sei, erscheint darum aus dieser Sicht als reine Deklamation. Die Stärkung der öffentlichen Vermittlung – nach dieser der Revision und dem Gesetz zugrunde gelegten Philosophie – würde aber einiges an zusätzlichem Personal, weniger beim Bund, dafür aber bei den Kantonen und Gemeinden, erfordern. Die Schwächung der privaten durch die Stärkung der öffentlichen Arbeitsvermittlung kann zu ernsthaften Schwierigkeiten für viele der in der Mehrheit doch eher kleinen und seriösen Vermittlerfirmen führen.

Das Gesetz sieht auch unverhältnismässige Strafen vor. Wer gegen eine der in diesem Gesetz verankerten Vorschriften, gegen eine der ihm auferlegten administrativen Pflichten, ob vorsätzlich oder fahrlässig, verstösst, kann mit enormen Bussen bestraft werden. Wer nur schon fahrlässig, d. h. aus Unachtsamkeit oder auch aus Nichtwissen, die von den Behörden verlangten, hauptsächlich statistischen Informationen über seine Geschäftstätigkeit überhaupt nicht, nicht richtig oder nicht termingemäss abliefern, hat eine Busse bis zu maximal 20 000 Franken zu gewärtigen. Setzt man diese für ein administratives Fehlverhalten mögliche Busse ins Verhältnis zum Bussenrahmen von 40 000 Franken, der gemäss unserem Strafgesetzbuch für fahrlässige Körperverletzung oder fahrlässige Tötung festgesetzt ist, entsteht der Eindruck der Unverhältnismässigkeit; man wird aber auch das Gefühl nicht los, dass mit diesem Damoklesschwert der Strafen Marktbeschränkung und Strukturbereinigungspolitik betrieben werden soll.

Ich komme zum Schluss. Eine Revision des AVG von 1951 wäre sachlich noch einigermaßen vertretbar; sie ist aber weder aus zeitlichen Gründen notwendig noch zwingend und bedarf dieser perfektionistischen Ausgestaltung nicht. Die Revision weitet die staatliche Einflussnahme durch die engen Voraussetzungen und die kleinlichen bürokratischen Kontrollen unnötig aus. Sie ist ein zu grosser, keiner Notwendigkeit im Sinne von Artikel 31bis unserer Bundesverfassung entspringender Eingriff in funktionierende marktwirtschaftliche Mechanismen.

Die Abgrenzung der Aufgaben der öffentlichen gegenüber der privaten Arbeitsvermittlung wird verwischt. Statt einer wie bisher sinnvollen Ergänzung der beiden Bereiche kommt es nun zur Konkurrenzierung mit ungleich langen Spiessen. Ein nach der vorgeschlagenen Fassung der Kommission revidiertes AVG wäre auch nicht unbedingt Garantie für einen ausgeglichenen Stellenmarkt.

Das AVG von 1951 ist – zugegeben – in die Jahre gekommen. Es ist noch nicht verstaubt, hat aber einen Vorteil gegenüber dem heute vorgeschlagenen. Es lässt sowohl dem Arbeitnehmer wie dem Arbeitgeber grössere konstruktive Freiheiten in der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, was ja heute immer und immer wieder verlangt wird.

Aus all diesen Gründen unterstützt die freisinnig-demokratische Fraktion mehrheitlich den Nichteintretensantrag von Kollege Coutau. Für den Fall, dass Eintreten trotzdem beschlossen werden sollte, bitte ich Sie, durch Unterstützung der Minderheitsanträge das AVG noch zu einem akzeptablen Kompromiss werden zu lassen.

Frau **Weber** Monika: Im Namen der LdU/EVP-Fraktion und als Vertreterin der Angestelltenorganisationen möchte ich Sie bitten, auf die Vorlage einzutreten. Um meine Interessen noch klarer offenzulegen, möchte ich deutlich sagen, dass

ich hier in erster Linie den Arbeitnehmerschutz vertrete, aber gleichzeitig auch Verständnis habe für die andere Seite: Der Schweizerische Kaufmännische Verband unterhält auch einige Arbeitsvermittlungstellen.

Das heutige Gesetz stammt aus dem Jahr 1951. In den vergangenen 36 Jahren hat sich sehr viel verändert, so dass auch dieses Gesetz meines Erachtens in gewissen Teilen dringend der heutigen Realität angepasst werden muss. Wir haben heute eine Arbeitsmarktsituation, die ganz anders ist als 1951. Wir haben praktisch keine Arbeitslosigkeit – nur eine gewisse, strukturelle Arbeitslosigkeit in einigen Gebieten. Aber im ganzen gesehen ist der Arbeitsmarkt äusserst ausgetrocknet. Wir haben aber andererseits eine beunruhigende Entwicklung bei der Situation der über 45- und 50-jährigen. Dort haben wir vermehrt Leute, die keine Arbeit finden. Wenn sie einmal aus dem Arbeitsprozess ausgeschieden sind, haben sie sehr grosse Schwierigkeiten, wieder eingereiht zu werden. Das ist die heutige Situation, und aus dieser Situation ist abzuleiten, dass der Arbeitnehmer gegen Missbräuche im Arbeitsmittlungswesen einen Schutz braucht.

Die Vorlage ist meines Erachtens absolut unterstützungswürdig. Vielleicht sind nicht alle Artikel gleich gut und gleich notwendig. Aber alles in allem kann man sagen: Das vorliegende Arbeitsmittlungsgesetz hilft sicher, den Arbeitsmarkt ein bisschen besser zu regulieren und – das ist vor allem wichtig – dem Arbeitnehmer einen gewissen Schutz zu gewährleisten. Ich bedaure, dass von Arbeitgeberseite ein Nichteintretensantrag vorliegt. Ich bedaure diesen Antrag insbesondere deshalb, weil ich der Meinung bin, dass gerade im Sektor Personalverleih eine Regelung gefunden werden muss. Wenn ich Herrn Coutau richtig verstanden habe, lehnt er sich vor allem dagegen auf, dass wir in diesem Gesetz zu viele Artikel zu stark reglementiert haben. Er zweifelt also, dass die Normendichte in diesem Gesetz etwas Gutes bringen kann. Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen, dass ich bezüglich des Legiferierens in diesem Rat grundsätzlich ein gewisses Verständnis gegenüber diesen Bedenken wegen der Normendichte habe, und ich appelliere dringend an die Verwaltung, sich in Sachen Gesetzestchnik etwas einfallen zu lassen.

Auch die Rechtswissenschaft könnte sich einiges einfallen lassen, wie man auf eine neue Art Gesetze machen kann. Wenn wir nämlich auf diese Weise weiterfahren, wie wir in den letzten Jahren gefahren sind, und so das Misstrauen von der Seite der Wirtschaft gegenüber jedem neuen Gesetz – auch denjenigen, die Pionierarbeit leisten müssen – immer stärker wird, bringen wir wahrscheinlich keine guten Gesetze mehr zustande. Das wäre schade. Die Verwaltung müsste sich also etwas einfallen lassen.

Das Gesetz, das heute vor uns liegt, besteht aus drei Teilen: In einem ersten Teil beschäftigt es sich mit der Revision des alten Arbeitsmittlungsgesetzes von 1951. In einem zweiten Teil beschäftigt es sich mit der Regelung des Personalverleihs; das ist meines Erachtens – ich sage es deutlich – der wichtigste Teil, der hier geregelt wird. In einem dritten Teil wird die öffentliche Arbeitsmittlung geregelt oder – wie es so schön heisst – gefördert.

Es ist wichtig, dass man sich mit allen drei Bereichen gründlich auseinandersetzt.

Im ersten Bereich ist es wichtig, dass die Arbeitsmittlung bewilligungspflichtig ist und dass durch das Gesetz nun verlangt wird, dass eine fachgerechte Vermittlung geschehen muss.

Der zweite Teil der Vorlage scheint mir, wie ich das bereits gesagt habe, sehr, sehr wichtig zu sein. Die Temporärangestellten, die vom Personalverleih touchiert sind, brauchen einen Schutz; so wie das Gesetz angelegt ist, wird dieser Schutz auch tatsächlich seine Auswirkungen haben. Wir müssen daran denken, dass wir im Sektor Personalverleih einen zukunftssträchtigen Sektor haben; das ist eine prosperierende Branche, und es ist eine Branche, die auch dazu angelegt ist, dass allenfalls Missbräuche vorkommen können. Hier werden nicht Waren, sondern Menschen vermittelt, und es ist deshalb wichtig, dass diese Vermittlung gut

geregelt ist und «schwarze Schafe» nicht zum Zug kommen. Der Arbeitgeber ist nicht irgendjemand, sondern eben der Verleiher, und dieser muss klar wissen, in welchen Grenzen er ein Vermittlungsgeschäft abschliessen kann. Ich betrachte diesen zweiten Bereich, den Personalverleihbereich, als sehr wichtigen Teil in diesem Gesetz.

Der dritte Teil beschäftigt sich mit der Förderung der öffentlichen Arbeitsvermittlung, und ich bin sehr froh, wenn aus diesem dritten Teil nicht eine Konkurrenzierung der privaten Arbeitsmittlungstellen herauswächst. Es ist wichtig, dass wir keine Konkurrenzierung zum privaten Markt zulassen. Das ist auch nicht nötig; denn der private Markt läuft hier sehr gut.

Ich bin der Meinung, dass wir auf diese Vorlage eintreten und ihr auch zustimmen sollten. Wichtig ist, dass in einem Bereich, wo Menschen als Arbeitskräfte vermittelt werden, allfällige Missbräuche bekämpft werden können und dass damit der Arbeitnehmer einen angemessenen Schutz erhält.

**M. Clivaz:** Les syndicats, bien qu'ils ne soient pas partisans du tout à l'Etat, attendaient depuis longtemps la révision de cette loi de 1951, et cela essentiellement pour deux raisons. Il s'agit tout d'abord, comme le souligne le message, d'accroître l'efficacité des services publics de l'emploi dont les faiblesses sont apparues au grand jour lors de la crise des années septante. Les lacunes de ce système étaient d'ailleurs telles que la radio de la Suisse romande a été amenée à mettre sur pied un service de contact entre les employeurs qui avaient du travail à offrir et les travailleurs en quête d'emploi.

Certes, et je suis ici d'accord avec M. Coutau, ce n'est pas la loi à elle seule qui pourra supprimer le chômage. Elle peut cependant contribuer à le réduire et il serait inadmissible, à mon sens, de renoncer à un moyen qui permet de faciliter le placement du plus grand nombre possible de chômeurs. L'Etat a un rôle à jouer à cet égard et il doit absolument l'assumer.

L'autre raison qui m'engage à voter l'entrée en matière se rapporte à une partie principale de cette loi, celle qui traite de la location de services. C'est un secteur, on l'a déjà souligné ici, qui s'est développé de façon extrêmement rapide au cours des dernières décennies, et qui a malheureusement aussi conduit à d'innombrables abus qui ont du reste incité divers pays à interdire purement et simplement ce genre d'activité. Le congrès de l'Union syndicale suisse, en 1980, a lui aussi demandé son interdiction dans notre pays.

Toutefois, il ne serait pas réaliste de vouloir, aujourd'hui, proscrire les entreprises de travail temporaire, mais il faut mettre de l'ordre dans leur activité. La Fédération suisse des entreprises de travail temporaire a élaboré, au début des années septante, un code de conduite. Malgré l'existence de ce code, les abus n'ont pas pu être évités. Ils ont été commis essentiellement de la part de petites entreprises qui se sont multipliées au cours des années. Nous reconnaissons qu'un certain nombre d'entreprises, surtout parmi les grandes, offrent un service sérieux et contribuent aussi à régler le marché du travail. Mais, nous devons néanmoins constater que des employeurs n'ont pas hésité à licencier des collaborateurs âgés de plus de 60 ans pour les remplacer par de jeunes frontaliers fournis par des entreprises de travail temporaire et cela avant tout pour éluder les charges de la prévoyance professionnelle découlant de l'introduction du deuxième pilier. D'autres entreprises font signer des contrats en blanc et ne respectent pas les tarifs conventionnels, en ce qui concerne les salaires. Enfin, des entreprises qui ont leur siège dans le canton de Vaud placent des gens à Genève, où une restriction existe dans l'occupation de frontaliers par les entreprises de travail temporaire.

La présence, d'ailleurs, d'une façon générale, d'un troisième partenaire dans le contrat complique les rapports du travail. Une réglementation est donc indispensable en dépit de toutes les observations qui ont été faites par M. Coutau ou par M. Pfund. Si l'on veut éviter de perturber le marché normal du travail et de livrer des travailleurs à une sorte

d'exploitation moderne, indigne d'une société comme la nôtre, il faut entrer en matière et mettre sur pied un certain nombre de dispositions précises.

C'est pourquoi je vous invite, de mon côté aussi, à voter l'entrée en matière et à refuser la proposition de M. Coutau.

**Graf:** Der vorliegende Gesetzentwurf kann mit dem besten Willen nicht als ein Meisterwerk taxiert werden. Dazu fehlt ihm die Ausgewogenheit.

Immer lauter werden in unserem Lande die Stimmen, die der uneingeschränkten Gesetzesflut Einhalt zu gebieten fordern. Zu Recht, meine ich. Gerade im AVG-Entwurf wird erneut ein bisher noch weitgehend der freien Vereinbarung anheimgestelltes Arbeitsmarktgebiet unter staatliche Kontrolle gezwungen. Ist die Notwendigkeit für dieses gewerbe-polizeiliche Sondergesetz überhaupt gegeben? Zur Rechtfertigung weist man auf angebliche Missbräuche und Missstände hin, die in der Temporärbranche gang und gäbe seien. Wie verhält es sich in Tat und Wahrheit damit? Das Biga veröffentlichte dazu eine Liste «Missbräuche im Personalverleih», aus welcher ersichtlich ist, dass innert sieben Jahren, d. h. von 1976 bis 1982, 35 solcher Fälle registriert werden mussten, also fünf pro Jahr. Zugegeben, fünf zu viel. Während der gleichen Zeitspanne wurden aber Hunderttausende von Arbeitseinsätzen abgeschlossen, die in Ordnung waren. Allein schon aus diesem Grunde – von den vielen anderen Gründen, zum Beispiel der Kautionspflicht, ganz abgesehen – ist auf die Vorlage erst gar nicht einzutreten. Wir haben nachgerade Wichtigeres zu tun, als permanent unsere Gesetzessammlung unnötig zu perfektionieren. Ich bitte Sie, diesen erneuten Versuch, im gewerblichen, freiwirtschaftlichen Bereich lähmend zu legiferieren, abzubrechen und für Nichteintreten zu stimmen, wie das von Kollege Coutau trefflich und einlässlich begründet worden ist.

**Mme Jaggi:** Dans le développement de sa proposition de non-entrée en matière, M. Coutau nous a présenté les objections classiques faites à toute législation nouvelle en matière de protection sociale, qu'il s'agisse de mettre la loi du côté des salariés ou de celui des consommateurs, bref du côté de la plus faible partie au contrat. En substance, selon cette objection, mieux vaudrait une lacune législative, qui empêche de prévenir, le cas échéant de réprimer les abus commis par les moutons noirs, qu'une législation concernant, par définition, tous les organismes publics ou privés remplissant la même tâche. En fait, 5 à 10 pour cent au maximum de moutons noirs existent dans la plupart des branches. S'agissant du travail temporaire, cela représente en l'occurrence une proportion encore inférieure du personnel occupé. En Suisse, le personnel employé à titre temporaire représente environ 1 pour cent de la main-d'oeuvre totale.

Cette argumentation classique de M. Coutau, par qui le libéralisme nouveau est arrivé dans ce conseil, exprime une philosophie plus large qui se veut délibérément moderniste. M. Coutau désire le *statu quo*, car, en l'absence d'une réglementation efficace et actualisée dans un domaine qui a fortement évolué ces trente dernières années, «le marché du travail fonctionne bien»; en clair: la sacro-sainte souplesse est assurée. Aucun mot n'a été prononcé sur le prix de cette souplesse. A peine a-t-il été fait allusion à tous les travailleurs et travailleuses qui tombent en dehors du cadre législatif ou conventionnel actuellement très lâche.

En revanche, on a droit à une esquisse plus ou moins clairement formulée d'une véritable stratégie de ce que l'on pourrait appeler la précarisation. Cette stratégie a d'ailleurs été décrite dans plusieurs ouvrages, dont le plus récent vient de paraître à Lausanne, signé par Rosanna Mazzi. Elle tend à rien moins qu'à la déstabilisation du rapport salarial, traditionnellement recherché par les partenaires sociaux dans ce pays, caractérisé par un haut degré de consensus social en faveur du règlement des différends par voie de négociation dans un souci d'éviter les confrontations. Cette stratégie de précarisation passe par l'assouplissement, la dérigidification ou mieux, comme dans le cas qui nous

occupe, par la prévention d'un renforcement légal. Ainsi, par le «moins d'Etat de droit social», on parvient à des résultats jugés intéressants du point de vue des offreurs d'emplois, on arrive à faire de la masse salariale une charge variable selon les besoins; à réduire certains frais sociaux annexes, tels qu'avantages salariaux, gratifications, etc.; à sélectionner d'une nouvelle manière les travailleurs en les prenant en quelque sorte à l'essai, à titre temporaire, et en les engageant ensuite seulement s'ils tiennent face à la concurrence de leurs collègues; on arrive aussi à diviser les travailleurs en faisant éclater le lieu du travail, transféré partiellement à domicile, ainsi que le cadre temporel en faisant se succéder les contrats.

Cette flexibilité aboutit à une individualisation des rapports de travail et de salaire, c'est-à-dire à un durcissement des rapports de force entre l'employeur, qui possède la force que donne le fait de procurer ou non du travail, d'une part, et le salarié, d'autre part, la partie la plus faible au contrat, qui doit, pour faire valoir ses droits, pouvoir s'appuyer sur une organisation, sur la loi, sur une convention collective. Je voterai l'entrée en matière sur cette loi qui, avec sa quarantaine d'articles, me paraît tout à fait à la hauteur de notre capacité de législateur et tout autant adaptée aux acteurs intéressés sur le marché du travail précaire.

**Mme Deneys:** Je vous prie d'accepter l'entrée en matière sur la révision qui nous est soumise car la proposition de M. Coutau, si elle n'est pas improvisée, est manifestement déraisonnable. M. Coutau se trompe de cible quand il suggère que les propositions présentées feraient en quelque sorte vaciller les fondements de l'économie libérale.

En fait, il ne s'agit de rien d'autre que d'une adaptation minimale de la loi de 1951 aux conditions actuelles du marché du travail et cette loi constitue simplement, en particulier, un complément indispensable à la loi sur l'assurance-chômage.

L'histoire des années précédentes et encore les événements de ces dernières semaines, dans la région jurassienne, indiquent que des licenciements abrupts par centaines de salariés, le chômage total ou partiel sont des aspects actuels de la réalité économique que nous ne pouvons ni ignorer ni négliger. On sait de plus que des jeunes, des femmes, des personnes âgées de plus de cinquante ans, des handicapés sont à la recherche d'un emploi et n'apparaissent pas ou plus dans les statistiques de chômage. Et ce que l'on voit aussi, Monsieur Coutau, c'est que seul le service public de l'emploi est une institution suffisamment décentralisée pour tenir compte des besoins régionaux, suffisamment stable et solide en période de difficultés économiques ou pour les individus à problèmes. Il est donc nécessaire de tenir compte du rôle que jouent les offices cantonaux et communaux du travail dans l'observation de la conjoncture, en matière de lutte contre le chômage ou le sous-emploi, de renforcer leurs moyens d'action et de les moderniser sans attendre qu'une crise plus grave nous oblige à le faire dans la précipitation.

Enfin, on ne peut nier que la location de services a pris depuis 1951 une ampleur considérable que l'on ne pouvait guère imaginer à l'époque. Les travailleurs et les travailleuses qui recourent à ce système d'emploi ont besoin de la protection vraiment minimale que la nouvelle loi met en place. Si la location de services a fait l'objet de tant de critiques et reste contestée par beaucoup de syndicalistes, c'est qu'elle a souvent conduit à des abus graves au détriment des travailleurs les plus vulnérables.

Vous ne le contestez pas, Monsieur Coutau, mais le 6 mars 1980 vous avez refusé un postulat demandant au Conseil fédéral d'ajouter au code des obligations une section traitant du contrat de travail temporaire. C'est un peu tard pour revenir aujourd'hui avec cette proposition.

Par ailleurs, le placement de travailleurs au noir représente, par exemple, l'une des plus détestables formes d'exploitation de la misère humaine qui soit. Nous devons améliorer le service public de l'emploi, nous devons protéger enfin un peu mieux les salariés qui recourent aux entreprises de

location de services, nous devons lutter contre le travail clandestin. Voilà pourquoi il faut accepter l'entrée en matière et s'en tenir pour l'essentiel aux propositions du Conseil fédéral et de la majorité de la commission.

**Stappung:** Es ist unumgänglich, dass das seit mehr als 35 Jahren geltende Recht über die Stellenvermittlung den heutigen Verhältnissen angepasst werden muss. Seit 1951 hat sich einiges geändert. Dazu kommt, dass anlässlich der hinter uns liegenden Kriseneinbrüche festgestellt werden musste, dass die heute geltenden Bestimmungen nicht genügen. Die Gesetzesvorlage des Bundesrates darf als gut und in allen Teilen ausgewogen bezeichnet werden. Ich möchte allen, die daran beteiligt waren, für die Arbeit bestens danken.

Es ist sehr zu begrüßen, dass neben der Arbeitsvermittlung neu auch der Personalverleih gesetzlich geregelt werden soll. In diesem Bereich herrscht Wildwuchs. Während der Hochkonjunktur sind diese im Volksmund als Sklavenhändler bezeichneten Arbeitsverleiher wie Pilze aus dem Boden geschossen. Bisher durfte jeder, auch wenn er keine der dazu notwendigen Voraussetzungen erfüllte, einen Personalverleih aufziehen. Man brauchte ja keine Bewilligung, um Menschen, Arbeiter und Angestellte, wie zum Beispiel die Banken ihr Geld, möglichst mit hohem Gewinn auszuleihen. Im Unterschied zu den Personalverleihen unterstehen die Banken einer behördlichen Aufsicht.

Das Dreieckverhältnis Arbeitnehmer-Personalverleiher-Einsatzbetrieb ist widernatürlich. Viele Arbeitnehmer haben denn auch mit Personalverleihern schlechte Erfahrungen gemacht, weil eben ein Teil dieser Personalverleiher ihrer Aufgabe und ihrer Verantwortung nicht gewachsen waren. Ich hoffe, dass das neue Gesetz in diesem Bereich die längst fällige Ordnung bringt. Es ist ein jahrelanges Postulat des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, aber auch anderer Arbeitnehmerorganisationen, dass die Leiharbeiter den im Einsatzbetrieb geltenden Bestimmungen von Gruppenab-sprachen, das heisst von Gesamtarbeitsverträgen oder Firmenverträgen, unterstellt werden.

Das Gesetz, ergänzt durch den Antrag der Kommissionsmehrheit, trägt dieser berechtigten Forderung Rechnung. Als Alternative käme nur ein generelles Verbot des Personalverleihs in Frage, wie es auch in der Kommission diskutiert wurde.

Ich bitte Sie, den Nichteintretensantrag abzulehnen und auf die Vorlage einzutreten.

**M. Houmard:** Je plaide la non-entrée en matière pour trois raisons. Le but de la loi défini à l'article premier dépasse les objectifs raisonnables que l'on est en droit d'attendre d'une telle révision. Le service public de l'emploi tel qu'il est conçu dans cette loi tend à instaurer un droit au travail irréalisable. Les restrictions faites au service de l'emploi privé et le montant des cautions exigées en garantie des prétentions de salaires sont inadmissibles.

D'entrée de cause, il nous faut relativiser la portée du service public de l'emploi et du placement privé. Seuls 15 pour cent des travailleurs ont recours au placement public ou privé, alors que 85 pour cent des changements d'occupation se déroulent par le système de l'offre et de la demande. La révision de la loi devrait s'en tenir aux objectifs primaires fixés par le département, c'est-à-dire empêcher les abus, lutter contre le travail au noir, protéger les travailleurs qui recourent au placement public ou privé, ou encore à la location de services, et soumettre les entreprises de location de services au régime de l'autorisation.

L'OFIAMT assume actuellement déjà de multiples fonctions sur le plan de l'observation de la situation du marché du travail. Son activité féconde est reconnue, mais cet organisme ne saurait être appelé à maintenir un marché du travail équilibré. Cette mission dépasse ses disponibilités. Ce sont les entrepreneurs, ceux qui ont le goût du risque, qui savent découvrir les marchés, et la lutte contre le chômage passe par la formation continue et la flexibilité des employés. Ce sont ces facultés là qui ont assuré le plein

emploi à la Suisse; les services de placement n'y contribuent que subsidiairement.

Dans une démocratie et dans une économie de libre marché, un service n'a pas et ne doit pas avoir les moyens de maintenir un marché équilibré. Il doit faciliter le placement des chômeurs, faciliter le reclassement de salariés menacés de chômage ou encore aider ceux qui cherchent un emploi après une interruption de longue durée.

La nouvelle réglementation régissant le placement privé s'appliquerait, selon le projet qui nous est soumis, également au service de placement des organisations professionnelles ou d'utilité publique qui ne sont pas soumises à l'autorisation par la loi actuelle, c'est-à-dire à toute organisation qui procure du travail, à tout organisme *ad hoc* de société d'employés, à tout service de placement interne des écoles, etc.

Le message du Conseil fédéral argumente cette extension du champ d'application en arguant du fait que le placement doit être assuré par des personnes qualifiées. C'est faire, à mon avis, peu de cas d'organisations professionnelles qui participent efficacement au placement et au recrutement de collaborateurs, travailleurs ou employés. Le message relative les valeurs de ces personnes de façon désinvolte. Enfin, la clause de la caution devant couvrir au moins un salaire mensuel de l'effectif moyen des travailleurs employés n'est pas réaliste.

Certes, il y a eu abus. Une foule d'offices de travail temporaire se sont créés et ont mal travaillé, à la limite même ont exploité le personnel recruté. Toutefois, ces entreprises disparaissent aussi rapidement qu'elles apparaissent. Le marché de location des services est aujourd'hui contrôlé, pour l'essentiel, par quelques grandes entreprises qualifiées réunies dans une fédération. Précédant la révision de la loi qui nous est soumise, cette association s'est déjà donné un code d'honneur dont le principal but est de protéger le travailleur. C'est pour cette association, d'ailleurs, le meilleur moyen de combattre les bureaux de placement peu sérieux. Or, obliger une telle entreprise à déposer une caution égale à la valeur du salaire mensuel de l'effectif moyen des travailleurs employés constituerait une entorse grossière à la liberté de commerce et de l'industrie.

Pour toutes ces raisons, je vous demande de voter la non-entrée en matière.

**M. Maître-Genève:** La loi sur le service de l'emploi en vigueur à ce jour ne correspond plus, à bien des égards, à l'évolution des rapports économiques. En effet, depuis 1951, le marché de l'emploi a subi de très profondes mutations. On peut même affirmer que ce sont les mentalités par rapport au travail lui-même qui ont changé, et pour s'en convaincre, il suffit de constater l'extraordinaire développement du travail temporaire.

La loi de 1951 est donc, sur de nombreux points, désuète et une nouvelle réglementation se justifie.

Le projet qui nous est proposé, tel qu'il résulte des travaux de la commission, est raisonnable et, dans l'ensemble, je considère qu'il est adapté à la situation parce qu'il met correctement en balance les divers intérêts en présence.

Il se trouve que, en tant que conseiller d'Etat chargé de l'économie publique dans mon canton, j'ai la responsabilité de l'Office cantonal de l'emploi; il appartient par conséquent à mon département d'appliquer une réglementation qui existe déjà et qui, à bien des égards, s'apparente au texte qui nous est soumis. J'ai ainsi la possibilité de mesurer concrètement les effets de dispositions analogues, et je suis en mesure de dire qu'elles sont appliquées sans difficultés et qu'elles jouent un rôle préventif incontestable. Je n'ai pas eu à enregistrer de griefs des partenaires sociaux dans le cadre de leur application.

A entendre d'aucuns qui s'opposent à l'entrée en matière, je me demande, à percevoir en tout cas certains de leurs arguments, si nous avons tous lu le même texte. Les buts essentiels de ce projet ne me paraissent pas excessifs. Je ne pense pas que l'on puisse sérieusement contester la justification de la protection des employés en matière de place-

ment et de location de services. Je suis d'avis que la réglementation qui nous est suggérée n'est évidemment pas dirigée contre de grandes maisons qui sont largement connues et organisées, et dont on est à même de mesurer le sérieux. Il faut bien percevoir qu'il existe une multitude de petites officines dont on peut être tenté de dire qu'elles foisonnent et à propos desquelles une réglementation est manifestement nécessaire. Il est légitime d'exercer un contrôle minimal qui, une fois encore, a un effet préventif indiscutable. Il est indispensable de reconnaître la priorité du placement privé sur le placement public. Nul n'en disconvient. La réglementation proposée, par la place même qui est donnée aux dispositions relatives au placement privé, montre bien la priorité que l'on veut accorder à ce type de service. Mais il est aussi légitime de veiller à accroître l'efficacité du service public de l'emploi. Ce dernier est en pratique chargé des cas les plus difficiles, auxquels le placement privé, très souvent et pour des raisons parfaitement normales, ne s'intéresse pas. Il y a donc, dans le service public de l'emploi, un côté social prépondérant qui ne doit pas être négligé. Il faut, me semble-t-il, tenter de promouvoir le recyclage, améliorer les perspectives de formation complémentaire, accroître les possibilités de recherche de placement, développer aussi une activité de conseils.

Je suis d'accord avec ces objectifs, dès lors qu'une conception fédéraliste du service de l'emploi est maintenue et que les cantons restent compétents en matière de placement. Je crois donc que les risques d'une solution à la française, comme certains ont pu le craindre, n'existent pas, déjà parce que le texte ne les exprime pas et, ensuite, parce que notre conception est complètement différente.

Le projet proposé contient des exigences raisonnables et je suis prêt à admettre que, sur la base de la situation que nous connaissons, il ne faut pas aller plus loin. En aucun cas en effet le service public de l'emploi ne saurait devenir un concurrent des possibilités de placement privées. Le placement public doit être complémentaire du placement privé; chacun a un rôle bien spécifique à jouer. Il n'en faut donc pas plus; mais il n'en faut pas moins, raison pour laquelle je vous invite à entrer en matière.

**Bonny:** Ich will zuerst eine kleine Vorbemerkung wegen meiner Interessenlage machen. Diese Botschaft ist zwei Jahre nach meinem Weggang vom Biga publiziert worden. Ich verhehle aber nicht, dass ich bereits zu meiner Zeit im Biga, als dessen Direktor während zehn Jahren, die Revisionsbedürftigkeit der heutigen Vermittlungsinstrumente bejaht habe. Ich bin also für Eintreten, im Gegensatz zur Mehrheitsauffassung der FdP-Fraktion. Ich werde in der Detailberatung aber verschiedene Minderheitsanträge unterstützen. Wir haben heute morgen viele theoretische Ueberlegungen gehört. Ich gestatte mir, einige praktische beizufügen.

Für einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt haben wir sowohl die private als auch die öffentliche Arbeitsvermittlung nötig, die private soll dabei das Primat haben. Aber wir müssen natürlich sehen, dass die private Arbeitsvermittlung vor allem die leicht vermittelbaren Fälle bearbeitet – das liegt in der Natur der Sache –, während sich bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung, bei den Arbeitsämtern, die schwierigen Fälle – ich denke vor allem an arbeitslose, an behinderte, an ältere Arbeitnehmer – konzentrieren. Deshalb brauchen wir eine gut funktionierende öffentliche Arbeitsvermittlung.

Nun kommt ein sehr wichtiger Punkt: Das Nichteintreten richtet sich auch gegen das sogenannte AVAM-System – die öffentliche Arbeitsvermittlung auf EDV-Basis. Hier wende ich mich auch an meine Freunde aus der privaten Wirtschaft: Wir verlangen immer zu Recht – auch von der öffentlichen Arbeitsvermittlung –, dass sie rationell und effizient arbeiten soll. Wie soll es nun aber klappen, wenn ein Arbeitsvermittler in einem Arbeitsamt bis zu 400 Arbeitslosenfälle im Sinne der Arbeitsvermittlung betreuen muss? Können wir aus der Sicht der Privatwirtschaft Arbeitsmethoden befürworten, die, wenn nicht gar mittelalterlich, so doch völlig

veraltet sind? Heute wird noch mit dem Karteikärtchen gearbeitet; in Einzelfällen vielleicht sogar noch am Stehpult; der Federkiel dürfte freilich verschwunden sein. Es kommt im Zusammenhang mit dem AVAM-System noch hinzu, dass Arbeitspolitik nur dann gut ist, wenn sie transparent ist. Gerade das EDV-System vermittelt diese Transparenz. Es fördert damit die von uns allen verlangte Mobilität auf dem Arbeitsmarkt.

Noch eine technische Ueberlegung: Die Kantone selbst waren gezwungen, sogar intern EDV-Systeme einzuführen. Was wäre nun geschehen, wenn man nicht die Initiative für ein AVAM-System entwickelt hätte, um zu koordinieren? Andernfalls wären wir schlussendlich vor der Situation gestanden, dass in den Kantonen verschiedene EDV-Systeme für die öffentliche Arbeitsvermittlung vorhanden gewesen wären, die nicht mehr miteinander kompatibel gewesen wären. Das AVAM System ist dringend nötig; es entspricht den Forderungen der neuen Zeit.

Nun zur Frage der Missbräuche: Natürlich gibt es überall Missbräuche; es sollte auch nicht bereits bei Einzelfällen zu Reglementierungen geschritten werden. Gerade im Bereich des Personalverleihs sind die Missbräuche aber erfahrungsgemäss ein ernsthaftes Problem. Ich möchte hier differenzieren. Diejenigen Firmen, die im SVUTA organisiert sind, bereiten keine Probleme; derentwegen brauchten wir diese Bestimmungen nicht einzuführen. Tatsache ist aber, dass wir im Bereich des Personalverleihs einen sehr breiten Wildwuchs haben und dass nur eine Minderheit dieser Firmen im SVUTA organisiert ist. Ich habe eine reichhaltige Dokumentation über diese Missbräuche; ich möchte nur einige Beispiele daraus zitieren:

Ein Fall aus dem Kanton Zürich: Eröffnung eines Temporärbetriebes, weil die Bewilligung zur Arbeitsvermittlung wegen Vorstrafen und verminderter Zurechnungsfähigkeit nicht erteilt werden konnte. Die Behörden waren machtlos. Ein anderer Fall aus dem Kanton Zürich: Eröffnung eines Temporärbetriebes durch eine Peep-Show-Gesellschaft – also aus der Sexszene – zwecks Vermittlung ausländischer Tänzerinnen, vor allem aus Thailand.

Ein anderer Fall, den ich dem «Bund» entnommen habe: Drohung und Nötigung des Verleihers gegenüber ehemaligen Angestellten und deren neuen Arbeitgeber.

Ein Fall aus dem Kanton Solothurn: Verleiher vermieten nur sich selber oder führen den Betrieb unter zwei oder drei Kollegen. Sie beziehen einen Bruttolohn und leisten keine Sozialversicherungsbeiträge.

Ein Fall aus der «Neuen Zürcher Zeitung»: Ein Genfer Vermittlungsbüro beschäftigte rund 100 ausländische Schwarzarbeiter und erwirtschaftete mit ihnen 140 000 Franken. Das Strafurteil lautete auf 5 Monate Gefängnis.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass wir dieser Entwicklung nicht einfach tatenlos zuschauen dürfen.

Ich glaube, wir müssen auch an die Zukunft denken. Momentan herrscht ein ausgetrockneter Arbeitsmarkt. Die Arbeitsvermittlung ist daher kein spannendes Thema. Es werden aber wieder andere Zeiten kommen, wo wir über die öffentliche Arbeitsvermittlung froh sein werden. Wir sollten bei der Behandlung dieses Geschäftes an die Zukunft denken, wo möglicherweise wieder Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt auftauchen können und wir froh sein werden, wenn wir über Instrumente in der Arbeitsvermittlung verfügen, die funktionieren.

In diesem Sinne bitte ich Sie, auf die Vorlage einzutreten.

**Blocher:** Es ist für mich schwer verständlich, dass jemand, der dieses Gesetz durchgelesen hat, diesem zustimmen kann. Ein so kompliziertes, perfektionistisches und bürokratisches Gebilde für diesen eingeschränkten Teil unserer Wirtschaft: das ist für mich nicht verständlich.

Es mag sein, dass gewisse Spezialisten – hier haben Gewerkschaftssekretäre und der ehemalige Chef des Biga gesprochen – hier Bescheid wissen. Aber wir machen doch nicht Gesetze allein für diese wenigen Personen; mit diesen Arbeitsvermittlungen haben vielmehr Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu tun.

Das Gesetz erweist sich auch in weiten Teilen als unnötig. Von sogenannten störenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, welche dringend ein so umfassendes und so problematisches Gesetz erfordern würden, ist mir nichts bekannt. Ich und mein Betrieb haben jedoch viel mit Arbeitsvermittlungen zu tun.

Es wirkt auch störend, wenn so getan wird, als würde dieses Gesetz gewisse Verbesserungen bei der Vermittlung von Arbeitslosen bringen. Frau Weber Monika hat gesagt, die über 45jährigen hätten es besonders schwer (Sie ist leider nicht da; ich begreife, dass sie bei der Beratung dieses Gesetzes beim Kaffee ist). Das hat doch nichts mit der schlechten Arbeitsvermittlung und -möglichkeiten zu tun! Da müsste erstens das Gesetz der zweiten Säule abgeändert werden, und Sie müssten noch die anderen Regelungen in bezug auf Ferien abändern. Dort liegen doch die Schwierigkeiten der «schwierigen Vermittlung» von über 45jährigen. Das hat doch nichts mit EDV zu tun. Es nützt auch nichts, wenn man mit EDV übertreibt und sich der Staat mit grosser Bürokratie ausstattet. Wir bekommen genug Personen vermittelt, aber wir bekommen zu wenig brauchbare Personen vermittelt.

Mit diesem Gesetz liegt weniger eine Missbrauchsbekämpfung vor – Herr Bonny hat einige Fälle genannt, die alle mit den heutigen Mitteln bereinigt und beseitigt werden konnten. Es gibt immer Missbräuche: man muss sie einfach abstellen; die gesetzliche Grundlage dazu ist vorhanden. Aber dieses Gesetz beabsichtigt, eine heute von zahlreichen Berufsverbänden und Privaten mit Erfolg und im Wettbewerb wahrgenommene erfolgreiche Tätigkeit dem Staate zu übertragen. Wenn man das Gesetz liest, merkt man, dass das früher oder später zu einem Staatsmonopol für die Arbeitsvermittlung führen muss. Dieses wird bürokratisch sein – Monopole sind immer bürokratisch –, ohne Wettbewerb. Man wird also nicht mehr feststellen können, ob es gut oder schlecht funktioniert, weil man über keine Vergleichsmöglichkeit mehr verfügt. Es wird kein Anreiz mehr für eine Verbesserung vorhanden sein und sich daher für diejenigen Leute, die vermittelt werden sollen, auch kontraproduktiv auswirken.

Dieses Gesetz bewirkt auch nicht das, was es will. Eine Hilfe und ein Schutz für den Arbeitnehmer ist es also nicht. Letztlich bringt es eine grossangelegte Bürokratie mit all den Fehlern des staatlichen Monopoles. Problematisch ist auch die Bewilligungspflicht. Das wird eine Zunft geben von bewilligungspflichtigen Geschäften mit allen Nachteilen der Reglementierung der Tarife usw., damit ja keine freie Konkurrenz mehr besteht.

Ich bin der Meinung, dass wir hier nicht eintreten sollten. Ich weiss, es gibt einige Bürgerliche, die sagen: Geben wir beim Eintreten noch ein Chance, dann können wir bei der Ablehnung dabei sein, weil die Minderheitsanträge doch nicht durchgehen werden. Ich bitte Sie, nicht den Leerlauf wie beim Konsumkreditgesetz einzulegen, monatelang Zeit zu verlieren, um dann am Schluss das Gesetz zu verwerfen. Stimmen Sie schon beim Eintreten nein!

**Oester:** Gestatten Sie einem Ratsmitglied, das der Kommission nicht angehört hat, kurz eine grundsätzliche staats- und gesetzpolitische Frage aufzuwerfen.

Es geht um das rechtsstaatlich zentrale Problem der Gesetzesanwendung. Immer mehr stellen wir fest, dass in diesem Parlament moderne, oft sehr detaillierte Gesetze ausgearbeitet und beschlossen werden. Manche sprechen von Gesetzesflut. Die praktische Anwendung ist dann meist Sache der Kantone, und diese – vor allem die kleineren – sind nicht selten überfordert, oder, was schlimmer ist, es fehlt ihnen oft auch der feste politische Wille, gewisse Bundesgesetze so anzuwenden, wie man es von ihnen verlangen müsste. Ich erinnere an das Raumplanungs-, das Umweltschutz-, das Tierschutzgesetz und andere. Ein verdienter, sehr bekannter Journalist hat denn auch kürzlich in einem grundsätzlichen Kommentar sinngemäss festgestellt, der Schlendrian im Vollzugsföderalismus werde langsam peinlich. Aus rechtsstaatlicher Sicht hat er zweifellos recht.

Es geht auf die Dauer nicht an, dass auf Bundesebene Gesetze geschaffen werden, ohne dass deren rechtsgleiche, korrekte Anwendung – und nur dann haben sie einen Sinn! – gesichert ist. Je umfangreicher sie sind, desto komplizierter ist deren Verwirklichung. Denken Sie dabei auch an die kleineren Firmen.

Diese Feststellung führt mich zur Frage an Herrn Bundesrat Delamuraz, ob im Fall des Gesetzes, das wir jetzt diskutieren und das typischerweise viel umfangreicher und viel reglementierfreudiger ist als das bisherige, mit einer einigermaßen korrekten, im ganzen Land rechtsgleichen Anwendung in der Praxis gerechnet werden kann. Wenn nicht, würden wir hier keine sinnvolle legislatorische Arbeit, sondern rechtlich und politisch schädliche Augenwischerei, eine Gesetzgebung als l'art pour l'art betreiben. Da möchte ich nicht mitmachen. Meine Haltung zum Arbeitsvermittlungsgesetz ist von der Beantwortung dieser grundsätzlichen Frage abhängig. Ich danke Herrn Bundesrat Delamuraz für seine Antwort.

**Reimann, Berichterstatter:** Ich möchte nicht auf alle Voten eintreten. Im Grunde genommen sind die gleichen Argumente, wie sie hier im Rat gefallen sind, auch in der Kommission vorgebracht worden. Es geht hier um drei wichtige Dinge: um die Verstärkung der Instrumentarien der öffentlichen Vermittlung, um die Bekämpfung des Missbrauchs und um die dringend notwendige Regelung des Personalverleihs.

Die Notwendigkeit einer verstärkten Vermittlungstätigkeit wird im allgemeinen bestätigt, auch von denjenigen, die Nichteintreten beantragen. Auch bestreitet man nicht die Notwendigkeit, den Personalverleih gesetzlich zu regeln.

Trotzdem beantragt Herr Coutau mit einer Minderheit Nichteintreten. Er spricht von einer unerwünschten Einmischung des Staates, von einem Misstrauen gegenüber der Privatindustrie. Auch der Schweizerische Gewerbeverband hat sich in einem recht massiven Schreiben, das er an die Kommission gerichtet hat, zur Behauptung verstriegen, dieses Gesetz sei ein Angriff gegen das Privatgewerbe.

Ich habe mich bereits in der Kommission gegen eine solche Unterstellung verwahrt. Dabei geht es überhaupt nicht gegen das Gewerbe und nicht gegen die Privatindustrie, im Gegenteil. Ich komme selber in meiner Tätigkeit immer wieder in die Lage, bei Betriebsschliessungen und Massenentlassungen festzustellen, wie wichtig die Hilfe der öffentlichen Arbeitsvermittlung ist. Um so mehr ist es zu bedauern, dass die gleichen Kreise, die bei Entlassungen auf eine solche Vermittlungstätigkeit angewiesen sind, dieses Gesetz bekämpfen. Im gleichen Atemzug gibt Herr Coutau allerdings zu, dass im Recht ein gewisses Vakuum bestehe und dass Missbräuche geahndet werden müssten. Man kann natürlich das Kind nicht baden, ohne dass es nass wird. Mit dem Vorwand der Einmischung des Staates kann man jede Gesetzgebung zu Fall bringen.

Wir haben einen verfassungsmässigen Auftrag, um auf das Votum von Herrn Pfund einzutreten. Die veränderten Verhältnisse, die Umstrukturierung in den Betrieben, wo immer wieder Leute aus ihrer bisherigen Tätigkeit herausgerissen und vermittelt werden müssen, zwingen uns dazu, diese Vermittlungstätigkeit zu verstärken und dazu die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen. Zu diesen Massnahmen verpflichtet uns vor allem Artikel 34ter in bezug auf den Arbeitnehmerschutz und in bezug auf die Arbeitsvermittlung.

Es trifft zu, dass wir im Vergleich mit dem Ausland eine bessere Anpassungsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt aufweisen. Aber diese viel gerühmte Flexibilität beruht auch ein Stück weit auf unserem System, das sich auf ein enges Netz von Gesamtarbeitsverträgen abstützen kann. Gerade dieses System wird durch eine unkontrollierte Ausweitung des Personalverleihs immer mehr in Frage gestellt.

Abschliessend möchte ich nochmals betonen: Die Verstärkung der Vermittlungstätigkeit ist dringend notwendig, ebenso notwendig ist die Regelung des Personalverleihs. Ich möchte Sie deshalb bitten, auf die Vorlage einzutreten und den Minderheitsantrag Coutau abzulehnen.

**M. Darbellay**, rapporteur: Je constate, d'abord, que le projet a été relativement bien accueilli, à quelques exceptions près, puisque M. Coutau, soutenu par M. Pfund et des orateurs individuels, a proposé la non-entrée en matière. Monsieur Coutau, quelle belle leçon de vocabulaire vous nous avez donnée! J'ai noté «tatillonne», «boursoufflée», «vexatoire», «vétilleuse», «suspicieuse», «rigide». Puis-je me permettre, Monsieur Coutau, en toute amitié, de vous poser une toute petite question: ne serait-ce pas votre discours qui serait quelque peu «boursoufflé»? J'ai vraiment essayé de trouver dans la loi le correspondant de ces adjectifs. En fait, vous nous avez donné un très beau cours de libéralisme, mais est-il d'actualité? Je me permets le point d'interrogation. Avec M. Maitre, je me suis sérieusement posé la question: avons-nous lu les mêmes textes, parlons-nous de la même loi? Je crois que nous devons parler de ce qui est contenu dans le texte présenté. Voyons d'un peu plus près. Vous dites que cette loi bouleverse complètement le placement privé. Or, elle demande que tous les offices de placement, y compris ceux d'utilité publique, soient l'objet d'une autorisation, et, pour donner cette autorisation, on exige qu'à la tête de ces services soient placées des personnes compétentes. Cela vous gêne-t-il qu'on mette des personnes compétentes à la tête des bureaux de placement? Il me semble que ce n'est pas le seul endroit où l'on pose quelques exigences. Le certificat de capacité existe dans de nombreuses professions et depuis belle lurette! Vous dites que pour l'étranger, on demande des qualifications excessives. Est-ce excessif, lorsqu'on veut placer du personnel à l'étranger, de savoir quelles seront les conditions de travail qui l'attendent? Est-ce excessif de demander aux personnes qui font venir des travailleurs chez nous de connaître les dispositions légales, et en particulier la loi sur le séjour et l'établissement des étrangers? Vous dites que la location de services ne devrait pas être réglementée ici et qu'il faudrait la renvoyer au code des obligations. Ce ne serait pas demain que le problème serait résolu. On a relevé ici, à maintes reprises, qu'un certain nombre de maisons qui font de la location de services sont organisées et font du bon travail. Je pense qu'elles n'ont rien à craindre des dispositions légales que nous leur proposons et qui sont de nature à mettre de l'ordre dans l'ensemble de la profession. En parlant de la loi, M. Houmard a d'ailleurs énuméré un certain nombre de qualités qu'elle devrait avoir. Je crois les retrouver dans le texte qui vous est proposé.

A propos du service public de l'emploi, on a peint le diable sur la muraille. M. Blocher, en particulier, a parlé du «tout à l'Etat». Mais non! Il s'agit simplement d'adapter les offices cantonaux de travail aux nécessités d'aujourd'hui, en utilisant aussi les moyens d'aujourd'hui. On ne peut pas travailler en 1987 comme on le faisait en 1950. Cette possibilité que nous donnons à l'OFIAMT d'exercer une collaboration avec les cantons me semble aujourd'hui indispensable, pour que nous puissions maîtriser de manière convenable le marché de l'emploi. On a relevé que le projet risquait de promouvoir davantage le travail au noir. Là, Monsieur Coutau, je ne vous comprends plus du tout; votre affirmation est absolument fautive, puisque dans les buts mêmes de cette loi figure la lutte contre le travail au noir et les dispositions prises me paraissent particulièrement judicieuses.

En ce qui concerne les dispositions pénales, c'est ici une question de mesure. Je rappelle que la loi fixe tout simplement les maxima et qu'il appartient au juge d'apprécier selon les circonstances.

Notre marché de l'emploi est aujourd'hui presque équilibré. L'OCDE nous adresse des compliments en relevant particulièrement la concertation entre les partenaires sociaux. Je crois pouvoir affirmer que ce projet de loi ne met pas du tout en danger cette concertation, ni l'équilibre du marché, et je pense que c'est une chance de pouvoir le travailler et le voter à un moment où nous ne sommes pas sous la pression de la nécessité. M. Carobbio a relevé que cette révision était partielle et insuffisante, c'est peut-être là la preuve qu'une fois encore la commission s'est située, avec le projet du Conseil fédéral, dans le juste milieu.

C'est pourquoi je vous invite instamment à voter l'entrée en matière.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral vous propose aujourd'hui d'abroger une loi vénérable qui fête ses nonante-neuf ans et ensuite d'adapter une loi qui a déjà trente-six ans. Pourquoi l'adapter? Parce qu'en trente-six ans, le marché de l'emploi s'est transformé profondément. Les structures de l'économie ont évolué. L'organisation du travail a changé. Il est nécessaire d'adapter le cadre légal régissant le marché du travail. En 1951, le Parlement faisait oeuvre remarquable en adoptant simultanément, comme deux pièces d'une politique cohérente, la loi sur l'assurance-chômage et la loi sur le service de l'emploi. La loi sur l'assurance-chômage a été refaite il y a cinq ans. Les taux de chômage suisse demeurent les plus bas du monde; on peut apprécier, même à dose homéopathique, les effets positifs de cette loi et l'on doit se féliciter des dispositions que vous y avez introduites, il y a quelques temps.

Il s'agit maintenant de nous occuper de l'autre jumeau et d'adapter ce second instrument à disposition des donneurs et des preneurs d'emploi: la loi sur le service de l'emploi, pour la raison fondamentale, que l'outil de 1951 est aujourd'hui dépassé en un certain nombre de points importants. L'idée que l'on pourrait parvenir à cette amélioration par de petits ajustements partiels est erronée. Le recours à quelques modifications du code des obligations et à quelques corrections de la loi est insuffisant pour prendre en compte les conditions d'aujourd'hui, et surtout de demain, du marché du travail. La refonte de la loi que nous proposons vise des objectifs concrets et le chemin pour y parvenir est conforme aux règles de l'économie libre, aux pratiques et à l'esprit de l'économie libre. Le projet ne supprime nullement le placement privé par le placement public, pas plus qu'il n'enfle l'interventionnisme de l'Etat. Il n'entraîne pas la Confédération à écraser l'économie privée, ni à empiéter sur des compétences cantonales, dont nous savons la pertinence. Il permet tout simplement d'accomplir correctement le mandat constitutionnel de protection des travailleurs que le peuple a voulu et qu'il s'agit d'engager maintenant, selon des moyens adaptés à notre temps. En outre, ce projet étend le champ d'application de la loi sur le service de l'emploi à des formes d'emploi quasi inconnues il y a trente-six ans et qui sont de plus en plus répandues maintenant. Je songe au travail temporaire, qui concerne quelque 60 000 personnes dans notre pays, trente-huit sociétés comprises dans la Fédération suisse des entreprises de travail temporaire et quelques centaines de sociétés simples, très simples pour certaines d'entre elles, dont je ne dirai pas qu'elles sont toutes exemplaires dans l'éthique de leurs moyens et dans la correction de leurs relations.

Ce n'est pas être tatillon, disproportionné, suspicieux – pour reprendre les plaisants adjectifs que M. Coutau attribue généreusement au projet gouvernemental et, par conséquent, au gouvernement tout entier – que de permettre à 60 000 Suisses d'être placés sur le marché du travail dans des conditions comparables à celles dont bénéficient les autres Suisses, c'est-à-dire des conditions équitables.

Le phénomène de l'inflation législative et de l'interventionnisme insidieux de l'Etat est un phénomène bien connu de tous les étudiants en sciences politiques. Mais à l'évoquer précisément ici, on sollicite vraiment les textes et les intentions. Non, le Conseil fédéral ne veut pas à tout prix le bonheur des gens malgré eux, il veut fournir un cadre de protection nécessaire aux travailleurs contre les abus. Le Conseil fédéral ne veut pas davantage mater les demandeurs d'emploi, il veut les mettre en condition d'exercer réellement leurs responsabilités individuelles. Le Conseil fédéral ne veut pas plus installer une sorte de bureaucratie, il veut que l'économie libre respire et fonctionne, c'est la source vive de notre prospérité et vous ne voyez pas que le Conseil fédéral, soudainement animé d'un zèle perfectionniste, veuille tuer la poule aux oeufs d'or. Certes, il serait bon de vivre dans une société toute d'harmonie spontanée, de rigueur et d'autodiscipline. Le projet d'aujourd'hui y

serait inutile. La loi même de 1951 y aurait été inutile et l'OFIAMT y serait peut-être inutile lui-même, pour ne pas parler du Département de l'économie publique. Mais la réalité ne correspond pas à ce monde de rêve. Il faut bel et bien que la relation entre demandeurs et offreurs d'emploi soit située convenablement et qu'elle évite, non pas dans une mesure absolue, mais dans une bonne mesure, le dérapage nuisible à l'un et à l'autre.

Maintenant je répondrai à M. Willy Pfund et au très redoutable groupe radical, dont il est le porte-parole. La base constitutionnelle – c'est le sens de la première question que vous avez posée – a été examinée, elle est indubitable. Je vous rappelle l'article 34ter, alinéa 1, lettre a, voté par le peuple et les cantons il y a très exactement quarante ans et qui stipule: «La Confédération a le droit de légiférer sur la protection des employés ou ouvriers». La priorité du placement privé, ce n'est pas seulement, Monsieur Pfund, une déclamation, une formule rhétorique, une proclamation creuse et unilatérale des auteurs du texte législatif, mais c'est la réalité profonde de la substance, de la construction et de l'esprit de la loi qui vous est proposée. Tout, dans cette loi, est conçu pour que le service de placement privé ait la priorité et que le service public y apparaisse comme subsidiaire. Ce service public s'occupe pour l'essentiel, d'autres catégories de personnes que le service privé, et en aucun cas, Monsieur Blocher, il ne pourrait s'agir d'un monopole de l'Etat en matière de placement; à aucun endroit de cette loi, vous ne trouvez, ne serait-ce qu'une indication, qu'un indice qui puissent vous conduire à la conclusion qu'elle vise à établir un monopole d'Etat en cette matière. Le service public – je vous le répète, comme je viens de le dire à M. Pfund – est, et demeure, un service subsidiaire et la loi n'entravera aucunement la libre concurrence du service privé de l'emploi. Ce ne sont pas là des vues théoriques et nous aurons les moyens de notre politique.

En ce qui concerne la Confédération, mon département, l'OFIAMT en particulier, accomplissent déjà l'essentiel de ces tâches, à l'exception, il est vrai, de la surveillance de la location des services, pour laquelle, en toute clarté, nous demandons deux places supplémentaires, comme précisé dans notre message à la page 89. Cette augmentation ne représente pas une boursoufflure d'effectifs, elle nous permettra de venir à bout de la tâche complexe décrite dans la loi.

Quant aux cantons, ils disposent, tout comme la Confédération, de l'infrastructure actuelle. Il conviendra de la développer et de l'orienter. Or, vous avez sans doute entendu avec intérêt M. Maître, qui sait de quoi il parle puisqu'il est chef d'un département cantonal de l'économie publique qui, en contact permanent avec la Confédération, assume la charge de conduire à bien cette tâche.

En ce qui concerne les moyens techniques dont nous devons être dotés, j'ai cru entendre des frémissements d'inquiétude dans l'hémicycle à propos de ce système «plasta», de ce système intégré que l'on introduirait. J'ai eu le sentiment que ce n'était rien d'autre que le «big brother» d'Orwell que nous allions installer de l'autre côté de la Bundesplatz, une sorte de grand ordinateur redoutable qui plierait à son autorité robotique les foules asservies. Il n'en est évidemment rien. Cet outil sera ce que nous voulons en faire, c'est-à-dire ni plus ni moins un auxiliaire d'information. Il est un moyen à disposition pour faciliter la mise en correspondance des offres et des demandes d'emploi. Au lieu de travailler selon les méthodes de grand-papa, valables au temps de la marine à voile et de la lampe à huile, on utilise tout simplement un ordinateur. Ne faites pas dire à cette étrange machine ce que nous ne voulons pas, et considérez là, qu'il n'y a aucune espèce de terreur installée, mais tout simplement un moyen d'information mieux développé, plus immédiat, plus complet, plus étendu qui est le *b a b a* minimum de tout équipement administratif.

La protection des travailleurs qui est, par mandat constitutionnel, ce que nous devons assumer dans le cadre de la révision de cette loi de 1951 ne concerne évidemment pas les travailleurs de cette époque là mais bien ceux de 1987,

ceux des décennies à suivre, avec tout ce que les temps futurs peuvent comporter de surprises conjoncturelles, de fluctuations et de volte-faces.

Rappelez-vous la soudaineté de la récession de 1974! L'assurance-chômage, plus particulièrement inadaptée aux temps nouveaux que nous avons alors vécus ensemble n'a pas pu jouer le rôle économique, social et humain qui doit être le sien. Il a fallu improviser, décider à la hâte et au coup par coup. Or, c'est ce que nous voulons éviter pour l'avenir en ce qui concerne le service de l'emploi.

Pour éviter toute improvisation, toute démarche non préparée, les «inévitables» fausses mesures qui seraient prises alors, il faut se doter d'un appareil convenable, prêt à l'emploi. Nous obtiendrons cet appareil et ne mettrons les chances de notre côté que si vous acceptez d'entrer en matière. Une décision contraire de votre part entraînerait des conséquences visibles dans au moins trois secteurs. Une grande partie de l'activité des bureaux privés de placement continuerait de ne pas être assujettie aux dispositions légales, et on ne comprend pas cette différence de traitement qui est préjudiciable à tous, particulièrement aux travailleurs. Dans le domaine des placements d'associations professionnelles et d'utilité publique, des imprésarios, des conseils en personnel, l'observation du marché de l'emploi, si nécessaire en temps de crise, ne pourrait pas être assurée faute de base législative. Les dispositions concernant le marché de l'emploi, qui préconisent la collaboration entre les services publics de placement et les bureaux de placement d'associations professionnelles et d'utilité publique, seraient plus difficilement applicables si l'autorisation obligatoire n'était pas requise. Enfin, un genre récent de placement à fin lucrative, à savoir le conseil en personnel, continuerait à échapper à la législation et, par conséquent, à la réglementation en cause.

Telles sont les premières conséquences négatives qu'entraînerait une décision de non-entrée en matière.

Le deuxième ordre de conséquences négatives concerne la location de personnel. Sans l'introduction de l'autorisation obligatoire, tout le secteur de la location de services continuerait de ne pas être soumis à la loi. La porte resterait ainsi ouverte aux abus. C'est précisément de ces abus dont il faut parler.

Monsieur Graf, l'OFIAMT n'a jamais publié de liste à ce propos, et je peux vous assurer que plus de 35 abus manifestes ont été constatés durant la période allant de 1979 à 1986, soit environ 200 abus caractéristiques. Nous avons tout lieu de croire que leur nombre réel est beaucoup plus élevé dans la mesure où seuls quelques-uns d'entre eux ont été portés par hasard à notre connaissance. Telle est la situation à laquelle il faut porter remède. Engager les moyens que nous vous proposons n'est absolument pas disproportionné.

Enfin, les dernières conséquences négatives se rapportent au service public de placement. Mise à part la révision que nous vous suggérons, il y aurait lieu de rechercher une autre base légale au système d'information, exploité avec l'aide de l'informatique, par la Confédération et les cantons, concernant les demandeurs d'emplois et les places vacantes. Dans le domaine des mesures préventives, importantes (soutien des mesures de recyclage et de perfectionnement) les tâches du service public de l'emploi seraient définies peu clairement et, qui plus est, privées d'une base légale.

En résumé, le Conseil fédéral, en vous proposant cette révision, n'est pas parti en promeneur solitaire, sans boussole et sans carte, dans un terrain inconnu. Le Conseil fédéral est en bonne compagnie, puisque, à l'exception du Parti libéral suisse – et je ne le regretterai jamais assez – tous les partis politiques ont dit oui à la généralité du projet que nous vous soumettons. Ce matin, il faut continuer de dire oui, c'est une question de cohérence politique et de respect de la philosophie de l'économie libre qui nous anime.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit (Eintreten) 91 Stimmen  
 Für den Antrag der Minderheit (Nichteintreten) 67 Stimmen

*Detailberatung – Discussion par articles***Titel und Ingress***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre et préambule***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 1***Antrag der Kommission**Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Minderheit*

(Coutau, Aliesch, Cottet, Dubois, Houmard, Nef, Neuenchwander, Pfund)

*Bst. a und c*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Bst. b*

b. eine öffentliche Arbeitsvermittlung, die die Vermittlung der bei den Arbeitsämtern in den Kantonen eingeschriebenen Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer oder solcher, die nach längerem Unterbruch wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, erleichtert;

**Art. 1***Proposition de la commission**Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité*

(Coutau, Aliesch, Cottet, Dubois, Houmard, Nef, Neuenchwander, Pfund)

*Let. a et c*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Let. b*

b. D'assurer un service public de l'emploi qui facilite le placement des chômeurs et des salariés inscrits auprès des offices du travail des cantons qui sont menacés d'un chômage imminent ou qui cherchent à reprendre un emploi après une interruption de longue durée.

**M. Coutau**, porte-parole de la minorité: Après ce vote qui, s'il a donné une majorité en faveur de l'entrée en matière, montre bien le scepticisme d'un nombre important de nos collègues, je me permets de présenter cette proposition de minorité qui touche très exactement le service public.

A l'article premier, le projet du Conseil fédéral nous propose d'assigner au service public de l'emploi le rôle «D'assurer un service public de l'emploi efficace qui contribue à créer et à maintenir un marché du travail équilibré». Pendant tout le débat d'entrée en matière, nous avons à juste titre, moi y compris, parlé de la protection nécessaire des travailleurs devant un certain nombre de pourvoyeurs d'emplois sans scrupule. La lettre b de l'article premier que je viens de vous lire ne correspond pas du tout à cette préoccupation légitime. Elle élargit le but de la loi de façon démesurée et, M. Darbellay me permettra de le dire, «boursouflée», je le maintiens. On ne peut pas imaginer qu'une loi puisse contribuer à créer et à maintenir un marché du travail équilibré, ou alors c'est une loi qui envahit l'ensemble du marché du travail, qui veut réglementer la totalité de ses aspects, et c'est précisément ce que le Conseil fédéral nous dit ne pas vouloir. A cet égard, j'ai pris acte avec beaucoup d'intérêt et de reconnaissance des déclarations lénifiantes que M. Delamuraz, conseiller fédéral, nous a adressées tout à l'heure quant aux intentions qu'il a annoncées sur l'application de la loi de façon modérée et libérale. La première occasion qui

lui est donnée de démontrer cette bonne volonté à l'égard d'une application libérale de la loi, c'est de souscrire à cet amendement que j'ai présenté à la lettre b. Cet amendement a un seul et unique objectif, il consiste à ramener le but de la loi à l'essentiel et non pas à créer, comme le texte du projet le fait, des illusions dans l'ensemble de la population. Il n'est pas possible, ni dans notre système libéral ni dans un système étatique élargi, de garantir un marché de l'emploi équilibré en permanence. C'est la raison pour laquelle, pour éviter toute confusion et toute illusion, je vous demande de voter en faveur de la minorité qui redonne cette volonté de subsidiarité au placement public par rapport au placement privé. On redimensionne l'objectif des offices de placement public qui, s'ils ont leur raison d'être, doivent rester, à titre subsidiaire, à la disposition des travailleurs.

C'est la raison essentielle de mon texte, il a été examiné en commission et je ne reviendrai pas sur le détail de son libellé. Il demande simplement, pour que le service public intervienne dans le placement, que les chômeurs y soient inscrits ou qu'ils soient sur le point d'être congédiés pour raison de licenciement massif dont l'employeur doit annoncer la réalité. Enfin, j'inclus également dans cette possibilité de placement par l'office public les personnes qui sont en quête d'emploi après une longue interruption. Il s'agit essentiellement des handicapés, ou éventuellement des femmes mariées qui ont interrompu leur activité professionnelle pendant une certaine période et qui cherchent à reprendre un emploi. En approuvant cette proposition de minorité, vous redonnerez à l'objectif du service public sa véritable dimension et surtout, ce qui me semble indispensable, vous concrétiserez les désirs et les affirmations d'intention du Conseil fédéral de laisser au placement public un rôle essentiellement subsidiaire par rapport au placement privé.

**Frau Fankhauser:** Zuerst habe ich eine Bemerkung zum Vokabular dieser Gesetzgebung zu machen. In Buchstabe c postuliert das Gesetz den Schutz der Arbeitnehmer, obwohl der Bundesrat selber in der Botschaft vom 26. Februar 1986 betreffend gleiche Rechte für Mann und Frau in Aussicht gestellt hat, er würde geschlechtsneutrale Formulierungen wählen. Diese Erkenntnis ist offenbar hier noch nicht eingeflossen. Daher bitte ich alle Arbeitnehmerinnen, die sich betroffen fühlen, zu verstehen, dass sie unter Arbeitnehmer immer noch verstanden werden.

Die Minderheit, angeführt von Herrn Coutau, möchte die Tätigkeit der öffentlichen Vermittlung auf die Vermittlung der bei den Arbeitsämtern in den Kantonen eingeschriebenen Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beschränken oder solche, die nach längerem Unterbruch wieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen möchten. Ich bitte Sie: Lassen Sie doch der soeben bei der vorliegenden Abstimmung frei gewordenen Frühlingsschwabe die Flügel! Stützen Sie den Vogel nicht so früh! Die Minderheit nimmt mit diesem Antrag dem Gesetz bereits im Zweckartikel eine der wichtigsten Grundlagen weg. Sie führt auch zu neuen administrativen Schwierigkeiten, wenn jeder und jede, der oder die sich beim Arbeitsamt meldet, zuerst nachweisen muss, dass er oder sie in die gesetzlichen Kategorien falle. Wollen Sie tatsächlich, dass die Privatvermittlungen das Monopol der Vermittlung aller unproblematischen Fälle haben? Wie stellt sich die Minderheit das ganze in der Praxis vor?

Mit diesem Antrag sind alle Jugendlichen, die Rückwanderer und sonstige vorausschauende, vorausplanende und verantwortungsbewusste Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgeschlossen. Wir wollen doch die Arbeitslosigkeit nicht nur bekämpfen, sondern auch verhüten. Deshalb können wir die Formulierung des Bundesrates, unterstützt durch die Mehrheit der Kommission, nur begrüßen.

Uns liegt auch etwas daran, international nicht im Abseits stehen zu müssen. Das Abkommen Nr. 88 der Internationalen Arbeitsorganisation – IAO – verpflichtet uns, eine öffentliche, unentgeltliche Arbeitsmarktverwaltung zu unterhalten.

ten. Ich denke, dass solche internationalen Vereinbarungen uns doch wichtig genug sein sollten.

Hat sich die Minderheit auch schon überlegt, wie sozialverträglich ihre Konzeption der Arbeitsvermittlung ist? Bei den Stellensuchenden geht es in der Regel nicht um den Stärksten in dieser Gesellschaft, sondern eher um Leute, die auf dem Arbeitsmarkt ein Federgewicht darstellen. Die Stärkeren werden sich nämlich ohnehin zu helfen wissen, so will es das Spiel von Angebot und Nachfrage in dieser Marktsituation.

Ich bitte Sie besonders im Namen der Leute, die Mann und Frau im landesüblichen Vokabular «die kleinen Leute» nennt, den Antrag der Mehrheit zu unterstützen und die Minderheit bachab zu schicken.

**Frau Weber Monika:** Ich bitte Sie ganz dringlich, diesen Minderheitsantrag abzulehnen. Man kann sich wohl legitimerweise fragen, ob der Bund eine öffentliche Arbeitsvermittlung unterhalten bzw. sich für die Förderung einsetzen soll. Aber dieser Artikel, so wie er von der Minderheit postuliert wird, ist ein absoluter Diskriminierungsartikel, und zwar deshalb, weil Sie mit diesem Artikel die Arbeitnehmer in zwei Kategorien aufteilen: die eine Kategorie umfasst die sogenannten Normalen, die andere Kategorie bilden die sogenannten Schwervermittelbaren. Wer dann bei den öffentlichen Türen eintritt und nach einer Arbeit sucht, ist nach diesem Minderheitsartikel absolut als schwervermittelbar abgestempelt. Das müssen wir unbedingt verhindern. Deshalb bitte ich Sie in aller Dringlichkeit, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

**Reimann, Berichterstatter:** Der Minderheitsantrag Coutau wurde in der Kommission mit 11 zu 7 Stimmen abgelehnt. Der Text des Antrages ist zwar doppelt so lang wie der bundesrätliche Vorschlag, sagt aber nur halb soviel aus, das heisst, die Minderheit möchte das Ziel dieses Gesetzes einschränken. Zwei wichtige Komponenten des bundesrätlichen Vorschlages sind herausgestrichen, nämlich die verlangte Leistungsfähigkeit der öffentlichen Arbeitsvermittlung und ein ausgeglichener Arbeitsmarkt als Zielsetzung der Arbeitsvermittlung. Auch würde man mit diesem Vorschlag die Arbeitsvermittlung auf Arbeitnehmer beschränken, die bereits ohne Arbeit sind, und auf solche, die unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedroht werden. Das Gesetz möchte aber alle Stellensuchenden ansprechen und so auch eine gewisse Präventivwirkung ausüben. Frau Fankhauser hat vorhin eine ganze Reihe von Arbeitnehmern aufgezählt, welche durch diesen Minderheitsantrag von der öffentlichen Arbeitsvermittlung ausgeschlossen würden. Ich unterstütze auch das, was Frau Weber über die Diskriminierung derjenigen, welche auf öffentlichen Arbeitsämtern um Arbeit nachsuchen, gesagt hat. Die Arbeitsvermittlung ist ja eine der wichtigsten Präventivmassnahmen zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit. Gerade weil die private Arbeitsvermittlung diese Aufgabe nicht überall übernehmen kann, sind viele Bereiche, wie zum Beispiel auch die Heimarbeiter, auf die öffentliche Vermittlung angewiesen.

Im übrigen schlagen wir Ihnen in Artikel 35 dieses Gesetzes ein wirkungsvolles Instrument für eine öffentliche Arbeitsvermittlung vor, was auch dem Text von Artikel 1 des bundesrätlichen Vorschlages entspricht. Das ist eine der wichtigsten Absichten dieser Gesetzesrevision. Wir haben im Eintreten auf die Notwendigkeit dieser Verstärkung der öffentlichen Arbeitsvermittlung hingewiesen. Auch in einer relativ guten Beschäftigungslage müssen wir heute und in Zukunft damit rechnen, dass die Umstrukturierung in der Wirtschaft weitergeht und dass wir in Zukunft mit einer gewissen Unsicherheit und Instabilität der Arbeitsplätze leben müssen.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag Coutau abzulehnen und der Fassung des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

**M. Darbellay rapporteur:** Je m'étonne de la proposition de minorité venant de M. Coutau. Au fond, on l'a relevé, il fait deux catégories de travailleurs, dont certains pourraient avoir recours au service public de l'emploi; ce seraient les chômeurs, les personnes, inscrites auprès des offices, menacées d'un chômage imminent et celles qui cherchent à reprendre un emploi après une longue interruption. Je pense à toutes les tracasseries administratives que cela provoquerait pour faire la distinction entre ces diverses catégories de personnes. On reproche à la loi d'être trop tracassière et on introduirait une disposition qui l'est beaucoup plus que celles prévues. M. Coutau nous a demandé: «Comment voulez-vous que la loi puisse créer et maintenir un marché du travail équilibré? La loi ne peut pas remplir ce rôle. Par contre, la lettre b dit: »La présente loi a pour but d'assurer un service public de l'emploi efficace qui contribue à créer et à maintenir un marché du travail équilibré.«. A quoi servirait un service public de l'emploi s'il n'était pas efficace et s'il ne contribuait pas à créer et à maintenir un marché du travail équilibré? C'est d'une contribution qu'il s'agit et le service public de l'emploi la doit. Je vous invite à repousser l'amendement Coutau.

**M. Delamuraz, conseiller fédéral:** Je vois trois raisons suffisantes pour suivre la proposition du Conseil fédéral et de la majorité de la commission. La première est que la solution préconisée par M. Coutau est beaucoup plus restrictive que celle que contient l'actuelle loi de 1951. Elle exclut la possibilité de conseiller et de placer des jeunes gens en voie d'entrer dans la vie économique par le biais du service public, de même qu'elle exclut les Suisses rentrant de l'étranger et, d'une manière générale, toutes les personnes qui, sans être inscrites dans les registres publics du chômage désirent recourir, en toute liberté, sans aucune exclusion, sans aucune contrainte et sans aucune obligation, au service public de l'emploi. Il y a donc là une exclusion que rien ne peut justifier.

Deuxièmement, il existe des branches économiques qui ne font l'objet d'aucune organisation de service de placement privé, les travailleurs à domicile, par exemple. Lorsque, dans cette catégorie, on recherche un emploi et que l'on a pas de possibilité de recourir au placement privé, la formulation trop restrictive proposée par M. Coutau rendrait injustement impossible le recours au placement public. Vous avouerez que cela n'est pas le but que nous voulons atteindre par la révision de cette loi. Nous voulons au moins maintenir l'acquis de 1951 et ne pas nous trouver en nette régression par rapport au droit actuel.

Enfin, troisième élément, il serait contraire à la Convention No 88 de l'Organisation internationale du travail sur l'organisation du marché de l'emploi que de frapper d'exclusion aussi catégorique que celle qui vous est suggérée ici, les demandeurs d'emploi désireux de recourir au service public. En dépit de cela, j'affirme que dans la formulation du Conseil fédéral le service public demeure bel et bien un service subsidiaire. Je constate tout d'abord que le service privé, lui, ne fait pas l'objet d'une réglementation détaillée, il est donc, dans une très grande mesure, libre de se manifester auprès des interlocuteurs qu'il entend choisir et c'est le service public, lui, qui fait l'objet d'une réglementation précise, qui circumscrit son domaine d'intervention et qui fixe les procédures auxquelles il est soumis. Il est évident que c'est le service réglé par des dispositions précises qui est le service subsidiaire par rapport au service privé. Le caractère subsidiaire est ensuite démontré par le fait qu'à aucun moment il n'y a obligation et il n'y aurait obligation de recourir au service public, ni de la part de ceux qui offrent des emplois et qui seraient sommés de les annoncer et de les annoncer au service public seulement, ni de la part de ceux qui recherchent un emploi, à l'exception des chômeurs. Si telles dispositions existaient, je reconnais avec vous que le caractère subsidiaire de ce service public serait tout à fait problématique. Mais précisément, et à contrario, parce qu'elles n'existent pas, nous sommes en présence,

sans altération, réellement d'un service qui s'ajoute aux services privés, lesquels demeurent les services de base et les services prioritaires.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit	71 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	63 Stimmen

**Art. 2**

*Antrag der Kommission  
Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates  
*Minderheit*

(Houmard, Aliesch, Allenspach, Coutau, Dubois, Nef, Neuenchwander, Pfund)

*Abs. 1*

Wer gewerbsmässig im Inland Arbeit vermittelt, ....

*Minderheit*

(Pfund, Aliesch, Allenspach, Dubois, Houmard, Nef, Neuenchwander)

*Abs. 2*

Eine Betriebsbewilligung benötigt auch, wer Personen für künstlerische und ähnliche Darbietungen vermittelt.

**Art. 2**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité*

(Houmard, Aliesch, Allenspach, Coutau, Dubois, Nef, Neuenchwander, Pfund)

*Al. 1*

Pour exercer régulièrement en Suisse une activité de placement à fin lucrative, qui consiste ....

*Minorité*

(Pfund, Aliesch, Allenspach, Dubois, Houmard, Nef, Neuenchwander)

*Al. 2*

Celui qui s'occupe de placer des personnes qui participent à des manifestations artistiques ou autres doit également être en possession d'une autorisation.

*Abs. 1 – Al. 1*

M. **Houmard**, porte-parole de la minorité: Une forte minorité de la commission vous propose une modification à l'article 2, alinéa premier. Il s'agit en fait de réintroduire la notion de «à fin lucrative».

L'article 9, alinéa premier du règlement d'exécution relatif à la loi sur le service de l'emploi actuellement en vigueur mentionne déjà des bureaux de placement exerçant ce métier à fin lucrative, en allemand «gewerbsmässig», alors que l'article 2, à l'alinéa premier du projet qui nous est soumis, ne fait plus mention de cette restriction.

Par conséquent, je vous demande de maintenir cette notion. Je pense, en effet, qu'il est nécessaire de limiter l'application de cette loi aux organismes qui exercent cette activité de placement, non seulement de façon régulière, mais encore à fin lucrative. Cela limite déjà la portée.

Il existe des organes rattachés à des organisations professionnelles, associations d'employés de commerce, services de placement dans certaines écoles, qui fonctionnent parfaitement bien. Ils mettent les demandeurs d'emplois et les employeurs en rapport, sans chercher à en tirer un bénéfice. C'est un système simple, qui fonctionne parfaitement. On fait parvenir une offre de service à la centrale, celle-ci la transmet à un employeur, la liaison est établie et en fait, c'est bien l'essentiel. A mon avis, nous ne devons pas alourdir un tel système. Evitons donc de soumettre une telle organisation à la loi sur le service de l'emploi.

En conséquence, je vous demande de soutenir la proposition de minorité et de retenir l'idée que seules les entreprises exerçant une activité de placement à fin lucrative soient soumises à cette loi.

Mme **Deneys**: La formulation adoptée à l'article 2, premier alinéa, par le Conseil fédéral et la majorité de la commission a le mérite de l'équité et de la simplicité. Toutes les activités de placement sont soumises à autorisation de l'Office cantonal du travail.

Vous savez aussi bien que moi, Monsieur Houmard, qu'il y a de nombreuses nuances entre «tout à fait lucratif», «un peu lucratif» et «pas lucratif du tout». Pour interpréter le placement à fin lucrative, comme vous le souhaitez, les offices cantonaux devraient donc, forcément, examiner l'ensemble des activités de placement. De plus, ces offices ne feront aucune difficulté à donner l'autorisation, lorsqu'ils ont affaire à des organisations sérieuses et reconnues.

L'alinéa 2 du même article est parfaitement justifié, lui aussi, face à la prolifération des bureaux de psychologues conseils. Dans ce domaine en particulier, aussi bien les employeurs que les travailleurs ont intérêt à obtenir une certaine garantie de sérieux. L'autorisation à requérir auprès de l'Office cantonal du travail ne retiendra pas les gens valables et compétents, mais empêchera que des employeurs ou des salariés se fassent gruger par des sois-disant spécialistes sans scrupules. L'autorisation sert finalement de faire-valoir aux personnes ou aux entreprises qui l'ont obtenue.

De plus, on établit ainsi une égalité de traitement entre les placeurs prévus à l'alinéa premier et des activités de placement plus ou moins déguisées en conseils d'expert de la recherche et de la sélection sur le marché du travail.

En conclusion et pour ne pas remonter à la tribune, je vous prie de suivre la majorité de la commission et le Conseil fédéral et d'accepter les alinéas premier et 2 de l'article 2 tels qu'ils nous sont proposés.

**Reimann**, Berichterstatter: Der Minderheitsantrag Houmard wurde von unserer Kommission mit 11 zu 8 Stimmen abgelehnt. Die Kommissionsmehrheit geht in ihrer Stellungnahme vom verfassungsmässigen Auftrag des Arbeitnehmerschutzes aus. Dieser Schutz kann nicht nur dann gewährt werden, wenn die Vermittlungstätigkeit gewerbsmässig erfolgt, sondern er muss die Vermittlertätigkeit ganzheitlich erfassen. Das heisst, nicht nur die Vermittlerfirmen, sondern in erster Linie die zu vermittelnden Arbeitnehmer müssen den gesetzlichen Schutz beanspruchen können. In der Kommission wurde auf Missbräuche verwiesen, welche sich vor allem auf die Vermittlung im Ausland beziehen, weshalb eine umfassende Kontrolle gerechtfertigt ist. Im Namen der Kommissionsmehrheit empfehle ich Ihnen deshalb, den Antrag Houmard abzulehnen und dem Vorschlag des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

M. **Darbellay**, rapporteur: La proposition de minorité Houmard vise à restreindre l'autorisation aux placeurs qui exercent leur activité dans un but lucratif. Comme on l'a relevé, il est certaines fois difficile de faire une distinction exacte entre ceux qui poursuivent un but lucratif et ceux qui n'en poursuivent pas. En outre, le problème essentiel qui se pose ici est celui de la qualification des personnes qui s'occupent de placement. Or, cette qualification est nécessaire aussi bien lorsqu'il s'agit de personnes travaillant avec un but lucratif que lorsqu'il s'agit d'organismes d'intérêt public. On a relevé également que les organismes d'intérêt public, au moment où ils prouveront qu'ils ont à disposition les personnes pour assurer un service convenable, n'auront guère de peine à obtenir cette autorisation.

Je vous invite donc à refuser la proposition Houmard.

M. **Delamuraz**, conseiller fédéral: Avec cette exigence d'une autorisation cantonale, il s'agit, Monsieur Houmard, encore et toujours de protéger le demandeur d'emploi. Que ce demandeur d'emploi recoure à une agence, à un service gratuit, semi gratuit ou pas gratuit du tout importe peu, ce qui compte c'est qu'il soit protégé. Introduire une *distinguo* quant au tarif de ces services entre zéro et les services payants, c'est introduire une mesure arbitraire et c'est rater

une partie du but que nous devons atteindre, celui d'une protection générale du demandeur d'emploi et du travailleur au sens de l'article constitutionnel, au sens de toute la téléologie de cette loi. C'est donc un petit monstre que vous proposez d'introduire. Il faut l'éviter et rester à une zoologie orthodoxe.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	57 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	45 Stimmen

#### Abs. 2 – Al. 2

**Pfund**, Sprecher der Minderheit: Ich gehe mit dem Bundesrat einig, dass die Vermittlung von Personen für künstlerische und ähnliche Darbietungen nun geregelt werden muss. Dies ist zweifellos der Teil des Vermittlungsmarktes, wo einiges an Missbräuchen vorkommt. Mein Antrag nimmt daher diesen Gesichtspunkt *expressis verbis* auf. Hingegen ist die Unterstellung der Personalberater unter die Bewilligungspflicht, wie sie im neuen Artikel 2 Absatz 2 vorgesehen ist, ein unnötiger, ja unter Umständen sogar ein schädlicher staatlicher Eingriff. Personalberater vermitteln keine Arbeitnehmer, sondern beraten in der Regel Stellensuchende oder Mitarbeiter suchende Unternehmen und führen vertragswillige Partner zusammen. Kleinere und mittlere Unternehmen sind aufgrund der heutigen Ausbildungsvielfalt immer stärker auf solche Personalberater angewiesen. Ihre Unterstellung unter die Bewilligungspflicht mit den vorgesehenen sehr restriktiven, bürokratischen und persönlichen Voraussetzungen schafft für sie teilweise fast nicht zu erbringende Auflagen. Ein guter, seriöser Personalberater hat Erfolg dank seiner Qualität. Wer diese nicht hat, scheidet von selbst aus diesem Markt aus. Eine Regelung für die Personalberater ist darum unnötig.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag, der das Hauptanliegen, der Einbeziehung der künstlerischen und ähnlichen Darbietungen, auch aufnimmt, zuzustimmen.

**Seiler**: Wir sind hier an einem ganz wesentlichen Punkt dieses Gesetzes, ich möchte fast sagen: bei einer Grundsatze Frage. Es geht hier ganz besonders um die Substanz dieses neuen Gesetzes. Es geht darum: Wer soll dieser Bewilligungspflicht unterstellt werden und wer allenfalls eben nicht?

Wir haben heute mehrmals gehört, dass das geltende Gesetz Schwachstellen hat. Neuere Formen der Arbeitsvermittlung werden oder können nicht erfasst werden. Darunter fallen vor allem die jetzt von Herrn Pfund angesprochenen Personalberater, was immer auch das heissen mag. Diese Personalberater können wegen der engen Definition des geltenden Gesetzes der Bewilligungspflicht nicht unterstellt werden, obwohl das Bundesgericht anfangs der achtziger Jahre entschieden hat, dass auch solche Berater allenfalls dieser Bewilligungspflicht unterstellt werden könnten.

Die Abgrenzung zwischen Vermittlung und Beratung ist ohnehin schwierig auszumachen. Das führt dann eben zu Grauzonen. Grauzonen führen auch immer zu Missbräuchen, das heisst, dass unqualifizierte Leute dann von der Vermittlung, wozu sie eine Bewilligung brauchen würden, auf diese Beratung ausweichen und somit ihr Handwerk unqualifiziert und ohne Bewilligung ausüben.

Die Minderheit will nun leider diese Lücke offen lassen. Betroffen davon ist nicht nur die Substanz dieses Gesetzes, sondern betroffen sind letztlich die Arbeitnehmer, die solchen Leuten dann in die Hände fallen. Ich bitte Sie sehr dringend, diese Lücke im geltenden Gesetz zu schliessen. Im Namen der CVP-Fraktion beantrage ich Ihnen, der Mehrheit zuzustimmen.

**Reimann**, Berichterstatter: Die Kommission hat den Minderheitsantrag Pfund zu Artikel 2 Absatz 2 mit 9 zu 7 Stimmen abgelehnt.

Herr Seiler hat soeben auf die Lücken des geltenden Gesetzes aufmerksam gemacht. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die Möglichkeit, sich durch eine andere Namensgebung dem Gesetz zu entziehen, relativ gross ist. Es gibt auch entsprechende Beispiele, wo die Bewilligung für die Personalvermittlung entzogen wurde und der Fehlbare nachher auf Personalverleih «umgestiegen» ist. Vor allem die Personalberatung greift in der Regel auch in die Personalvermittlung ein.

Wenn wir diese Tätigkeit der Bewilligungspflicht entziehen, schaffen wir – wie bereits gesagt wurde – eine Grauzone, die der Kontrolle entgleitet. Damit schaffen wir aber auch die Grundlage zu zweierlei Recht.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen und im Interesse der Missbrauchsbekämpfung bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Pfund abzulehnen und dem Bundesrat und der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

**M. Darbellay**, rapporteur: Il s'agit de déterminer qui est sujet à autorisation et qui ne l'est pas. La proposition de la minorité tend à soustraire à cette autorisation les bureaux-conseils pour la recherche régulière et la sélection des parties contractantes.

Cette proposition rencontre deux objections. Premièrement, il est très difficile de faire une distinction précise entre les bureaux de placement et les bureaux-conseils. Deuxièmement, ces dernières années, ces bureaux-conseils ont proliféré et pas toujours d'une manière très judicieuse.

Il s'agit aujourd'hui de faire la distinction entre les bureaux sérieux et ceux qui ne présentent pas cette qualité. Le fait de les soumettre à autorisation peut être considéré comme une garantie de bonne qualité.

Je vous invite par conséquent à refuser la proposition de minorité.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Exclure de la loi les conseils en personnel, les bureaux-conseils, comme le propose M. Pfund, crée une lacune qui, dans l'état actuel des choses, serait importante, compte tenu du recours croissant qui existe, en matière de placement, à ces institutions. Cela créerait, à l'avenir, une plus grande lacune, car il est bien évident que l'on profiterait de cette lacune pour s'intituler «conseil en personnel» et ainsi, indûment, échapper à la nécessaire rigueur de la loi. Cela créerait un état d'incertitude, un large découvert dans la protection du demandeur d'emploi.

Il ne faut donc pas prendre une telle décision mais bien suivre la proposition du Conseil fédéral.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	55 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	57 Stimmen

#### Abs. 3 bis 5 – Al. 3 à 5 Angenommen – Adopté

#### Art. 3

##### Antrag der Kommission

##### Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Abs. 2

##### Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Minderheit

(Aliesch, Allenspach, Coutau, Dubois, Houmard, Nef, Neuenschwander, Pfund)

##### Bst. b

Streichen

##### Abs. 3

##### Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Minderheit

(Houmard, Aliesch, Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Nef, Neuenschwander, Pfund)

Die Bewilligung zur Auslandvermittlung wird erteilt, wenn die Bedingungen der Absätze 1 und 2 erfüllt sind und wenn feststeht, dass die für die Leitung verantwortliche Person ausreichende Kenntnisse über die Verhältnisse in den entsprechenden Staaten besitzt.

*Abs. 4*

Die Bewilligung für Arbeitsvermittlungsstellen beruflicher und gemeinnütziger Institutionen wird erteilt, wenn die Voraussetzungen der Absätze 1 Buchstabe c, 2 und 3 erfüllt sind.

### Art. 3

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

*Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité*

(Aliesch, Allenspach, Coutau, Dubois, Houmard, Nef, Neuenschwander, Pfund)

*Let. b*

Biffer

*Al. 3*

*Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité*

(Houmard, Aliesch, Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Nef, Neuenschwander, Pfund)

... sont remplies et qu'il est établi que la personne qui assume la direction du bureau de placement connaît suffisamment les conditions existant dans les pays en question.

*Al. 4*

L'autorisation est délivrée aux bureaux de placement d'institutions professionnelles et d'utilité publique lorsque les conditions des alinéas 1, lettre c, 2 et 3 sont remplies.

*Abs. 1 – Al. 1*

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 2 – Al. 2*

**Aliesch**, Sprecher der Minderheit: Was regelt überhaupt dieser Artikel 3? Er umschreibt die Voraussetzungen, die ein Betrieb erfüllen muss, wenn er auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung tätig sein will.

Namens der Kommissionsminderheit beantrage ich Ihnen, den Buchstaben b des Absatzes 2 von Artikel 3 zu streichen. Hier verlangt der Gesetzesentwurf, dass die für die Arbeitsvermittlung verantwortlichen Personen eine fachgerechte Vermittlung gewährleisten müssen. Auf den ersten Blick ist das eine Selbstverständlichkeit; es sollte doch selbstverständlich sein – meinen wir alle –, dass eine Arbeitsvermittlung fachgerecht erfolgt und dass die Leiter von privaten Arbeitsvermittlungsbetrieben ihre Vermittlungstätigkeit kompetent und fachgerecht ausüben. Diese Voraussetzung muss bei einem privaten Arbeitsvermittlungsbüro erfüllt sein. Das meinen der Bundesrat und die Kommissionsmehrheit, und diese Auffassung teilt auch die Kommissionsminderheit. Die Notwendigkeit der fachlichen Kompetenz eines Arbeitsvermittlers ist für uns etwa gleich selbstverständlich wie unsere Meinung, dass zum Beispiel ein Garagenchef in einem autogewerblichen Betrieb nicht nur etwas, sondern sehr viel von Autoreparaturen verstehen muss. In dieser Beziehung bestehen zwischen der Kommissionsmehrheit und -minderheit überhaupt keine unterschiedlichen Auffassungen.

Wir sind dagegen der Ueberzeugung, dass das Erfordernis einer fachgerechten Vermittlung nicht als Voraussetzung für die Erteilung einer Bewilligung gelten darf. Dies ganz einfach deshalb, weil man damit das Ziel, nämlich die Gewährleistung einer fachgerechten Arbeitsvermittlung, gar nicht erreichen kann. Angesichts der Vielfalt der privaten Arbeitsvermittlung wären die Arbeitsämter in den Kantonen – diese sind für die Aufsicht zuständig – gar nicht in der Lage, die fachlichen Voraussetzungen der Leiter von Arbeitsvermitt-

lungsbetrieben zu prüfen. Die private Arbeitsvermittlung, die durch dieses Gesetz erfasst wird – wir sprechen hier nicht von Personalverleih und von Temporärarbeit –, umfasst nämlich sehr verschiedene Betriebe. Es kann sich um eine Agentur zur Vermittlung von Musikern handeln; ein anderer Betrieb vermittelt Handwerker oder kaufmännische Mitarbeiter. Das Spektrum privater Arbeitsvermittlung geht vom Pro-Juventute-Kreissekretariat bis zum Personalberatungsbüro für höchstqualifizierte Manager. Neu dem Gesetz unterstellt sind – nach Ihren bisherigen Beschlüssen und bei teilweise sehr schlechter Präsenz – beispielsweise auch die Arbeitsvermittlungsstellen von beruflichen und gemeinnützigen Institutionen. Angesichts dieser Vielfalt können für die Prüfung der fachlichen Qualifikation gar keine objektiven und administrativ einfach überprüfbaren Voraussetzungen gefunden werden. Das ist schlicht ein Ding der Unmöglichkeit. Damit aber öffnen wir der Parteilichkeit und der Willkür Tür und Tor. Wir verpflichten die Kantone zu einem administrativen Aufwand, um nicht zu sagen Leerlauf, ohne dass der Missbrauch verhindert wird. Gerade diese Missbrauchsbekämpfung sollte das Ziel der neuen Regelung sein.

Eine korrekte private Arbeitsvermittlung erreichen wir nicht mit Bewilligungsvoraussetzungen, die gezwungenermassen subjektiv sind, sondern nur mit klaren, präzisen, objektiven, praxisgerechten und auch vollziehbaren Gesetzesbestimmungen. Solche objektiven Bewilligungsvoraussetzungen finden wir in diesem Artikel 3 in der Tat. Neu gegenüber dem bisherigen Gesetz wird für die Bewilligungserteilung beispielsweise die Voraussetzung verlangt, dass ein Arbeitsvermittlungsbetrieb im Schweizerischen Handelsregister eingetragen sein muss. Allein schon dadurch wird verhindert, dass eine x-beliebige Person, zum Beispiel unterbeschäftigte Hausfrauen oder arbeitslose Handwerker, wie das in der Kommission erwähnt wurde, einen Vermittlungs-«Betrieb» eröffnet. Hierzu kommen weitere objektive Bewilligungsvoraussetzungen, aber auch die in Artikel 7 klar und deutlich umschriebenen Pflichten des Vermittlers.

Würde nun ein Vermittler solche Auflagen – Bewilligungsvoraussetzungen und -pflichten – missachten, so kann ihm gemäss Artikel 5 die Bewilligung entzogen werden, und dies soll in diesen Fällen die Bewilligungsbehörde auch tun; denn wir wollen keine Missbräuche aufkommen lassen. Die wenigen «schwarzen Schafe» schaden nämlich hier wie anderswo der ganzen Branche und der Mehrheit, die sich korrekt verhält.

Mit unserem Streichungsantrag wollen wir also nicht den Zugang zur privaten Arbeitsvermittlung erleichtern oder gar die fachliche Qualität der Vermittlung vermindern, im Gegenteil. Wir wollen eine Gesetzesarbeit, die in der Praxis hält, was sie verspricht.

Ich bitte Sie darum, der Kommissionsminderheit zuzustimmen und Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b zu streichen.

**Eggli-Winterthur**: Ich bin Herrn Aliesch dankbar, dass er erklärt hat, es gehe der Minderheit um das gleiche wie der Mehrheit, nämlich um die fachgerechte Vermittlung. Wenn das Gesetz nun die fachgerechte Vermittlung vorschreibt, so verstehe ich eigentlich die Minderheit nicht, dass sie diesen Absatz b streichen will. Es muss doch eine absolute Voraussetzung sein, dass ein Vermittler – mindestens der Leiter – etwas versteht vom Arbeitsrecht, von den Branchenverhältnissen usw. Es ist nicht umsonst so, dass die Bühnenkünstler separate Vermittlungsbüros haben, sondern das ist genau aus dem Grunde so, weil diese Leute fachgerecht beraten müssen, also mit dem entsprechenden Arbeitsmarkt und den Lohn- und Arbeitsbedingungen vertraut sein müssen. Genau dasselbe gilt für die übrigen Vermittler.

Wenn Herr Aliesch meint, dass wir das gleiche wollten, er aber die Anforderung, dass jedermann diese Vermittlung fachgerecht vollziehen könne, als Selbstverständlichkeit betrachtet, so könnte er auch dem Mehrheitsantrag zustimmen und seinen Antrag zurückziehen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass dieser Artikel nicht nur dem Schutz des Arbeitnehmers, sondern auch dem Schutz des Arbeitgebers vor unsachgerechten Vermittlungen dient.

Hier sind die Arbeitnehmer und Arbeitgeber wieder einmal im gleichen Boot. Beide Seiten sollten Wert auf solche guten Vermittlungsbüros legen, die auch eine fachgerechte Vermittlung garantieren. Man soll nicht irgendwelchen Leuten, die zuerst Erfahrungen und Kenntnisse sammeln müssen, die Möglichkeit geben, eine solche Firma zu leiten. Ich bitte Sie daher, der Mehrheit zuzustimmen.

**Reimann**, Berichterstatter: Herr Aliesch beantragt mit der Minderheit der Kommission die Streichung von Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe b. Dieser Absatz verlangt, dass die für die Leitung von Arbeitsvermittlungsbetrieben verantwortlichen Personen eine fachgerechte Vermittlung gewährleisten müssen. Der Streichungsantrag wurde in der Kommission mit 12 zu 8 Stimmen abgelehnt.

Diese Gesetzesbestimmung ist aber nicht ganz neu. Bereits das geltende Gesetz enthält als Bedingung für die Bewilligung die Bestimmung, dass die für die Leitung der Arbeitsvermittlungsstelle verantwortliche Person Gewähr bietet, für eine berufliche und moralisch einwandfreie sowie der allgemeinen Arbeitsmarktpolitik entsprechende Vermittlungstätigkeit. Man kann also nicht sagen, man schaffe hier neu etwas Unannehmbares, im Gegenteil: die bisherige Formulierung ist bezüglich persönlicher Voraussetzungen eher noch anspruchsvoller als der Vorschlag in der Revisionsvorlage.

Neu wird lediglich eine fachgerechte Vermittlung verlangt. Es geht mir wie Herrn Eggli: ich kann nicht begreifen, weshalb Herr Aliesch, der ja auch für eine gute Vermittlungstätigkeit einsteht, diesen Streichungsantrag gestellt hat. Gerade aus den Erfahrungen in der Vergangenheit muss der Schluss gezogen werden, dass es notwendig ist, gewisse minimale personelle Voraussetzungen für die Erteilung der Bewilligung zu verlangen. Es kommt immer wieder vor, dass unqualifizierte Leute, ohne dazu die geringsten Voraussetzungen zu haben, in das Vermittlergeschäft einsteigen wollen. Mit einer solchen unqualifizierten Vermittlung ist weder dem Arbeitgeber noch dem Arbeitnehmer gedient.

Deshalb bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Aliesch abzulehnen und dem Bundesrat und der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

**M. Darbellay**, rapporteur: Je serai très bref puisque la phrase incriminée se défend par elle-même.

Un des buts essentiels de l'autorisation est la qualité du service, et même les auteurs de la proposition de minorité l'acceptent. Dès lors, pourquoi supprimer cette phrase que je lis: «L'autorisation est accordée lorsque l'entreprise garantit un service de placement satisfaisant aux règles de la profession.» Qui voudrait d'un service de placement qui ne satisfasse pas aux règles de la profession?

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Je vous ferai tout d'abord remarquer que le projet tel qu'il vous est soumis va moins loin que la loi actuelle, qui date de 1951, sur ce point ainsi que sur d'autres d'ailleurs.

Nous sommes tous d'accord quant au but. Le rôle du placeur est un rôle important, il représente une charge de responsabilités à l'égard de l'employeur comme à l'égard de l'employé et l'engagement dans ces fonctions de charlatans n'est réellement pas souhaitable pour le marché du travail dans son ensemble et, en particulier, pour ceux qui recourent à ces placeurs. Imaginer que la sélection naturelle s'opère et que nous puissions travailler dans une large confiance me paraît utopique. En effet, si nous biffions cette exigence, l'autorité cantonale n'aurait plus aucun autre rempart que celui de la citoyenneté suisse et des bonnes mœurs pour éviter de délivrer une autorisation. N'importe qui dès lors pourrait se prévaloir d'une telle autorisation, avec toute l'officialisation qu'elle comporte, avec toute la caution officielle qu'elle représente. L'autorité qui octroie les autorisations doit avoir la possibilité de refuser, pour des raisons de manque de qualification, de les délivrer. Rassurez-vous, il ne s'agit pas de créer un corps d'exigences pour le métier de placeur, il ne s'agit pas d'instituer des examens

écrits ou oraux, il s'agit simplement de pouvoir vérifier, sans arbitraire, un niveau minimum de connaissances et d'aptitudes permettant à tel ou tel placeur de faire du placement commercial, en sachant ce qu'il fait et en méritant par conséquent l'autorisation. Le reste serait véritablement superflu, mais biffer cela et laisser les choses décidément trop au hasard, nous ne pouvons pas le faire.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	56 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	75 Stimmen

#### Abs. 3 – Al. 3

**M. Houmard**, porte-parole de la minorité: Les conditions à remplir pour obtenir l'autorisation d'exercer une activité de placement intéressant l'étranger sont réglées à l'article 3, alinéa 3. Cette disposition prévoit que les personnes responsables de la gestion doivent apporter la preuve qu'elles ont des connaissances suffisantes sur les conditions de travail et de vie ainsi que sur les dispositions sur l'immigration et l'exercice d'une activité lucrative dans les pays où elles désirent placer des demandeurs d'emploi et enfin sur le droit suisse concernant les étrangers, la législation régissant le placement dans les pays étrangers dans lesquels les demandeurs d'emploi désirent être placés ou d'où ils proviennent.

La minorité de la commission vous propose d'une part d'alléger cet article et d'autre part de régler le problème des compétences. En effet, dans la version de la minorité, on met l'accent de la responsabilité sur la direction du bureau de placement. Il est préférable en effet, à notre avis, d'exiger de la direction de l'office de placement de maîtriser le problème du placement intéressant l'étranger plutôt que de demander que ces conditions soient remplies par les employés de l'office. Il est effectivement plus difficile de vérifier les compétences des personnes responsables. Celles-ci changent au cours des années alors que l'office de placement bénéficie encore de l'autorisation d'exercer son métier. En revanche, en exigeant que la direction de l'office domine le problème du placement à l'étranger, on lie directement l'autorisation de pratiquer aux connaissances requises par la loi. Enfin, le détail des applications sera certainement l'affaire du décret d'application.

Je vous demande donc de soutenir notre proposition de minorité.

**Stappung**: Die Vorlage des Bundesrates beinhaltet nichts Neues. Es handelt sich um die Fortschreibung bisherigen Rechtes. Die gegenwärtig noch geltende Regelung hat sich übrigens bestens bewährt. In der Praxis bestanden bisher überhaupt keine Probleme. Administrativ sind die Auflagen, die an einen Vermittler von Personal ins Ausland gestellt werden, ohne namhafte Umtriebe zu bewältigen. Es ist nach Auffassung der Kommissionsmehrheit wichtig, dass Leiter von Unternehmungen, die gewerbsmässig Personal an Stellen ins Ausland vermitteln, die Verhältnisse im fraglichen Land kennen. Diese Personen müssen auch über die einschlägigen Gesetze betreffend die Einreise sowie die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in diesen Staaten Bescheid wissen. Sie müssen über Kenntnisse des schweizerischen Ausländerrechtes verfügen.

Fehlen diese Voraussetzungen, besteht die Gefahr, dass unrichtige oder sogar falsche Auskünfte und Informationen vermittelt werden. Es ist schlicht nicht dasselbe, ob eine Vermittlung nach Südamerika, nach Afrika oder in einen europäischen Staat oder innerhalb der Schweiz erfolgt. Für den Arbeitnehmer ist es wichtig, dass er beispielsweise über die zum Teil recht grossen Unterschiede im sozialen Versicherungsbereich kompetent beraten und auf Besonderheiten hingewiesen wird. Ist dies nicht der Fall, kann es zu Schäden führen, die weittragend und oft nicht wiedergutmachen sind.

Zur Illustration verweise ich auf ein Beispiel aus der Praxis: Viele Schweizer wohnen mit ihren Ehefrauen bzw. mit ihren

Familien im Ausland, wo sie für einen Schweizer Arbeitgeber tätig sind. Da sie den Lohn vom Arbeitgeber in der Schweiz beziehen und somit AHV-versichert sind, nehmen sie in guten Treuen an, dass die Ehefrau wie in der Schweiz automatisch mitversichert ist. Dem ist jedoch nicht so. Aufgrund von falschen Auskünften haben es viele Ehefrauen von im Ausland tätigen Arbeitnehmer unterlassen, sich bei der AHV – übrigens nach Gesetz freiwillig – zu versichern. Was solche Unterlassungen für Folgen haben können, muss ich Ihnen nicht detailliert darlegen. Denken Sie zum Beispiel an den Invaliditätsfall einer aus Unkenntnis nicht versicherten Person. Unser Rat hat sich mit dieser Frage vor einiger Zeit auseinandergesetzt und die Möglichkeit einer zeitlich befristeten Nachversicherung geschaffen. Dieses Beispiel könnte vermehrt werden. Bei der Vermittlung ins Ausland ist eine potentiell höhere Gefährdung vorhanden. Mit dem zur Beratung stehenden Artikel 3 Absatz 3 soll dieser höheren Gefährdung Rechnung getragen werden.

Ich wiederhole, dass der Bundesrat materiell nichts Neues vorschlägt. Es besteht daher überhaupt kein Grund, auf etwas, das sich in allen Teilen bestens bewährt hat, zu verzichten und zu versuchen, das Rad zurückzudrehen. Ich bitte Sie somit, den Antrag von Herrn Houmard abzulehnen und dem Antrag der Kommissionsmehrheit respektive dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen.

**Reimann**, Berichterstatter: Herr Houmard hat bereits in der Kommission einen Abänderungsantrag zu Artikel 3 Absatz 3 gestellt. Die Kommission konnte zu diesem Antrag nicht Stellung nehmen, weil Herr Houmard diesen Antrag zurückgezogen hatte. Hingegen wurde der Parallelantrag zu Artikel 13 beim Personalverleih von Herrn Houmard wieder gestellt und von der Kommission mehrheitlich abgelehnt. Absatz 3 zu Artikel 3 regelt die Voraussetzungen, die für die Erteilung der Bewilligung bei Auslandvermittlung erfüllt sein müssen. Herr Houmard verlangt jedoch mit seinem Antrag für die Auslandsbewilligung lediglich, dass die normalen Bedingungen, wie sie für die Inlandvermittlung gelten, erfüllt sein müssen. Die einzige zusätzliche Bedingung, die er für die Auslandvermittlung stellt, sind ausreichende Kenntnisse des Vermittlungspersonals über die Verhältnisse in den entsprechenden Staaten. Der Gesetzesentwurf verlangt vor allem auch Kenntnisse über die gesetzlichen Bestimmungen und rechtlichen Anforderungen, über die das Vermittlungspersonal nebst den Kenntnissen der Verhältnisse und der Lebensbedingungen in diesen Ländern verfügen muss. Herr Stappung hat soeben auf die Folgen im Falle von Unkenntnis hingewiesen. Im übrigen entspricht der Gesetzestext der bisherigen Praxis, wie sie aufgrund der Verordnung zur Anwendung kam.

Ich empfehle Ihnen deshalb, den Antrag von Herrn Houmard abzulehnen und der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

**M. Darbellay**, rapporteur: La proposition Houmard apporte une simplification évidente de l'alinéa 3 de l'article 3. Elle contient cependant aussi deux modifications de fond. Elle remplace «les personnes responsables de la gestion» par «la direction». Or, il me semble important que puissent répondre de leurs activités et avoir les connaissances voulues, les personnes qui s'occupent de la gestion, qui en sont responsables et pas forcément un lointain directeur.

Je soulève une autre différence: la proposition du Conseil fédéral parle des activités de placement intéressant l'étranger. Cela veut dire que ces placements peuvent se faire dans deux sens. On peut placer en Suisse des personnes qui viennent de l'étranger et on peut placer à l'étranger des personnes suisses. Or, dans la proposition Houmard, nous ne retrouvons que la première de ces possibilités puisque l'on dit que les directeurs de bureau de placement doivent connaître les conditions existant dans les pays en question, donc dans les pays étrangers. On ne parle pas du tout de la connaissance du droit suisse, ce qui est contenu à l'alinéa 3, lettre c, du projet, où l'on dit que «les personnes responsables de la gestion doivent connaître suffisamment le droit suisse concernant les étrangers».

Je vous invite donc à voter avec la majorité.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: La minorité peut avoir de bonnes inspirations parfois. En l'occurrence, le Conseil fédéral peut se rallier à la formule qu'elle nous propose dans le dessein d'alléger le dispositif de la loi et sans mettre en péril l'essentiel.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Minderheit	60 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	70 Stimmen

*Abs. 4 – Al. 4*

*Angenommen – Adopté*

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr  
La séance est levée à 12 h 30*

**Achte Sitzung – Huitième séance**

**Mittwoch, 11. März 1987, Vormittag**  
**Mercredi 11 mars 1987, matin**

9.30 h

Vorsitz – Présidence: M. Cevey

85.069

**Arbeitsvermittlungsgesetz.**  
**Revision**  
**Loi sur le service de l'emploi.**  
**Révision**

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 177 hiavor – Voir page 177 ci-devant

**Art. 4**

Antrag der Kommission

Abs. 1

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Pfund, Aliesch, Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Houmard, Nef, Neuenschwander)

Die Bewilligung wird unbefristet erteilt. Sie kann jedoch entzogen werden.

Abs. 2 bis 5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 4**

Proposition de la commission

Al. 1

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Pfund, Aliesch, Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Houmard, Nef, Neuenschwander)

L'autorisation est délivrée pour une durée indéterminée. Elle peut cependant être retirée.

Al. 2 à 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Abs. 1 – Al. 1

**Pfund, Sprecher der Minderheit:** Auch wenn sich der Ratsaal bereits am Morgen früh entleert hat, möchte ich Ihnen meinen Minderheitsantrag begründen.

Artikel 3 regelt die Voraussetzungen, die für eine Betriebsbewilligung verlangt werden, und zwar in einer sehr restriktiven Art. Wenn diese Voraussetzungen dann einmal erfüllt sind, ist absolute Gewähr für eine gute, seriöse und für den Arbeitnehmer sichere Vermittlung geboten. Dazu kommt, dass in Artikel 5 der Entzug der Bewilligung angedroht wird für wiederholte und schwerwiegende Verstösse gegen die Bestimmungen des AVG. Wenn darum im Rahmen der erstmaligen Erteilung der Betriebsbewilligung nach Artikel 3 eine Ueberprüfung auf Herz und Nieren nach den sehr restriktiven Bestimmungen vorgenommen wurde und andererseits die Möglichkeit des Entzuges nach Artikel 5 besteht, ist doch eine provisorische Erteilung der Bewilligung für ein Jahr und eine jeweilige Erneuerung für lediglich fünf bis zehn Jahre absolut überflüssig. Diese Bestimmung macht mit der Befristung der Bewilligungen und der jeweiligen

Ueberprüfung vor der Erneuerung die Arbeitsvermittlungs- und Personalverleihfirmen praktisch zu staatlich konzessionierten Betrieben.

Sollte nun allenfalls eingewendet werden, dass eine solche Ueberprüfung bei klagloser Tätigkeit für die Erneuerung fallengelassen werden könnte, dann wäre eigentlich der Beweis erbracht, dass Bewilligungs- und Entzugsbestimmungen absolut genügen. Dazu kommt, dass mit dem in der Kommission unbestrittenen Zusatz von Absatz 2 im Artikel 5 eine jederzeitige Ueberprüfung möglich ist. Eine Befristung der Bewilligung ist darum überflüssig, und es entfällt einer der gewichtigsten Punkte, die uns zur Qualifikation «Missbrauchsgesetz» geführt haben.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

**Frau Fankhauser:** In der Kommission habe ich den genau entgegengesetzten Antrag gestellt. Wir wurden in die Minderheit versetzt, genau wie Herr Pfund. Ich bitte Sie, beim Antrag des Bundesrates und der Kommission zu bleiben. Das Internationale Abkommen 96 sieht eine viel straffere Praxis der Erneuerung der Bewilligung vor, als sie vom Bundesrat vorgeschlagen wird. Der Bundesrat ist bereit, sich mit seinem Antrag am Rande der internationalen Normen zu bewegen – und Herr Pfund und die Minderheit daher noch viel mehr.

Ich rekapituliere: Wir haben hier eine Gesetzgebung als Schutz vor Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen und auch als Schutz für Arbeitsuchende. Die Aussicht auf eine fällige Erneuerung der Bewilligung hat eine prophylaktische Wirkung. Wir leben heutzutage in einer sehr schnelllebigen Zeit. Die Bedingungen ändern sich rasch. Es wäre ein schlechter Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn die Bewilligung erst nach Missbrauch entzogen werden müsste. Wer gesetzeskonform arbeitet und vermittelt, muss überhaupt nichts befürchten. Wichtig ist nach wie vor der Schutz der Arbeitsuchenden.

Wenn man von Misstrauen zu gutmeinenden Institutionen spricht, denke ich, dass wir hier in diesem Saal auch stipuliert haben, dass Arbeitslose zweimal pro Woche stempeln und fleissig Bewerbungen nachweisen müssen, um zu begründen, dass sie arbeitslos sind. Im Gleichgewicht der Verpflichtungen ist es überhaupt keine Zumutung für diese Arbeitsvermittlungsstellen, einer regelmässigen Bewilligungspflicht unterstellt zu werden.

Ich bitte Sie, den Antrag der Mehrheit der Kommission und des Bundesrates zu unterstützen.

**Allenspach:** Wir haben durch Mehrheitsbeschluss in Artikel 2 nicht nur die gewerblichen Stellenvermittlungen der Bewilligungspflicht unterstellt, sondern auch die Stellenvermittlungen der Schulen, der höheren Lehranstalten, der Studentenschaften, die Stellenvermittlungen der karitativen und gemeinnützigen Organisationen, die Stellenvermittlungen der Hilfswerke und der kirchlichen Institutionen, die Stellenvermittlungen der beruflichen Fachverbände, der landwirtschaftlichen Selbsthilfeorganisationen usw. Wir sollten uns deshalb bemühen, diese Bewilligungspflicht einfach und miliztauglich auszugestalten. Doch was tun wir? Wir sind daran, ein höchst bürokratisches Gesetz zu konzipieren und diese Institutionen, die ich aufgezählt habe, höchst bürokratischen Regeln zu unterwerfen. Sie müssen vorerst einmal um eine Art Probewilligung nachsuchen. Ein Jahr später müssen sie erneut um eine Bewilligung anstehen, fünf Jahre später möglicherweise noch einmal usw. Was passiert, wenn diese vielfach ehrenamtlichen Stellenvermittlungen von Schulen, gemeinnützigen Organisationen usw. einmal vergessen, rechtzeitig die Bewilligung einholen? Dann werden sie mit Bussen bis zu 20 000 Franken bestraft. So will es das Gesetz.

Warum muss man eine Person oder eine Institution, die man für würdig und fähig befunden hat, diese ausserordentlich schwierige Aufgabe der Stellenvermittlung einwandfrei durchzuführen, mit ständiger Bewilligungserneuerung am kurzen Gängelband führen? Wegen des Schutzes des Vermittelten, wird der Kommissionspräsident einwenden. Es

gibt noch andere Berufe, die einer Berufsausübungsbewilligung bedürfen: zum Beispiel der Arzt, der Apotheker, der Drogist, der Rechtsanwalt vor Gericht usw. Müssen nun auch für diese die Bewilligungen alle fünf Jahre erneuert werden? Müssen auch diese einschränkende Bestimmungen auf sich nehmen? Selbstverständlich nicht! Haben aber, Herr Präsident, die Patienten oder die Rechtsuchenden nicht auch Schutzbedürfnisse; müsste man dann auch bei diesen Berufen die Bewilligung alle fünf Jahre erneuern? Gedenken Sie, solches unter dem Titel Schutz des Patienten und Schutz des Rechtsuchenden inskünftig sogar zu beantragen?

Geben wir doch hier die Bewilligung solange, als die Arbeitsvermittlung fraglos arbeitet. Dieses Prinzip wenden wir bei den anderen Berufen an; wir sollten es auch hier anwenden, es sei denn, man nehme an, dass die Arbeitsvermittler a priori minderwertige Subjekte seien, die einer anderen Regelung bedürfen als die von mir erwähnten Berufe. Wenn wir dem Antrag der Minderheit zustimmen, erleichtern wir den gemeinnützigen und karitativen Institutionen die Stellenvermittlung; dann verzichten wir auf bürokratische Schikanen und bleiben im Vergleich zu den anderen Berufen verhältnismässig. Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit zu unterstützen.

**Stappung:** Was Herr Allenspach heute hier feststellt, ist sehr interessant. Gestern beim Eintreten ist aus berufenem Munde dargelegt worden, warum sich eine Gesetzesrevision aufdrängt. Es wurde darauf hingewiesen, dass – unter anderem beim Biga – viele Klagen über das Geschäftsgebaren bei den Arbeitsvermittlern und insbesondere bei den Arbeitsverleihern eingegangen sind. Diese Kreise haben sich die nun vorhandene Situation selbst eingebrockt. Bisher konnten sie schalten und walten und mit Menschen umgehen, wie es ihnen beliebte, und mit diesen Menschen Profite über Profite realisieren.

Es ist nicht so, Herr Allenspach, dass nur beim Arbeitsverleih und bei den Arbeitsvermittlern Bewilligungspflichten auferlegt werden und diese befristet sind. Sie haben eine ganze Reihe von Berufen aufgezählt, die ebenfalls der Bewilligungspflicht unterstehen. Bewusst oder unbewusst haben Sie unterschlagen, dass zum Beispiel die Wirtschaftspatente jährlich – jährlich! – erneuert werden müssen. Wenn man hier eine Lösung sucht, wonach man zum ersten Mal für ein Jahr die Bewilligung erteilt und nachher, je nachdem, ob Klagen eingegangen sind oder nicht, eine Verlängerung für 5 oder 10 Jahre aussprechen kann, so ist das nach meiner Meinung keine Einengung, sondern ein dringendes Bedürfnis.

Ich beantrage Ihnen, den Minderheitsantrag Pfund abzulehnen.

**Reimann, Berichterstatter:** Der Antrag Pfund wurde in der Kommission mit 10 zu 9 Stimmen abgelehnt. Herr Pfund strebt mit seinem Antrag eine gewisse administrative Vereinfachung an, indem die Bewilligung unbefristet erteilt werden soll. Auch der Bundesrat verfolgt mit seinem Antrag das gleiche Ziel, indem die Bewilligungen für relativ lange Zeit erteilt werden sollen. Es wird jedoch eine Probezeit verlangt. Nach dieser Probezeit – bei Erfüllung der Bewährung – kann jeweils die Bewilligung erteilt werden. Man kann einwenden, dass sowohl die Befristung der Bewilligung auf 5 bis 10 Jahre wie auch die Probezeit die Behörden zwingen, sich mit den Verhältnissen des Gesuchstellers der Vermittlerfirmen zu befassen und so zu einer seriösen Bewilligungspraxis beizutragen.

Wenn nicht irgendein Verdacht gegen eine Firma vorliegt, ist anzunehmen, dass die Bewilligung ohne weiteres für 10 Jahre erteilt werden kann – das ist eine recht lange Zeit, in welcher sich einiges verändern kann. Wenn Herr Allenspach beispielsweise Berufsvergleiche mit Apothekern anstellt, welche nur einmal eine unbefristete Bewilligung einholen müssen, muss man berücksichtigen, dass es für die Vermittler keine Berufslehre und kein Studium mit Diplomabschluss gibt; also muss dementsprechend auch

die Behörde umso genauer prüfen, ob eine Vermittlerfirma tatsächlich der Bewilligung würdig ist. Herr Stappung hat Ihnen gerade jetzt an einem Beispiel veranschaulicht, dass es in der Praxis im Gewerbe Fälle gibt, bei denen sogar viel kürzere Fristen angesetzt werden.

Ich meinte also, dass eine Probezeit von einem Jahr angebracht ist und dass eine 5 bis 10 Jahre dauernde Bewilligung annehmbar ist, ohne dass man den Vorwurf der allzu starken administrativen Belastung erheben kann.

**M. Darbellay, rapporteur:** L'autorisation est un des points importants pour assurer une bonne qualité des bureaux de placement.

La minorité propose que l'autorisation soit donnée pour une durée indéterminée, alors que le Conseil fédéral, dans son projet, prévoit une espèce de temps d'essai. L'autorisation est initialement délivrée pour une année. Elle sera ensuite renouvelable pour des périodes de cinq à dix ans.

On vient de relever que les comparaisons établies par M. Allenspach ne sont pas des plus judicieuses. En effet, pour toutes les professions qu'il a citées, il est exigé un certificat de capacité. Or, pour les personnes qui s'occupent de bureaux de placement, de tels certificats ne sont pas demandés. Il est donc bon que l'autorité compétente puisse mettre à l'épreuve, pendant un certain temps, lesdits bureaux. Une année d'autorisation provisoire correspond au temps que l'on prend pour juger si un employé est digne d'être maintenu au service de l'employeur, c'est ce qu'on appelle le temps d'essai.

Cette disposition me paraît raisonnable et, au nom de la majorité de la commission, je vous invite à l'accepter.

**M. Delamuraz, conseiller fédéral:** A plusieurs reprises, lors du débat d'hier, des minoritaires se sont exprimés à propos de notre projet, le trouvant trop perfectionniste, interventionniste, beaucoup trop complet, en béton, qui prétendait intervenir, d'une manière systématique pour ne pas dire obsédée, dans les plus infimes rouages du marché du travail. Il n'en est rien. Ce projet n'est pas du tout le projet rigide qui a été décrié. Au contraire, il présente beaucoup de souplesse.

Je précise à l'intention de M. Allenspach, que ne seront pas soumis à autorisation – et qu'il n'est pas question de le faire ultérieurement – des services qui font du placement occasionnellement tels que les services de placement des écoles et des universités, d'aide à domicile, de sages-femmes, agricoles d'entraide qui louent leur personnel, les bourses de places d'apprentissage. Voilà toute une série de domaines pour lesquels le Conseil fédéral a estimé qu'il était nécessaire de pouvoir agir avec souplesse et ne pas exiger rigoureusement une autorisation qui, en l'occurrence, se révélerait superflue.

En ce qui concerne la durée de l'autorisation, le Conseil fédéral vous propose une année probatoire puis l'octroi d'une autorisation de longue durée, variant de cinq à dix ans. Par rapport à la loi actuelle, qui fixe cette durée d'autorisation entre une et trois années, il y a là un très grand progrès et un assouplissement bienvenu.

Pour reprendre votre idée, faut-il supprimer cette année probatoire? Cela serait regrettable, car l'existence de cette année ne surcharge nullement nos services. Elle permet simplement d'exercer un contrôle particulier pour le lancement des opérations qui doivent ensuite trouver leur vitesse de croisière.

C'est la raison pour laquelle je m'en tiens à la proposition du Conseil fédéral, soutenue par la majorité de la commission. Toutefois, il est bien clair, Monsieur Pfund et Messieurs les membres de la minorité, que je ne vais pas livrer le combat héroïque de ma vie sur cette disposition. Si vous préférez la formule souple que vous avez suggérée, je n'y verrai pas la ruine de tout notre projet.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit 61 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit 69 Stimmen

*Abs. 2 bis 5 – Al. 2 à 5*  
*Angenommen – Adopté*

**Art. 5***Antrag der Kommission**Abs. 1*

Die Bewilligung ....

....

c. Streichen

....

*Abs. 2*

Erfüllt der Vermittler einzelne Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr, so kann ihm die Bewilligungsbehörde anstelle des Entzuges eine Frist zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes ansetzen.

**Art. 5***Proposition de la commission**Al. 1*

L'autorisation ....

....

c. Biffer

....

*Al. 2*

Si le placeur ne remplit plus quelques-unes des conditions requises pour l'octroi de l'autorisation, l'autorité qui délivre celle-ci peut, au lieu d'en décider le retrait, impartir au placeur un délai pour rétablir les conditions légales requises.

**Reimann**, Berichterstatter: Die Kommission schlägt Ihnen vor, in Artikel 5 Buchstabe c zu streichen und durch einen neuen Absatz 2 zu ersetzen. Anstelle des sofortigen Bewilligungsentzuges bei Nichterfüllung der Voraussetzungen will man damit die Möglichkeit schaffen, dem Vermittler eine Frist einzuräumen, die Bewilligungsvoraussetzungen zu erfüllen. Ich empfehle Ihnen im Namen der Kommission, dieser Aenderung zuzustimmen.

**M. Darbellay**, rapporteur: La proposition de la commission, à l'article 5, alinéa 2, veut adoucir les dispositions du projet du Conseil fédéral en ce qui concerne le retrait de l'autorisation, si le placeur ne remplit plus les conditions. Au fond, cette proposition veut introduire un délai pendant lequel le placeur peut se mettre en ordre avec la loi. Je vous invite à voter cette modification.

**Le président**: M. le conseiller fédéral Delamuraz renonce à prendre la parole mais fait savoir que le Conseil fédéral se rallie à la proposition de la commission.

*Angenommen – Adopté***Art. 6***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 7***Antrag der Kommission**Abs. 1 und 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 3*

.... Er hat diese Daten geheimzuhalten.

**Art. 7***Proposition de la commission**Al. 1 et 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 3*

.... Il est tenu de garder le secret sur ces données.

*Angenommen – Adopté***Art. 8, 9***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 10***Antrag der Kommission**Abs. 1, 3 und 4*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2*

.... Verfahren vor. Der Bundesrat kann den Streitwert der Entwicklung der Löhne anpassen. Der Streitwert bemisst sich ....

**Art. 10***Proposition de la commission**Al. 1, 3 et 4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

.... 10 000 francs. Le Conseil fédéral peut adapter la valeur litigieuse à l'évolution des salaires. Le montant de l'indemnité ....

*Angenommen – Adopté***Art. 11***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Art. 12***Antrag der Kommission**Abs. 1 und 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 3*

Zweigniederlassungen, die in einem andern Kanton als der Hauptsitz liegen, benötigen eine Betriebsbewilligung; ....

**Art. 12***Proposition de la commission**Al. 1 et 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 3*

Il est nécessaire de demander une autorisation pour les succursales qui n'ont pas leur siège dans le même canton que la maison mère, elle doit être déclarée à l'office cantonal du travail.

*Angenommen – Adopté***Art. 13***Antrag der Kommission**Abs. 1 und 2*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 3**Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Minderheit*

(Houmard, Aliesch, Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Nef, Neuenschwander, Pfund)

Die Bewilligung zur Auslandsvermittlung wird erteilt, wenn die Bedingungen der Absätze 1 und 2 erfüllt sind und wenn feststeht, dass die für die Leitung verantwortliche Person ausreichende Kenntnisse über die Verhältnisse in den entsprechenden Staaten besitzt.

**Art. 13**

*Proposition de la commission*

*Al. 1 et 2*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 3*

*Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité*

(Houmard, Aliesch, Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Nef, Neuenschwander, Pfund)

L'autorisation d'exercer une activité ou d'effectuer un placement intéressant l'étranger est délivrée lorsque les conditions mentionnées aux 1er et 2e alinéas sont remplies et qu'il est établi que la personne qui assume la direction du bureau de placement connaît suffisamment les conditions existant dans les pays en question.

*Abs. 1 und 2 – Al. 1 et 2*

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 3 – Al. 3*

M. **Houmard**, porte-parole de la minorité: Les conditions à remplir pour obtenir l'autorisation d'exercer une activité de location de services de travailleurs de l'étranger sont réglées à l'article 13, alinéa 3. Les conditions sont semblables à celles qui sont posées dans le cas du placement privé, à l'article 3, alinéa 3.

Le Conseil fédéral était d'accord d'accepter la proposition de minorité. Toutefois, hier, en fin de journée, nous avons décidé de voter la proposition de la majorité. Comme les deux articles traitent la même matière, l'article 3, au niveau du placement privé, l'article 13 dans le domaine de la location de service, je retire la proposition. Je souhaite toutefois que le Conseil des Etats reprenne notre proposition dans le dessein – comme le disait hier le Conseil fédéral – d'alléger le dispositif de la loi et, selon notre proposition, d'axer la responsabilité sur la direction de l'office plutôt que sur les exécutants.

**Le président:** Je remercie M. Houmard qui retire la proposition de la minorité à l'article 13. Messieurs les rapporteurs et Monsieur le représentant du Conseil fédéral renoncent à s'exprimer.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

**Art. 14**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Minderheit*

(Pfund, Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Houmard, Neuenschwander)

Streichen

**Art. 14**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité*

(Pfund, Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Houmard, Neuenschwander)

Biffer

**Pfund**, Sprecher der Minderheit: Artikel 14 will die Kautionspflicht für den neu im Gesetz aufgenommenen Personalverleih regeln. Bisher war im Arbeitsvermittlungsgesetz 1951 in Artikel 8 eine ähnliche Bestimmung für die privaten

gewerbsmässigen Arbeitsvermittler zur Sicherung allfälliger Rechtsansprüche aus der Vermittler Tätigkeit enthalten. Sie entfällt im neuen Gesetz. Hingegen ist nun eine Bestimmung zur Sicherung von allfälligen Lohnansprüchen aus dem Personalverleih vorgesehen. Diese Bestimmung ist einmalig im schweizerischen Arbeitsrecht und ist inkonsequent. Sowohl der private wie auch der öffentliche Arbeitsvermittler sind davon nicht betroffen, obwohl es denkbar ist, dass auch durch von ihnen arrangierte Vermittlungen Arbeitnehmer in Schwierigkeiten geraten könnten.

Diese neue Bestimmung für den Personalverleih ist eine Diskriminierung von Unternehmen für temporäre Arbeit. Gerade diese Unternehmen braucht es aber im heutigen Arbeitsmarkt, wo Teilzeitarbeit je länger je mehr ein wesentlicher Faktor geworden ist. Auch in anderen Branchen können Lohnrisiken für Arbeitnehmer nie ganz ausgeschlossen werden. Der Schutz der temporär arbeitenden Arbeitnehmer ist – wie auch für die übrigen Arbeitnehmer – durch das Konkursprivileg erster Klasse sowie durch die allgemeinen Haftungsbestimmungen des Gesellschaftsrechtes ausreichend gewährleistet. Die Kautionspflicht würde zu einer Marktbeschränkungs- und Strukturbereinigungspolitik führen, die abzulehnen ist. Sie führt auch zur unausweichlichen Verteuerung des Temporäreinsatzes und damit schliesslich auch zur Verteuerung unserer Produkte. Die Einführung der Kautionspflicht als Schutzmassnahme für Lohnansprüche ist ein doppelseitiger Schutz und trägt zur Rechtsverwirrung bei, indem die Schutzbestimmungen immer weniger überschaubar sind.

Ich bitte Sie, dem Streichungsantrag der Minderheit zuzustimmen.

**Mme Deneys:** Lorsque j'ai discuté avec des responsables de l'office cantonal et des offices communaux du travail, confrontés aux problèmes quotidiens que la pratique de la location de services leur pose, tous ont eu la même réaction: l'article 14 est un des points essentiels de la révision dont nous nous occupons, l'exigence de sûretés en garantie des salaires à verser apparaissant comme le plus sûr moyen d'assurer une protection réelle des personnes engagées par les entreprises de location de services.

Faut-il rappeler aux tenants de la minorité que notre système d'économie de marché repose non seulement sur la liberté d'entreprendre mais tout aussi fondamentalement sur la responsabilité de l'entrepreneur? L'exigence de la caution concrétise ce principe. Renoncer à des garanties, quand elles permettent justement de tenir compte de la situation précaire des salariés temporaires, alors que des cautions sont exigées dans bien d'autres cas au profit de personnes ou d'entreprises qui en ont apparemment moins besoin, m'apparaît comme tout à fait inadmissible. La proposition de M. Pfund est non seulement injuste à l'égard des travailleurs, mais elle dessert également la cause qu'il prétend défendre parce que les entreprises sérieuses ont tout intérêt à ce que leurs relations avec les salariés soient les meilleures possibles, donc que les salaires soient versés. Elles ont intérêt à l'exigence de sûreté pour prévenir des abus qui ne manqueraient pas de frapper l'opinion publique et, par conséquent, de porter atteinte à l'ensemble de la branche. Je vous prie de refuser la proposition de la minorité de la commission.

**Reimann**, Berichterstatter: Artikel 14 sieht eine Kautionspflicht für Personalverleihbetriebe vor, wobei der Bundesrat die Höhe nach Geschäftsumfang festlegen soll. Mit dieser Massnahme will man verhindern, dass Arbeitnehmer dem Risiko ausgesetzt werden, ihren Lohn zu verlieren. Dieses Risiko ist umso grösser, je leichter es ist, einen Verleihbetrieb ohne finanzielle Grundlage ins Leben zu rufen. Beim Fehlen einer Kautionspflicht ist dies aber der Fall. Es geht hier um eine Schutzbestimmung für den Arbeitnehmer, denn es ist tatsächlich so, dass es für die Gründung einer Verleihfirma recht wenig finanzielle Mittel braucht; aus diesem Grunde sind unter Umständen auch keine entsprechenden Reserven vorhanden. Um diese Reserven doch herbeizuführen, verlangt das

Gesetz die Hinterlegung einer Kautions für diese Verleihbetriebe, damit diese Sicherheit hergestellt ist. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen beziehungsweise den Minderheitsantrag Pfund abzulehnen.

**M. Darbellay**, rapporteur: En ce qui concerne le travail temporaire, la caution que l'on exige de l'entrepreneur est une des dispositions importantes. On a comparé cette entreprise aux autres entreprises dont on n'exige pas de caution. Il importe de relever la différence. Les autres entreprises créent des biens et des services et elles ont donc de la substance à disposition, substance que les entreprises de travail temporaire n'ont pas. Il est donc juste de prévoir de leur part une caution. Relevons simplement que les cantons qui ont légiféré en la matière ont instauré cette caution et en sont satisfaits.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Je vous demande de suivre la majorité de la commission et le Conseil fédéral en cette matière car, en effet, dans le domaine de la location de services, le bailleur de services peut être employeur d'un très grand nombre de travailleurs sans pour autant, bien entendu, disposer du moindre capital d'exploitation, sans avoir un traître centime garantissant, dans d'autres types d'entreprises, le volant de sécurité et de caution nécessaire. Il faut dès lors, puisque nous n'avons pas un capital destiné à être mis en valeur sous forme de marchandises ou de créances sur les marchandises, comme on l'a dans d'autres types d'entreprises, nous prémunir contre des risques et des dangers qui n'ont vraiment rien de théoriques. Et le seul moyen de nous en prémunir est de fixer une garantie qui sera d'ailleurs mesurée mais qui doit être efficace. Je vous invite vivement à ne pas suivre la proposition de la minorité.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	71 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	56 Stimmen

#### Art. 15

##### Antrag der Kommission

##### Abs. 1

##### Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Minderheit

(Pfund, Aliesch, Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Houmard, Nef, Neuenschwander)

Die Bewilligung wird unbefristet erteilt. Sie kann jedoch entzogen werden.

##### Abs. 2 bis 5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### Art. 15

##### Proposition de la commission

##### Al. 1

##### Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

##### Minorité

(Pfund, Aliesch, Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Houmard, Nef, Neuenschwander)

L'autorisation est délivrée pour une durée illimitée. Elle peut être retirée.

##### Al. 2 à 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

##### Abs. 1 – Al. 1

**Reimann**, Berichterstatter: Beim Artikel 15 geht es um die Gültigkeitsdauer der Bewilligung für Personalverleih. Es ist dies die Parallele zu Artikel 4 Absatz 1. Wie bei der Arbeitsvermittlung verlangt die bundesrätliche Fassung auch beim Personalverleih eine Probezeit von einem Jahr und schlägt dann eine Dauer der Bewilligung von 5 bis 10 Jahren vor. Nun hat der Rat aber bei Artikel 4 Absatz 1 bei der Bewilligungsdauer den Antrag der Minderheit für eine unbefristete

Dauer angenommen. Dies schlägt die Minderheit nun ebenfalls zu Artikel 15 vor. Wir sollten anstreben, dass für beide, sowohl für Arbeitsvermittlung wie beim Personalverleih, die gleichen Fristen im Gesetz festgelegt werden.

Als Präsident der Kommission schlage ich deshalb vor, dass wir uns – solange der Rat sich bei Artikel 4 Absatz 1 für die Minderheit entscheidet – bei Artikel 15 ebenfalls der Minderheit anschliessen.

**M. Darbellay**, rapporteur: A l'article 4, nous avons admis la proposition de minorité, qui prévoyait que l'autorisation soit délivrée pour une durée illimitée.

L'article 15 est le pendant de l'article 4, en ce qui concerne les entreprises de travail temporaire. Par conséquent, nous vous engageons à accepter également, à l'article 15, la proposition de minorité.

#### Angenommen gemäss Antrag der Minderheit Adopté selon la proposition de la minorité

#### Art. 16

##### Antrag der Kommission

##### Abs. 1

Die Bewilligung wird entzogen, ...

....

c. Streichen

....

##### Abs. 2

Erfüllt der Verleiher einzelne der Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr, so kann ihm die Bewilligungsbehörde anstelle des Entzuges eine Frist zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes ansetzen.

#### Art. 16

##### Proposition de la commission

##### Al. 1

L'autorisation ....

....

c. Biffer

....

##### Al. 2

Si le bailleur de services ne remplit plus quelques-unes des conditions requises pour l'octroi de l'autorisation, l'autorité qui délivre celle-ci peut, au lieu d'en décider le retrait, impartir au bailleur de services un délai pour rétablir les conditions légales requises.

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 17

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 18

##### Antrag der Kommission

##### Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Abs. 2

Die Bewilligungsbehörde kann den Verleiher verpflichten, ihr periodisch statistische, anonymisierte Angaben über seine Tätigkeit zu liefern.

##### Abs. 3

Der Verleiher darf Daten über den Arbeitnehmer nur bearbeiten, soweit und solange sie zur Durchführung des Arbeitsvertrages erforderlich sind. Daten dürfen den Einsatzbetrieben nur mit Zustimmung des Arbeitnehmers weitergegeben werden. Gegenüber Dritten sind diese Daten geheimzuhalten.

**Art. 18***Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

L'autorité qui délivre l'autorisation peut obliger le bailleur de services à fournir, périodiquement et sous une forme anonyme, des indications statistiques sur ces activités.

*Al. 3*

Le bailleur de services n'est habilité à traiter les données concernant les travailleurs dont les services sont loués que dans la mesure où et aussi longtemps que ces données sont nécessaires au placement. L'assentiment des travailleurs est indispensable pour pouvoir communiquer les données aux entreprises qui les occupent. Il y a lieu de garder, sur ces données, le secret envers les tiers.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 19***Antrag der Kommission**Abs. 1*

....  
f. ...., Krankheit, Mutterschaft, Unfall, ....

*Abs. 2*

.... Arbeitsbedingungen bestimmt, ausser es seien für den Arbeitnehmer günstigere Arbeitsbedingungen mündlich vereinbart worden.

*Abs. 3*

.... finanzielle Vorleistungen und Lohnrückbehalte verlangen, sind nichtig, ....

*Abs. 4*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 19***Proposition de la commission**Al. 1*

....  
f. .... de maladie, de maternité, d'accident, ....

*Al. 2*

.... de la profession, à moins que des conditions de travail plus favorables n'aient été convenues verbalement.

*Al. 3*

Adhérer au projet du Conseil fédéral  
(Ne concerne que le texte allemand)

*Al. 4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 20***Antrag der Kommission**Mehrheit**Titel*

Gesamtarbeitsverträge

*Text*

Untersteht ein Einsatzbetrieb einem Gesamtarbeitsvertrag, so muss der Verleiher gegenüber dem Arbeitnehmer die Bestimmungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen des Gesamtarbeitsvertrages einhalten.

*Minderheit*

(Allenspach, Aliesch, Cottet, Coutau, Dubois, Houmard, Nef, Neuenschwander, Pfund)

.... Arbeitnehmer die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Gesamtarbeitsvertrages einhalten.

**Art. 20***Proposition de la commission**Majorité**Titre*

Conventions collectives de travail

*Texte*

Lorsqu'une entreprise est soumise à une convention collec-

tive de travail, le bailleur de services doit appliquer au travailleur les dispositions de la convention collective concernant le salaire et les conditions de travail.

*Minorité*

(Allenspach, Aliesch, Cottet, Coutau, Dubois, Houmard, Nef, Neuenschwander, Pfund)

.... appliquer au travailleur les conditions de salaire et de travail de la convention collective.

**Allenspach**, Sprecher der Minderheit: Es gibt in der Schweiz über 1500 Gesamtarbeitsverträge. Die genaue Zahl kennt niemand, weil Gesamtarbeitsverträge weder registriert noch amtlich hinterlegt werden müssen.

Wenn gemäss Antrag der Kommissionsmehrheit die Verleiher dem Arbeitnehmer die gesamtarbeitsvertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen des Einsatzbetriebes garantieren müssen, wird die Verleiharbeit unmöglich oder zur Lotterie. Die Verleihunternehmen können nicht wissen, ob der Einsatzbetrieb einem Gesamtarbeitsvertrag untersteht und, falls ja, welche Lohn- und Arbeitsbedingungen dieser Gesamtarbeitsvertrag enthält. Sie besitzen kein umfassendes Verzeichnis der Gesamtarbeitsverträge, und auch keine Amtsstelle – nicht einmal das Biga – kann dem Verleiher darüber Auskunft geben. Er wird also vorgängig des Vertrages mit dem Arbeitnehmer solche Angaben vom Einsatzbetrieb einfordern müssen (was zusätzliche administrative Komplikationen bedeutet), und er wird sich darauf verlassen müssen, dass die gelieferten Angaben stimmen. Stimmen sie nicht, so ist er, und nicht etwa der Einsatzbetrieb, der Hängemann.

Dazu kommt, dass viele Gesamtarbeitsverträge keine Bestimmungen über die Löhne enthalten. In der Maschinenindustrie beispielsweise werden die Löhne nicht branchen-umfassend geordnet, sondern betriebsintern ausgehandelt. Andere Gesamtarbeitsverträge schreiben lediglich Minimal-löhne vor, welche die Basis für die betriebsinternen Arbeitsplatz- und Persönlichkeitsbewertungssysteme bilden. Die Verleiher können aus derartigen Gesamtarbeitsverträgen nichts ableiten, wenn sie nicht gleichzeitig auch noch die innerbetrieblichen Arbeitsbewertungssysteme kennen.

Die Kommissionsmehrheit auferlegt also dem Verleiher eine Verpflichtung, die er nicht einhalten kann. Ein Gesetzgeber, der solches tut, handelt unmoralisch. Man hat den Eindruck, dass die Gewerkschaften, die das offene Verbot der Verleiharbeit nicht durchsetzen konnten, nun über Artikel 20 *de facto* die Verleiharbeit verunmöglichen wollen.

Der Bundesrat hat beantragt, dass der Verleiher nicht alle, sondern nur die allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge berücksichtigen müsse. Derzeit sind insgesamt 17 Gesamtarbeitsverträge allgemeinverbindlich erklärt; diese Liste ist bekannt. Die allgemeinverbindlichen Vertragsbestandteile werden amtlich publiziert. Es ist also möglich und dem Verleihunternehmen zuzumuten, diese Publikationen zu sammeln, die Vorschriften auch praktisch anzuwenden. Nur mit der Beschränkung auf die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge wird Artikel 20 überhaupt praktikabel.

Es wird nun eingewendet, die Ausweitung von Artikel 20 auf sämtliche Gesamtarbeitsverträge trage der Bedeutung der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit Rechnung. Wer für Gesamtarbeitsverträge einstehe – so hiess es –, müsse mit der Mehrheit stimmen. Das ist ein Irrtum. Artikel 20 ist in der Formulierung der Kommissionsmehrheit gesamtarbeitsvertragsfeindlich. Der Verband für Unternehmen für temporäre Arbeit hat mit dem Schweizerischen Kaufmännischen Verband und anderen Arbeitnehmerorganisationen einen Gesamtarbeitsvertrag für die ganze Schweiz abgeschlossen. In einzelnen Regionen wird auch mit der Gewerkschaft der Metall- und Uhrenarbeiter über den Abschluss weiterer Gesamtarbeitsverträge verhandelt. Wenn Sie dem Antrag der Mehrheit zustimmen, werden die bestehenden Gesamtarbeitsverträge dieses Verbandes für temporäre Unternehmen nicht mehr erneuert werden können. Sie werden wegfallen, und die laufenden Verhandlungen über neue Gesamtarbeitsverträge werden nicht weitergeführt werden können.

Eine solche Bestimmung betrachte ich als gesamtarbeitsvertragsfeindlich.

Die Kommission entzieht dem Arbeitgeberverband der Temporärunternehmen faktisch die GAV-Vertragsfähigkeit. Denn es sollen ja nicht die von ihm abgeschlossenen Gesamtarbeitsverträge gelten, sondern es sollen die Gesamtarbeitsverträge anderer Organisationen, jene des Einsatzbetriebes, Vorrang haben. Es wäre dies das erste Mal, dass ein Arbeitgeberverband *de facto* von Gesetzes wegen für gesamtarbeitsvertragsunfähig erklärt würde. Es wäre das erste Mal, dass eine ganze Branche Gesamtarbeitsverträgen unterstellt wird, zu denen sie nichts zu sagen hatte. Und es wäre das erste Mal, dass ein Arbeitgeber bei jedem seiner Arbeitnehmer verschiedenes Gesamtarbeitsvertragsrecht anwenden müsste.

Es wird ferner behauptet, die Unterstellung der Leiharbeiter unter die Gesamtarbeitsverträge des Einsatzbetriebes diene deren sozialem Schutz. Auch das ist nicht richtig, und es ist vor allem nicht zu Ende gedacht. Wenn der Verband der Unternehmen für temporäre Arbeit Gesamtarbeitsverträge abschliesst, dann unterstehen alle seine Mitarbeiter dem sozialen Schutz dieses Gesamtarbeitsvertrages. Wenn stattdessen die Gesamtarbeitsverträge des Einsatzbetriebes gelten, ist dieser Schutz nur für einen Teil der Arbeitnehmer gewährleistet, nämlich nur für jene Temporärarbeitnehmer, die in Betrieben arbeiten, die gesamtarbeitsvertraglich gebunden sind. Ein besserer Schutz für einige und ein schlechterer Schutz für viele ist die Folge der von der Kommissionsmehrheit vertretenen Regelung.

Artikel 20 ist einer der Schicksalsartikel dieser Vorlage. Selbst die Anträge des Bundesrates oder die Anträge der von mir vertretenen Kommissionsminderheit widersprechen an sich dem Wesen und dem System der Gesamtarbeitsverträge. Aber sie werden im Sinne eines Kompromisses von der Praxis akzeptiert. Der Antrag der Kommissionsmehrheit aber verunmöglicht die Temporärarbeit. Sie entzieht den Unternehmen dieser Branche die Existenzmöglichkeit und wird deshalb von ihnen begreiflicherweise bis zum bitteren Ende bekämpft werden.

Ich bitte Sie deshalb, den Antrag der Kommissionsmehrheit abzulehnen und dem Antrag der Kommissionsminderheit oder dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen.

**Zehnder:** Der Artikel 20 ist für die Gewerkschaften das Kernstück in diesem Gesetz. Der Antrag der Kommissionsmehrheit erlaubt der SP-Fraktion, das Verbot der Temporärarbeit zu verabschieden, obwohl verschiedene Gewerkschaftskongresse dieses Verbot verlangten. Unser Verständigungswille ist damit offen bekundet, genau so, wie wir das vorhin getan haben bei Artikel 15 und Artikel 4 Absatz 1.

In den bisherigen Beratungen blieb unbestritten, dass die Temporärarbeit via Verleihbüro eine neue Erscheinung in einer veränderten Arbeitswelt und Gesellschaft ist. Gerade diese neue Erscheinung, die als Universalunternehmen auftaucht, bedarf der Aufsicht und Kontrolle, da sie nach bekannten und schlechten Erfahrungen sowie auch aus der Gerichtspraxis nicht durchwegs funktionierte.

Dieser gewerkschaftsmässige Handel mit der Arbeitskraft – es geht ja um Menschen – ist nur dann akzeptabel, wenn durch gesetzliche Schranken dem Temporärarbeitnehmer Schutz und soziale Sicherheit gewährleistet werden. Der Artikel 20 in Verbindung mit den Gesamtarbeitsverträgen schafft eben diese Voraussetzung.

Kollege Allenspach, Sprecher der Minderheit, hat einmal mehr den Teufel an die Wand gemalt und verschiedene Wenn und Aber in den Raum gestellt. Ja, er geht soweit zu behaupten, die Mehrheit sei GAV-feindlich eingestellt. Seine ausgestreuten Bedenken hinterlassen einen bitteren Geschmack.

Ich stelle Ihnen die Frage: Wie ehrlich sind eigentlich die Loblieder der Arbeitgeberschaft auf die Gesamtarbeitsverträge und die Sozialpartnerschaft ganz allgemein?

Die Arbeitnehmervertreter und mit ihnen viele, sehr viele Arbeitgeber, die nicht Politiker sind, teilen die Auffassung, dass Gesamtarbeitsverträge eine nicht wegzudenkende

Ordnungsfunktion ausüben und den Beteiligten auf beiden Seiten zum Vorteil gereichen, ja in bezug auf den Arbeitsfrieden und unsere wirtschaftliche Entfaltung seit Jahrzehnten zu den wichtigsten Faktoren zählen. Ich frage: Wie kann man hier und heute die Unverfrorenheit aufbringen, diese geschichtliche Entwicklung der Gesamtarbeitsverträge und ihre Wirkung mit oder ohne Allgemeinverbindlicherklärung zu verleugnen?

Der Unterschied zwischen der Mehrheit und der Minderheit liegt darin, ob Vereinbarungen zwischen Sozialpartnern in Form eines Gesamtarbeitsvertrages im Einsatzbetrieb des Leiharbeitnehmers zu beachten und einzuhalten sind:

a. überall, wo Firmen einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sind, oder

b. nur dann, wenn der Einsatzbetrieb einem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt ist, der allgemeinverbindlich erklärt worden ist.

Es ist nicht einzusehen, weshalb sich die Temporärfirmen nur in einem Fall an den Ordnungsfaktor Gesamtarbeitsvertrag halten sollen und im anderen Falle völlige Freiheit erhalten, die oft schwer errungenen Vereinbarungen der Sozialpartner zu unterwandern und zu entwerten. Der Alltag zeigt, dass Temporärarbeitnehmer in der Regel schlechter gestellt sind als die regulär Beschäftigten. Den Einsatzbetrieb kosten sie allerdings oft mehr, aber die Differenz ist eben der Gewinn der Temporärfirmen. Nicht selten werden die Stammbeschaften verunsichert, die Konkurrenzsituation unter den Arbeitnehmern verschärft sich und der Arbeitsmarkt wird unübersichtlich. Mittels Temporäreinsätzen werden sehr oft Preise gedrückt durch unstatthafte Arbeitszeiten, zum Beispiel Samstagarbeit, werden illegal Terminvorteile geschaffen und die Konkurrenzsituation unter den Unternehmern auf die Zerreihsprobe gestellt. Zum Vorteil aller muss hier nun endlich Ordnung geschaffen werden. Diese neue Erscheinung, dieses Dreiecksverhältnis für Leiharbeiter, muss in unseren traditionellen und bewährten Rahmen eingepasst werden, nämlich in die partner-schaftlich ausgehandelten Gesamtarbeitsverträge. Mit der Mehrheit der Kommission sind Sie gut beraten. Ich ersuche Sie dringend, lehnen Sie den Minderheitsantrag ab!

**Frau Weber Monika:** Wir haben von der Vertretung der Arbeitgeber gehört, dass dieser Artikel 20 ein Schicksalsartikel ist, und wir haben jetzt von den Gewerkschaften dasselbe gehört. Für Herrn Allenspach ist die Situation so, dass die Temporärarbeit verunmöglicht wird. Herr Zehnder sagt demgegenüber, dieser Artikel helfe der SP und den Gewerkschaften, überhaupt bei dem Personalverleih mitzumachen. Als Angestelltenvertreterin habe ich es noch ein bisschen schwieriger; ich bin zwar in der guten Situation, dass ich mich bezüglich dieses Artikels frei fühle, aber es ist auch nicht so einfach für mich zu entscheiden; ich habe Ihnen die Interessenlage gestern erklärt.

Als Vertreterin jener Organisation, die als einzige einen Gesamtarbeitsvertrag mit dem SVUTA hat, möchte ich deutlich sagen, dass wir mit diesem Gesamtarbeitsvertrag beste Erfahrungen gemacht haben, und ich bin der Überzeugung, dass wir auch dann, wenn die Mehrheit obsiegt – also jene Gruppe, die laut Herrn Allenspach die Temporärarbeit quasi verunmöglicht –, mit dem SVUTA einen Weg finden werden. Ich bin nämlich vollends davon überzeugt, und das habe ich hier in diesem Rat gelernt, dass in der Schweiz nichts so heiss gegessen wird, wie es gekocht wird. Man findet immer Wege, um sich wieder zu einigen. Hingegen muss man sagen – und ich verstehe warum –, dass der SVUTA sich gegen diese Lösung wehrt, wie die Mehrheit sie vorschlägt. Man muss sehen, dass der Arbeitsaufwand für diese Firmen natürlich grösser wird. Dazu muss man stehen. Und nun muss man irgendwie auswählen. Für mich gilt folgendes:

Ich habe mich entschieden, für den vermehrten Arbeitnehmerschutz einzutreten und stehe deshalb zum Antrag der Mehrheit. Ich bitte Sie, dem ebenfalls zuzustimmen, trotzdem auch von der anderen Seite, von der Minderheit, sicher gerechtfertigte Argumente im Raum stehen.

**M. Clivaz:** Lors du débat d'entrée en matière, hier, j'ai dit que la présence d'un troisième partenaire dans le contrat compliquait les relations du travail. Après avoir entendu M. Allenspach, tout à l'heure, j'ai même le sentiment que ces relations peuvent être sérieusement mises en danger, de même que l'importance que nous accordons, dans ce pays, aux conventions collectives de travail.

M. Allenspach a singulièrement simplifié les choses lorsqu'il a considéré les entreprises de travail temporaire comme des employeurs à l'égal de tous les autres. Or, cela n'est pas le cas, puisque ces entreprises engagent du personnel – on leur reconnaît maintenant expressément, dans la loi, une qualité d'employeur, ce qui n'était pas le cas précédemment – mais les personnes engagées par ces entreprises n'y exercent pas leur activité; elles sont louées à d'autres entreprises. Cela est un moyen très simple de contourner les conventions collectives et de les vider de leur substance. Monsieur Allenspach, nous vous connaissons comme partisan des conventions collectives, de la réglementation telle qu'elle a été mise sur pied dans ce pays; je dois avouer être extrêmement surpris de votre engagement en faveur de la non-application intégrale de ces mêmes conventions à tous les travailleurs du pays. Si on vous suivait dans votre raisonnement, on mettrait sérieusement en cause les conventions collectives et aussi les relations de travail existant en Suisse. C'est pourquoi j'engage très vivement le Conseil à rejeter la proposition de minorité.

**Seiler:** Alle hier im Saal sind sich des Segens bewusst – ich glaube, ich darf das so formulieren –, den die Gesamtarbeitsverträge sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer haben. Nun wird hier von Herrn Allenspach vom Schicksalsartikel gesprochen, von Herrn Zehnder vom Kernstück dieser Vorlage. Worum geht es eigentlich beim Streit zwischen diesen zwei Lagern? Im Grundsatz anerkennt auch Herr Allenspach, dass Gesamtarbeitsverträge, auch für Temporärarbeiter, Gültigkeit haben sollten. Der ganze Streit reduziert sich auf die Frage: Sollen alle Gesamtarbeitsverträge Gültigkeit haben, oder sollen nur die allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge Gültigkeit haben? Herr Allenspach hat gesagt, mit dieser Bestimmung – sofern die Mehrheit gewinnt – würde die Verleiharbeit praktisch verunmöglicht, und der Verleiher könne die Verpflichtung, die er hier erhält, nicht einhalten.

Ich glaube, da gäbe es ein sehr einfaches Mittel. Verleiher und Einsatzbetrieb haben ja gemäss Artikel 22 schriftlich einen Vertrag abzuschliessen, das heisst, diese zwei Parteien müssen miteinander kommunizieren. Da wäre es doch ein sehr einfaches Mittel, wenn der Einsatzbetrieb seinem Verleiher mitteilen würde, er sei diesem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt. Allenfalls könnte das sogar noch Gegenstand dieses Vertrages sein. Daher ist es auch gar nicht mehr notwendig, dass die Verleihfirmen 2000 Gesamtarbeitsverträge kennen, sondern sie haben sich lediglich bei der Einsatzfirma zu erkundigen, ob ein und welcher Gesamtarbeitsvertrag hier Gültigkeit hat.

Wir würden hier dieser Sache einen guten Dienst erweisen, umso mehr, als auch das Arbeitsklima im Einsatzbetrieb doch wesentlich verbessert würde, wenn alle unter den gleichen Arbeits- und Lohnbedingungen arbeiten müssten. Daher bitte ich Sie, der Mehrheit zuzustimmen. Ich kann das nicht im Namen der Fraktion tun, weil ein Teil der Fraktion sich mit der Minderheit begnügen wird.

**Bonny:** Ich bin gestern – entgegen der Auffassung meiner Fraktion – für Eintreten gewesen. Hier bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit zu unterstützen.

Ich befürchte nämlich, dass es sich hier um eine *lex imperfecta* handeln wird, um eine Rechtsbestimmung also, die sich in der Praxis nur ungenügend durchsetzen lässt. Wir verfügen zwar über eine ganz klare Uebersicht über die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge. Die werden auch durch den Bundesrat abgesegnet. Dort wissen wir alles im Detail, während es heute keine Gesetzesbestimmung gibt, die es erlaubt, eine umfassende Uebersicht über

die in die Hunderte gehende Zahl der normalen Gesamtarbeitsverträge zu erstellen. Hier stellt sich natürlich die Frage – die bereits in der Botschaft des Bundesrates angeführt wurde –, ob der Verleiher Kenntnis von bestehenden Gesamtarbeitsverträgen hat. Eine weitere Frage ist, ob ihm auch zugemutet werden kann, vor Vertragsabschluss die Verbandszugehörigkeit jedes Einsatzbetriebes abzuklären. In der Drittwirkung liegt ja der entscheidende Unterschied zwischen den allgemeinverbindlichen und den ordentlichen Gesamtarbeitsverträgen.

Es gibt in der Praxis noch ein weiteres Problem – es würde mich interessieren, wie Herr Reimann dazu Stellung nimmt: Was sind die Folgen, wenn in einem bestimmten Fall mehrere Gesamtarbeitsverträge Geltung haben?

Ich begreife, warum vor allem von gewerkschaftlicher Seite diese Forderung, wie sie nun im Mehrheitsbeschluss der Kommission ihren Niederschlag gefunden hat, gestellt wird. Aber ich habe etwas gegen Lösungen, die in der Praxis versagen müssen und nicht durchgesetzt werden können.

**Reimann, Berichterstatter:** Ich kann allen Vorrednern beipflichten, welche sagen, es handle sich beim Artikel 20 um den für den Personalverleih entscheidenden Artikel. Es geht darum, ob ein im Einsatzbetrieb gültiger Gesamtarbeitsvertrag gegenüber dem Leihpersonal eingehalten werden soll oder nicht. In der ursprünglichen Fassung des Bundesrates waren nur die allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge berücksichtigt und auch diese nur bezüglich Arbeitszeit und Lohnbestimmungen.

Im Auftrag der Kommission und im Einvernehmen mit Herrn Bundesrat Furgler, der die Kommissionsarbeiten damals begleitet hat, hat die Verwaltung einen neuen Text erarbeitet, der alle Gesamtarbeitsverträge, nicht nur die allgemeinverbindlichen, einschliesst. Das heisst: Die Kommissionmehrheit schlägt vor, dass überall dort, wo in einem Betrieb ein Gesamtarbeitsvertrag besteht, dieser auch auf den Leiharbeiter Anwendung finden soll. Demgegenüber beantragt die Kommissionsminderheit die Beschränkung auf die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge gemäss ursprünglichem Text des Bundesrates.

In Abänderung der bundesrätlichen Fassung beantragt die Kommissionsminderheit jedoch, dass der allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsvertrag voll zur Anwendung kommen soll und nicht nur seine Bestimmungen über Arbeitszeit und Lohn.

Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass das Problem der Umgehung bestehender Gesamtarbeitsverträge durch die Leiharbeit nicht gelöst ist. Der weitaus grösste Teil der geltenden Gesamtarbeitsverträge ist nicht allgemeinverbindlich.

Ich habe in meinen Ausführungen zum Eintreten bereits erklärt, dass beispielsweise im ganzen Bereich der Metallbranche ein einziger Gesamtarbeitsvertrag allgemeinverbindlich erklärt worden ist. Das bedeutet bei Annahme des Minderheitsantrages, dass nach wie vor ein verschwindend kleiner Teil der Leiharbeiter unter den im Einsatzbetrieb gültigen Gesamtarbeitsvertrag fallen würde.

Das Problem der unterschiedlich behandelten Arbeitnehmer im gleichen Betrieb würde weiter bestehen. Mit der Leiharbeit wurde das System unserer sozialpartnerschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage des Gesamtarbeitsvertrages bereits durchlöchert. Wir feiern dieses Jahr das fünfzigjährige Bestehen dieser Vertragspolitik. Wir können überall hören, in Uebereinstimmung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, was diese Politik für die Wirtschaft, für die Arbeitnehmer, für die Arbeitgeber und für unser Land gebracht hat. Um so unverständlicher ist das Zögern, wenn es darum geht, eine Umgehung beziehungsweise Schwächung dieses Systems zu verhindern.

Die Gesamtarbeitsverträge werden gerühmt wegen ihrer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an die besonderen Verhältnisse der einzelnen Branchen und Betriebe. Nun will man bei der Leiharbeit diese Flexibilität völlig über Bord werfen. Es ist kaum damit getan, mit den Temporärfirmen Verträge abzuschliessen, weil in solchen Verträgen die

unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Branchen und Betrieben nicht berücksichtigt sind. Wohl aber würde man einen Zustand, wonach im gleichen Betrieb Arbeitnehmer nach unterschiedlichen Lohn- und Arbeitsverhältnissen beschäftigt werden, gesetzlich festschreiben.

Herr Allenspach verschweigt in seinen Ausführungen, dass es sich bei den Verleihfirmen nicht um Arbeitgeber im traditionellen Sinne handelt.

Dort herrscht kein Arbeitgeber/Arbeitnehmer-Verhältnis im Sinne des Obligationenrechtes. Es ist ein Dreieckverhältnis zwischen Verleihfirma, Einsatzbetrieb und Arbeitnehmer. Beim Vertrag mit der SVUTA im kaufmännischen Bereich werden die unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Betrieben und Branchen nicht berücksichtigt. Das mag im kaufmännischen Bereich nicht so tragisch sein. Etwas anders sieht es aus in den unzähligen Gesamtarbeitsverträgen in Industrie und Gewerbe, die unterschiedliche Verhältnisse von Branche zu Branche aufweisen. Dieser Vielfalt wird mit dem Branchen-Gesamtarbeitsvertrag Rechnung getragen. Wenn aber für das Leihpersonal diese Gesamtarbeitsverträge nicht eingehalten werden müssen, besteht eine Lücke. Die Gesamtarbeitsverträge werden umgangen. Herr Allenspach sagt auch, es sei für die Verleihfirmen unmöglich, alle 1500 Gesamtarbeitsverträge zu kennen. Wenn man schon Personal ausleihen will, sollte man wenigstens über die Verhältnisse, über die Lohn- und Arbeitsbedingungen dieses Einsatzbetriebes im Bilde sein. Es ist meines Erachtens von einer Leihfirma nicht zuviel verlangt, sich im entsprechenden Einsatzbetrieb über die dortigen Verhältnisse zu erkundigen. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen und den Minderheitsantrag Allenspach abzulehnen.

**M. Darbellay**, rapporteur: Nous sommes au coeur du problème comme aussi à l'origine des difficultés et des abus. Dans une même entreprise, travaillent côte à côte des personnes qui y sont engagées et d'autres qui sont prêtées par une maison de travail temporaire. Ces personnes peuvent avoir des conditions de travail et de salaire fort différentes. Il est donc juste de demander que les conditions de travail, dans les deux cas, soient équivalentes.

Le Conseil fédéral, dans son projet, l'a compris puisqu'il propose que les conventions collectives, pour lesquelles la déclaration d'extension a été faite, soient aussi valables pour les travailleurs temporaires. La commission a jugé ceci insuffisant du fait que le nombre de conventions collectives ayant reçu cette déclaration d'extension est presque dérisoire. On vient de le rappeler: il existe une seule convention de ce genre dans tout le secteur de la métallurgie.

En acceptant cette solution, nous serions très loin de résoudre le problème. Il faut donc – c'est indispensable – faire un pas supplémentaire et admettre que, lorsque l'entreprise qui reçoit les travailleurs est assujettie à une convention collective, tous les travailleurs intéressés, y compris ceux qui sont placés par une maison de travail temporaire, soient soumis à cette convention en ce qui concerne les conditions de salaire et de travail. On a largement exagéré les difficultés qui pouvaient en résulter.

On se référerait spécialement au nombre considérable de conventions collectives de travail. Certes, celles-ci sont très nombreuses mais, de toute façon, les maisons de location de services ne seront pas obligées de s'intéresser à toutes ces conventions. Elles doivent obligatoirement, pour établir le contrat, prendre contact avec les maisons locataires. Il n'est pas très compliqué, au moment où elles prennent ce contact, de s'enquérir des conventions collectives auxquelles ces entreprises locataires sont soumises. Elles peuvent alors assurer à ce personnel précis les conditions qui sont prévues dans ces conventions collectives. Ceci me paraît absolument indispensable si l'on veut essayer de mettre un terme aux abus que l'on a constatés dans ce domaine.

Je vous invite donc instamment à voter la proposition de la majorité.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Je vais tout d'abord régler le problème du choix entre la formule originelle du Conseil fédéral et celle de la minorité. Puis, j'examinerai et je comparerais la formule de la minorité à celle de la majorité.

Le Conseil fédéral, dans le texte du message, parle «d'assujettir le travailleur aux dispositions des conventions collectives concernant le salaire et la durée du travail.». La minorité propose: «d'appliquer au travailleur les dispositions de la convention collective concernant le salaire et les conditions de travail.». La minorité de la commission va donc plus loin que le Conseil fédéral dans son texte de base. Elle a d'ailleurs raison de le faire et de vouloir non seulement limiter l'application de la convention collective aux salaires et à la durée du travail mais aux conditions de travail en général. Le Conseil fédéral se rallie donc très volontiers à la formule énoncée par la minorité. Vous pourrez donc, Monsieur le président, dans la procédure des votes tout à l'heure, renoncer à présenter la formulation du Conseil fédéral et proposer celle de la minorité face à celle de la majorité.

Il importe que je précise encore sur ce premier point que l'essentiel des conditions contenues dans la convention collective s'appliquera aux travailleurs temporaires mais pas toutes dans leur ensemble. Il tombe sous le sens que les dispositions des conventions collectives relatives, par exemple, au perfectionnement professionnel, aux installations communes des parties contractantes, aux caisses de pension, à la formation des apprentis sont autant de textes qui ne sont évidemment pas applicables aux travailleurs temporaires. L'ordonnance d'application précisera cela *expressis verbis*.

J'en viens maintenant à comparer la proposition de la minorité à celle de la majorité. Le rédacteur du projet a expressément limité aux conventions collectives avec déclaration d'extension l'obligation du bailleur d'appliquer aux travailleurs la convention collective et il l'a fait sciemment.

Il s'agit en effet de dix conventions dont le petit nombre ne doit tout de même pas cacher qu'elles concernent une partie assez importante de la population. En effet, l'on cite l'artisanat du métal comme sujet de la seule convention collective avec extension régissant le secteur des métaux et des machines. Il faut ajouter, en revanche, la convention collective pour les hôtels, restaurants et cafés, par exemple, c'est-à-dire un domaine d'activité où, par excellence, le travail temporaire est fort répandu. Il y a d'autres exemples. Le petit nombre de dix ne doit pas vous faire apparaître la chose comme quantité négligeable. A ces dix, s'ajoutent les cinq arrêtés émanant des gouvernements cantonaux et approuvés par le Conseil fédéral. Cela concerne quelques cantons: Fribourg, Soleure, Vaud, Valais et le Jura. Sans doute n'est-ce pas là une liste impressionnante mais, tout de même, nous ne sommes pas en présence d'un vide intégral. Seules, et voilà le critère fondamental sur lequel est partie la rédaction du projet, seules les conventions collectives avec déclaration d'extension sont publiées et par conséquent seules ces conventions-là sont connues de tous les partenaires sociaux, en particulier de tous les bailleurs de services. En revanche, les conventions collectives sans déclaration d'extension ne sont pas soumises à publication. Elles ne sont pas connues des partenaires sociaux, hormis les intéressés, ni des bailleurs de services. Elles sont au nombre de 1000, 1500 peut-être et exigent des bailleurs de services qu'ils les connaissent, afin d'être en mesure de les appliquer en toute connaissance de cause, alors que certaines d'entre elles ne concernent parfois qu'une seule et unique entreprise ou des secteurs extrêmement limités, est pratiquement inconcevable. La tâche administrative ne serait pas impossible, j'en conviens, mais elle serait énorme et l'application à ces conventions sans déclaration d'extension des dispositions de la loi comporterait bien évidemment un grand nombre de risques d'erreurs. C'est pourquoi le projet originel ne comprenait pas ce type de convention.

Je reconnais que l'esprit de la convention collective auquel la Suisse adhère si profondément devrait logiquement nous conduire à la formule ambitieuse de la majorité, mais je pense qu'il faut y renoncer et adhérer à la proposition de la

minorité car la faisabilité de cette application demeure hautement problématique. En effet, je préfère en fin de compte une formule légale peut-être incomplète mais appliquée concrètement à une formule apparemment parfaite mais qui demeure lettre morte, les faits étant têtus.

La loi que vous êtes en train d'élaborer introduit un assujettissement nécessaire des entreprises de travail temporaire. Par cette loi, l'ensemble de ce secteur qui touche, je le rappelle, quelque 60 000 Suisses changera profondément dans le sens d'une responsabilisation de ces entreprises et de la protection des travailleurs. Il ne faut pas pousser au perfectionnisme dans ce que j'appellerai cette première étape, essentielle, surtout lorsqu'on peut être convaincu qu'il s'agit d'un perfectionnisme formel et académique qui ne sera pas suivi d'effets pratiques. Réalisons donc maintenant cette étape, en dépit de cette légère imperfection. Nous n'écrivons pas des textes jusqu'à la fin des siècles, il sera tout à fait possible, et nécessaire je pense, lorsqu'on aura digéré les conséquences et les exigences de cette première étape, de perfectionner l'instrument et d'introduire, dans quelques années, la formule que la majorité vous propose déjà aujourd'hui. A mon avis, c'est dans ce sens que l'on ira, mais il serait prématuré de le faire aujourd'hui.

Par conséquent, à mon corps défendant peut-être mais parce qu'il faut être lucide et ne pas avoir une vue théorique des choses, je vous engage à accepter la proposition de la minorité.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	80 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	75 Stimmen

#### Art. 21

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 22

##### Antrag der Kommission

Abs. 1

....

- c. den Arbeitsort und den Beginn des Einsatzes;  
c'. die Dauer des Einsatzes oder die Kündigungsfristen;

....

Abs. 2 bis 5

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### Art. 22

##### Proposition de la commission

Al. 1

....

- c. Le lieu de travail du travailleur ainsi que le début de l'engagement;  
c'. La durée de l'engagement ou les délais de congé;

....

Al. 2 à 5

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 23

##### Antrag der Kommission

Abs. 1, 3 und 4

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Abs. 2

.... Verfahren vor. Der Bundesrat kann den Streitwert der Entwicklung der Löhne anpassen. Der Streitwert bemisst ....

#### Art. 23

##### Proposition de la commission

Al. 1, 3 et 4

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Al. 2

.... pas 10 000 francs. Le Conseil fédéral peut adapter la valeur litigieuse à l'évolution des salaires. Le montant de la demande ....

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 24

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Antrag Leuenberger-Solothurn

Abs. 3

Der Bund kann die Wiedereingliederung von Arbeitssuchenden in ihren bisherigen Beruf, ihre vorübergehende oder endgültige Ueberführung in aufnahmefähige Berufe oder Gegenden und ihre Aus- oder Weiterbildung oder Umschulung sowie ähnliche Massnahmen durch Beiträge fördern, sofern diese Vorkehren angezeigt sind, um vorhandene Arbeitsgelegenheiten besser auszuwerten und sofern sie ohne öffentliche Hilfe nicht durchgeführt werden können.

#### Art. 24

##### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

##### Proposition Leuenberger-Soleure

Al. 3

La Confédération peut encourager par des subsides la réintégration de personnes en quête de travail dans leur profession, leur transfert temporaire ou définitif dans des professions ou des régions offrant des possibilités d'emploi, leur formation, leur perfectionnement ou leur rééducation professionnelle; elle peut aussi soutenir d'autres mesures analogues. Son appui ne peut toutefois être accordé que si les mesures envisagées sont propres à assurer une meilleure utilisation des possibilités de travail et sont inexécutable sans l'aide des pouvoirs publics.

Abs. 1 und 2 – Al. 1 et 2

Angenommen – Adopté

Abs. 3 – Al. 3

**Leuenberger-Solothurn:** Ich muss Sie mit einigen Details behelligen und bitte dafür zum vornherein um Entschuldigung, nachdem wir vorhin eine «pièce de résistance» dieser Vorlage behandelt haben.

Ich stosse mich im wesentlichen daran, dass man bei der Revision des Arbeitsvermittlungsgesetzes die ganzen Bemühungen um die Verbesserung der Vermittlungsfähigkeit der Arbeitssuchenden so gut wie ersatzlos herausgenommen hat und heute argumentiert, diese ganzen Fragen seien im Arbeitslosenversicherungsgesetz geregelt. Das stimmt im grossen und ganzen. Mein Antrag nun nimmt den Wortlaut des alten Artikels 4 Absatz 4 des geltenden Arbeitsvermittlungsgesetzes auf und will ihn bei Artikel 24 als neuen Absatz 3 anhängen. Mit dieser Bestimmung hat der Bund eine generelle Aufgabe übernommen, nämlich diese Wiedereingliederung usw. und ähnliche Massnahmen durch Beiträge zu fördern. Dieser ganze Absatz soll nun mit der Revision wegfallen und findet Ersatz im Arbeitslosenversicherungsgesetz, wo diese ganzen Aufgaben nicht mehr dem Bund an sich auferlegt werden, sondern der Arbeitslosenversicherung. Die ganzen Bereiche von Wiedereingliederung und von Weiterbildung sind in den Artikeln 59 und 60 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes recht gut geregelt. Aber das, was hier in diesem alten Artikel 4 Absatz 4 unter «ähnliche Massnahmen» fällt, ist im Arbeitslosenversicherungsgesetz meines Erachtens nur sehr restriktiv geregelt worden. Es steht nämlich dort in Artikel 72 unter dem Titel «Beiträge»: In Zeiten erhöhter Arbeitslosigkeit kann die Versicherung die vorübergehende Beschäftigung von Arbeitslosen im Rahmen von Programmen usw. fördern.» Ich denke nun, dass gegenüber der alten Bestimmung, die sehr gene-

rell dem Bund die Möglichkeit gegeben hat, ähnliche Massnahmen durch Beiträge zu fördern, diese neue Bestimmung in Artikel 72 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erheblich eingeeengt ist. Enger wird der Spielraum noch, wenn wir uns in der Verordnung die entsprechenden Vorschriften ansehen. In der Verordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz steht in Artikel 96 nämlich klipp und klar: «Solche Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose könnten dann subventioniert werden, wenn in dem Kanton, in dem das Programm durchgeführt werden soll, eine Arbeitslosenquote von mindestens einem Prozent herrscht.» Genau bei dieser Bestimmung haken nun die Veranstalter von Arbeitslosenprojekten ein und befürchten, es könnte in Kantonen, wo die Arbeitslosenzahl gelegentlich schwankt – sie fällt etwas unter 1 Prozent und liegt zwei Monate später wieder etwas darüber –, dazu führen, dass man in einem Monat ein solches Projekt als subventionsberechtigt erklärt, es zwei Monate später wieder aus der Subventionsberechtigung nimmt. Ich muss betonen: Es sind mir keine Fälle bekannt, wo das vorgekommen ist; es ist mehr eine Befürchtung, die ich hier präventiv vortrage. Ich wäre eigentlich sehr froh, wenn Herr Bundesrat Delamuraz ganz klar erklären könnte, dass mindestens die bisherige Praxis bei der Unterstützung von Arbeitslosenprojekten beibehalten wird, dass man vielleicht in Zeiten grosser Schwankungen der Arbeitslosigkeit relativ grosszügig mit dieser Litera a von Absatz 1 von Artikel 96 der Verordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz umgehen würde. Dies wäre möglich, wenn man bei diesem ganzen Bewilligungsverfahren primär die Litera b im gleichen Absatz dieser Verordnung zur Anwendung bringen könnte. Dort nämlich liegt das Schwergewicht bei der Beurteilung auch auf regionaler Arbeitslosigkeit.

Meine Sorge also gilt dem Umstand, dass man in dieser Revision, wie in der zurückliegenden Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, eine sehr generelle Regelung durch eine relativ restriktive ersetzt hat. Mir bleibt nun nichts anderes übrig, als diese alte Bestimmung ins neue Gesetz hinüberzuretten, obschon ich weiss, dass man mir entgegenhalten wird, das sei von der Systematik her relativ ungeschickt. Man wird mich darauf hinweisen, es gebe ja in diesem Gesetzesentwurf einen Artikel 28, der ebenfalls von Massnahmen zugunsten von Arbeitslosen spricht. Wenn Sie dort aber auf den Wortlaut achten, wird Ihnen auffallen, dass all diese Massnahmen an Artikel 72 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gebunden sind, und dann sind wir wieder in dieser relativ schmalen Gasse.

Ich bitte nun nochmals Herrn Bundesrat Delamuraz, mir entsprechende Zusicherungen zu geben, dass nicht plötzlich «Monsieur le bureau» diesen 1-Prozent-Artikel allzu restriktiv auslegt. Ich würde mir dann allenfalls überlegen, ob ich meinen Antrag zurückziehen könnte.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Monsieur le bureau est mort, Monsieur Leuenberger! Dans le domaine essentiel que vous abordez dans votre intervention personnelle, les choses s'appliquent avec lucidité, clairvoyance, imagination et surtout avec beaucoup de souplesse. Il s'agit d'encourager par des subsides la réintégration de personnes en quête de travail dans leur profession; de transférer temporairement ou définitivement, dans des professions ou des régions qui offrent des possibilités, des travailleurs. Tout cela fait partie de cette mobilité qui est le lot du marché du travail actuel. Il se pourrait bien que des circonstances économiques, moins favorables dans certains domaines industriels et dans certains cantons en particulier, puissent, dans les temps qui viennent, remettre à l'actualité la nécessité de cette mobilité. Vous avez raison de vous en préoccuper et d'imposer à la Confédération la condition qu'elle continue de veiller attentivement à cet aspect des choses. La loi sur l'assurance-chômage de 1984, jumelle de celle que nous examinons aujourd'hui, a repris pour l'essentiel la loi sur le service de l'emploi actuellement en vigueur que nous voulons précisément remplacer et transformer. La seule différence est que la loi sur l'assurance-chômage pose comme condition, pour la subvention de programmes d'oc-

cupation pour chômeurs, l'existence d'une situation de «chômage prononcé». L'ordonnance d'exécution de la loi sur l'assurance-chômage reconnaît qu'une situation de chômage prononcé existe à partir d'un taux de chômage de 1 pour cent. Or, vous visez manifestement, Monsieur Leuenberger, la possibilité de pouvoir intervenir avec des programmes d'occupation, même si le taux est inférieur à 1 pour cent.

Je peux vous donner toute garantie sur ce point. La limite de 1 pour cent a été fixée en tant que principe, idée générale. Elle ne saurait cependant être appliquée aveuglément et systématiquement à tous les secteurs et dans tous les cas. En effet, dans certains domaines, il doit être possible d'intervenir même si le taux est inférieur à 1 pour cent, et cela en vertu de l'article 96, alinéa 1, lettre b, de l'ordonnance sur l'assurance-chômage, qui donne à l'OFIAMT toute liberté d'appréciation nécessaire afin de prendre en considération des programmes d'occupation même si le taux cantonal n'atteint pas 1 pour cent.

On est donc en présence d'une situation qui correspond à la pratique suivie jusqu'à maintenant. De ce point de vue là donc, ma présente déclaration doit vous indiquer que les risques que vous pouviez envisager n'existent réellement pas. Par conséquent, nous pouvons nous dispenser d'introduire dans la loi le troisième alinéa proposé. Les choses se passent effectivement comme vous le souhaitez, les pratiques sont confirmées et il n'est pas nécessaire d'ajouter ce point.

**Leuenberger-Solothurn**: Angesichts der Erklärungen des Vorstehers des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements kann ich meinen Antrag zurückziehen. Wir würden uns tatsächlich, wenn es bei uns in Grenchen Probleme geben sollte, der Worte von Herrn Delamuraz erinnern.

#### **Art. 25, 26**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 27**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Minderheit*

(Stappung, Deneys, Eggli-Winterthur, Fankhauser, Reimann, Zehnder)

Die öffentliche Arbeitsvermittlung ist unentgeltlich.

(Rest des Artikels streichen)

#### **Art. 27**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité*

(Stappung, Deneys, Eggli-Winterthur, Fankhauser, Reimann, Zehnder)

Le service public de l'emploi est gratuit.

(Biffer le reste de l'article)

**Stappung**, Sprecher der Minderheit: Ich bin mit der Kommissionsminderheit der Auffassung, dass neben grundsätzlichen Ueberlegungen auch praktische Aspekte für eine unentgeltliche öffentliche Arbeitsvermittlung sprechen.

Die öffentlichen Stellenvermittlungen, in der Regel die kantonalen und kommunalen Arbeitsämter, erfüllen eine arbeitsmarktlich wichtige Funktion. Für Arbeitslose sind sie die erste Anlaufstelle. Bei einem Arbeitslosen sind finanzielle Engpässe vorprogrammiert. Wenn er weiss, dass er unter Umständen für gewisse Leistungen noch bezahlen muss, bedeutet das zwangsläufig noch eine höhere als die ohnehin bereits vorhandene Hemmschwelle.

Auch aus volkswirtschaftlichen Gründen sind wir daran interessiert, dass sich möglichst alle Arbeitslosen sofort bei der öffentlichen Arbeitsvermittlung melden. Es wäre auch grundfalsch, den Arbeitslosen oder eine Unternehmung, die eine offene Stelle anbietet, für «besonderen Aufwand» finanziell zu belasten. Keiner, weder der Arbeitslose noch der Anbieter einer Stelle, ist für die Situation verantwortlich. Wollte man vom Verursacherprinzip ausgehen, so müsste der frühere Arbeitgeber für den durch die Vermittlung allenfalls entstehenden besonderen Aufwand zu Leistungen verpflichtet werden. Das ist aber im neuen Gesetz nicht vorgesehen.

Die unentgeltliche Arbeitsvermittlung ist eine wichtige Masche im sozialen Netz. Dieses Netz darf nicht durch Gebühren, die in jedem Fall dem Falschen, in der Regel dem sozial Schwächsten, auferlegt würden, durchlöchert werden.

Die Stellenvermittlungen bei den öffentlichen Arbeitsämtern arbeiten heute unentgeltlich. Die mit dieser Unentgeltlichkeit gemachten Erfahrungen sind durchwegs gut. Es besteht auch kein Bedürfnis, für gewisse Leistungen eine – wie es in der Botschaft heisst – Gebühr nach dem allgemein geltenden Kostendeckungsprinzip zu erheben. Das gäbe eine ohnehin problematische Situation. Jeder Kanton würde für gleiche Leistungen unterschiedliche Gebühren erheben. Bereits heute sind die vorhandenen Infrastrukturen der Arbeitsämter sehr unterschiedlich. Neben den öffentlichen Stellenvermittlern sind bei verschiedenen Arbeitsämtern auch Berufsberater tätig. Nicht jeder Arbeitslose kann auf einfache Art vermittelt werden. Neben dem Angebot an offenen Stellen spielt auch der Beruf des zu Vermittelnden eine massgebliche Rolle. Es gibt Arbeitslose, die aus nicht in ihrer Person liegenden Gründen sehr schwer zu vermitteln sind. Dann gibt es eine nicht zu unterschätzende Kategorie, welche infolge der Situation, arbeitslos zu sein, seelisch ausserordentlich leidet. Arbeitslos zu sein, ist für den Menschen etwas vom Schlimmsten. Nicht nur der Betroffene, sondern auch seine Angehörigen und seine Familie leiden darunter. Dieses echte Problem belastet die öffentlichen Stellenvermittler weit mehr als der im Gesetz nicht präzierte sogenannte «besondere Aufwand». Die Erhebung von Gebühren für besonderen Aufwand widerspricht auch den internationalen IAO-Abkommen Nr. 2 und Nr. 88. Insbesondere das IAO-Abkommen Nr. 88 beinhaltet eine ganze Reihe von Leistungen, die von den öffentlichen Stellenvermittlern unentgeltlich erbracht werden müssen.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Kommissionsminderheit, den Sie auf der Fahne haben, zuzustimmen.

**Reimann**, Berichterstatter: Die Minderheit Stappung verlangt, dass die Arbeitsvermittlung unentgeltlich ist. Herr Stappung hat natürlich recht, dass grundsätzlich die Arbeitsvermittlung unentgeltlich sein soll.

In Artikel 27 wird lediglich eine Ausnahme gemacht für den Fall, dass für einen besonderen Aufwand, der vom Benutzer verlangt wird, im Einverständnis mit dem Benutzer eine Entschädigung verlangt werden kann.

Im Namen der Kommission muss ich Ihnen die Ablehnung des Minderheitsantrages empfehlen. Persönlich stimme ich der Minderheit zu.

**M. Darbellay**, rapporteur: Le principe de base est posé; le service public de l'emploi est gratuit. Il pourrait toutefois y avoir des cas où la personne qui s'adresse à ce service demande des démarches exceptionnelles, qui entraîneraient des dépenses particulières. Dès lors, la majorité de la commission estime qu'il serait juste que ces frais soient pris en charge par le requérant. Il faut éviter que les services publics de l'emploi ne fassent gratuitement concurrence aux bureaux privés.

Je vous invite par conséquent à voter avec la majorité de la commission.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Le principe de la gratuité des services normaux est ancré. Il convient de réserver la

possibilité aux pouvoirs publics de faire payer des démarches particulières et des recherches spéciales qui exigent réellement des travaux exceptionnels. Suivre M. Stappung dans le sens d'une gratuité absolue serait alors une contribution à cette étatisation si fortement redoutée par une minorité, car cela équivaldrait à faire bel et bien concurrence à des services de placement privés mais avec les deniers de l'Etat. Pour maintenir logiquement notre principe de subsidiarité du service public, nous devons pouvoir nous ménager la possibilité, telle qu'elle est prévue dans le texte du Conseil fédéral, de percevoir un émolument, une taxe, pour un certain nombre de prestations tout à fait spéciales.

Je vous invite à suivre le Conseil fédéral et la majorité de la commission.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	66 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	44 Stimmen

#### Art. 28

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 29

##### Antrag der Kommission

##### Abs. 1

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Abs. 2

##### Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Minderheit

(Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Houmard, Neuenschwander, Pfund)

Der Bundesrat bestimmt die Ausnahmen von der Meldepflicht.

#### Art. 29

##### Proposition de la commission

##### Al. 1

Adhérer au projet du Conseil fédéral

##### Al. 2

##### Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

##### Minorité

(Allenspach, Cottet, Coutau, Dubois, Houmard, Neuenschwander, Pfund)

Le Conseil fédéral fixe les exceptions.

##### Abs. 1 – Al. 1

Angenommen – Adopté

##### Abs. 2 – Al. 2

**Allenspach**, Sprecher der Minderheit: Mein Antrag betrifft eine eminent praktische Frage.

Artikel 29 umschreibt die Meldepflicht der Arbeitgeber bei Entlassungen und Betriebsschliessungen. Dabei bezieht sich diese Meldepflicht auf alle Entlassungen und nicht wie früher nur auf Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen. In Artikel 29 wird sodann eine abschliessende Bundesregelung vorgesehen. Anderslautende kantonale Bestimmungen verlieren meines Erachtens ihre Gültigkeit, denn es wäre nicht zu verantworten, dass Kantone und Bund bezüglich des gleichen Gegenstandes unterschiedlich legiferieren könnten.

Artikel 29 bedarf ferner der Ergänzung auf der Verordnungsebene. Der gesetzliche Begriff «Entlassung einer grösseren Anzahl von Arbeitnehmern» muss konkret umschrieben werden. Bedeutet dieser Begriff etwa, dass ein Unternehmen, das 25 Prozent seines Belegschaftsbestandes entlässt,

meldepflichtig wird? Oder wird eine quantitative Untergrenze gesetzt, beispielsweise bei 10 Entlassungen? Im ersten Fall würde ein Unternehmen mit 10 Beschäftigten schon bei 3 Kündigungen meldepflichtig sein. Im zweiten Fall wären unsere Grossunternehmen permanent meldepflichtig. Denn bezogen auf einen Personalbestand von 1000 oder mehr Personen liegen 10 Entlassungen im Rahmen der üblichen Personalflektuation.

Der Bundesrat hat es also nicht leicht, in der Verordnung zu umschreiben, wer meldepflichtig ist. Geht man dem Sinne des Gesetzes nach, so ist nicht so sehr die Zahl der Entlassenen als vielmehr die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes entscheidend. Wenn die Meldepflicht nicht nur eine bürokratische Schikane sein soll, muss sie in Beziehung zur Grösse und zum Zustand des Arbeitsmarktes stehen. Mit der Meldepflicht sollen die Arbeitsämter in die Lage versetzt werden, sich rechtzeitig auf die Vermittlung der Entlassenen vorbereiten zu können. Das bedeutet, dass auf grossen Arbeitsmärkten, zum Beispiel in den grossen Agglomerationen, ganz andere Massstäbe gelten müssten als auf kleinen Arbeitsmärkten, beispielsweise in abgeschlossenen oder wirtschaftlich weniger entwickelten Gegenden. In den Grossagglomerationen von Zürich, Basel, Bern oder Genf darf die Entlassung von 10 oder 20 Arbeitnehmern den Arbeitsämtern keine organisatorischen oder strukturellen Schwierigkeiten verursachen, denn dort gehören derartige Schwankungen zum Normalfall. Anders ist es aber in einer Gegend mit nur wenigen Arbeitsplätzen. Ferner ist zu berücksichtigen, dass in Zeiten eines ausgetrockneten Arbeitsmarktes nicht die gleichen Grössenordnungen gelten können wie in Zeiten höher und andauernder Arbeitslosigkeit. In einer Hochkonjunktur artet eine zu tief angesetzte Meldepflicht leicht zu einer blossen bürokratischen Schikane aus.

Das bedeutet, dass der Bundesrat bezüglich der Meldepflicht eine flexible Regelung treffen muss. Er muss daher auch bezüglich der Ausnahmen von der Meldepflicht flexibel sein können. Absatz 2 von Artikel 29 nimmt ihm aber jede Flexibilität. Gemäss diesem Artikel sollen von der Meldepflicht Betriebe mit weniger als sechs Arbeitnehmern ausgenommen werden. Alle mit sechs und mehr Arbeitnehmern sind von Gesetzes wegen meldepflichtig; der Bundesrat kann keine Ausnahmen mehr gewähren. Das bedeutet, dass die Entlassung von fünf Arbeitnehmern auf jeden Fall und unter allen Umständen meldepflichtig werden muss. Dann müssen, weil es ja nicht nur um die Kündigungen aus wirtschaftlichen Gründen geht, sondern weil jede Kündigung dazu zählt, schon mittlere Betriebe jeden Monat Meldung erstatten, und die Arbeitsämter müssen jeden Monat Dutzende von überflüssigen Meldungen registrieren und klassieren.

Damit wird der Sinn dieser Meldepflicht verfälscht. Denn niemand wird behaupten, dass die Arbeitsämter unserer Städte den Arbeitsanfall von fünf zusätzlichen Stellensuchenden nicht bewältigen könnten, ohne sich vorgängig darauf vorbereitet zu haben. Die Ausnahmen von der Meldepflicht bei Absatz 2 müssen also im Zusammenhang mit der Definition des Begriffes «Entlassung einer grösseren Zahl von Arbeitnehmer» stehen.

Der Bundesrat definiert auf dem Verordnungsweg diesen Begriff. Er soll deshalb, weil dieser Zusammenhang gegeben ist, auch die Grenzen der Meldepflicht auf dem Verordnungsweg umschreiben können. Er soll also auf diesem Weg die Ausnahmen bestimmen können. Alles andere wäre gesetzessystematisch wenig sinnvoll. Wir sollten uns bemühen, wirklichkeitsnahe und auf die tatsächlichen Verhältnisse abgestimmte Rechtsnormen zu erlassen. Das Arbeitsvermittlungsgesetz muss miliztauglich werden. Deshalb sollten wir dem Bundesrat die Kompetenz geben, die Ausnahmen von der Meldepflicht festzusetzen, und wir sollten darauf verzichten, im Gesetze selbst abschliessende, starre Grenzen zu setzen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

**Eggli-Winterthur:** Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit, vertreten durch Herrn Allenspach, abzulehnen. Herr Allenspach sagt selber, dass Entlassungen einer grösseren Anzahl von Arbeitnehmern in Rezessionszeiten und selbst in Konjunkturzeiten zu Schwierigkeiten führen können, namentlich dann, wenn die Wirtschaftsstruktur einer Region sehr einseitig ist. Wenn man Herrn Allenspach zuhört, könnte man den Eindruck gewinnen, dass der Bundesrat der Wirtschaft laufend im Detail Vorschriften mache, die überhaupt nicht durchführbar seien und einen unnötigen Papierkrieg produzierten.

Was will der Bundesrat mit seinem Antrag, der von der Kommissionsmehrheit unterstützt wird? Es heisst eindeutig: «Von der Meldepflicht sind ausgenommen Betriebe mit weniger als sechs Arbeitnehmern.» Wenn wir die Gesetze betrachten – zum Beispiel das Arbeitsgesetz – stellen wir fest, dass es ab sechs Arbeitnehmer industrielle Betriebe sind; alle andern Betriebe sind von dieser Bestimmung befreit. Dazu kommt, dass die Entlassung eine grössere Anzahl betreffen muss. Wenn ein Arbeitgeber in einem grösseren Betrieb zwei, drei Arbeitnehmern aus anderen als wirtschaftlichen Gründen kündigt, so fällt dies nicht ins Gewicht. Aber gerade bei der Schliessung von Einzelbetrieben, die klein sind, 10 bis 12 Arbeitnehmer haben, bedeutet eine Entlassung von Spezialisten, die in der Region keine ähnliche Beschäftigung finden, dass sich das Arbeitsamt dieser speziell annehmen muss. Wenn ich es richtig im Kopf habe, gilt die gleiche Zahl bei der Meldepflicht übrigens auch im Arbeitslosenversicherungsgesetz. Man sollte auch in der Gesetzgebung koordinieren, die gleichen Zahlen verwenden und nicht in jedem Gesetz etwas anderes machen. Das trägt nicht nur zur Rechtssicherheit bei, sondern sollte auch für die Arbeitgeber, für die Arbeitnehmer und für die Arbeitsämter eine Richtzahl geben.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit abzulehnen.

**Reimann, Berichterstatter:** Beim Artikel 29 geht es in der Meldepflicht um die Praktikabilität und auch um die Vollständigkeit der Arbeitsmarktstatistik. Im Text des Bundesrates werden Betriebe mit weniger als sechs Arbeitskräften ausgenommen. Dies entspricht, wie bereits gesagt wurde, dem Arbeitsgesetz. Wir haben also eine gewisse Praxis über das Arbeitsgesetz, wer hier unterstellt ist und wer nicht. Im Sinne dieser Gesetzesharmonie möchte ich Ihnen empfehlen, dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen. Es geht ja um die Anzahl Arbeitnehmer, welche entlassen wird, so dass auch bei der Ausnahme der Meldepflicht als Kriterium auf die Arbeitnehmerzahl abgestellt werden soll.

**M. Darbellay, rapporteur:** A l'article 29, il est prévu que les employeurs aient l'obligation d'annoncer les licenciements d'un nombre important de travailleurs et de déclarer les fermetures d'entreprises. En revanche, les entreprises qui occupent moins de six travailleurs seraient soustraites à cette obligation.

La proposition de minorité souhaite que ce dernier chiffre soit fixé par le Conseil fédéral, que celui-ci soit donc habilité à décider des exceptions. Ce n'est pas tellement différent. Cependant la commission a estimé que diverses lois se réfèrent à ce nombre de six travailleurs, notamment la loi sur le travail, en ce qui concerne les dispositions spéciales pour les entreprises industrielles. Par souci de cohérence législative, la commission propose d'admettre le projet du Conseil fédéral.

**M. Delamuraz, conseiller fédéral:** Monsieur Allenspach, comme disait l'humoriste, je ne suis ni pour ni contre, bien au contraire. Je veux dire par là que c'est l'affaire du Parlement d'en décider. Vous octroyez très généreusement au Conseil fédéral, par votre proposition, le droit de décider. Il décidera, très vraisemblablement, par voie d'ordonnance, de fixer la limite à six travailleurs, et nous trouverons par conséquent dans l'ordonnance ce que nous pourrions trouver dans la loi. C'est au Parlement de savoir s'il veut lui-

même fixer cette limite, auquel cas il ne doit pas vous suivre, ou s'il entend en laisser la fixation au Conseil fédéral, auquel cas il peut vous suivre.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 60 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit 58 Stimmen

#### Art. 30

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 31

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Antrag Bundi

##### Abs. 4

.... durchführen. Dabei ist dem Anliegen der Vermittlung von Teilzeitarbeit besondere Beachtung zu schenken.

#### Art. 31

##### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

##### Proposition Bundi

##### Al. 4

.... relève le marché du travail. Il vouera en particulier toute son attention au placement des travailleurs à temps partiel.

##### Abs. 1 bis 3 – Al. 1 à 3

#### Angenommen – Adopté

##### Abs. 4 – Al. 4

**Bundi:** Mit meinem Antrag möchte ich erreichen, dass das Problem der Teilzeitarbeit in diesem Gesetz mindestens an einem Ort erwähnt und verankert wird. Die Teilzeitbeschäftigung nimmt in unserem Land und in unserer Industriegesellschaft im allgemeinen heute einen bedeutenden Platz ein. In der Schweiz beträgt der Anteil der Teilzeitbeschäftigung am Gesamtbestand der Beschäftigten nach der Betriebszählung von 1985 über 15 Prozent. Wir stellen ein Anwachsen dieser Sparte fest: von 1980 bis 1985 um 5 Prozent. Zu drei Vierteln etwa sind es Frauen, ein Viertel trifft es auf die Männer. Im internationalen Vergleich figuriert die Schweiz eher in den hinteren Rängen, aber tendenziell ist diese Beschäftigungssparte im raschen Zunehmen begriffen.

In der Botschaft zu diesem Gesetz wird mit Nachdruck auf die Bedeutung der Teilzeitarbeit hingewiesen. Es wird ausgeführt, dass die Vermittlung von Arbeitnehmern, die ihre Arbeitskraft nur teilweise der Wirtschaft zur Verfügung stellen wollen oder können, besondere Beachtung verdiene. Hier stelle sich die Aufgabe, vorhandene Reserven mittels attraktiver Angebote und Dienstleistungen in den Wirtschaftsprozess einzugliedern. Darum gehöre die Vermittlung von Teilzeitarbeit auch zum Aufgabenbereich der Arbeitsämter.

Im Gesetzesentwurf habe ich keine Stelle gefunden, die auf die Teilzeitarbeit Bezug nehmen würde. Nun bin ich der Auffassung, dass im Rahmen des Artikels 31, wo die Befugnisse und Aufgaben der eidgenössischen Arbeitsmarktbehörde, in diesem Fall ist es das Biga, aufgeführt sind, in Zusammenhang mit den Kursen zur Schulung und Weiterbildung des kantonalen Vermittlungspersonals ein besonderer Hinweis festzuschreiben ist. Es würde darum gehen, dass das Biga in solchen Ausbildungskursen auch den Anliegen der Teilzeitarbeit besondere Aufmerksamkeit schenken sollte. Dabei ist es nicht die Meinung, dieser Stelle

viel mehr Arbeit oder Umtriebe aufzubürden. Sie ist in der Lage, aus ihrem Erfahrungsschatz zu schöpfen und weiterzugeben. Mit dem Schlussbericht der Arbeitsgruppe «Teilzeitarbeit» vom Jahre 1980 und der Broschüre «Teilzeitarbeit» von 1984 verfügt sie unter anderen über einschlägige Unterlagen.

Die Schwierigkeiten, die sich für Arbeitnehmer ergeben, die sich bei öffentlichen Verwaltungen um eine Teilzeitanstellung bewerben, betreffen meistens den Bereich der Sozialversicherungen. Es wäre darum erwünscht, dass an den vom Biga durchgeführten Kursen zur Weiterbildung des Vermittlungspersonals besonders dieser Frage gebührende Beachtung geschenkt und entsprechende Hilfeleistungen erbracht würden. Die Eidgenössische Arbeitsmarktbehörde wäre zweifellos auch in der Lage, Modelle für die Vermittlung von Arbeitnehmern als Teilzeitbeschäftigte auszuarbeiten und anzubieten. Wesentlich ist, dass die Transparenz für alle Beteiligten auf dem Teilzeitarbeitsmarkt besser wird. Die Teilzeitarbeit ist heute eine Realität. Sie wird in der Zukunft noch grössere Bedeutung erlangen. Wo Personen aus irgendwelchem Grunde keine Vollzeitarbeit ausüben können, aber dennoch willens und fähig sind, teilweise erwerbstätig zu sein, liegt das sowohl im volkswirtschaftlichen als auch im gesellschaftspolitischen Interesse. In ihrem Bericht gelangte die erwähnte Arbeitsgruppe des Bundes schon 1980 zur Schlussfolgerung, dass die Teilzeitarbeit bei der Revision des Arbeitsvermittlungsgesetzes besondere Berücksichtigung finden sollte. Heute und hier haben wir nun die Gelegenheit, ein kleines Zeichen zu setzen.

Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen.

**Reimann,** Berichterstatter: Die Kommission hatte keine Gelegenheit, den Antrag Bundi zu behandeln. Persönlich kann ich mich der Argumentation von Herrn Bundi anschliessen. Ich finde, sein Antrag ist eine sinnvolle Ergänzung zu Artikel 31 Absatz 4.

**M. Darbellay,** rapporteur: Le travail temporaire revêt aujourd'hui une importance particulière. Cela me semble assez clair. La commission ne s'est pas prononcée sur la proposition de M. Bundi. Personnellement, je ne m'y opposerai pas.

**M. Delamuraz,** conseiller fédéral: Les choses vont sans dire, elles vont parfois mieux en les écrivant. Nous ne nous opposons pas à cette proposition.

**Präsident:** Bundesrat und Kommission sind bereit, dem Antrag Bundi zuzustimmen. Ein anderslautender Antrag liegt nicht vor, Sie haben zugestimmt.

#### Angenommen gemäss Antrag Bundi

#### Adopté selon la proposition Bundi

#### Art. 32 – 38

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 39

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### Antrag Allenspach

##### Abs. 3

.... Absatz 2 Buchstaben d bis g begeh

#### Art. 39

##### Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition Allenspach**Al. 3*

..., ou le 2e alinéa, lettres d à g.

*Abs. 1, 2, 4 und 5 – Al. 1, 2, 4 et 5*

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 3 – Al. 3*

**Allenspach:** Ich habe diesen Antrag in der Kommission nicht gestellt. Er konnte dort nicht behandelt werden, weil die Kommission gegen den Schluss der Beratungen gar nicht mehr bereit war, auf Anträge einzutreten. Dennoch möchte ich auf eine Unverhältnismässigkeit im Bussenrahmen von Artikel 39 aufmerksam machen.

Wir erinnern uns: Litera c von Absatz 2 enthält die Strafnorm bei Verletzung der Melde- und Auskunftspflichten. Die Bewilligungsbehörde kann bekanntlich vom Arbeitsvermittler alle erforderlichen Auskünfte und Unterlagen verlangen. Sie kann ihn ferner verpflichten, ihr periodisch statistische Angaben über seine Tätigkeit zu liefern. Diese Auskunftspflicht trifft sowohl die gewerbmässigen als auch die gemeinnützigen Arbeitsvermittler. Das haben wir so beschlossen. Litera c von Absatz 2 umschreibt ferner die Strafnormen, wenn die Unternehmen von Temporärarbeit die verlangten Auskünfte und Unterlagen nicht abliefern, die periodischen Fragebogen für statistische Zwecke nicht oder nicht richtig ausfüllen. Litera c von Absatz 2 unterstellt schliesslich auch die Meldepflicht bei Entlassungen einer grösseren Anzahl von Arbeitnehmern und bei Betriebschliessungen den gleichen Strafnormen. Wer vorsätzlich diese Melde- und Auskunftspflicht verletzt, wird hart bestraft mit Bussen bis zu 40 000 Franken. Dagegen möchte ich nichts einwenden; denn die vorsätzliche, willentliche und absichtliche Gesetzesverletzung soll keine Nachsicht finden. Soweit zu Absatz 2.

Absatz 3 hält nun fest, dass jeder, der nicht vorsätzlich, sondern nur fahrlässig gegen diese Auskunfts- und Meldepflicht verstösst, Bussen bis zu 20 000 Franken zu gewärtigen hat. Man stelle sich das einmal konkret vor. Wenn ein Arbeitsvermittler unabsichtlich einen statistischen Fragebogen vergisst oder ihn nicht ganz richtig ausfüllt, kann er zu Bussen bis zu 20 000 Franken verknurrt werden. Das gleiche gilt für Temporärfirmen und Kleinbetriebe, die ihren Meldepflichten nicht ganz richtig oder nicht rechtzeitig nachkommen.

Wenn die zumeist ehrenamtlich Tätigen in einer gemeinnützigen Organisation, die in bescheidenem Umfange, aber regelmässig ihren Mitgliedern Stellenvermittlungsdienste anbietet, aus Unkenntnis, fahrlässig, also ohne böse Absicht, den Aemtern die verlangten Auskünfte nicht vollständig oder nicht richtig liefern, erhalten sie Bussen bis zu 20 000 Franken.

Wir dürfen nicht übersehen, dass auch diese gemeinnützigen Organisationen mit den neben- und ehrenamtlichen Mitarbeitern auskunfts- und meldepflichtig sind. Aber selbst bei professionellen Vermittlern können Fehler vorkommen, ist Fahrlässigkeit nie ganz auszuschliessen. Bussen in diesem Ausmasse für fahrlässiges Handeln sind unverhältnismässig. Hand aufs Herz: Sind Sie persönlich sicher, dass Sie jeden statistischen Fragebogen rechtzeitig und ganz richtig ausgefüllt haben und niemals fahrlässig Fehler gemacht haben? Man soll nun nicht einwenden, das Gesetz enthalte nur einen Bussenrahmen, Verwaltung und Richter könnten auch niedrigere Bussen aussprechen. Wenn als Höchstbusse 20 000 Franken gesetzlich festgelegt sind, kann die Busse nicht ohne weiteres nur einige hundert Franken betragen, und es können nicht nur Ordnungsbussen ausgesprochen werden. Bei fahrlässiger Körperverletzung und – soweit Geldstrafen in Frage kommen – bei fahrlässiger Tötung beträgt der Bussenrahmen 40 000 Franken – und für das fahrlässige Nichtausfüllen eines statistischen Fragebogens sollen Bussen bis zu 20 000 Franken möglich sein! Da stimmt doch etwas mit unserer Rechtsgüterabwägung, mit unserer Verhältnismässigkeit nicht, es sei denn, das fahrlässige Nichtausfüllen oder Nichtrichtigausfüllen eines ledig-

lich zu statistischen Zwecken benötigten Fragebogens werde als eine tödliche Beleidigung von Monsieur le bureau angesehen und deshalb strafmässig in die Nähe der fahrlässigen Tötung gerückt.

Wir sollten bei fahrlässiger Verletzung von Auskunfts- und Meldepflichten verhältnismässig und nicht unmenschlich verfahren. Wir können es hier durchaus bei Ordnungsbussen belassen; am Bussenrahmen für die anderen Tatbestände wird nicht gerüttelt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, meinem Antrag zuzustimmen.

**Reimann, Berichterstatter:** Ich muss die Aussage von Herrn Allenspach zurückweisen, man habe keine Gelegenheit gehabt, dieses Problem in der Kommission zu behandeln. Wir haben alle Artikel durchberaten. Es wurde niemand daran gehindert, in der Kommission seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Die Kommission hat diesem Artikel 39 zugestimmt. Es wurde kein Minderheitsantrag gestellt.

Herr Allenspach, es geht hier auch um Menschen, es geht um die Vermittlung von Personal, und wer ohne Bewilligung Personal vermittelt und wer seine Melde- und Auskunftspflicht nicht erfüllt, der hat etwas zu verheimlichen. Das geht zulasten des vermittelnden Personals.

Im Namen der Kommission muss ich Sie bitten, am Artikel 39 festzuhalten und den Antrag von Herrn Allenspach zurückzuweisen.

**M. Darbellay, rapporteur:** Les dispositions pénales sont toujours question d'appréciation. Le Conseil fédéral, dans son projet, et la commission, dans son vote, en ont tenu compte en faisant une distinction nette entre les fautes intentionnelles et les fautes par négligence.

M. Allenspach, par sa proposition, souhaite soustraire à toute sanction pénale les fautes par négligence lorsqu'il s'agit de personnes qui enfreignent l'obligation d'annoncer et de renseigner.

Au nom de la commission et par souci de cohérence de l'ensemble de ces dispositions, je vous prie de refuser la proposition de M. Allenspach.

**M. Delamuraz, conseiller fédéral:** Je crois qu'il ne faut pas dramatiser en cette matière.

Actuellement, Monsieur Allenspach, ces infractions peuvent être sanctionnées aux termes de la loi de 1951 toujours en vigueur. Alors là, deux choses sont essentielles pour votre intelligence du cas. Premièrement, ce n'est pas un bureau qui juge, mais un juge pénal. Lorsque la procédure judiciaire est engagée, vous avez, grâce à l'indépendance de celui-ci, toute garantie quant à la qualité des arrêts qui seront rendus. Deuxièmement, Monsieur Allenspach, j'observe que, aux termes de la loi actuelle, ce sont des amendes jusqu'à 5000 francs qui peuvent être prononcées pour omission par négligence d'annoncer et de renseigner, et qu'en pratique les amendes qui sont infligées, hormis quelques cas rarissimes, se situent entre 50 et 100 francs. Telle est la pratique observée.

Le fait que nous reprenions dans la loi des dispositions qui existaient déjà ne changera évidemment rien à la pratique mesurée, équitable et juste que l'on a en cette matière. Se dépourvoir de toute possibilité de sanctionner en biffant cette lettre c, c'est affaiblir inutilement le pouvoir en cette matière.

Je vous propose dès lors de ne pas suivre M. Allenspach sur ce point et sachez le bien, nous ne mangerons pas toutes crues les pauvres entreprises asservies à notre libre arbitre.

**Allenspach:** Nach der Erklärung, dass an der bisherigen Bussenpraxis nichts geändert werde und dass für fahrlässiges Handeln in diesem Bereich der Meldepflicht und der Auskunftspflicht nicht Bussen von einigen tausend Franken, sondern solche von hundert Franken und weniger ausgesprochen werden, dass also im Rahmen der Ordnungsbussen verfahren wird, ziehe ich meinen Antrag zurück.

*Angenommen gemäss Antrag der Kommission  
Adopté selon la proposition de la commission*

**Art. 40 – 44***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	83 Stimmen
Dagegen	52 Stimmen

*Abschreibung – Classement*

Der Rat schreibt stillschweigend die folgenden Postulate ab:  
11'602 Renschler, 79.519 (Wyler)-Deneys, 79.906 Zehnder,  
82.384 Gehler, 83.450 Zehnder.

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

77.231

**Parlamentarische Initiative (Nanchen)****Familienpolitik****Initiative parlementaire (Nanchen)****Politique familiale***Fortsetzung – Suite*

Siehe Jahrgang 1983, Seite 439 – Voir année 1983, page 439

Herr **Reimann** unterbreitet im Namen der Kommission den folgenden schriftlichen Bericht:

Am 13. Dezember 1977 reichte Frau Nationalrätin Nanchen eine parlamentarische Initiative in der Form einer allgemeinen Anregung ein «zur Schaffung eines wirklichen Familienschutzes». Neben einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung (Punkt 1), einem Kündigungsschutz für schwangere Frauen (Punkt 2) und der Einrichtung einer eidgenössischen Familienzulageordnung (Punkt 4) forderte die Initiantin in Punkt 3:

*Wortlaut*

Die Förderung der beruflichen Wiedereingliederung und der Umschulung der Frauen, die aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit für mehrere Jahre unterbrochen haben.

*Texte*

L'encouragement de la réinsertion professionnelle et du recyclage des femmes ayant interrompu leur activité lucrative pendant plusieurs années pour des raisons familiales. Die Punkte 1, 2 und 4 sind vom Nationalrat am 16. März 1983 bzw. am 10. März 1986 abgeschrieben worden.

Zu Punkt 3 hat der Nationalrat am 16. März 1983 Folgegeben beschlossen. Unsere Kommission ist beauftragt worden, das Anliegen im Rahmen des Arbeitsvermittlungsgesetzes (85.069) zu prüfen.

Die Kommission hat die Initiative an ihrer Sitzung vom 27. Oktober behandelt. Sie hat sich mit 10 zu 8 Stimmen dagegen ausgesprochen, das Anliegen im Arbeitsvermittlungsgesetz (Art. 24) zu regeln. Sie hat hingegen zwei Postulate beschlossen.

*Erläuterungen der Kommission*

1. Die am 13. Dezember 1977 eingereichte parlamentarische Initiative stammt aus der Zeit der Auseinandersetzung um die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs. Die damals mit der Prüfung der Initiative betraute Kommission hat 1979 ihre Beratungen ausgesetzt bis zur Behandlung der

Botschaft vom 17. November 1982 über die Volksinitiative «Schutz der Mutterschaft» (BBl 1982 III, 845). Die Kommission beantragte dem Nationalrat am 16. März 1983 (Amtl. Bull. 1983, 469 ff), sowohl die Volksinitiative, die ihr zur Vorberatung zugeteilt wurde, wie auch die parlamentarische Initiative abzulehnen. Der Bericht zur parlamentarischen Initiative beschränkte sich allerdings auf die Punkte 1 und 2 der Initiative. Auf den heute noch zur Diskussion stehenden Punkt 3 wie auch auf den Punkt 4 wurde nicht eingegangen. Bei der Behandlung des Kommissionsantrages wurde deshalb aus der Ratsmitte der Antrag gestellt, den Punkten 3 und 4 der Initiative Folge zu geben; diesem Antrag stimmte der Rat zu.

Am 10. März 1986 hat der Nationalrat über einen Bericht der Kommission zu Punkt 4 der Initiative beraten und beschlossen, diesem Punkt keine Folge zu geben. Die vorbereitende Kommission hatte aufgrund eines Vernehmlassungsverfahrens einen entsprechenden Antrag gestellt.

2. Mit dem Beschluss des Nationalrates vom 16. März 1983, der parlamentarischen Initiative, Punkt 3, Folge zu geben, ist der Auftrag an die vorbereitende Kommission erteilt worden, einen konkreten Vorschlag auszuarbeiten und dem Rat erneut Antrag zu stellen. Das Büro übertrug den Auftrag der Kommission für die Vorberatung der in der Zwischenzeit vom Bundesrat verabschiedeten Botschaft zu einem revidierten Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (27. November 1985, BBl III, 556). Dieses Gesetz enthält insbesondere in den Artikeln 24 und 28, Absatz 1 Bestimmungen über die Vermittlung von Stellensuchenden sowie die Umschulung und Weiterbildung (Art. 24, Abs. 2: «Sie berücksichtigen bei der Vermittlung die persönlichen Wünsche, Eigenschaften und beruflichen Fähigkeiten der Stellensuchenden sowie die Bedürfnisse und betrieblichen Verhältnisse der Arbeitgeber.» Art. 28, Abs. 1: «Die Arbeitsämter helfen Stellensuchenden, deren Vermittlung unmöglich oder stark erschwert ist, bei der Wahl einer geeigneten Umschulung oder Weiterbildung.») Die Kommission prüfte die Möglichkeit, diese allgemein formulierten Artikel zu ergänzen. Sie lehnte jedoch an ihrer Sitzung vom 27. Oktober 1986 eine solche Ergänzung mit der folgenden Begründung ab:

– Das Anliegen der Initiative ist durch Artikel 24, Absatz 2 – Berücksichtigung der persönlichen Wünsche, Eigenschaften und beruflichen Fähigkeiten – und Artikel 28, Absatz 1 – Umschulung und Weiterbildung – abgedeckt.

– Das Berufsbildungsgesetz vom 19. April 1978 (SR 412.10) enthält in Artikel 50 einen wesentlichen Grundsatz über die berufliche Ausbildung. In Absatz 2 heisst es: «Zu diesem Zweck fördert der Bund durch Beiträge und andere Massnahmen die von Kantonen, beruflichen Schulen, Berufsverbänden oder anderen Organisationen durchgeführten Veranstaltungen, welche insbesondere die Weiterbildung, die Umschulung, die Einführung in berufliche Spezialgebiete oder die Vorbereitung zum Besuch von Schulen nach den Artikeln 58 bis 61 zum Gegenstand haben ....»

– Auch das Arbeitslosenversicherungsgesetz vom 25. Juni 1982 (SR 837.0) enthält für die Wiedereingliederung von Frauen ins Berufsleben wichtige Bestimmungen, so die Artikel 14 (Befreiung von der Erfüllung der Beitragspflicht), Artikel 60, Absatz 4 und Artikel 61, Absatz 3 (Umschulung, Weiterbildung, Eingliederung).

– Die Schaffung einer geschlechtsspezifischen Regelung ist im Hinblick auf Artikel 4 der Bundesverfassung nicht erwünscht. Auch männliche Wiedereinsteiger und Teilzeitarbeiter sollten entsprechend gefördert werden.

– Es sind Massnahmen nötig, die über das Arbeitsvermittlungsgesetz hinausgehen. Zu denken wäre z. B. an eine gesetzliche Grundlage für die finanzielle Unterstützung von privaten Initiativen, Gewährung von Stipendien usw. Die Kommission ist sich allerdings bewusst, dass es sich hier um eine kantonale Angelegenheit handelt. Besser auszuschnöpfen und in konkrete Massnahmen umzusetzen sind vor allem aber die erwähnten Bestimmungen im Berufsbildungs-, Arbeitslosenversicherungs- und neu auch Arbeitsvermittlungsgesetz.

**Siebente Sitzung – Septième séance**

**Mittwoch, 28. September 1988, Vormittag**  
**Mercredi 28 septembre 1988, matin**

08.00 h

Vorsitz – Présidence: M. Masoni

85.069

**Arbeitsvermittlungsgesetz. Revision**  
**Loi sur le service de l'emploi. Révision**

Botschaft und Gesetzentwurf vom 27. November 1985 (BBl III, 556)  
 Message et projet de loi du 27 novembre 1985 (FF III, 524)  
 Beschluss des Nationalrates vom 11. März 1987  
 Décision du Conseil national du 11 mars 1987

Antrag der Kommission  
 Eintreten

Proposition de la commission  
 Entrer en matière

**Miville**, Berichterstatter: Am 27. November 1985 hat der Bundesrat dem Parlament die Botschaft zum Entwurf einer Revision des Bundesgesetzes über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih unterbreitet. Dieser Entwurf wurde mit einigen Aenderungen im Frühling 1987 vom Nationalrat mit 83 gegen 52 Stimmen angenommen. Das geltende Arbeitsvermittlungsgesetz stammt aus dem Jahre 1951 und wurde damals zusammen mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz in Kraft gesetzt. Während das Arbeitslosenversicherungsgesetz den Ansprüchen unserer Zeit aufgrund der im Jahre 1983 erfolgten Revision angepasst wurde und heute als modernes Instrument die soziale Sicherung der Arbeitslosen regelt, hinkt das Arbeitsvermittlungsgesetz den seit 1951 erfolgten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen hinterher.

Die Stichworte, mit denen diese Feststellung von mir zu belegen wäre, heissen: Temporärarbeit und Personalberatung. Ich sagte schon: 1951 ist das geltende Gesetz in Kraft getreten, 1955 ist Adia Interim als erste bedeutende Temporärarbeitskraft-Verleihfirma auf dem Markt erschienen; später folgte eine Unzahl ähnlicher Unternehmungen.

Eine Anpassung dieses zweiten Pfeilers der Arbeitsmarktpolitik, der vor allem dem in der Verfassung verankerten Anliegen des Arbeitnehmerschutzes Genüge tun will, drängt sich auf. Die Revision wurde in der Vernehmlassung allgemein begrüsst: So nahmen von den 26 Kantonen und Halbkantonen deren 18 klar positiv zum Vorentwurf Stellung, und 5 Kantone stimmten der Revision grundsätzlich zu. Skeptisch oder ablehnend zeigte sich nur ein einziger Kanton. Von den 7 politischen Parteien, die an der Vernehmlassung teilnahmen, stellte sich einzig die Liberale Partei der Schweiz gegen die Vorlage.

Was sind nun die Ziele der Botschaft, mit der wir uns heute zu befassen haben? In erster Linie betreffen sie die Bekämpfung von Missbräuchen, wie sie sich im Bereich der privaten Arbeitsvermittlung neu auch im Personalverleih, der ja gelegentlich auch mit Schwarzarbeit zu tun hat, ganz deutlich gezeigt haben. Es wurden in der Kommission Beispiele genannt, die, wie mir schien, ganz allgemein Eindruck machten. Diese private Vermittlung ist weitgehend nicht das, was der Gesetzgeber 1951 vor Augen hatte.

Die Vorlage will auch eine moderne, den heutigen Erfordernissen angepasste öffentliche Arbeitsvermittlung sicherstellen, wobei die von mir genannten Ziele mit folgenden Mitteln erreicht werden sollen:

1. Im Bereich der privaten Arbeitsvermittlung: die Ausdehnung der Bewilligungspflicht auf alle privaten Arbeitsvermittlungsstellen (also die Neuunterstellung der beruflichen und gemeinnützigen Arbeitsvermittlungsstellen); wesentliche Erleichterungen gegenüber dem geltenden Recht (nämlich die Abschaffung der Kautions sowie der gesetzlichen Höchstansätze bei der Vermittlungsprovision sowie der Einschreibengebühr im Verhältnis zwischen dem Arbeitnehmer und dem Arbeitgeber). Es ist, wenn wir von privater Arbeitsvermittlung sprechen – ich sage das sehr deutlich, um schon hier gewissen Befürchtungen entgegenzutreten –, davon auszugehen, dass die private Vermittlung weiterhin das Hauptelement auf diesem Markt bleiben soll und wird. Vorgeschlagen wird die Einführung einer Bewilligungspflicht für sämtliche Formen des Personalverleihs: Temporärfirmen, Regiebetriebe, unechter Personalverleih. Der Gesetzgeber bzw. der Bundesrat vorläufig einmal mit seiner Botschaft will den Personalverleih nicht verbieten, wie das zum Teil von den Gewerkschaften am liebsten gesehen würde oder wie es in skandinavischen Ländern praktiziert wird. Aber der Personalverleih soll angesichts der unakzeptablen Zustände, die auf diesem Gebiet da und dort herrschen, geregelt werden. Soviel zur privaten Arbeitsvermittlung.

Zum Bereich der öffentlichen Arbeitsvermittlung: sie arbeitet subsidiär. Im Bund ist es das Biga, das sich dieser Belange annimmt; in den Kantonen sind es die Arbeitsämter. Ihnen möchten wir moderne Methoden für die Analyse des Arbeitsmarktes und für die Zuweisung von Arbeitskräften zur Verfügung stellen.

Es geht um die Schaffung einer klaren Grundlage für ein EDV-unterstütztes Informationssystem für die Stellenvermittlung und für die Arbeitsmarktstatistik sowie um die Grundlage für die Schulung der öffentlichen Arbeitsvermittler. Das System wird mit der Abkürzung Avam bezeichnet und wird heute noch einiges zu reden geben.

Ich sage nur folgendes dazu: Der Arbeitsmarkt ist eine komplizierte Materie, in unserem Land zum Glück einerseits durch relativ wenig Arbeitslosigkeit, andererseits aber durch Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in gewissen Branchen gekennzeichnet. Gekennzeichnet aber auch durch die Dauerarbeitslosigkeit von weniger qualifizierten Arbeitnehmern. Dann haben wir das Problem, dass bestimmte Erwerbszweige über zu wenig ausländische Arbeitskräfte verfügen, dass wir aber aus politischen Gründen hier nicht weitergehen können.

Das sind alles Probleme des Arbeitsmarkts. Es ist nötig, ihn zu analysieren und rasch auf seine Bedürfnisse zu reagieren.

Ich sage den Opponenten, die sich hier im Saal befinden und die sich in der Kommission geäußert haben: Ich halte Ihre Befürchtungen in bezug auf dieses Avam-System und auf die öffentliche Arbeitsvermittlung überhaupt für fehl am Platz oder wenigstens für übertrieben. Hier soll kein Zwang für die Wirtschaft institutionalisiert werden, sondern hier soll ein Dienst an der Wirtschaft Platz greifen.

Es ist schon fast skurril, dass es auch noch um die Aufhebung bzw. Ersetzung des Bundesgesetzes vom 22. März 1888 betreffend den Geschäftsbetrieb von Auswanderungsagenturen geht. Dieses ehrwürdige Gesetz soll durch die Vorlage, die wir heute beraten, auch noch ersetzt werden. Die Kommission hat die Vorlage an insgesamt sechs Sitzungstagen durchberaten und nach ausgedehnten Diskussionen – ich betone: nach ausgedehnten Diskussionen – mit 5 zu 4 Stimmen Eintreten beschlossen. Als wir das hinter uns hatten, wurde ein Antrag auf Rückweisung an den Bundesrat mit 6 zu 5 Stimmen abgelehnt. Am Schluss hat dann die Kommission der Vorlage mit 4 zu 0 Stimmen bei sechs Enthaltungen zugestimmt.

Man soll beim Eintreten nicht auf die Details eingehen, das ist in dieser Session bereits einmal festgestellt worden. Ich

Erforderlich mich daran halten. Ich sage einfach ganz allgemein: dieser Vorlage sind im Verlaufe der Beratung, wie man so sagt, einige Zähne gezogen worden. Die Aenderungsvorschläge der Kommission zielen in erster Linie auf eine Relativierung der Position der öffentlichen Arbeitsvermittlung und auf die Zurückbindung der Aufsichtsfunktion der Bewilligungsbehörden ab. So soll die öffentliche Arbeitsvermittlung nur noch eine Ergänzung zur privaten darstellen. Dann ist der Kompetenzbereich des Bundesrates erheblich beschnitten worden, was die Festsetzung von Bewilligungs- und Einschreibgebühren und Vermittlungsprovisionen anhebelang.

Die Kautionspflicht für die Personalverleiher wurde gemäss Antrag Bundesrat beibehalten – aber nur mit Stichtentscheid des Präsidenten!

Umstritten war die Frage der Schriftlichkeit des Arbeitsvertrages, wo sich mit der Formulierung, dass dieser nur «in der Regel» schriftlich abgefasst werden soll, ebenfalls eine Abschwächung ergab.

Im Bereich der Strafbestimmungen nahm die Kommission die infolge der Revision des Anag, des Bundesgesetzes über den Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer, erforderlichen Anpassungen vor.

Einen weiteren Streitpunkt bildete die Frage der Unentgeltlichkeit der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Hier ist die bundesrätliche Fassung durchgekommen, womit die Unentgeltlichkeit prinzipiell gewahrt bleibt. Rechnung darf wie bisher nur für besondere Aufwendungen gestellt werden.

Ich habe zu danken: dem Biga, das uns mit Dokumentation und Rat und Tat zur Seite gestanden ist; Herrn Bundesrat Delamuraz, der in wichtigen Punkten ganz entschieden für die Vorlage eingestanden ist und sie vor der Kommission immer und immer wieder überzeugend vertreten hat.

Ich schliesse mit zwei Bemerkungen:

Erstens bitte ich Sie um Ihr Verständnis dafür, dass ich als einziger Vertreter einer Partei in dieser Kommission Präsident war, und Sie mögen mir bitte nachsehen, wenn ich nachher in der Detailberatung nicht nur Präsident spiele, sondern hier und da auch meine Ueberzeugung einfließen lassen werde, der Sie ja mit geballter Uebermacht entgegen-treten können.

Zweitens – ich habe es gesagt –: Schlussabstimmung 4 zu 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Es handelt sich also um ein ungeliebtes Kind.

Im allgemeinen ist es so, dass man den ungeliebten Kindern in ihren Familien eine besondere liebevolle und zartfühlende Behandlung gönnen möchte.

Ich beantrage natürlich namens der Kommission Eintreten.

**M. Gautier:** Lorsqu'un enfant naît après une grossesse difficile ou un accouchement particulièrement traumatisant, on parle en termes de métier d'enfant à risque. Sa vie, son développement sont souvent menacés. On peut dire, je crois, la même chose de la loi qui nous est proposée; c'est un projet à risque. Sa conception a été difficile: elle s'est heurtée, lors de la procédure de consultation, à des oppositions énergiques, tant de certains cantons, que de partis, que d'associations intéressées.

L'accouchement a été très pénible. Au Conseil national, l'entrée en matière n'a été acquise qu'à la faible majorité de 91 voix contre 67; devant notre commission elle l'a été de justesse par 5 voix contre 4, et une proposition de renvoi au Conseil fédéral n'a été repoussée que par 6 voix contre 5. Au vote sur l'ensemble de notre commission, il ne s'est trouvé que quatre commissaires pour l'approuver, les six autres s'abstenant. Le moins que l'on puisse dire est que les fées ne se sont guère penchées sur le berceau de ce projet.

Si cet enfant a cependant survécu jusqu'ici, c'est bien grâce au traitement que lui ont apporté le Conseil national d'abord, notre commission ensuite, qui ont réussi à le débarrasser de quelques-uns de ses risques congénitaux, avec la collaboration du chef du Département fédéral de l'économie publique qui a guidé cette naissance avec beaucoup de souplesse et un art d'obstétricien consommé. Malgré cela, le projet comprend bien encore quelques défauts originels, à

côté de quelques dispositions heureuses. Ce sont ces dernières qui nous ont fait renoncer à vous proposer la non-entrée en matière, en particulier les dispositions que nous avons introduites sur les délais de licenciements pour les entreprises de travail à temps partiel.

Le sort de ce projet dépend maintenant, pour moi, de la manière dont il va être traité devant ce conseil. Si celui-ci continue à l'améliorer, à le débarrasser de son interventionnisme étatique exagéré, s'il admet de renoncer à diverses conditions qui rendraient trop difficile l'exercice de certaines activités de placement, notamment à l'obligation de fournir des garanties, alors, le projet a quelque chance de sortir vivant du vote sur l'ensemble. Si, en revanche, ce conseil, ou lors de la liquidation des divergences, le Conseil national, devaient lui rendre ses tares originelles, alors le projet risque fort de finir comme la loi sur le crédit à la consommation, c'est-à-dire par un refus au vote final. Nous sommes en tout cas un certain nombre ici à être décidés à agir dans ce sens si cela s'avère nécessaire.

On m'objectera qu'une mise en ordre des dispositions sur le placement est quoi qu'il en soit nécessaire. J'en conviens, mais il n'y a aucune urgence. De plus, j'estime qu'il vaudrait mieux rejeter un projet défectueux que de le laisser entrer en vigueur, quitte à ce que le Conseil fédéral revienne d'ici quelques années avec un projet plus limité, moins ambitieux, moins étatisant et plus compatible avec les conditions nécessaires pour que les entreprises de placement puissent exercer normalement leurs activités.

Je conclurai en disant que je me prononce pour l'entrée en matière, mais vraiment sans aucun enthousiasme. J'espère que les résultats de la délibération de détail me permettront de voter oui au vote sur l'ensemble, voire au vote final. Mais pour cela, il faudra que ce conseil, puis le Conseil national, aillent dans la direction qu'a indiqué notre commission, soit celle de l'assouplissement et de l'amaigrissement d'un projet rigide et pléthorique dans sa conception.

**M. Cottier:** Je salue la prise de position de M. Gautier qui fut comme d'autres, un des opposants à la loi. L'évolution de l'avis de notre collègue démontre que la loi, elle aussi, a évolué, car le projet, tel qu'il a été ficelé par la commission du Conseil des Etats, est un autre projet que celui qui nous a été présenté par le Conseil fédéral d'abord, par le Conseil national ensuite. En effet, sur les 39 articles – je ne compte pas les dispositions finales et transitoires – 23 articles, donc pratiquement les deux tiers, ont subi des modifications ou ont été en partie supprimés. Les changements apportés ont, en règle générale, amélioré le contenu du texte législatif. Les reproches de lourdeur, de perfectionnisme, de suspicion à l'égard du secteur privé ou de centralisme administratif, entendus au Conseil national, sont pour le nouveau projet devenus sans fondement. De nombreuses modifications votées par la commission de notre conseil pourraient être citées à l'appui de cette thèse.

Une nouvelle loi est nécessaire, et rapidement, car depuis 1951, d'où date la loi encore en vigueur, le marché de l'emploi a considérablement évolué. Des nouvelles formes de placement privé, alors inconnues, sont apparues: il s'agit de la location de services, notamment du travail temporaire qui s'est fortement répandu encore ces dernières années. La nécessité de légiférer en la matière et de réviser la loi en vigueur a ainsi été admise. A défaut de législation sur les locations de services, des abus se sont produits au dépens de travailleurs temporaires. Des opposants à la loi ont aussi admis que l'actuelle loi était insuffisante à ce sujet et qu'elle devait subir des modifications. Je cite l'un d'eux «... pour mieux protéger les demandeurs d'emplois contre quelques margoulines peu scrupuleux». Il s'agit là, sans aucun doute, d'une petite minorité. En effet, la Fédération suisse des entreprises de travail temporaire, qui groupe 44 sociétés couvrant environ les deux tiers des travailleurs temporaires, soumet ses membres à un code de bonne conduite qui est bien respecté. Pour ces entreprises-là, le chapitre sur la location de services ne serait guère nécessaire. Mais il y a

environ 200 à 300 agences non affiliées, non soumises à la Fédération suisse.

Le nouveau projet de loi s'inspire parfaitement de la loi de 1951 et reprend son régime d'autorisation et de dépôt de sûretés qu'il étend à la location de services et de travail temporaire. Donc, à ce sujet et déjà dans le projet du Conseil fédéral, il n'y a aucune innovation. L'intervention des pouvoirs publics par les offices cantonaux a aussi déjà été introduite dans la loi qui est toujours en vigueur, donc rien de nouveau là non plus. La nouveauté légale concerne principalement le système informatique qui d'ailleurs existe déjà. Seize offices cantonaux lui sont déjà raccordés. Ce système est une méthode de travail largement appliquée dans le secteur privé qui favorise la mobilité sur le marché de l'emploi tant réclamé par tous les partenaires sociaux. Je conclus: le nouveau projet de loi de la commission du Conseil des Etats suit donc parfaitement la ligne du projet en vigueur. En plus, il tient compte des évolutions intervenues depuis lors. Cette loi fournira ainsi les moyens pour prévenir les abus et mieux protéger les travailleurs temporaires. Je vous invite donc à soutenir cet acte législatif en appuyant les propositions qui vous sont faites par la majorité de la commission du Conseil des Etats.

**Rüesch:** Der Herr Kommissionspräsident hat dieses Gesetz als ungeliebtes Kind bezeichnet. Der Name Kind ist für mich hier als Vater fehl am Platz. Ich würde hier von einem Fabeltier sprechen, das im Urwald der Verwaltung zu uns gekommen ist und das in dieser Form in unserem Stall keinen Platz hat.

Dieses Fabeltier hat einige Mängel, die einfach nicht annehmbar sind, und ich spreche hier, nachdem die welschen Kritiker gesprochen haben, im Namen einiger zorniger alter und junger Männer deutscher Sprache.

Das Gesetz ist ausserordentlich umfangreich und von einer grossen Regelungsdichte. An verschiedenen Orten greift es unnötig in die Zuständigkeit und in die Verwaltungsorganisation der Kantone ein.

Wir wissen, dass verschiedene Inhaber kantonaler Arbeitsstellen dies sogar wissen und im Vorverfahren entsprechende Regelungen sogar gewünscht haben. Die berühmten, vom Kommissionspräsidenten erwähnten kantonalen Zustimmungen sind denn auch vielmehr die Arbeit des niederen Beamtenadels, der mit dem Vollzug dieses Gesetzes betraut und erfreut ist, als die Eigenarbeit der Regierung. Man muss den Regierungen empfehlen, diese ihnen vorgelegten Vernehmlassungen in Zukunft etwas sorgfältiger zu studieren, bevor man sie unterschreibt und weiterleitet.

Es kann aber nicht Aufgabe des Parlamentes sein, die Bedingungen für bürokratische Bruderschaftsvereinigungen Bund/Kantone zu verbessern. Es ist Aufgabe des Parlamentes, nur das zu regeln, was geregelt werden muss gemäss dem Satz Montesquieu: «Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, so ist es nötig, kein Gesetz zu machen.» Nur so können wir der Inflation der gesetzlichen Normen entgegensteuern.

Der Gesetzentwurf und die nationalrätlichen Beschlüsse enthalten an verschiedenen Orten unnötige Staatseingriffe in den Bereich der Arbeitsvermittlung. So würde zum Beispiel gemäss Artikel 2 Absatz 1 auch die Gratisdienstleistung der Stellenvermittlungsstelle einer kantonalen Ingenieurschule eine kantonale Bewilligung des Arbeitsamtes brauchen, und zur Ausübung dieser Tätigkeit würde nach Artikel 5 Absatz 4 der Bundesrat die Bewilligungsgebühr regeln. Da vergeht dem Frömmsten die Begeisterung für gemeinnützige Arbeit!

Verschiedene Eingriffe sind geeignet, die Arbeitsvermittlung und die Form der temporären Arbeit zu erschweren. Ich denke hier zum Beispiel an die Bestimmungen über die Kautions (Art. 14). Es ist Aufgabe des Staates, Missbräuche zu vermeiden, aber ohne dabei einen Wirtschaftszweig unnötig zu schikanieren. Die Temporärarbeit entspricht heute einem weitverbreiteten Bedürfnis vieler Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Diesem Bedürfnis haben wir Rechnung zu tragen.

Im Verlaufe der Kommissionsarbeit beschloss Ihre Kommission zuhause des Plenums verschiedene Verbesserungsvorschläge. Starre Lösungen wurden da und dort durch liberalere ersetzt. Die öffentliche Arbeitsvermittlung verdrängt nach den Vorschlägen der Kommission die private nicht mehr; sie ist nun subsidiär. Deshalb ist es richtig, wenn wir heute – auch ohne Begeisterung – aufgrund dieses Kommissionsresultates auf das Gesetz eintreten. Je nach Ausgang der Detailberatung werden sich die verschiedenen Skeptiker in unserem Rate vorbehalten, in der Gesamtabstimmung zur Vorlage ja oder nein zu sagen.

Ich bitte Sie nun, dieses «wilde Tier» im Sinne der Kommission so zu domestizieren, dass es im Stall der Haustiere eines modernen Staats Platz hat; dann können wir es am Schluss vielleicht nicht lieben, aber doch akzeptieren.

Und nachdem Frau Weber die Abstimmung für das Frühfranzösisch gewonnen hat, möchte ich Ihnen sagen: Herr Bundesrat, ich bin für Eintreten «sous réserve»! (*Heiterkeit*)

**M. Jelmini:** Je voterai l'entrée en matière, parce que je suis convaincu que la législation dans ce secteur doit être révisée et complétée.

En effet, il paraît nécessaire de donner à la matière qui, formellement, est déjà réglementée, une dimension adaptée aux circonstances, soit en ce qui concerne l'efficacité du service public de l'emploi, soit en relation avec le placement en privé auquel la priorité est confirmée, soit, enfin, pour rendre plus sévères les dispositions pénales destinées à combattre le travail au noir.

Lorsqu'on constate que la loi en vigueur ne s'applique plus qu'à une faible partie du placement à fins lucratives, dont l'activité ne touche qu'un certain genre de profession, il faut admettre qu'il y a là un vide juridique qui doit être comblé. Ce n'est donc pas une opération de sage-femme, comme disait M. Gautier, qui est nécessaire, mais une orthopédie, ou même une transplantation d'organe.

La partie la plus significative de cette réforme est certainement la réglementation de la location de services, qui se rapporte au travail temporaire. Cette évolution relativement récente du marché du travail est préoccupante, à cause des nombreuses possibilités de spéculation et d'abus qui l'accompagnent. En Suisse, le nombre des travailleurs temporaires est supérieur à 60 000 personnes et il est en augmentation constante. La situation de la Suisse est semblable à celle des pays industrialisés. Les différences existant entre ses cantons ne sont pas particulièrement prononcées.

Du point de vue de l'offre, telles sont les motivations fondamentales: désir de disposer autrement de son temps, obligation d'accepter du travail sous cette forme pour remplir les périodes libres et éviter le chômage, désir de connaissance – surtout pour les jeunes – des modes et des conditions de travail dans différentes entreprises.

Sous l'angle de la demande, la plupart des activités qui entrent en considération se résument par un jugement qualitatif, en un travail généralement peu qualifié et peu rémunéré, destiné à combler les lacunes plus modestes qui, à l'exception de quelques entreprises importantes, sont loin d'encourager l'amélioration de la formation professionnelle. Il faut reconnaître que le travail temporaire offre une certaine flexibilité et une marge de manoeuvre conjoncturelle. Mais on peut aussi se demander si, à longue échéance, cette nouvelle méthode de travail pourra contribuer véritablement au progrès économique et social de notre pays.

L'augmentation du travail temporaire a fait aussi proliférer les entreprises qui s'occupent de la location de services. Les profits qui résultent de cette activité sont remarquables, même si l'on tient compte des risques qui l'accompagnent et qui, en général, sont supportés par les locataires de services et les travailleurs.

Cette activité a aussi permis de commettre d'innombrables abus au détriment des travailleurs qui se voient privés de toute protection, soit en ce qui concerne le salaire, généralement inférieur aux conditions normales et ultérieurement réduit par toutes sortes de commissions, soit en ce qui concerne la sécurité sociale: assurance-maladie, assurance-

accidents, etc. Les abus les plus scandaleux ont d'ailleurs été portés à la connaissance de l'opinion publique par divers canaux médiatiques et par des études spécifiques – je rappelle le rapport Walraff.

La commission a examiné un certain nombre d'anomalies qui suffisent à nous convaincre de la nécessité de mettre un frein à une évolution qui, sous plusieurs aspects, est inacceptable et dangereuse. La location de services permet facilement de détourner les dispositions relatives au contrat de travail et à la protection des travailleurs. Elle risque d'engendrer un certain déséquilibre dans plusieurs secteurs, soit du point de vue économique (distorsion de concurrence), soit du point de vue social (protection insuffisante).

Voilà pourquoi l'excellent projet qui nous est soumis est destiné à résoudre des problèmes urgents. Les dispositions présentées par le Conseil fédéral ne sont pas exagérées. En effet, notre exécutif s'est basé sur le résultat d'une consultation large et complète et a tenu compte des situations moyennes en présence de points de vue contradictoires.

Permettez-moi de dire que je n'ai pas beaucoup apprécié la pression qui a été exercée par des organisations patronales et de travail temporaire, dans le but d'affaiblir les dispositions proposées par le gouvernement. Il s'agit d'un travail humain et non d'une marchandise, permettant à peine à celui qui le fournit de couvrir ses nécessités les plus urgentes et celles de sa famille.

C'est dans cet esprit que je vous prie d'entrer en matière et d'adopter le projet de loi tel qu'il vous est présenté par le Conseil fédéral, avec les quelques amendements que le Conseil national a apportés.

Du point de vue politique en général, je n'irai pas, comme d'autres dans cette salle, jusqu'à proférer des menaces ou faire du chantage, en déclarant que si cette loi n'était pas articulée de telle ou telle façon, je ne l'appuyerais pas. Mais la non-acceptation d'une telle loi serait suivie de désordres, d'injustices et d'une tension sociale inacceptable.

**Frau Weber:** Das Gesetz ist nicht unwichtig, wenn vielleicht auch nicht jeder Artikel gleich wichtig ist. Ich möchte Herrn Rüesch sagen, dass das «wilde Tier» längst gezähmt wurde. Wir haben es mit einer ruhigen und sinnvollen Vorlage zu tun. Ich bitte Sie deshalb, auf die Vorlage einzutreten.

Ich möchte auch meine Interessen offenlegen. Ich bin eine Interessenvertreterin in dieser Sache – aber im Grunde genommen nicht einseitig: Der Schweizerische Kaufmännische Verband betreibt mehr als ein Dutzend solcher Stellenvermittlungstellen und ist selber im Personalverleih tätig. Auf der anderen Seite unterhält er als Arbeitnehmerorganisation einen Gesamtarbeitsvertrag mit der Branche, mit dem SVUTA; wir sind die einzige Arbeitnehmerorganisation, die das macht. Ich kenne die Branche also auch von innen.

Aus dieser Sicht möchte ich Ihnen sagen, dass ich es wichtig finde, dass wir uns mit diesem Gesetz beschäftigen und dass wir dieses Gesetz auch unterstützen sollen. Es wurde einiges bereits gesagt, und ich kann mich deshalb sehr kurz fassen.

Insbesondere der mittlere Teil dieses Gesetzes ist von ganz besonderer Bedeutung. Der Personalverleih ist bis heute nicht geregelt, und diese Branche braucht eine gewisse Regelung. Das ist ganz klar. Die temporär arbeitenden Angestellten, die vom Personalverleih touchiert sind, brauchen auch einen gewissen Schutz, und sie brauchen ihn sehr wahrscheinlich in Zukunft noch viel mehr als gerade heute. Wir müssen daran denken, dass wir es im Sektor Personalverleih mit einer sehr zukunftssträchtigen Branche zu tun haben. Es ist eine prosperierende Branche, und es ist eine Branche, in der auch Missbräuche vorkommen können. Wir müssen uns bewusst sein: Hier werden nicht Waren, sondern Menschen vermittelt, und es ist deshalb wichtig, dass diese Vermittlung gut geregelt ist und dass schwarze Schafe quasi nicht zum Zug kommen können.

Auch der Arbeitgeber ist beim Personalverleih nicht irgendjemand in irgendeiner Situation, sondern er ist der Verleiher, und dieser muss klar wissen, in welchen Grenzen er ein

Vermittlungsgeschäft abschliessen kann. Ich bin deshalb der Meinung, dass insbesondere der mittlere Teil wichtig ist und dass es sich schon wegen dieses mittleren Teils lohnt, auf die Vorlage einzutreten. Ich bitte Sie darum.

**Miville, Berichterstatter:** Ich möchte mich in ganz wenigen Worten gegen die polternde Art und Weise wenden, in der unser Kollege Rüesch der Vorlage entgegengetreten ist. Wissen Sie, Herr Rüesch: Wir haben in diesem Rate eine bestimmte Art und Weise, uns zu äussern und miteinander zu verkehren. Sie werden das auch noch lernen. Mit solchen globalen Verunglimpungen ganzer Kategorien von qualifizierten staatlichen Mitarbeitern sollte – finde ich – vor allem ein Regierungsrat eines Kantons, der Sie ja gewesen sind, nicht operieren. Ich war auch Chefbeamter in einem Kanton, im Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt; ich habe unzählige Vernehmlassungen zuhnden des Regierungsrates gemacht und weiss, wie unsereiner arbeitet, nämlich mit Blick auf alles, was in einem solchen Zusammenhang zu beachten ist. Ich kenne auch einige Chefbeamte Ihres Kantons. Das war nicht gut, was Sie da gegen eine Kategorie von für unseren Staat wichtigen und qualifizierten Mitarbeitern gesagt haben.

Im übrigen ist es doch einfach so: Vernehmlassungen werden uns bei jeder Vorlage entgegengehalten. Wenn diese Vernehmlassungen Ihren Intentionen entsprechen, dann sind sie in Ordnung, und wenn sich aus den Vernehmlassungen ein Bild ergibt, das Ihren Vorstellungen nicht entspricht, so wird in der Sprache, der Sie sich vorhin befleissigt haben, darüber hergezogen. Ich kann nur sagen, dass mir das leid tut und dass ich hoffe, dass sich die Verhandlungen über diese Vorlage nicht in diesem Stil fortsetzen werden.

**Rüesch:** Herr Kollege Miville, ich möchte mich verwahren gegen die Unterstellungen, die Sie mir gegenüber geäußert haben. Ich habe mich während der 16 Jahre meiner Regierungszeit stets für meine Beamten eingesetzt. Fragen Sie einmal in St. Gallen nach. Aber ich habe mich als vom Volk gewählter Regierungsrat und heute als vom Volk gewählter Ständerat gegen jene Beamten zu wehren, welche Bürokratie um ihrer selbst willen betreiben. Ich weiss sehr wohl zu differenzieren und verwehre mich gegen diese Verallgemeinerung.

**M. Delamuraz, conseiller fédéral:** Le projet qui vous est soumis, après avoir passé au Conseil national, n'est pas né de l'imagination de fonctionnaires tout-puissants. Il n'est pas l'oeuvre de bureaucrates cherchant à tout prix le perfectionnisme, d'accord avec tous les autres bureaucrates de la planète – il y en a en effet beaucoup. Il est né de la volonté politique du gouvernement d'apporter au monde du travail des règles de fonctionnement qui soient adaptées à la conjoncture actuelle.

La loi qui nous régit actuellement dans ce domaine, je le répète, date de 1951. Vous conviendrez avec moi qu'il s'est passé un certain nombre de choses depuis dans le monde du travail. L'idée de disposer d'un outil permettant et de doter le monde du travail d'un encadrement adapté aux circonstances actuelles est une idée légitime en soi, que vous ne contestez d'ailleurs pas puisque l'entrée en matière n'est pas combattue. C'est donc que la manière de régler ce problème qui vous est proposée a été mûrement examinée dans le cadre du gouvernement et je me rappelle fort bien à quelles discussions, à quel laminoir critique, a été soumis le projet, pour pouvoir dire qu'il ne porte pas en lui-même les seuls stigmates d'une administration fédérale toute-puissante, mais qu'il est bel et bien l'oeuvre politique d'un gouvernement attentif, en particulier, à donner aujourd'hui au travailleur sa pleine protection et sa juste condition.

Au surplus, lorsque l'on s'en prend à la consultation et aux résultats de cette consultation, je dois bien reconnaître qu'elle est le fait, s'agissant des cantons, des gouvernements de ces cantons et que, jusqu'à plus ample informé, ce

ne sont pas les fonctionnaires de ces cantons, ni à St-Gall ni ailleurs, qui donnent des réponses directes au gouvernement lorsqu'ils sont consultés. C'est le Conseil d'Etat qui donne cette réponse.

Par conséquent, si je me réfère à l'avis positif de la grande majorité des gouvernements cantonaux, c'est tout de même de la volonté politique des cantons que je puis parler. C'est de celle-ci que le Conseil fédéral se réclame lorsqu'il vous présente le projet qui a ainsi passé le cap de la consultation. Gardons tout de même le niveau des responsabilités où il se situe.

En trente-sept ans, il est évident qu'un certain nombre de choses ont changé dans le monde du travail. Je retiendrai quatre de ces évolutions.

Tout d'abord les institutions de placements privés se sont multipliées. Il convient de leur fixer quelques règles de fonctionnement, qui soient adaptées à notre temps, dans l'intérêt d'ailleurs aussi bien des donneurs d'emplois que des demandeurs, c'est-à-dire des entreprises aussi bien que des travailleurs. N'oublions pas ce double aspect de l'intérêt des partenaires du monde du travail.

Ensuite, une évolution plus spectaculaire encore: la création, puis la multiplication – j'allais dire la prolifération – au cours de cette période, d'entreprises de location de services. Il est évident qu'en 1951 la loi était tout à fait muette à ce sujet, mais qu'elle ne peut plus le rester aujourd'hui, alors que quelque 60 000 travailleurs, au bas mot, sont concernés, parce qu'ils ont choisi le travail temporaire ou une forme de location de services qui ne doit pas faire d'eux les «oubliés» du monde du travail, mais leur assurer des moyens légitimes de protection. C'est une des évolutions les plus remarquables et les plus importantes qui soit intervenue au cours de ces 37 ans.

En outre, le placement public comme le placement privé doivent disposer de moyens, administratifs, en particulier, performants, c'est-à-dire que pour être à même d'accomplir le service qu'on attend d'eux, ils doivent pouvoir disposer de moyens administratifs adéquats. Les techniques ont également évolué dans ce domaine depuis 1951 et il est impossible de faire du bon travail si l'on continue à attribuer au service public de l'emploi des moyens dépassés: il n'est plus possible de le cantonner à l'usage des vieux cartons de classement chers à Courteline et à ses obscurs héros, de lui contester les moyens bureaucratiques modernes, de refuser l'usage de l'ordinateur avec l'arrière-pensée que cela pourrait porter ombrage au service privé. Il faut que nos institutions soient performantes et techniquement capables de rendre les services qu'on attend d'elles. La Plasta, puisqu'il faut l'appeler par son nom, dont dispose l'administration fédérale, est précisément un de ces moyens performants. Je m'empresse de dire qu'à aucun moment il n'a été question de supplanter le placement privé par une dotation décidément trop riche du placement public. Le placement privé garde sa priorité, nous l'affirmons, et votre commission le rappelle *expressis verbis*. Le placement privé existe et il est prioritaire. Il y a pourtant certains secteurs où il n'opère pas, il y a des domaines qui ne sont pas de sa compétence parce qu'il ne l'a pas voulu. Il est décidément indispensable que, supplétivement, en quelque sorte, le service public puisse intervenir dans ces domaines-là et que, pour intervenir correctement, ce service public soit simplement équipé d'une manière moderne. C'est la troisième évolution à laquelle je voulais vous rendre attentifs.

Enfin, il faut encore relever une quatrième évolution, à savoir l'extension qu'a prise, en Suisse aussi et pas seulement à l'étranger, le travail «au noir». Il est des choses que l'on n'ose pas ou que l'on ne veut pas dire, mais il est indéniable que le travail au noir a pris une extension et une importance considérables ces dernières années, avec son cortège de maléances, avec toute une série de conséquences néfastes pour la protection du travailleur.

Quant au dérèglement du monde du travail, il est nécessaire de se doter de moyens appropriés pour tenter de le juguler et pour frapper finalement ceux qui y recourent et que l'on peut attraper.

Nous tenons compte de cette quatrième évolution dans le projet de loi qui vous est soumis, en aggravant sérieusement les dispositions pénales qui lui sont liées.

Dans ce débat d'entrée en matière, comme en séance de commission et au Conseil national, nous avons entendu un certain nombre d'avertissements et de réserves à l'égard de cette loi.

Selon la première réserve, la loi serait peu souhaitable et nous aurions amplement le temps de la mettre sur pied. Or, il y a un certain nombre d'années qu'on la considère comme urgente, et aujourd'hui elle l'est réellement. L'adaptation des vieilles dispositions de 1951, de celles qui ne sont plus valables – certaines pouvant être maintenues – est devenue une nécessité, si nous voulons éviter de devoir travailler avec des outils complètement dépassés.

En outre, il a été avancé que l'assujettissement des bailleurs de services à autorisation était une atteinte grave et inutile à la liberté constitutionnelle du commerce et de l'industrie. Or, en l'occurrence, si le monde était parfait, cette autorisation ne serait pas nécessaire, mais le monde est loin d'être parfait. Si, *grosso modo*, 80 pour cent environ des travailleurs temporaires de notre pays passent par les services d'agences sérieuses qui ne donnent en général pas lieu à des plaintes, d'autres ont confié leur sort à des agences qui, hélas, commettent des erreurs qui se retournent aussi bien contre les entreprises que contre les demandeurs d'emplois qui travaillent avec elles. Il n'est dès lors pas disproportionné de vouloir éviter, par un encadrement et par une autorisation, que ne prolifèrent encore, dans notre pays, des entreprises qui n'accomplissent simplement pas le travail que l'on peut attendre d'elles. Il est très facile de s'intituler «bureau de location de services». On peut commencer sa carrière avec un bureau, un crayon, une gomme, et si possible un téléphone, c'est tout.

Imaginer que cela puisse se faire *ad libitum*, sans aucune autorisation, c'est engendrer pour l'avenir d'innombrables conflits, sociaux en particulier. De même, et au nom de cette grande facilité à s'installer, il faut protéger les travailleurs et les demandeurs d'emploi qui recourent à ces entreprises en assujettissant ces agences à la fourniture de sûretés et de garanties.

Cette loi n'est ni tatillonne ni stupidement bureaucratique ni excessivement interventionniste. Elle est une adaptation aux conditions du monde du travail d'aujourd'hui. Au reste, si tant est que l'on puisse lui faire le reproche d'être peut-être trop perfectionniste, je remarque que l'évolution qui s'est produite au Conseil national l'a été dans le sens d'une plus grande concision et d'un moindre détail dans la loi. Par exemple, l'octroi d'autorisations a été facilité pour les services de placement d'organisations professionnelles et d'institutions d'intérêt public. L'autorisation délivrée aux placeurs privés et aux bailleurs de services n'est plus limitée dans le temps.

Telle est l'évolution que le Conseil national a fait subir au projet du Conseil fédéral, évolution accentuée encore par les travaux de votre commission qui a restreint le champ d'application de la loi, ne soumettant plus le placement gratuit à autorisation, retirant au Conseil fédéral la compétence de fixer les taxes d'inscription et des commissions de placement maximales et réexprimant la primauté du service privé de l'emploi.

Si ces évolutions sont acceptées, on va bel et bien dans le sens qu'ont appelé de leurs vœux un certain nombre de préopinants. Nous suivrons sans doute ces derniers dans quelques-unes de leurs propositions. Je souhaite simplement mais fermement que cela ne s'accompagne pas alors d'une diminution par trop dangereuse de la protection du travailleur, car c'est bien de cela qu'il s'agit dans le projet de loi en question. En effet, ce projet ne touche pas le côté matériel des choses seulement, mais l'homme dans ce qu'il a de plus profond et dans la manière dont il peut accomplir son travail au sein de notre société. N'oublions pas cette perspective et cet objectif fondamental de la loi qui nous est présentée!

**Hefti:** Ich bin mit der Bemerkung, welche Kollege Rüesch im Zusammenhang mit der vorliegenden Vorlage gegenüber der Verwaltung anbrachte, einverstanden. Selbstverständlich lässt sich das in keiner Weise verallgemeinern. Aber die gelegentlichen Fälle, in denen solche Bemerkungen berechtigt sind, ergeben sich heute eher mehr als früher.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*  
*Le conseil décide sans opposition d'entrer en matière*

*Detailberatung – Discussion par articles*

#### Titel und Ingress

*Antrag der Kommission*  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Titre et préambule

*Proposition de la commission*  
Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 1

*Antrag der Kommission*

- ....  
b. eine ergänzende öffentliche Arbeitsvermittlung, ....  
c. ...., welche die private oder die öffentliche Arbeitsvermittlung ....

#### Art. 1

*Proposition de la commission*

- ....  
b. D'assurer un service public de l'emploi complémentaire qui ....  
c. .... placement privé ou public ou ....

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 2

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Wer regelmässig und gegen Entgelt im Inland ....

*Abs. 2*

.... benötigt auch, wer Personen für künstlerische und ähnliche Darbietungen vermittelt.

*Abs. 3, 4 und 5*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Art. 2

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Pour exercer en Suisse, régulièrement et contre rétribution, une activité ....

*Al. 2*

Est en outre soumis à autorisation le placement régulier de personnes pour des représentations artistiques ou des manifestations semblables.

*Al. 3, 4 et 5*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Miville, Berichterstatter:** Ich spreche zu Artikel 2 Absatz 2. Sie sind über den Artikel zu rasch hinweggegangen. In Artikel 2 hat die Kommission gestrichen: «.... regelmässig im Auftrag von Stellensuchenden oder Arbeitgebern Vertragspartner sucht und auswählt ....». Zu dieser Kürzung ist klarzustellen – und ich tue das eigentlich im Auftrag der Kommission –, dass die Vermittlungstätigkeit der sogenannten Headhunters oder Personalberater in Artikel 2 Absatz 1 bereits erfasst ist. Die von der Kommission beschlossene Kürzung von Absatz 2 stellt in diesem Sinne keine materielle Aenderung dar.

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 3

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1 und 4*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 2*

....  
b. .... Vermittlung sicherstellen;

*Abs. 3*

Für die Bewilligung zur Auslandsvermittlung ist ausserdem erforderlich, dass die für die Leitung verantwortlichen Personen sicherstellen, dass im Betrieb ausreichende Kenntnisse der Verhältnisse in den entsprechenden Staaten vorhanden sind.

*Abs. 5*

Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

#### Art. 3

*Proposition de la commission*

*Al. 1 et 4*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 2*

....  
b. Assurer un ....

*Al. 3*

Pour obtenir l'autorisation d'exercer une activité de placement intéressant l'étranger, il est en outre indispensable que les personnes responsables de la gestion donnent l'assurance que l'entreprise dispose de personnes connaissant suffisamment les conditions régnant dans les pays concernés.

*Al. 5*

Le Conseil fédéral règle les détails.

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 4

*Antrag der Kommission*

*Titel*

Umfang der Bewilligung

*Abs. 1*

Streichen

*Abs. 2, 3 und 4*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 5*

*Mehrheit*

Streichen

*Minderheit*

(Jelmini, Gadiant)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Art. 4e

*Proposition de la commission*

*Titre*

Etendue de l'autorisation

*Al. 1*

Biffer

*Al. 2, 3 und 4*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 5*

*Majorité*

Biffer

*Minorité*

(Jelmini, Gadiant)

Adhérer à la décision du Conseil national

*Abs. 1 – Al. 1*

*Angenommen gemäss Entscheid bei Art. 15 Abs. 1*

*Adopté selon la proposition à l'art. 15 al. 1*

*Abs. 2, 3 und 4 – Al. 2, 3 et 4*

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 5 – Al. 5*

**Miville**, Berichterstatter: Es ist so, wie der Herr Präsident sagt: die Kommissionsmehrheit möchte diesen Absatz 5 streichen, der übrigens auch genau dem Artikel 15 Absatz 5 entspricht. Wir können uns dann dort entsprechend kurz halten.

Die Kommissionsmehrheit möchte dem Bundesrat hier eine von der Vorlage her vorgesehene Kompetenz entziehen, ganz offensichtlich im Sinne dessen, was in der Eintretensdebatte gesagt worden ist, nämlich um keine kantonalen, örtlichen Kompetenzen einzuschränken.

Das Stimmenverhältnis war hier 5 zu 3. Die im Entwurf enthaltene neue Bundeskompetenz zur Festlegung dieser Gebühren entspricht – wenn ich das noch einmal sagen darf – dem in den Vernehmlassungen zum Ausdruck gebrachten ausdrücklichen Wunsch der Kantone nach einer Vereinheitlichung auf diesem Gebiet. Heute bestehen zum Teil grosse kantonale Unterschiede. So muss man beispielsweise im Kanton Bern für die Bewilligung 100 Franken bezahlen, während die gleiche Bewilligung im Kanton Genf bis zu 1000 Franken kostet. Die Gebühren für die Bewilligung zur Auslandsvermittlung sind heute in der Verordnung 1 zum AVG geregelt und betragen zwischen 50 und 100 Franken. Es ist nun einfach die Frage, ob Sie es vorziehen, die kantonale Kompetenz zur Gebührenregelung weiterhin – mit dieser ganzen Unterschiedlichkeit über das Land hinweg – bestehen zu lassen, oder ob Sie dem Minderheitsantrag folgen, der nun von Herrn Jelmini – wie ich annehme – vertreten wird.

**M. Jelmini**, porte-parole de la minorité: Je ne voudrais pas déclencher une tempête dans un verre d'eau, comme je suis très souvent obligé à le faire, mais éviter de créer une divergence inutile sur un problème de caractère secondaire qui n'a même pas donné lieu à discussion au Conseil national. Il s'agit de l'octroi de l'autorisation pour exercer une activité de placeur. Nous retrouverons à l'article 15 le même problème pour la location de services. L'octroi de l'autorisation est subordonné au versement d'émoluments, pratiquement destinés à couvrir les frais administratifs concernant l'autorisation.

Actuellement, les cantons sont compétents pour établir les tarifs. Pour la même activité, il y a des cantons qui – comme vient de le dire le président de la commission – prélèvent 100, d'autres 1000 francs. Le projet prévoit de donner au Conseil fédéral la compétence de fixer ces émoluments. Il s'agit évidemment de ne pas dépasser certaines limites pour l'exécution d'une tâche réglementée par le droit fédéral. Il faut rappeler qu'à l'occasion de la procédure de consultation, les cantons ont déclaré préférer un tarif régi par le droit fédéral à un modèle fédéraliste en la matière. La compétence donnée au Conseil fédéral doit s'exprimer en tenant compte des principes de l'équivalence et de la couverture des frais. Elle doit exiger aussi des cantons le respect des mêmes principes.

J'invite donc le conseil à adopter la proposition de la minorité, donc la version du Conseil fédéral, pour éviter des inégalités régionales et des motifs de contestation dans l'application des émoluments.

**Rüesch**: Es handelt sich hier um eine kantonale Gebühr. Es gibt Hunderte von kantonalen Gebühren. Wieso soll nun diese kantonale Gebühr in der ganzen Schweiz vereinheitlicht werden? Gebühren sollen möglichst kostendeckend sein. Die Kosten für die Verwaltung sind in Genf mit den hohen Raumkosten und den hohen Löhnen viel grösser als im Thurgau. Deshalb ist es auch richtig, wenn der Kanton aufgrund des Verursacherprinzips die Gebühren selbst festlegen kann, wie es in allen anderen Hunderten von Fällen der Gebührenfestlegung auch der Fall ist.

Ich bitte Sie darum, der Mehrheit zu folgen und zu streichen.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral ne considère pas que le texte qu'il a proposé et que le Conseil national a adopté constitue une ingérence abominable dans le domaine de la compétence cantonale. Il recherche une

certaine harmonisation au plan de la Suisse et, compte tenu de la très grande mobilité de la main d'oeuvre aujourd'hui, compte tenu du fait que les frontières cantonales ne représentent plus des frontières quasiment infranchissables pour le monde des travailleurs, il pense que la formule que la minorité a retenue est tout de même la bonne.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	11 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	21 Stimmen

#### Art. 5

##### Antrag der Kommission

##### Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### Abs. 2

.... nicht mehr, so hat ihm die Bewilligungsbehörde vor dem Entzug der Bewilligung Frist zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes zu setzen.

#### Art. 5

##### Proposition de la commission

##### Al. 1

Adhérer à la décision du Conseil national

##### Al. 2

.... l'autorité qui délivre celle-ci doit, avant d'en décider le retrait, impartir ....

**Miville**, Berichterstatter: Die Kommission hat hier eine etwas schonendere Formulierung gewählt. Ich habe dem weiter nichts beizufügen.

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 6

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 7

##### Antrag der Kommission

##### Abs. 1 und 3

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### Abs. 2

Zum Zwecke der Arbeitsmarktbeobachtung kann die Bewilligungsbehörde den Vermittler verpflichten, ihr statistische, anonymisierte Angaben ....

#### Art. 7

##### Proposition de la commission

##### Al. 1 et 3

Adhérer à la décision du Conseil national

##### Al. 2

Aux fins d'observer le marché du travail, l'autorité qui délivre l'autorisation peut obliger le placeur à lui fournir, sous une forme anonyme, des indications statistiques sur ses activités.

##### Abs. 1 und 3 – Al. 1 et 3

#### Angenommen – Adopté

##### Abs. 2 – Al. 2

**Miville**, Berichterstatter: Die Einschränkung, welche von der Kommission zu Absatz 2 beschlossen worden ist, fällt natürlich schon ins Gewicht. Statt «Die Bewilligungsbehörde kann den Vermittler verpflichten ....» heisst es jetzt nur noch «Zum Zwecke der Arbeitsmarktbeobachtung kann die Bewilligungsbehörde den Vermittler verpflichten ....». Hier findet also eine Einschränkung der Befugnisse der Bewilligungsbehörden statt. Ich mache Sie auf das aufmerksam. Es

kann nicht meine Aufgabe als Präsident sein, dem entgegenzutreten.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 8**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

**Art. 9**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1 bis 3*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 4*

*Mehrheit*

*Streichen*

*Minderheit*

(Jelmini, Gadiant)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 9**

*Proposition de la commission*

*Al. 1 à 3*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 4*

*Majorité*

*Biffer*

*Minorité*

(Jelmini, Gadiant)

Adhérer à la décision du Conseil national

*Abs. 1, 2 und 3 – Al. 1, 2 et 3*

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 4 – Al. 4*

M. Jelmini, porte-parole de la minorité: Il ne s'agit pas de la même chose. Il y a une analogie entre l'article 4 et l'article 15. Lorsque nous arriverons à l'article 15, je vous dirai que je ne veux pas provoquer une vaine bataille en étant sûr de la perdre d'avance.

Cette fois-ci, il ne s'agit pas d'émoluments pour l'octroi d'autorisation, mais de taxes et de commissions que le demandeur d'emploi devrait verser au placeur, la compétence du Conseil fédéral étant de limiter ces montants qui ne concernent que le demandeur d'emploi. C'est lui, en effet, qui a besoin de protection, surtout lorsqu'il se trouve dans des situations difficiles.

La version du Conseil fédéral correspond à la situation actuellement en vigueur. La loi sur le service de l'emploi (article 8) et l'ordonnance d'exécution (articles 16 et 17) disent la même chose. Les cantons sont tenus de respecter les limites fixées par le Conseil fédéral. Ce que la majorité vous propose, c'est donc un pas en arrière par rapport à la situation actuelle. Dans cette matière, il ne faut pas retourner en arrière, *non quam petrochum*. Il ne s'agit pas de fédéralisme mais de justice. Il faut dire que le maximum pour des commissions de placement est actuellement assez généreux. C'est le douze pour cent du premier mois de salaire, la moitié étant à la charge du demandeur d'emploi et l'autre, en général, à la charge de l'employeur.

Si on parle de protection, c'est qu'on est en présence de possibilités d'abus qui se vérifient déjà maintenant, surtout dans le secteur des représentations artistiques et de manifestations semblables. Il y a toute une gamme d'activités, un peu douteuse même, qui se déploie dans ce secteur. D'ailleurs, le besoin de protection contre les abus dans le placement de musiciens d'orchestre et d'artistes de variétés fut tellement manifeste qu'il a fallu édicter une réglementation spéciale en 1959. Mais suivant l'évolution de la situation économique, la nécessité d'une protection pourrait se mani-

fester aussi dans d'autres secteurs. Or, si l'on devait renoncer à la compétence de l'article 9, alinéa 4, on ouvrirait la porte à toute sorte d'abus. Il y en a déjà suffisamment qui se produisent sans être dénoncés. Il ne faudrait pas les admettre officiellement en leur reconnaissant un caractère de légalité.

Il faut dire que la version proposée par le Conseil fédéral est dans un certain sens moins restrictive que la loi en vigueur où seul le rapport entre le placeur et le demandeur d'emploi est considéré et non, comme avant, tous les rapports entre les gens concernés dans ce secteur. Les tarifs que le placeur peut appliquer à l'employeur ne sont pas objet de limitation. C'est au fond une solution raisonnable. En effet, pendant les périodes équilibrées au point de vue économique, la libre concurrence joue, l'activité des placeurs étant demandée en général par les employeurs, ce qui a pour conséquence la chute des prix. Mais, dans les périodes de difficultés économiques où la protection efficace des travailleurs se révèle nécessaire, les demandeurs d'emploi, souvent des chômeurs potentiels, ne devraient pas être, en plus des difficultés déjà causées par la situation économique défavorable, en plus confrontés à des tentatives de spéculation de la part de placeurs peu scrupuleux.

Il faut rappeler pour finir que le Conseil fédéral a la compétence de fixer des limites maximales, les cantons ayant encore une petite marge de manoeuvre. Je vous prie donc de bien vouloir accepter la version du Conseil fédéral et de la minorité. Je souligne qu'il n'est pas question de la même chose qu'à l'article 4 et à l'article 15 du projet de loi.

**Miville**, Berichterstatter: Tatsächlich handelt es sich hier um etwas anderes, als wir bei Artikel 5 beschlossen haben und als bei Artikel 15 zur Diskussion steht. Es geht nicht um Gebühren im Bewilligungswesen, sondern um solche in der eigentlichen Vermittlertätigkeit, zwischen Vermittler und Stellensuchenden. Dieses Verhältnis ist hier angesprochen. Auch hier hat die Kommissionsmehrheit (mit 5 zu 4 Stimmen) gefunden, es sei nicht nötig, dass der Bundesrat diese Regelung selbst in die Hände nehme. Nachdem sich Herr Jelmini bereits ausführlich zu dieser Frage geäußert hat, füge ich nur noch bei, dass es auf diesem Gebiet Missbräuche gibt. Sie kommen vor allem im Künstler- und Artistengewerbe vor. Je nachdem, wie sich die Wirtschaftslage weiterentwickelt und wie sich vielleicht auch in unserem Lande einmal der Druck auf noch vorhandene Stellen verstärken wird, kann man sich vorstellen, dass auch andere Stellensuchende wieder eher dieses Schutzes bedürfen.

Der bundesrätliche Entwurf bringt bereits wesentliche Erleichterungen gegenüber der heutigen Regelung, indem er nur noch das Verhältnis zwischen den Stellensuchenden und den Stellenvermittlern einer gesetzlichen Regelung unterwerfen will. Das heisst, dass der Stellenvermittler und der Headhunter in ihrer Rechnungsstellung gegenüber dem Arbeitgeber an keine Höchstbeträge gebunden sind.

Die Kommission empfiehlt Streichung. Ich persönlich stimme der Minderheit Jelmini/Gadiant zu.

**Kündig**: Nachdem der Kommissionspräsident offensichtlich Mühe hat, die Mehrheit der Kommission im Rat zu vertreten, erlaube ich mir einige Wort zu diesem Streichungsantrag der Mehrheit zu Absatz 4. Der Text heisst: «Der Bundesrat setzt die Einschreibgebühr und Vermittlungsprovisionen fest.» Es entspricht einer Selbstverständlichkeit, dass der Vermittler von Stellensuchenden eine Einschreibgebühr und eine Vermittlungsprovision verlangen kann. Uns scheint es völlig verfehlt, wenn nun der Bundesrat für die Festsetzung dieser Gebühren zuständig ist. Es ist nicht so, wie Herr Jelmini sagt, dass es sich um die Maximalsätze handelt. Es heisst: «Der Bundesrat setzt die Gebühren fest.» Diese Gebühren werden also doch durch den Bundesrat festgelegt. Zudem steht genau dieser Bundesrat der privaten Arbeitsvermittlung als Konkurrent gegenüber. Er hat die staatliche Arbeitsvermittlung in der Hand, und er ist auch in der Lage, durch entsprechende Gebührensatzung die Konkurrenzfähigkeit privater Arbeitsvermittlungsstellen so

herabzumindern, dass sie nicht mehr akzeptiert werden. Im übrigen, scheint es mir, handelt es sich um einen Eingriff in die Handels- und Gewerbefreiheit, der nicht aufgrund unserer Verfassungsgrundlage, die wir herbeiziehen, um dieses Gesetz zu verankern, abgestützt ist.

Ich beantrage Ihnen deshalb mit der Mehrheit der Kommission, diesen Absatz 4 ersatzlos zu streichen.

**Zimmerli:** Ich darf kurz auf das Votum von Herrn Kollege Kündig replizieren, der der Auffassung ist, die vom Bundesrat vorgeschlagene Ordnung sei verfassungswidrig. Wir haben uns in der Tat grösster Zurückhaltung zu befleissigen, wenn wir in Vertragsverhältnisse eingreifen und uns – wie hier – überlegen, ob die Einschreibgebühr und Vermittlungsprovisionen der Privatautonomie bis zu einem gewissen Grad entzogen werden sollen oder nicht.

Ich setze mich für den Minderheitsantrag ein und tue dies mit grösstem Respekt vor der Handels- und Gewerbefreiheit und auch vor der Vertragsfreiheit, und zwar aus folgenden Gründen:

Es geht um Arbeitnehmerschutz in einem sehr empfindlichen Bereich. Herr Kollege Jelmini hat das gesagt. Es geht darum, Missbräuche zu verhindern. Es geht hier, ganz anders als bei den Bewilligungen, darum, dass wir einen gewissen Rahmen für diese Tätigkeit geben, die wir zu regeln im Begriffe sind.

Was geschieht, wenn wir einen Schritt zurückgehen und auf diese Bundeskompetenz zur Regelung der Vermittlungsprovisionen verzichten? Anders als bei den Bewilligungsgebühren setze ich ein grosses Fragezeichen dazu, ob die Kantone, gestützt auf Artikel 31 Absatz 2 der Bundesverfassung noch die Kompetenz hätten, hier einzugreifen. Dann herrscht eben Vertragsfreiheit; da bin ich mit Herrn Kollege Kündig durchaus einverstanden. Aber wie greifen wir ein, wenn Missbräuche vorliegen? Lesen Sie Artikel 5 des Gesetzes! Es bliebe gar nichts anderes übrig, als einen Entzugsgrund zu konstruieren. Das ist eine äusserst mühselige Angelegenheit für alle Beteiligten. Ich möchte davon abraten. Die bessere Lösung ist, in Fortführung des bisherigen Rechtes dem Bundesrat die Kompetenz zu geben, in diesem heiklen Bereich, der eine Ausnahmesituation betrifft, diese Vermittlertätigkeit bei den Provisionen zu regeln. Ich habe grösstes Vertrauen in den Bundesrat, dass er hier dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit Rechnung trägt und soweit nur immer möglich der Vertragsfreiheit auch den Respekt zollt, der ihr gebührt.

Ich bitte Sie, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

**M. Delamuraz,** conseiller fédéral: Je ferai quatre remarques à propos de cet alinéa, en vous disant d'entrée de cause que le Conseil fédéral souhaite que vous puissiez suivre la minorité de votre commission.

Premièrement, je constate que le droit actuel règle les rapports entre le placeur et l'entreprise qui est prête à offrir un emploi, d'une part, et le demandeur d'emploi, d'autre part. La nouvelle version vous propose de ne régler que les rapports entre le placeur et le demandeur d'emploi. Par conséquent, nous allons dans le sens d'une simplification, d'une moindre intervention de l'Etat, conformément à ce que plusieurs d'entre vous souhaitent. Nous jugeons en effet que ce qui doit être protégé et couvert, ce sont les rapports entre le demandeur d'emploi et le placeur, et non ceux entre le placeur et l'offreur d'emploi. Ces derniers sont assez forts l'un et l'autre pour régler leurs problèmes sans qu'il soit nécessaire à l'Etat de fixer des directives.

Deuxièmement, si vous biffez purement et simplement cet alinéa 4, vous opérez un recul par rapport à la situation actuelle. Il en découle une moindre protection du demandeur d'emploi. Or, vous ne voulez certainement pas atteindre ce découvert social. L'affaire est d'autant plus importante que nous constatons quelques abus qui justifient un renforcement de l'articulation de cette obligation. Pour cette deuxième raison, nous ne voulons pas imaginer que l'on puisse faire marche arrière.

Troisièmement – il en a été question dans l'intervention de M. Jelmini – il ne faut pas concevoir le texte en question comme s'appliquant à des situations économiques éternellement semblables à celles que nous connaissons. Il faut envisager que, en cas de crise, de chômage, dans des situations économique-sociales très différentes de celles existantes et des possibilités de demain, nous ayons un moyen de prévenir des abus qui se déclencheraient davantage que ce n'est le cas aujourd'hui, compte tenu de l'évolution de la situation économique. Plaçons-nous donc dans l'hypothèse d'une situation de crise et armons-nous, pour ce moment-là, des moyens de protéger le travailleur dans certains secteurs tout particulièrement.

Quatrièmement, je serais d'accord que nous puissions demander à la Confédération qu'elle s'abstienne d'intervenir si les cantons avaient spontanément mis sur pied un système évitant les débordements et les abus. Or, cela n'est pas le cas. Sur les 26 Etats confédérés, seuls 9 ont pris des dispositions en cette matière, d'ailleurs très différentes les unes des autres.

Par conséquent, plus encore qu'à l'article 4, il importe, à l'article 9, que nous maintenions, pour le Conseil fédéral, les possibilités de décisions qui sont les siennes. Sachez bien que les décisions que le gouvernement prendra en cette matière ne seront ni étriquées ni linéaires. Le Conseil fédéral saura choisir des barèmes pour la commission de placement, qui tiennent compte du salaire proposé pour la nouvelle place et des conditions qui régissent tel ou tel secteur. Nous ne serons pas en présence de taxes linéairement exprimées, nous aurons davantage de souplesse et une capacité d'adaptation aux circonstances du marché.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	23 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	13 Stimmen

#### Art. 10

##### Antrag der Kommission

##### Abs. 1, 3 und 4

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### Abs. 2

.... Streitwert von 20 000 Franken ...

.... Verfahren vor. Der Streitwert bemisst sich ....

#### Art. 10

##### Proposition de la commission

##### Al. 1, 3 et 4

Adhérer à la décision du Conseil national

##### Al. 2

.... ne dépasse pas 20 000 francs. Le montant de l'indemnité ....

Abs. 1, 3 und 4 – Al. 1, 3 et 4

Angenommen – Adopté

Abs. 2 – Al. 2

**Miville,** Berichterstatter: Hier ist erstens der Streitwert von 10 000 auf 20 000 Franken heraufgesetzt worden. Das ist eine Ermessensfrage. Sodann ist ein Zusatz des Nationalrates von der Kommission wieder gestrichen worden. Der Nationalrat wollte den Bundesrat dazu ermächtigen, diesen Streitwert der Lohnentwicklung anzupassen. Die Kommission hat das als untunlich erachtet.

Angenommen – Adopté

#### Art. 11

##### Antrag der Kommission

##### Abs. 1

Der Bund kann ausnahmsweise ....

##### Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Abs. 3**

Der Bundesrat bestimmt die Einzelheiten, insbesondere die anrechenbaren Betriebskosten und die beitragsberechtigten Institutionen.

**Art. 11***Proposition de la commission***Al. 1**

La Confédération peut exceptionnellement ....

**Al. 2**

Adhérer à la décision du Conseil national

**Al. 3**

Le Conseil fédéral règle les détails; il fixe notamment les frais d'exploitation à prendre en compte et désigne les institutions ayant droit aux contributions.

**Abs. 1 – Al. 1**

**Miville**, Berichterstatter: Das ist nicht nur eine redaktionelle Aenderung, sondern eine ganz gehörige Einschränkung, die von der Kommission hier gewollt ist. «Der Bund kann Finanzhilfen gewähren»: so etwas stösst zum vornherein auf eine gewisse Vorsicht, um nicht zu sagen auf Misstrauen. Darum hat die Kommission das Wort «ausnahmsweise» eingefügt.

Es ist aber nicht beabsichtigt – dies ist in der Kommission verwaltungsseits ausdrücklich festgehalten worden –, den Kreis der heute durch den Bund subventionierten privaten Vermittlungsstellen nach Inkrafttreten der bundesrätlichen Vorlage beliebig zu erweitern. Das muss hier zuhanden der Materialien festgehalten werden. Im übrigen haben wir hier keinen Gegenantrag, und der Rat hat sich mit dieser Einschränkung offenbar abgefunden.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Il est indispensable que je dise à ce conseil, très brièvement, que le Conseil fédéral se rallie à cette proposition car elle correspond bien à son intention qui est de ne pas aller au-delà des institutions qui actuellement bénéficient de son aide dans ce secteur. Vous voyez que la volonté de limiter l'intervention de l'Etat se trouve également confirmée à cet article. Actuellement ce sont trois institutions qui bénéficient de cette aide, le «Schweizerischer Paritätischer Facharbeitsnachweis für Musiker», la «Commission suisse pour l'échange de stagiaires» qui fait un travail remarquable pour procéder à des échanges de stagiaires suisses et étrangers en Suisse et à l'étranger et enfin, le «Service suisse de placement commercial» dans sa succursale de Paris. Le Conseil fédéral s'en tiendra à ces trois institutions à l'avenir.

**Angenommen – Adopté****Abs. 2 und 3 – Al. 2 et 3****Angenommen – Adopté****Art. 12***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

**Angenommen – Adopté****Art. 13***Antrag der Kommission***Abs. 1**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Abs. 2**

....

b. .... Verleihtätigkeit sicherstellen.

**Abs. 3**

Für die Bewilligung zum Personalverleih ins Ausland ist ausserdem erforderlich, dass die für die Leitung verantwortlichen Personen sicherstellen, dass im Betrieb ausreichende

Kenntnisse der Verhältnisse in den entsprechenden Staaten vorhanden sind.

**Abs. 4**

Der Bund regelt die Einzelheiten.-

**Art. 13***Proposition de la commission***Al. 1**

Adhérer à la décision du Conseil national

**Al. 2**

....

b. Assurer une location de services satisfaisant aux règles de la profession;

**Al. 3**

Pour obtenir l'autorisation de louer les services de travailleurs vers l'étranger, il est en outre indispensable que les personnes responsables de la gestion donnent l'assurance que l'entreprise dispose de personnes connaissant suffisamment les conditions régnant dans les pays concernés.

**Al. 4**

Le Conseil fédéral règle les détails.

**Angenommen – Adopté****Art. 14***Antrag der Kommission**Mehrheit***Abs. 1**

.... Kautions leisten. (Rest des Absatzes streichen)

**Abs. 2**

Die Höhe der Kautions bemisst sich nach dem Geschäftsumfang. Der Bundesrat setzt ....

*Minderheit*

(Villiger, Gautier, Kündig, Rüesch, Zimmerli)

Streichen

**Art. 14***Proposition de la commission**Majorité***Al. 1**

.... location de services. (Biffer le reste de l'alinéa)

**Al. 2**

Le montant des sûretés est proportionnel à l'étendue de l'activité commerciale. Le Conseil fédéral fixe ....

*Minorité*

(Villiger, Gautier, Kündig, Rüesch, Zimmerli)

Biffer

**Miville**, Berichterstatter: Jetzt gelangen wir zu einem neuralgischen Punkt dieser Vorlage. Hier findet eine Auseinandersetzung um Wesentliches statt.

Die Kautions ist – wie ich schon in meinem Eintretensvotum gesagt habe – in der Kommission nur mit Stichtentscheid des Präsidenten gerettet worden. Im Bereich des Personalverleihs kann ein Verleiher ohne das geringste Betriebskapital (mit einem Büro und einem Telefon) rasch Arbeitgeber einer grossen Zahl von Arbeitnehmern werden. Wer die Entwicklung auf diesem Gebiet verfolgt, sieht, wie ständig neue Kleinstfirmen gegründet werden, zum Teil auf fragwürdiger Grundlage und ohne genügende finanzielle Basis. Hier scheinen der Mehrheit der Kommission Sicherheiten im Sinn von Kautions ganz einfach angebracht.

Andere Firmen ohne grösseres Betriebskapital verfügen, wenn sie in Konkurs gehen, immerhin über ein Verwertungskapital, das in Form von Waren oder Warenforderungen zur Verfügung steht. Aber ein Personalverleih verfügt höchstens über Menschen, über ein Humankapital, wenn ich mich so ausdrücken darf.

Die Nichtbeachtung der Lohnzahlungspflicht oder ungegerechtfertigte Lohnabzüge stellen die häufigsten Missbräuche im Bereich des Personalverleihs dar. Ihnen soll mit einer Kautionspflicht entgegengesteuert werden. Selbst bei einem

personalintensiven Betrieb erreicht das Verhältnis zwischen Betriebskapital und Anzahl der Angestellten niemals diejenigen Ausmasse, wie sie beim Personalverleih anzutreffen sind.

In der Kautio sehen wir eine notwendige Barriere für einen unüberlegten Einstieg ins Verleihgewerbe und somit auch einen indirekten Sozialschutz der Arbeitnehmer. Eine Kautio muss auch bei der Eröffnung anderer Gewerbe hinterlegt werden, zum Beispiel bei Eröffnung eines Notariatsbüros. Im Kanton Bern müssen dem Kanton – soviel ich weiss – 100 000 Franken hinterlegt werden. Oder ich erinnere mich an die kurze Zeit meines Lebens, als ich Amtsvormund war und eine Versicherung abschliessen musste für den Fall, dass ich einmal eine Vaterschaftsklage «verbummeln» würde.

Das gibt es also auch in anderen Branchen. Dazu kommt, dass eine solche Kautio mittels einer Solidarbürgerschaft bei einer privaten Versicherungsgesellschaft oder mittels eines Bankkredites sichergestellt werden kann. Ich habe mir mitteilen lassen, was das bei einer bestimmten Versicherung unseres Landes kosten würde. Eine Kautio in der Höhe von 20 000 Franken würde 210 Franken Prämie pro Jahr erfordern. Für 50 000 Franken Fr. 472.50, für 100 000 Franken 840 Franken im Jahr.

Damit scheint mir nicht nur die Notwendigkeit dieser Kautio dargetan zu sein, sondern auch die Praktikabilität ihrer Durchführung.

**Villiger:** Es ist sehr erfreulich, dass der Kommissionspräsident für einmal sein Herzblut wirklich für die Mehrheit eingesetzt hat. Ich muss ihm aber leider widersprechen, weil ich der Meinung bin, dass der Bundesrat hier etwas einführen will, das im schweizerischen Recht absolut einmalig ist. Es geht mir mehr um die Grundsatzfrage als darum, was es kostet oder nicht kostet. Das Gesetz will die Unternehmen zur Hinterlegung einer Kautio zur Sicherstellung von Lohnansprüchen verpflichten, und diese Kautio soll gemäss Botschaft pro Arbeitnehmer mindestens einen Monatslohn betragen. Wer sich nun fragt, warum der Bundesrat von allen Gewerbezweigen in diesem Lande ausgerechnet diesen für eine solche Sonderstrafe herausgreift, findet in der Botschaft eine etwas eigentümliche, doppelte Antwort. Die erste: Wenn der Verleihbetrieb nicht genügend Kapital habe, müsse er die Löhne der Arbeitnehmer ständig mit Geldern aus zurückliegenden Einsätzen bezahlen, und wenn in dieser Kette – eine richtige Ueberlegung – eine Verzögerung eintrete, könne der Lohnanspruch des Arbeitnehmers unter Umständen gefährdet sein. Zweiter Grund: Diese Kautio beuge einem unüberlegten Einstieg in das Verleihgeschäft vor.

Zum ersten Grund: Ich wüsste keinen Wirtschaftszweig, der nicht völlig analoge Risiken beinhalten würde. Alle Unternehmungen in der Schweiz finanzieren die Lohnzahlungen aus ihren fortlaufenden Betriebseinnahmen. Das Risiko, dass es in dieser Kette zu einer Stockung oder zu einer Verzögerung kommt, ist – ich muss als Unternehmer sagen, leider! – ein typisches Arbeitgeberisiko. Es wäre schön, wenn es nicht so wäre. Es gibt weiter auch tausend andere Wirtschaftszweige, die immer wieder Menschen verleiten, unüberlegt einzusteigen. Unsere Wirtschaft wäre aber wahrscheinlich schon längst an Erstarrung zugrunde gegangen, wenn alle neuen Initiativen immer bis ins letzte überlegt gewesen wären. Wenn man alle Konsequenzen im voraus wüsste, könnte das nämlich jeglichen unternehmerischen Mut untergraben. Im übrigen ist in den letzten 20 Jahren kein namhafter Konkurs entstanden, bei dem Arbeitnehmer zu Schaden gekommen wären.

Der Schutz des Temporärarbeiters ist bereits gesetzlich durch das Konkursprivileg erster Klasse und durch allgemeine Haftungsnormen des Gesellschaftsrechts umfassend geregelt. Es ist nun meines Erachtens ein einmaliges Präjudiz, wenn man ein spezielles Gewerbe mit einer solchen Kautio herausgreift. Das ist nichts anderes als eine staatliche Marktbeschränkungs- und Strukturbereinigungspolitik.

Das kann nicht die Aufgabe des Staates sein. Wir müssen hier den Anfängen wehren.

Vorhin wurde vom Kommissionspräsidenten zur Begründung aufgeführt, dass bei verschiedenen freien Berufen ebenfalls Kautionen zur Sicherstellung gewisser Risiken verlangt würden. Das ist aber meines Erachtens nicht vergleichbar. Es gibt spezielle Berufsrisiken, deren Grössenordnung im Vergleich zu den Mitteln etwa eines Notars oder Anwaltes eben doch sehr beachtlich sein können. Das ist bei den Temporärfirmen in diesem Sinn nicht der Fall. Das unternehmerische Risiko ist dort im Verhältnis zu den Risiken anderer Gewerbezweige absolut normal. Natürlich würde die Kautio auch zu einer Verteuerung des Temporäreinsatzes führen. Es ist aber für mich nicht das Hauptargument. Die Branche müsste total ungefähr 50 Millionen Franken an Kautionen hinterlegen.

Um leichtfertigen Betriebsgründungen in allen Branchen vorzubeugen, haben Sie vor einer Woche in diesem Rat zu Recht im Aktienrecht das Mindestkapital für Neugründungen auf 100 000 Franken verdoppelt. Das war eine wirtschaftlich durchaus gerechtfertigte Massnahme, die aber sämtliche Sparten der Wirtschaft gleichermaßen betrifft. Das wird auch neue Temporärfirmen betreffen, welche die Rechtsform der AG wählen. Ich bin mir bewusst, dass die Branche gegen diesen Kautionsartikel nicht Sturm läuft. Es gibt sicher grössere Firmen, die sich das gut leisten können und damit auch gewisse Konkurrenten loszuwerden hoffen. Ich glaube aber, dass es hier um eine Grundsatzfrage geht. Der Nationalrat hat dieser Kautio relativ knapp mit 71 zu 56 Stimmen zugestimmt. In der Kommission war das Ergebnis noch wesentlich knapper.

Ich bitte Sie deshalb, diesen diskriminierenden Bestimmungen gegen eine bestimmte Branche nicht zuzustimmen. Wir sollten solcher Strukturpolitik von Anfang an einen Riegel schieben.

**Frau Weber:** Ich möchte Sie bitten, der Mehrheit zuzustimmen. Ich bin ein Anhänger dieser Kautio. Als Gegengewicht zu dem, was Herr Villiger gesagt hat, möchte ich doch hervorstreichen, dass es sich hier um einen Arbeitnehmerschutz handelt. Dieser Arbeitnehmerschutz ist sehr wichtig! Es geht um die Sicherung der Lohnansprüche.

Wie ich beim Eintreten gesagt habe, sind die Arbeitgeber im Personalverleih nicht irgendwelche Arbeitgeber, wie wir sie sonst kennen, sondern die Arbeitgeber sind die Verleiher. Für einen Verleiher, der ins Geschäft einsteigt und mit Inseraten usw. hantieren muss, ist es wichtig, dass er über genügend Geld verfügt und finanziell abgesichert ist. Mit einer Kautio sichern wir einen Teil davon. Zugunsten der Lohnansprüche muss irgend etwas unternommen werden, damit nicht jedermann ungesichert in dieses Geschäft einsteigen kann. Wie Herr Villiger zu Recht sagt, haben in der heutigen Verleiherbranche zumindest die grossen Unternehmen wahrscheinlich keine Schwierigkeiten in dieser Angelegenheit; sie haben sich gut eingelebt. Aber wir haben ein Interesse daran, dass auf diesem Markt nicht plötzlich irgendwelche schwarzen Schafe auftreten, die einfach zu inserieren beginnen und keine Sicherheit für die Löhne der Arbeitnehmer, die verliehen werden, bieten. Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

**M. Jelmini:** Deux mots seulement pour dire qu'il faut rejeter la proposition de la minorité.

Le bailleur de service peut devenir employeur d'un grand nombre de travailleurs sans disposer d'aucun moyen. Dans une entreprise normale qui tombe en difficulté, on dispose toutefois d'un patrimoine, en partie liquide, en partie investi, mais qui peut être liquidé pour servir à couvrir les dettes, surtout celles qui découlent du rapport de travail, c'est-à-dire les salaires. Il faut dire aussi que, dans les entreprises de bailleurs de services, il n'y a pas une motivation de caractère commercial. Le seul but, le seul intérêt de l'entreprise est concentré sur le commerce de capital humain. C'est une expression honteuse mais malheureusement vraie. Le but de la sûreté est de décourager et même

d'empêcher la prolifération d'agents de location de services et, en définitive, de limiter les inconvénients qui peuvent se produire au détriment des travailleurs. M. Villiger parle d'une nouveauté, de quelque chose créé soudainement dans le droit suisse. Mais, dans la loi de 1951 à l'article 8, vous pouvez lire que les bureaux de placement ont la possibilité de demander aux cantons de fixer des taxes afin de fournir des garanties pour les réclamations que pourraient naître de leurs activités. Ce n'est donc pas une nouveauté dans le droit suisse. Mais, le président de la commission a voulu rappeler que, dans d'autres professions, la même disposition existe. Moi personnellement qui suis notaire, je dois déposer une caution de 100 000 francs pour les dégâts pouvant éventuellement surgir, ce qui n'a pas été le cas pendant 40 ans d'activité! Le dépôt de garantie est exigé par l'exercice de ces activités – ce qui n'est pas une nouveauté, Monsieur Villiger, soyez tranquille – et ne va pas bouleverser le droit suisse.

En général, le dépôt de cette garantie se fait par le truchement d'une assurance, ce que le président de la commission n'a pas voulu rappeler. Pour une assurance de 100 000 francs, on paie peut-être de 600 à 800 francs de primes par année. Ce n'est donc qu'un faible sacrifice demandé aux bailleurs de services, mais qui couvre de très grands dégâts pouvant dériver du fait que la prolifération dans ce domaine peut dépasser certaines limites.

**M. Gautier:** M. Jelmini vient de nous donner des arguments supplémentaires de voter en faveur de la minorité de la commission. Il vient de nous dire que, en introduisant cette obligation de garantie, on ferait diminuer le nombre des entreprises de travail temporaire. Il a donc dit exactement ce qu'il fallait dire, c'est-à-dire que, en introduisant cette obligation, on rend le travail des entreprises de travail temporaire beaucoup plus difficile et beaucoup plus délicat. On leur impose une condition supplémentaire qui risque de faire disparaître un certain nombre de ces entreprises. Est-ce ce que nous voulons? Voulons-nous condamner tout ou partie des entreprises de travail temporaire? Je ne le pense pas, et c'est pourquoi il ne faut pas introduire cette obligation de garantie. Il existe bien d'autres raisons encore. Quoi qu'en ait dit aussi M. Jelmini, cela serait à peu près un cas unique dans les entreprises suisses que cette obligation de déposer des garanties pour payer le salaire de leurs employés. Je ne connais aucun cas où les entrepreneurs doivent fournir ces garanties. Le cas du notaire évoqué par M. Jelmini est tout à fait différent. Ce sont les accidents pouvant être provoqués dans le domaine du patrimoine et non dans celui du salaire, qui sont assurés, c'est une autre chose. C'est exactement comme l'assurance responsabilité civile d'un médecin qui doit garantir le paiement des frais qu'occasionnerait une maladresse de sa part.

Je crois donc qu'il n'y a pas de raison de traiter les entreprises de travail temporaire différemment des autres entreprises. On nous dit que celles-ci ont un capital social garantissant pratiquement le salaire des employés. Mais, je vous signale qu'il y a quand même un certain nombre d'entreprises de travail temporaire qui ont aussi un capital social, les autres étant des petites entreprises qui auraient, justement, des difficultés à réaliser ces garanties. Alors, si vous voulez qu'il ne reste que les grandes entreprises, votez la majorité, mais si vous voulez aussi qu'il puisse y avoir de petites entreprises, il faut voter la minorité.

Autres raisons: à ma connaissance – et je viens poser la question à M. le directeur de l'OFIAMT – il n'y a jamais eu de faillite retentissante d'une entreprise de travail temporaire alors que dans d'autres entreprises classiques, il y en a eu. Je ne vois donc pas pourquoi il faudrait demander des garanties à des entreprises ne connaissant aucune grande faillite, alors que dans les autres qui en connaissent malheureusement de temps à autre, on n'en demande pas.

Dernier point, je pense que le fait que le droit au salaire soit placé de manière très favorable en cas de faillite dans le droit civil suisse, montre quand même que les travailleurs sont relativement bien protégés, même sans que l'entrepr-

neur ait déposé des garanties. C'est pourquoi je vous invite à suivre la proposition de la minorité Villiger.

**Meier Hans:** Der Vergleich mit den Neugründungen trifft auf diesem Gebiet in keiner Weise zu. Wenn irgendein Betrieb eröffnet wird, sind es in der Regel zwei bis drei Arbeitnehmer. Wenn aber ein Verleiher aktiv tätig wird, sind es sehr rasch 20 oder 30 Leute, die er vermietet. Herr Villiger hat darauf aufmerksam gemacht, dass nur dann, wenn die Rechtsform der Aktiengesellschaft gewählt wird, ein gewisses Mindestkapital vorhanden ist. Bei Einzelpersonen können sich aber tatsächlich Schwierigkeiten zeigen. Die Leute glauben recht bald, ein interessantes Betätigungs- und Verdienstfeld gefunden zu haben. Die Nachteile sind nicht wegzudiskutieren.

Wenn wir die Kautions hier verankern, heisst das nicht unbedingt, dass das ein Signal sein muss, auf allen möglichen anderen Gebieten auch Kautionen zu verlangen. Hier übertreibt man, wenn man solche Befürchtungen vorbringt. Wir alle haben das Schreiben des Schweizerischen Verbandes der Unternehmungen für temporäre Arbeit erhalten. Ich zitiere dessen einleitenden Absatz: «Als Vertreter der durch das AVG stark betroffenen Branche der temporären Arbeit hat sich unser Verband laufend mit dieser Vorlage auseinandergesetzt. Grundsätzlich halten wir die Bestrebungen des Gesetzgebers, einen Ordnungsrahmen zu schaffen, für richtig. Mit den Aenderungsvorschlägen der vorberatenden Kommission des Ständerates können wir im wesentlichen zu diesem Gesetz stehen. Wir würden es deshalb begrüßen, wenn Sie die Vorlage als Ganzes unterstützen würden.» Ein detaillierter Aenderungsvorschlag seitens dieses Verbandes kommt nur im Zusammenhang mit dem Kündigungsschutz. Das heisst, gegen eine Kautions werden keine grundsätzlichen Einwendungen gemacht. Ich glaube kaum, dass man hier von einem wesentlichen Schutz der etablierten Firmen, die sich entsprechende Kautionen leisten können, sprechen kann.

Daher unterstütze ich den Antrag der Mehrheit.

**M. Delamuraz,** conseiller fédéral: Je vous recommande de suivre la majorité de la commission et, par conséquent, le Conseil fédéral et le Conseil national qui, sur ce point ont jugé qu'il était indispensable d'exiger des sûretés de la part des bailleurs de services. Pourquoi? Nous l'avons dit, rien n'est plus simple que de s'intituler bailleur de services. Il suffit d'un bureau et d'une installation précaire pour que l'on puisse démarrer. D'ailleurs, c'est dans la nature même des choses et le Conseil fédéral ne voudrait en rien compromettre l'activité de tel ou tel bailleur. Il ne cherche pas à vouloir limiter ces activités à quelques gros bailleurs, cela témoignerait de sa part une volonté d'intervention tout à fait en désaccord avec l'économie libérale dans laquelle nous vivons.

Toutefois, il constate qu'en très peu de temps le bailleur le plus rudimentairement installé se met à louer des dizaines et des dizaines de travailleurs. Il ne s'agit pas de biens, il ne s'agit pas de marchandises, il s'agit d'être humains. Il les loue alors qu'il ne dispose lui-même d'aucun capital. Que peut-il se passer? Il peut fort bien arriver que l'entreprise qui a pris à son service ces personnes se trouve en situation désastreuse et n'assume pas le paiement qu'elle doit assumer au bailleur. Ou, deuxième cas possible, le bailleur lui-même est si mal organisé ou si filou qu'il n'assure plus le salaire des gens qu'il a placés. Ces personnes se trouvent ainsi complètement démunies.

Vous me direz que, dans certaines entreprises qui font faillite, il se peut aussi que les travailleurs se trouvent en situation compromise et ne touchent pas la totalité de leur salaire, ou même rien du tout. Mais dans ce cas, et c'est la grande différence que j'aimerais faire remarquer à M. Gautier en particulier, il y a en général une couverture sous la forme de marchandises, représentant une certaine valeur, sous la forme du capital et qui peuvent être utilisés en priorité au paiement des salaires de l'entreprise en difficulté. Dans le cas du bailleur il n'y a pas un centime et il n'y a pas

une seule marchandise – hormis le crayon et la gomme, ce qui ne représente pas une très grande valeur vous en conviendrez avec moi – qui puisse ainsi donner un minimum de garantie aux travailleurs spoliés.

Il est donc légitime que, face à une situation aussi particulière, le législateur ait l'imagination de trouver un statut particulier. Ce n'est pas parce que toutes les autres entreprises qui, en général, sont en situation fondamentalement différente des entreprises de location de services, l'on n'a pas exigé de telles cautions qu'il ne faut pas en exiger dans ce cas. Soyons souple! C'est ce que vous propose le Conseil fédéral, de tenir compte précisément des différences de structures fondamentales et d'essayer de prendre un minimum de précautions afin que l'essentiel soit sauve, c'est-à-dire la rétribution ou au moins la rétribution partielle des travailleurs en cas de difficulté de la société de placement. C'est cela et rien d'autre que nous vous demandons.

Au reste cela ne représentera pas des charges si incroyables qu'elles doivent obliger certains petits bailleurs à mettre la clé sur la corniche et à abandonner leurs activités. Je vous répète que nous ne voulons nullement pourchasser les petits bailleurs et diminuer leur nombre, nous voulons éviter que trop de mauvais bailleurs fassent connaître trop de risques à trop de travailleurs.

Dans la disproportion qu'il y a entre, d'une part, l'équipement du bureau de location de services et, d'autre part, le nombre de travailleurs qui ont recouru à ce bureau, il est nécessaire d'ériger un rempart qui n'est pas absolu mais qui apporte tout de même ce qu'il doit apporter. Au reste, ce n'est pas entièrement nouveau, puisque la législation de 1951 exige des sûretés pour les bureaux de placement et les agences d'émigration. Ici nous adaptons cette exigence à la location des services qui, elle, est une forme nouvelle intervenue dans le monde du travail dans ces trente dernières années. Nous ne faisons qu'adapter à la condition d'aujourd'hui les dispositions que le législateur avait eu la sagesse et la lucidité d'introduire en 1951 déjà. Faites donc ce pas, suivez la décision de la majorité car c'est réellement d'une adaptation aux circonstances particulières d'une société de location de services qu'il s'agit maintenant!

**Kündig:** Ich erlaube mir, nach dem Votum von Herrn Bundesrat Delamuraz noch etwas auszusagen, weil es mir scheint, dass man jetzt im Rat eine Verzeichnung einer Gefahrensituation im Arbeitsleben dargestellt hat.

Nach meinem Dafürhalten ist die Gefahr, dass ein Arbeitsvermittler in Konkurs kommt, relativ gering. Denn seine Vermittlungstätigkeit hat nur dann Wirkung, wenn tatsächlich eine Arbeitsstelle für den zu Vermittelnden gefunden wird. Für diese Leistungen werden in der Regel auch die Forderungen beglichen werden können, weil selten Leute zu einem Zeitpunkt angestellt werden, in dem in diesem Drittunternehmen nichts läuft.

Wenn ausgesagt wird, es sei die Branche, die das grösste Risiko trage, so muss ich Ihnen sagen: Das stimmt bei weitem nicht! Hier liegt die Gefahr dieser Bestimmung, nämlich, dass man das früher oder später ausdehnt und sagt: Wenn wir im Bereich der Arbeitsvermittlung eine Kautio haben, brauchen wir auch eine Kautio bei diesem Beruf, denn dieser ist ja auch gefährlich, und bei jenem, denn dieser ist noch viel gefährlicher. Auf der anderen Seite haben wir ein SchKG, das zuständig ist, und wir haben eine Arbeitslosenversicherung, die bei Insolvenz die Lohnzahlungen zu erbringen hat.

Wenn ich Ihnen aufzähle, wo z. B. riesige Gefahrenherde vorhanden sind und wo Unternehmungen innert Tagesfrist aufgebaut werden können, ohne dass Kapital, ohne dass eine Rechtsform und ohne dass Material vorhanden ist, tue ich das sehr bewusst, um zu zeigen, dass man nicht einfach eine Kategorie «herauszupfen» kann. Nehmen Sie zum Beispiel einmal Marktforschungsfirmen! Marktforschungsfirmen stellen, wenn sie einen Auftrag bekommen, unverzüglich Dutzende, wenn nicht Hunderte von Leuten an, um innert kürzester Zeit zu einer Information zu kommen. Ob Sie letztlich diese Leistungen bezahlen können oder nicht,

hängt von verschiedensten Faktoren ab. Auf jeden Fall kann man diese Firma nicht belangen, denn sie verfügt über null und nichts.

Nehmen Sie die Verlagsverkaufsfirmen: ob das Buchreihen, Zeitungen oder Zeitschriften sind, die einen Auftrag an eigentliche Verlagsverkaufsfirmen weitergeben, auch hier ist keine Basis vorhanden. Es ist kein Material und kein Geld da. Aber es werden auf Provisionsbasis Leute ins Feld geschickt, die nicht wissen, ob sie je zu ihrem Lohn kommen.

Wir haben auch Vertriebsgesellschaften von Kommissionswaren, die aufgrund ausländischer Lieferanten bereit sind, Kommissionsverträge abzuschliessen. Auch hier ist das Risiko um einiges grösser, als wir es bei der Vermittlung von Arbeitskräften einschätzen müssen.

Ich wollte dies sagen, weil ich befürchte, dass ein Präjudiz geschaffen wird, das uns früher oder später wieder vorgehalten wird, um in die falsche Richtung zu gehen.

Wegen des Grundsatzes und wegen der meiner Ansicht nach sehr kleinen Gefahrenquote, beantrage ich Ihnen, der Minderheit zuzustimmen.

**M. Delamuraz,** conseiller fédéral: Vous connaissez suffisamment ma philosophie, Monsieur Kündig, pour vous persuader que je ne cherche pas obstinément à couvrir de sûretés et d'assurances l'ensemble des activités humaines et à vouloir peu à peu enlever tous risques matériels ou de quelque nature qu'ils soient à nos aventures personnelles. Il fait bel et bien partie de cette société et de cette économie libérales que les acteurs que nous sommes puissions y agir avec des espoirs de succès mais aussi des risques d'échecs, parfois même cuisants.

Il n'est dès lors nullement dans l'intention du Conseil fédéral de vouloir prendre par la main toutes les entreprises de ce pays, afin que plus aucun risque ne leur arrive et que la sécurité absolue soit installée en principe fondamental car, dès ce moment-là, il est bien clair que manquerait à leur dynamisme, à leur imagination et à leur créativité, la base qui est cette part de risque qui constitue aussi un défi. Nul doute que nous ferions fausse route si nous allions dans cette direction.

La discussion que nous avons maintenant ne concerne pas la nature profonde des choses, mais bien la proportionnalité du danger. En l'occurrence, le danger est très grand en matière de sociétés de location de services, à cause de cette formidable disproportion existant entre un capital pratiquement nul, d'une part, et le grand nombre de travailleurs qui sont ainsi rattachés à cette société de location de services, d'autre part. La différence essentielle entre tous les exemples de sociétés que vous avez cités et la société de location de services est bien, je le répète, cette disproportion, que vous ne trouvez dans aucune autre activité. Une mesure telle que la sûreté est de nature à corriger quelque peu cette disproportion, mais c'est une sécurité véritablement minime dont il est question ici.

**Miville,** Berichterstätter: Darf ich Herrn Kollega Kündig noch etwas sagen? Er hat von Präjudizien gesprochen, die hier nicht geschaffen werden sollten.

Es gibt bereits positive Präjudizien zu dieser Frage. Ich habe mich ins Bild setzen lassen über das Bewilligungsverfahren im Kanton Genf, mit dem man sehr gute Erfahrungen gemacht hat. Es schliesst für Temporärfirmen eine Sicherstellung im Betrag von 50 000 Franken ein. Ich sage noch einmal: Es gibt auch Präjudizien im positiven Sinne. Im Kanton Genf scheint sich diese Lösung jedenfalls zu bewähren.

**Hefti:** Wenn von positivem Präjudizieren gesprochen wird, geht das nicht in Richtung, dass man bei anderen Betrieben plötzlich auch mit Kautionsauflagen kommt?

Ich bin daher für den Minderheitsantrag.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit 16 Stimmen  
 Für den Antrag der Minderheit 19 Stimmen

**Art. 15***Titel*

Umfang der Bewilligung

*Abs. 1*

Streichen

*Abs. 2 bis 4*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 5**Mehrheit*

Streichen

*Minderheit*

(Jelmini, Gadiant)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 15***Proposition de la commission**Titre*

Etendue de l'autorisation

*Al. 1*

Biffer

*Al. 2 à 4*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 5**Majorité*

Biffer

*Minorité*

(Jelmini, Gadiant)

Adhérer à la décision du Conseil national

**Rhinow:** Ich habe eine Frage an die Kommission: Es wird die Bestimmung über die Befristung der Bewilligung gestrichen. Heisst das, dass damit die Kantone frei sind, die Bewilligungen so zu befristen, wie sie wollen, also dass ein Kanton die Lösung des Bundesrates übernehmen, ein anderer Kanton die Bewilligungen unbefristet erteilen und weitere Kantone Zwischenlösungen wählen können? Ist das die Meinung? Wenn es so ist, frage ich mich, ob der Sache gedient ist, wenn in einem einheitlichen Wirtschaftsraum Schweiz in jedem Kanton ein anderes Bewilligungssystem anzutreffen ist.

**Miville,** Berichterstatter: Ich lege die Streichung der nationalrätlichen Fassung so aus, wie sie Kollega Rhinow definiert und offenbar auch befürchtet. Ich wäre froh, wenn von der Verwaltung hierzu eine nähere Darlegung erfolgen würde.

**M. Delamuraz,** conseiller fédéral: J'aurais préféré que la proposition n'apparaisse pas, parce que la formulation que le Conseil national et nous-mêmes avions retenue était plus claire et évitait cette discussion.

Dans mon esprit, il ne s'agit pas d'autoriser du même coup les cantons à choisir chacun son petit régime. Je souhaite qu'on en reste à une autorisation de durée illimitée, mais sur ce point je pense que les lumières de M. Zimmerli pourraient être utiles.

**Zimmerli:** Es ist richtig, dass ich damals diesen Streichungsantrag in der Kommission eingebracht habe und zwar aus folgenden Gründen: Der Satz 2 ist überflüssig – jede Bewilligung kann entzogen werden, wenn die Bewilligungsvoraussetzungen dahinfallen – und der Satz 1 ebenfalls. Es geht um die Bewilligung einer wirtschaftlichen Tätigkeit, die in der Schweiz in aller Regel auf unbestimmte Zeit zugestanden wird. So ist es auch zu verstehen, wenn der Rat diesem Streichungsantrag der Kommission folgt. Ich bin nicht der Meinung – ich möchte das zuhanden der Materialien festhalten –, dass jeder Kanton nach seinem Gutdünken die Bewilligungsdauer beschränken oder verlängern könnte. Diese Bewilligung muss der Sache nach unbefristet erteilt werden.

**Rhinow:** Ich glaube aber, dass sich diese Folgerung nicht aus dem Gesetzeswortlaut ergibt. Wenn wir keine Regel aufstellen, sind die Kantone grundsätzlich frei, ob und wie sie diese Bewilligung befristen wollen.

Ich möchte deshalb den Antrag stellen, dass wir den ersten Satz der nationalrätlichen Fassung wieder aufnehmen. Den zweiten Teil – da bin ich einverstanden –, den kann man streichen, der ist an sich überflüssig. Aber der erste Satz der nationalrätlichen Fassung sollte wieder aufgenommen werden.

**Zimmerli:** Ich opponiere diesem Antrag selbstverständlich nicht. Ich mache nur darauf aufmerksam, dass dann in Artikel 4 Absatz 1 die genau gleiche Korrektur vorgenommen werden muss.

*Abs. 1 – Al. 1**Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Rhinow 26 Stimmen  
 Für den Antrag der Kommission 8 Stimmen

*Abs. 2, 3, 4 – Al. 2, 3, 4**Angenommen – Adopté**Abs. 5 – Al. 5**Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 16***Antrag der Kommission**Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 2*

.... nicht mehr, so hat ihm die Bewilligungsbehörde vor dem Entzug der Bewilligung Frist zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes zu setzen.

**Art. 16***Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 2*

.... l'autorité qui délivre celle-ci doit, avant d'en décider le retrait, ....

*Angenommen – Adopté***Art. 17***Antrag der Kommission**Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Minderheit*

(Kündig, Rüesch, Villiger)

*Abs. 1*

Der Verleiher muss für das Bewilligungsverfahren der Bewilligungsbehörde ....

*Abs. 2*

Streichen

**Art. 17***Proposition de la commission**Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Minorité*

(Kündig, Rüesch, Villiger)

*Al. 1*

.... renseignements et les documents nécessaires à la procédure d'octroi.

*Al. 2*

Biffer

**Miville**, Berichterstatter: Die Kommissionsminderheit will die Auskunftspflicht der Personalverleiher gegenüber der Bewilligungsbehörde auf das Bewilligungsverfahren beschränken. Sie will im zweiten Absatz die Auskunftspflicht Dritter streichen, während die Mehrheit an der bundesrätlichen Fassung festhält.

Es handelt sich hier um einen Antrag Kündig, der auch in der Kommission zur Diskussion gestanden ist und mit nur zu 4 zu 3 Stimmen – wenn ich mich recht erinnere, war auch hier wieder der Stichentscheid des Präsidenten massgebend – abgelehnt wurde.

Um ihrer Aufsichtspflicht zu genügen, muss die Behörde auch nach Erteilung der Bewilligung die Möglichkeit zur Ueberprüfung haben, ob die Bewilligungsvoraussetzungen noch erfüllt sind. Gemäss Artikel 16 des Entwurfs hat die Bewilligungsbehörde den Betroffenen vor dem Entzug der Bewilligung eine Frist zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes zu setzen. Diese Bestimmung ist nur dann anwendbar, wenn die Behörde vorgängig und möglichst frühzeitig die Möglichkeit hat, festzustellen, ob einzelne Bewilligungsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt sind.

Wenn die Auskunftspflicht – wie das der Minderheitsantrag vorschlägt – auf das Bewilligungsverfahren und den Personalverleiher selbst eingeschränkt wird, so muss die Bewilligungsbehörde nach der Bewilligungserteilung noch jedem Verdacht auf Nichteinhaltung der geltenden Vorschriften nachgehen, was eine Erschwerung ihrer Arbeit in jeder Hinsicht mit sich bringt. Sie muss im Nachhinein bei den Beteiligten Informationen einholen.

Aus diesen Gründen glaube ich, den Vorschlag der Kommissionsmehrheit unterstützen zu dürfen.

**Kündig**, Sprecher der Minderheit: Im Kapitel 3 wird der Personalverleih und im ersten Abschnitt die Bewilligungsfrage behandelt. Es geht dabei um die Bewilligungspflicht, um die Voraussetzung, um die Kautionspflicht, um Umfang und Dauer der Bewilligung, den Entzug der Bewilligung und nun in Artikel 17 um die Auskunftspflicht.

Ich glaube, es wäre falsch, wenn man einer Behörde, die für die Erteilung oder den Entzug der Bewilligung zuständig ist, mit einer «carte blanche» quasi ein Einsichtsrecht in sämtliche Unterlagen einer Firma gewährleisten würde, wie dies in der Fassung des Bundesrates und des Nationalrates vorgesehen ist, denn wir stufen mit dieser Umschreibung der Tätigkeit die Bewilligungsbehörde als eine mit sehr weitgehenden Kompetenzen ausgestattete Polizeibehörde ein.

Im besonderen wird in Absatz 2 die Auskunftspflicht – denn es ist nicht nur ein Auskunftsrecht – von Dritten aufgenommen. Der Antrag der Minderheit führt – wie mir scheint – zu einer sinnvollen Eingrenzung der Aufgaben einerseits, der Kompetenzen der klar definierten Bewilligungsbehörde andererseits. Sie ist ja nicht eine Behörde, die den gesamten Arbeitsverleih zu überprüfen hat. Sie hat sich an die Vorschriften des Artikels 16 zu halten, in dem umschrieben wird, wann, wo und weshalb ein Entzug für die Zukunft überhaupt möglich ist.

Ich glaube es wäre sinnvoll, dieses Tätigkeitsgebiet einzuzugrenzen auf das, was man der Bewilligungsbehörde als Auftrag übertragen will. Es soll keine zusätzliche Kompetenz zur Einmischung in sämtliche andere Tätigkeiten des Unternehmens geschaffen werden.

Ich beantrage Ihnen deshalb, in Absatz 1 der Minderheit zuzustimmen und den Absatz 2 zu streichen.

**M. Jelmini**: On ne peut pas limiter l'obligation du bailleur de services de renseigner à la seule procédure d'octroi de l'autorisation. On modifie alors à ce moment-là chaque possibilité de contrôle et, partant, de lutte contre les abus. On ne fait pas ici une exception, car c'est un principe de procédure administrative, celle de suivre toute l'évolution des faits afin de pouvoir intervenir et retirer l'autorisation. Les renseignements doivent être fournis pendant toute la durée de l'activité autorisée. Il faut indiquer si les conditions requises par l'autorisation sont continuellement remplies. En cas d'adoption de la proposition de la minorité, la dispo-

sition de l'article 16 que nous venons d'accepter serait inapplicable, à moins que, pour chaque cas suspect, on ouvre une procédure administrative, ce qui n'est pas du tout souhaitable.

C'est pour cette raison que je vous invite à rejeter la proposition de la minorité et à suivre la majorité de la commission et le Conseil fédéral.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: En ce qui concerne l'article 17, alinéa 1, je vous propose de suivre la majorité de la commission et de permettre ainsi à l'autorité publique de contrôler l'état de l'autorisation et l'activité de l'entreprise de placement si celle-ci donne lieu à des plaintes et ne fonctionne pas. Il est indispensable de pouvoir, de manière d'ailleurs très simple, vérifier si les conditions qui étaient réunies pour l'attribution de cette autorisation le sont encore.

Ne voyez pas dans cette disposition une espèce d'inquisition policière qui serait légalement autorisée, mais plutôt un moyen simple et documenté de pouvoir remettre de l'ordre là où il n'y en a plus, et cela selon des procédures qui n'ont rien à voir avec un interventionnisme bureaucratique systématique et maladroit. Il s'agit là d'un simple instrument apte à vérifier si les conditions de l'autorisation sont toujours respectées.

En ce qui concerne l'alinéa 2, s'il était biffé, au lieu d'avoir recours à une procédure à l'amiable lorsqu'il y a présomption que l'entreprise ne fonctionne pas ou mal, on devrait ester en justice et entreprendre une longue procédure qui serait plus coûteuse et plus compliquée que la manière simplifiée que nous proposons. Une partie de nos possibilités de combattre le marché noir nous serait ainsi ôtée.

Par conséquent, la formule que le Conseil national et la majorité de votre commission retiennent est plus efficace et plus simple.

**Miville**, Berichterstatter: Ich gestatte mir zwei Bemerkungen:

1. Ich wage es, aus der Kommissionsberatung Herrn Zimmerli zu zitieren, der in solchen Fragen ja mit einer Autorität ausgestattet ist, die von uns allen anerkannt wird. Er hat gesagt: «Die Auskunftspflicht besteht in einem Rechtsstaat mit einem modernen Verwaltungsverfahren. Es fragt sich, ob dies ausdrücklich erwähnt werden muss. In der Sache ändert sich insofern nichts, als die Auskunftspflicht so oder so gegenüber dem Strafrichter und den Verwaltungsbehörden existiert. Eine Verankerung im Gesetz hat den Vorteil, dass die Behörden nicht stets eine Spezialbestimmung im kantonalen Verwaltungsrecht suchen müssen.» Das ist ein Argument gegen die Bestrebungen, die nun im Gange sind, diese Auskunftspflicht nach allen Möglichkeiten einzuschränken.

2. Ich frage mich langsam – nach dem Entscheid Kautionspflicht, nach dem, was nun hier angestrebt wird –, ob es vom Standpunkt der Opponenten aus nicht gescheiter gewesen wäre, das Eintreten abzulehnen, statt nun diesem Gesetz Bestimmung für Bestimmung seinen Gehalt zu entziehen.

**Hefti**: Der Bundesrat hat den Polizeistaat etwas verharmlosen wollen. Aber wenn man den Ausführungen des Herrn Kommissionspräsidenten folgt, namentlich auch seinen ersten, sieht man doch, dass an ein Ueberwachungssystem gedacht ist, das in schweizerischen Verhältnissen nicht üblich ist. Wenn dieses dann noch auf dritte Personen ausgedehnt wird, geht das meines Erachtens entschieden zu weit. Es gibt auch noch eine gewisse persönliche Sphäre, die wir ja andernorts auch hochhalten.

Ich bitte Sie daher, dem Antrag der Minderheit zuzustimmen.

**Abs. 1 – Al. 1****Abstimmung – Vote**

Für den Antrag der Mehrheit	19 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	17 Stimmen

**Abs. 2 – Al. 2****Abstimmung – Vote**

Für den Antrag der Mehrheit	19 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	19 Stimmen

*Mit Stichentscheid des Präsidenten wird der Antrag der Mehrheit angenommen – Avec la voix prépondérante du président la proposition de la majorité est adoptée*

**Art. 18****Antrag der Kommission****Abs. 1**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Abs. 2**

Zum Zwecke der Arbeitsmarktbeobachtung kann die Bewilligungsbehörde den Verleiher verpflichten, ihr statistische, anonymisierte Angaben ....

**Abs. 3**

... bearbeiten und an Einsatzbetriebe weitergeben, soweit und solange ....

... erforderlich sind. Jede darüber hinausgehende Bearbeitung oder Weitergabe dieser Daten bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Arbeitnehmers.

**Art. 18****Proposition de la commission****Al. 1**

Adhérer à la décision du Conseil national

**Al. 2**

Aux fins d'observer le marché du travail, l'autorité qui délivre l'autorisation peut obliger le bailleur de services à lui fournir, sous une forme anonyme, des indications statistiques sur ses activités.

**Al. 3**

... les travailleurs et à les communiquer à des entreprises locataires de services que dans la mesure ....

... au placement. Hors de ce cadre, ces données ne peuvent être traitées ou communiquées qu'avec l'assentiment exprès du travailleur.

**Adopté – Angenommen****Art. 19****Antrag der Kommission****Mehrheit****Abs. 1**

Im Arbeitsvertrag zwischen dem Verleiher und dem Arbeitnehmer sind folgende Punkte zu regeln:

....

c. die Kündigungsfrist ab dem zweiten Dienstjahr oder die Dauer des Einsatzes;

**Abs. 2**

Der Verleiher muss in der Regel den Vertrag mit dem Arbeitnehmer schriftlich abschliessen. Der Bundesrat regelt die Ausnahmen. Werden die Erfordernisse bezüglich Form oder Inhalt nicht erfüllt, so gelten die orts- und berufsüblichen Arbeitsbedingungen oder die gesetzlichen Vorschriften, ausser es ....

**Abs. 2bis**

Im ersten Dienstjahr kann bei unbefristeten Einsätzen das Arbeitsverhältnis durch beide Parteien

a. während der ersten drei Monate der ununterbrochenen Anstellung mit einer Frist von zwei Tagen gekündigt werden;

b. während des vierten bis sechsten Monats der ununterbrochenen Anstellung mit einer Frist von sieben Tagen auf das Ende einer Arbeitswoche gekündigt werden,

c. während des siebten bis zwölften Monats der ununterbrochenen Anstellung mit einer Frist von vierzehn Tagen auf das Ende eines Monats gekündigt werden.

**Abs. 3 und 4**

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Minderheit**

(Jelmini)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Antrag Villiger****Abs. 2bis Bst. c**

c. .... mit einer Frist von vierzehn Tagen auf das Ende einer Arbeitswoche gekündigt werden.

**Antrag Weber****Abs. 2bis**

a. ....

b. .... mit einer Frist von sieben Tagen gekündigt werden.

c. .... mit einer Frist von vierzehn Tagen gekündigt werden.

**Art. 19****Proposition de la commission****Majorité****Al. 1**

Le contrat de travail conclu entre le bailleur de services et le travailleur doit stipuler les points suivants:

....

c. Le délai de congé à partir de la deuxième année de service ou la durée de l'engagement;

**Al. 2**

En règle générale, le bailleur de services doit conclure un contrat écrit avec le travailleur. Le Conseil fédéral règle les exceptions. Si les exigences relatives à la forme ou au contenu ne sont pas remplies, les conditions de travail usuelles du lieu et de la profession ou les dispositions légales en la matière sont applicables, à moins que ....

**Al. 2bis**

Lorsque l'engagement est d'une durée indéterminée, le contrat de travail peut, pendant la première année de service être résilié par les deux parties

a. Deux jours d'avance durant les trois premiers mois d'un emploi ininterrompu;

b. Sept jours d'avance pour la fin d'une semaine de travail entre le quatrième et le sixième mois d'un emploi ininterrompu;

c. Quatorze jours d'avance pour la fin d'un mois entre le septième et le douzième mois d'un emploi ininterrompu.

**Al. 3 et 4**

Adhérer à la décision du Conseil national

**Minorité**

(Jelmini)

Adhérer à la décision du Conseil national

**Proposition Villiger****Al. 2bis let. c**

c. .... pour la fin d'une semaine de travail entre le septième et le douzième mois ....

**Proposition Weber****Al. 2bis**

a. ....

b. Sept jours d'avance entre le ....

c. Quatorze jours d'avance entre le ....

M. Jelmini, porte-parole de la minorité: Je vous propose d'accepter la version du Conseil fédéral, avec les amendements introduits par le Conseil national, en ce qui concerne l'article 19 dans son ensemble. En effet, il serait inexact de voter, en ce qui concerne ma proposition, les alinéas, l'un après l'autre, car ils sont liés.

A l'alinéa 2bis, l'idée d'une réglementation spéciale pour les délais de congé, applicable aux seuls contrats de travail temporaire, n'a été acceptée ni par le Conseil fédéral ni par les Chambres fédérales lors du débat sur la révision du code des obligations concernant la protection des travailleurs contre les licenciements. En effet, on a préféré une disposition d'applicabilité générale en la matière à une séparation en deux catégories de travailleurs, selon le genre d'emploi qu'ils choisissent ou qui leur est imposé par les circonstances.

Il faut rappeler que la solution qui a été choisie dans le cadre de la révision du code des obligations contient des éléments de flexibilité. Tout d'abord, pendant la période d'essai, le délai de congé peut être raccourci. Ensuite, la possibilité de fixer des délais particuliers est assurée par le biais de la convention collective.

Je m'oppose à la proposition de la majorité de la commission, parce que j'estime qu'elle contient des éléments qui ne conviennent pas à une législation correcte et équilibrée. Tout d'abord, nous devons rappeler que la loi que nous discutons revêt le caractère essentiel de droit public. Elle poursuit le but de réglementer le marché de l'emploi, en particulier la location des services, et de lutter contre le travail au noir.

Les compétences et le fonctionnement des autorités et des offices aux divers échelons, les conditions qui doivent être respectées par les entreprises privées qui s'occupent de cette matière et la protection des travailleurs contre les abus qui peuvent se produire sont les arguments de cette législation.

Le fait d'ajouter des prescriptions très particulières qui concernent le rapport de travail individuel en matière de congé constitue donc une anomalie qui ne doit pas trouver place dans un acte législatif correct. D'autant plus que, pour tenir compte du caractère exceptionnel du rapport de travail temporaire, il est possible de faire appel à la convention collective. Il est d'ailleurs curieux de constater que, lorsqu'on propose d'introduire dans la législation des mesures de protection en faveur des salariés, un chœur plus ou moins harmonieux de voix consternées s'élève pour renvoyer toute la matière à la convention collective, en soulignant l'excellent travail et la fonction importante des partenaires sociaux. Ce sont justement les mêmes voix qui s'élèvent ici pour demander de réglementer un aspect tout à fait particulier de la matière dans une loi qui n'est même pas destinée à le recevoir.

Afin d'atteindre un résultat satisfaisant, il faut examiner, entre partenaires sociaux, tous les différents aspects du problème, en tenant compte de tous les avantages et de tous les risques que cette forme de contrat peut contenir. On pourra alors disposer d'une solution de compromis, mais volontairement adoptée et équilibrée.

C'est la raison pour laquelle je vous invite, sans trop d'illusions d'ailleurs, à vous prononcer en faveur de la proposition de la minorité.

**Le président:** M. Jelmini est aussi opposé au texte de l'alinéa 2bis.

Pour faciliter la discussion, je pense que nous devons d'abord voter en ce qui concerne l'alinéa 2bis, étant donné la proposition de Mme Weber et de M. Villiger. Ensuite, nous opposerons la solution de la majorité de la commission à celle de M. Jelmini.

**Miville, Berichterstatte:** Ich habe vorhin bei der Kautionspflicht gesagt, das ist die eine der grossen «pièces de résistance» dieser Vorlage. So wie ich sie beurteile, liegt hier die zweite «pièce de résistance», der zweite zentrale Punkt der Auseinandersetzungen vor. Es geht um die Grundfrage, ob der Verleiher den Vertrag mit dem Arbeitnehmer schriftlich abschliessen muss (Bundesrat Art. 19 Abs. 1) oder «in der Regel» mit dem Arbeitnehmer schriftlich abzuschliessen hat (Kommissionsmehrheit Abs. 2). Das ist eine ganz entscheidende Weichenstellung.

Die Mehrheit der Kommission ist davon überzeugt, dass ein möglichst informelles Vertragsverhältnis Platz greifen müsse. Sie ist sogar davon überzeugt, dass auch die Arbeitnehmer in so und so vielen Fällen von einem informellen Vertragsverhältnis – von möglichst kurzen Kündigungsfristen übrigens auch – profitieren würden. Andere bedauern es, wenn keine schriftlichen Vertragsverhältnisse installiert werden. Sie sehen darin einen Abbau des Schutzes der Arbeitnehmer. Sie sehen auch in Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe c, nach dem in einem solchen schriftlichen Vertrag nur noch Kündigungsfristen ab dem zweiten Dienstjahr – also für das erste Dienstjahr gar keine – normiert würden, eine Schlechterstellung der Arbeitnehmer. Ich mache Sie auf die grundsätzliche Bedeutung dieses Artikels und der von uns zu schaffenden Entscheide aufmerksam.

*Abs. 2bis – Al. 2bis*

**Frau Weber:** Ich spreche zu Absatz 2bis. Sonst bin ich mit der Mehrheit völlig einverstanden. Bei Absatz 2bis handelt es sich um die Kündigungsfristen – ich betone – im ersten Jahr. Ich bin sehr froh, dass sich die Kommission diesem Thema bereits gewidmet und für das erste Dienstjahr in Abweichung zum OR Bestimmungen für die Arbeitnehmer im Personalverleih aufgestellt hat.

Wir müssen sehen, dass es sich um eine ganz andere Situation handelt, als wenn wir es mit dem regulären Arbeitnehmer zu tun haben. Der Arbeitnehmer, der temporär arbeiten will, möchte flexibel, relativ ungebunden sein. Deshalb müssen wir in Abweichung vom OR andere Bestimmungen aufstellen. Mein Antrag hat also gar nichts mit Abbau des Arbeitnehmerschutzes zu tun. Mein Antrag ist absolut im Sinne des Arbeitnehmerschutzes. Was an diesen Literae b und c stört, ist die Endterminbestimmung. Unter Buchstabe c steht beispielsweise geschrieben, dass die Frist von 14 Tagen auf Ende eines Monats eingehalten werden muss. Störend ist hier, dass diese Endbestimmung auf das Ende eines Monats eingefügt wird. Warum? Im Extremfall könnte eine sechswöchige Kündigungsfrist eingeführt werden. Das wäre mehr, als in den regulären OR-Bestimmungen enthalten ist. Deshalb schlage ich Ihnen vor, eine Frist von nur 7 Tagen zu setzen, aber keine Endterminbestimmung einzuführen. Mein Antrag geht in die gleiche Richtung wie der Antrag Villiger. Wenn Sie meinem Antrag nicht zustimmen wollen, können Sie dem Antrag Villiger zustimmen. Ich meine, dass man von dieser Endterminbestimmung wegkommen muss.

Mein Antrag lehnt sich an die Gesamtarbeitsvertragsbestimmungen an, die bereits heute zwischen der erwähnten Arbeitnehmerorganisation und dem offiziellen Verband existieren. Deshalb finde ich, dass wir es einfacher haben, wenn wir uns in diese Richtung bewegen. Ich bitte Sie, meinem Antrag in diesem Sinne zuzustimmen. Ich wiederhole noch einmal: Er wendet sich nicht gegen die Arbeitnehmerschutzinteressen, sondern er versucht, der Realität entgegenzukommen, die heute in Sachen Personalverleih und Temporärarbeit besteht.

**Villiger:** Gestatten Sie mir zuerst eine allgemeine Bemerkung zu diesem Thema. Herr Kommissionspräsident Miville hat vorher mit einer gewissen Bitterkeit anlässlich eines Minderheitsantrages Kündigung gesagt, es wäre vielleicht doch besser gewesen, wenn die Unterzeichner dieses Minderheitsantrages für Nichtetreten gewesen wären. Das wäre nach seiner Meinung ehrlicher gewesen. Ich verstehe seine Bitterkeit: Er muss ein Objekt verteidigen, zu dem er – so wie es aus der Kommission kam – nicht mehr in allen Teilen stehen kann. Grundsätzlich bin ich aber nach wie vor der Meinung, dass wir in diesem Parlament Gefahr laufen, zu viel und zu häufig zu regeln und hiermit ein Vorschriftengeflecht zu schaffen, das vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, von denen die Schweizer Wirtschaft lebt, nicht mehr ohne spezialisierte Stäbe bewältigen können. Zuerst war ich überzeugt, dass gerade dieses Gesetz doch eigentlich überflüssig sei. Nach den Kommissionsberatun-

gen habe ich aber doch gesehen, dass es diesen und jenen Regelungsbedarf gibt. Wir alle haben uns bemüht, Anträge einzubringen und dieses Gesetz so zu verbessern, dass wir damit leben können. Ich meine, dass man den Versuch eines Politikers, der ein Gesetz so lange verbessern will, bis er dazu stehen kann, nicht so bitter tadeln soll.

Zur Frage dieses Kündigungsschutzes: Wie der Kommissionspräsident gesagt hat, handelt es sich um ein Kernproblem. Die Bedürfnisse der Branche sowie das Schutzbedürfnis des betroffenen Arbeitnehmers müssen abgewogen werden. Deshalb möchte ich, obschon Frau Weber in bezug auf die Fristen das nötige gesagt hat, noch einige allgemeine Bemerkungen machen. Die temporäre Arbeit hat sowohl für den Arbeitnehmer als auch für das Unternehmen, welches Arbeitskräfte hinzumietet, eine ausgesprochene Ueberbrückungsfunktion. Es melden sich vor allem jene Erwerbstätigen, die nur während einer begrenzten Zeit arbeiten können und wollen. Sie werden Betrieben zur Verfügung gestellt, die ebenfalls nur kurzfristig Personal brauchen, vielleicht, um eine Schwankung im Arbeitsanfall auszugleichen oder einen ausfallenden Mitarbeiter temporär zu ersetzen. Diese Flexibilität ist von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung. Wäre das nicht so, hätte sich diese Branche nicht so rasant und erfolgreich entwickelt. Heute erzielt sie bereits etwa 600 Millionen Franken Jahresumsatz und erzeugt Arbeitsstunden, die, wenn ich mich nicht irre, ungefähr 12 000 festen Dauerstellen entsprechen würden. Die baldige und rasche Beendigung des Arbeitsvertrages ist ein Bedürfnis sowohl der einen wie der anderen Partei. Sie ist geradezu ein Wesensmerkmal der Temporärarbeit. Ich glaube, dass das Schutzbedürfnis des temporären Arbeitnehmers nicht das gleiche ist wie dasjenige des Arbeitnehmers in einer Dauerstelle. Ein Arbeitnehmer, der temporär arbeitet, wählt diese Arbeitsform gerade deshalb, weil er nur vorübergehend Arbeit will. Vielleicht will er sich in einer bestimmten Lebensphase beruflich nicht festlegen oder er will flexibel bleiben, damit er kurzfristig einen Job annehmen kann. Ein zu starker Kündigungsschutz ist gerade auch für diesen Mitarbeiter eine Fessel. Er schützt ihn auf einem Gebiet, auf dem er Schutz weder braucht noch will.

Zum Vorschlag der Kommission: Ich war ursprünglich der Meinung, man hätte noch weitergehen und für das erste Jahr, also im unterjährigen Arbeitsverhältnis, eine zweitägige Kündigungsfrist vorsehen müssen. Das wollte die Kommission nicht. Sie hat deshalb den Kompromiss geschaffen, den Sie als Mehrheitsentscheid hier vorfinden. Aus meinen damaligen Kenntnissen heraus habe ich diesen Mehrheitsentscheid in der Kommission akzeptiert. Nachträglich, nach vertieften Abklärungen, die vorher leider nicht möglich waren, habe ich dann feststellen müssen, dass dieser Kompromiss in der Praxis noch immer zu restriktiv und zu unflexibel ist, wegen dem Zwang in den Buchstaben b und c, erst auf Ende einer Arbeitswoche oder Ende eines Monats die Kündigung aussprechen zu können, was die Frist bei Buchstabe c faktisch auf 6 Wochen verlängert.

Frau Weber schlägt nun vor, in Buchstabe b und c den Kündigungszeitpunkt überhaupt wegzulassen. Das wäre die flexibelste und grosszügigste Lösung innerhalb dieses Kompromisses. Ich bin überzeugt, dass damit die Branche sehr gut leben könnte.

Mein Antrag modifiziert nur, indem wir die gleiche Regelung wie bei Buchstabe b wählen. Das ist etwas weniger flexibel als beim Antrag Weber, geht etwas weniger weit, ist aber meines Erachtens das absolute Minimum dessen, was wir modifizieren sollten, um eine für die Branche gangbare Lösung treffen zu können. Ich muss das nun Ihnen überlassen. Mir persönlich wäre der Antrag von Frau Weber der liebste. Ich werde ihm bei einer Eventualabstimmung sogar zustimmen. Aber wenn Sie doch nicht so weit gehen wollen, wäre mein Antrag die Auffangposition, mit der sich noch leben liesse.

**Cottier:** Herr Miville hat einige Argumente der Mehrheit dargelegt. Zu Recht sagte er, dass Absatz 2bis in den Divergenzen zwischen Mehrheit und Minderheit ein Kernstück

darstelle. Ich gehe noch weiter. Ich sage, dass es sich um den Schicksalsartikel dieser Gesetzesvorlage handelt. Die von Herrn Miville, dem Präsidenten, vorgebrachten Argumente der Mehrheit, bedürfen einer Ergänzung. Weshalb kürzere Fristen als die ordentlichen Fristen des OR? Ist eine unterschiedliche Behandlung gerechtfertigt? Ja, denn zwischen dem ordentlichen und dem temporären Arbeitsvertrag bestehen Unterschiede, die in der Kündigungsfrage eine differenzierte Lösung notwendig machen. Während der ordentliche Arbeitsvertrag in den allermeisten Fällen auf lange Zeit abgeschlossen wird, liegt es in der Natur des Arbeitsverleihs, dass der Temporärarbeiter für kurze und meist auch unbestimmte Zeit angestellt wird. Eine Probezeit kommt in diesen Fällen für den Temporärangestellten kaum in Frage.

Es besteht ein zweiter Unterschied zwischen den beiden Arbeitsvertragsformen. Vor einer ordentlichen Anstellung, die auf lange Sicht erfolgt, kommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer persönliche Gespräche zustande. Allenfalls wird der Arbeitnehmer sogar Tests und Prüfungen unterzogen. Nicht so beim Temporärvertrag. Die direkten Kontakte finden meist zwischen den Arbeitgebern statt, zwischen dem Verleiher und dem Dritten, dem Einsatzbetrieb. Es gibt also kaum ein Gespräch zwischen Temporärarbeiter und Einsatzbetrieb. Kürzere Kündigungsfristen sind damit gerechtfertigt, ja von den Temporärarbeitern in ihrer Mehrheit geradezu erwünscht, wie dies eine Umfrage gezeigt hat, die vom Schweizerischen Verband der Unternehmungen für temporäre Arbeit organisiert worden ist. Vergessen wir nicht: Der temporär Angestellte selber wählt die Form der Temporärarbeit, weil sie ihm besser behagt und ihm Vorteile bringt. So ist es auch logisch, dass ihm die damit verbundenen kürzeren Fristen auferlegt werden.

Ich empfehle Ihnen, dem Mehrheitsvorschlag der Kommission sowie den Ergänzungsanträgen zuzustimmen.

**M. Delamuraz, conseiller fédéral:** Sur l'ensemble de l'article et plus particulièrement sur l'alinéa 2bis, je dirai d'abord à M. Jelmini que je suis très triste de l'abandonner à sa solitude de minoritaire, d'autant plus triste qu'il soutient avec une bonne foi encourageante la version du Conseil fédéral et, qu'en toute normalité, je devrais être à ses côtés. En l'occurrence, je crois que les travaux de la commission ont permis d'améliorer la version du Conseil fédéral.

Si le rêve d'harmonie qui est le vôtre de ne pas introduire trop de règles disparates dans plusieurs chapitres de notre droit touchant au même sujet est louable, il faut tout de même prendre en compte ce qui vient d'être dit par divers orateurs, à savoir la très grande spécificité du travail temporaire. Il faut savoir que dans le domaine particulier de la durée du travail, du délai de résiliation etc, nous sommes en présence de circonstances qui ne sont pas les mêmes que celles d'autres formes d'emploi et qu'il est légitime d'introduire des règles particulières. A cet égard, la proposition de la majorité de la commission me paraît simple dans son fond et sage dans sa forme. La manière dont a été rédigé l'article 19 est plus harmonieuse et plus lisible.

Je voudrais aussi attirer l'attention de votre conseil sur une transformation – que le président de la commission a évoquée – du texte admis par le Conseil national sur le point de l'exigence du contrat écrit. Cette exigence se justifiait. Elle participait de la volonté d'une protection aussi large que possible du travailleur. Mais, dans les relations concrètes et quotidiennes, plusieurs exemples ont montré durant les travaux de votre commission, que cette exigence absolue allait sans doute trop loin, que les faits de la pratique se plieraient peu à la théorie de la loi et que, dans une appréciation plus réaliste des choses, la commission pouvait aller en direction d'une solution plus souple, en introduisant ce deuxième alinéa par les mots «en règle générale». Cela vous montre que l'assouplissement de la loi qui a été demandé par plusieurs d'entre vous lors du débat d'entrée en matière s'accomplit et que le système du Conseil fédéral que certains d'entre vous jugeaient trop dur, trop catégorique, trop absolu sur un certain nombre de points va vers des solutions

qui correspondent mieux à vos vœux. Je voulais insister sur ce point car il est typique de l'évolution parlementaire que connaît ce projet de loi.

Enfin, en ce qui concerne l'alinéa 2bis et les propositions qui sont attenantes, je vous suggère de rester fidèle à la formule que la commission a mise sur pied avec ces différents délais et de ne pas retenir les amendements de Mme Weber et de M. Villiger. Mme Weber a dit dans son argumentation que la solution de la commission prévoyait des délais de congé in extremis de six semaines, c'est la lettre c, et que cela serait plus long que ce que prévoit le code des obligations. Ce dernier en réalité prévoit *in extremis*, dans le cas de la lettre c, un délai de huit semaines selon les juristes de service. On ne serait donc pas en contradiction avec le délai tel qu'il est prévu par la commission.

De toute façon, il me paraît sage d'aller jusqu'où la majorité de la commission est allée dans la protection des travailleurs, c'est un peu plus loin que ce que proposent Mme Weber et M. Villiger, et c'est la raison pour laquelle je vous demande d'en rester à la version de la majorité.

**Le président:** Nous commençons par voter sur la lettre c en opposant la proposition Villiger à celle de la commission. En deuxième votation, la solution adoptée pour la lettre c et celle pour la lettre b de la commission sont opposées à la solution Monika Weber dans son ensemble. L'article résultant de cette votation, sera opposé à la proposition Jelmini de revenir à la solution du Conseil fédéral.

*Abs. 2bis Bst. c – Al. 2bis let. c*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission	9 Stimmen
Für den Antrag Villiger	33 Stimmen

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Villiger	10 Stimmen
Für den Antrag Weber	28 Stimmen

*Art. 19*

*Abstimmung – Vote*

Für den modifizierten Antrag der Mehrheit	33 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	10 Stimmen

**Art. 20**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Minderheit*

(Jelmini, Ziegler)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 20**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Minorité*

(Jelmini, Ziegler)

Adhérer à la décision du Conseil national

**Miville, Berichterstatte:** Die engere Fassung des Bundesrates, der nur auf allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge abstellen will, hat der Mehrheit der Kommission zugesagt. Sie ist zu diesem Vorschlag zurückgekehrt und lehnt die Fassung des Nationalrates ab. Der Nationalrat hätte gerne alle Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gesamtarbeitsverträge einbezogen. Das wäre eine Formulierung, die insbesondere den Gewerkschaften als Träger dieser Gesamtarbeitsverträge zusagen würde und die auch meine Sympathie für sich beanspruchen darf. Der Mehrheit der

Kommission aber erscheint die Einschränkung laut Bundesrat besser.

**Jelmini, Sprecher der Minderheit:** Bei Artikel 20 handelt es sich um die wichtige Frage der Einhaltung von Bestimmungen allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsverträge gegenüber den ausgeliehenen Arbeitnehmern. Es dürfte unbestritten sein, dass die Gesamtarbeitsverträge einen wesentlichen Anteil an unserer positiven wirtschaftlichen Entwicklung beanspruchen können. Es ist daher nur vernünftig, dieses Instrument auch für die Regelung der Arbeitsbedingungen bei der Leiharbeit einzusetzen. Mehrheit und Minderheit vertreten nun unterschiedliche Auffassungen darüber, in welchem Ausmass Bestimmungen dieser Gesamtarbeitsverträge Gültigkeit haben sollen. Während die Kommissionsmehrheit die Bestimmungen über Lohn- und Arbeitszeit als anwendbar erklärt, vertritt die Kommissionsminderheit, unterstützt vom Bundesrat – mindestens in der Diskussion im Nationalrat –, die Meinung, dass die Abmachungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden müssen. In Unternehmen, die einem allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag unterstehen – in der Schweiz haben wir nicht mehr als 17 allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge –, soll dieser Vertrag voll auch für die Leiharbeiter angewandt werden. Leiharbeiter sind in der Regel heute schlechter gestellt als festangestellte Arbeitnehmer. Die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen verunsichern oft die Stammebelegschaft und verschlechtern das Arbeitsklima. Durch die Leiharbeit dürfen jedoch gesamtarbeitsvertragliche Errungenschaften nicht unterlaufen bzw. umgangen werden. So sollten zum Beispiel vereinbarte Sozialleistungen usw. auch den Leiharbeitern gewährt werden. Ich möchte betonen, dass der Antrag der Minderheit dem Entwurf des Nationalrates entspricht. Dieser wiederum entspricht dem Minderheitsantrag, den Herr Nationalrat Allenspach im Nationalrat mit Erfolg vertreten hat. Nur mit dem Antrag der Minderheit ist es möglich, für gleichwertige Arbeit einheitliche und gerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen und damit die unterschiedliche Behandlung zwischen Festangestellten und einem von einem Vermittlungsbüro vermittelten Arbeitnehmer zu vermeiden. Ich möchte Sie bitten, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

**M. Delalay:** La majorité de la commission souhaite appliquer aux travailleurs temporaires les dispositions de la convention collective concernant le salaire et la durée du travail seulement, alors que la minorité veut étendre ces règles à toutes les conditions de travail.

Lors du vote, je soutiendrai la proposition de la majorité de la commission – je le regrette pour mon voisin, M. Jelmini – car je ne crois pas qu'il soit opportun de soumettre les travailleurs temporaires à toutes les conditions de travail des diverses entreprises où ils exercent leurs activités.

En Suisse, il existe environ 1500 contrats collectifs, dont 17 avec force obligatoire. Dans certaines entreprises, plusieurs contrats collectifs différents s'appliquent. Comment, dès lors, régler le problème dans de telles conditions? A quel contrat soumettre, par exemple, le chauffeur, travailleur temporaire, lorsque plusieurs contrats collectifs coexistent dans l'entreprise qui l'accueille et qui s'occupe à la fois de génie civil et de transport?

En outre, un même travailleur peut, au cours d'une certaine période, être actif dans plusieurs entreprises soumises à des contrats collectifs différents. Prenons l'exemple d'un mécanicien sur automobiles, qui peut successivement être placé dans une entreprise de la chimie, puis chez un garagiste, puis chez un entrepreneur du bâtiment. Toutes ces entreprises sont soumises à un contrat collectif spécifique qui peut contenir des dispositions différentes en matière de vacances, de jours fériés, de participation du travailleur à la prévoyance professionnelle, à l'assurance-maladie ou accidents. Il faut bien comprendre la difficulté pratique que rencontrerait la maison de location de services pour tout simplement établir le salaire net ou calculer les vacances auxquelles l'employé a droit.

Pour ces raisons, je vous invite à suivre la commission qui propose de soumettre le travailleur temporaire, seulement pour le salaire brut et la durée du travail, à la convention collective de l'entreprise qui l'occupe.

**Miville**, Berichterstatter: Ich habe einen Irrtum meinerseits zu korrigieren. Der Unterschied zwischen der nationalrätlichen Fassung und der Kommissionsmehrheit besteht nicht im Wort «allgemeinverbindlich», sondern in den Begriffen «Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen» in der Fassung Bundesrat/Kommissionsmehrheit und «Lohn- und Arbeitsbedingungen» in der Nationalratsfassung. Mit der Allgemeinverbindlichkeit hat dies nichts zu tun.

**Ziegler**: Der Minderheitsantrag ist identisch mit dem Beschluss des Nationalrates. Es geht um die Gleichbehandlung der verschiedenen Arbeitnehmer im gleichen Betrieb. Ich sehe keine stichhaltigen und vertretbaren Gründe dafür, dass Arbeitnehmer ein und desselben Betriebes unterschiedlich behandelt werden. Auch in der Kommission sind keine stichhaltigen Gründe dafür aufgeführt worden. Auch wenn der Gesamtarbeitsvertrag zweifellos Bestimmungen enthält, die nicht auf den Einsatz ausgeliehener Arbeitnehmer zugeschnitten sind, ist das kein Grund für eine unterschiedliche Behandlung der Arbeitnehmer. Auch wenn der Vorschlag der Mehrheit im übrigen nicht eine unterschiedliche Behandlung vorschreibt, schafft er doch die Möglichkeit dazu. Die Gleichbehandlung hängt dann davon ab, ob dies dem Verleiher und den Verantwortlichen des Einsatzbetriebes passt. Der Verleiher wird selbstverständlich in solchen Situationen den Begehren des Einsatzbetriebes Folge leisten. Wenn man die unterschiedliche Behandlung nicht will, dann bleibt nur die Zustimmung zum Antrag der Minderheit, und ich empfehle Ihnen dies.

**Villiger**: Auf den ersten Blick könnte man der Argumentation von Herrn Ziegler zustimmen, und ich habe mir das auch überlegt. Aber aus praktischen Gründen müssen wir doch bei der Mehrheitslösung bleiben. Es kommt ja nicht von ungefähr, dass der Bundesrat diese vorgeschlagen hat. Er begründet es in der Botschaft plausibel und sagt, es seien vor allem die Gründe der Publizität: damit man also weiss, wo was gilt. Es kann dem Verleiher nicht zugemutet werden, vor Vertragsabschluss bei jedem Einsatzbetrieb die Verbandszugehörigkeit abzuklären und dann zu schauen, was er jetzt für spezifische Bedingungen erfüllen muss. Oft vereinbaren die Sozialpartner in den Gesamtarbeitsverträgen der Einsatzbetriebe Leistungen, die dem Personalverleihbetrieb aufgrund seiner besonderen Ausgestaltung wiederum fremd sind. Normalerweise gehen arbeitsrechtliche Bestimmungen eines Gesamtarbeitsvertrages von einem auf Dauer ausgelegten Arbeitsverhältnis aus. Die einschlägigen Bestimmungen sind entsprechend detailliert, besonders auch im sozialversicherungsrechtlichen Bereich. Die Einhaltung solcher Bestimmungen für einen temporären Arbeitnehmer im Einsatzbetrieb bei Krankheit oder Unfall würde in jedem Einzelfall faktisch dazu zwingen, wieder einen besonderen Versicherungsvertrag abzuschliessen. Das ist angesichts der bestehenden Einrichtungen, denen der Arbeitnehmer vielleicht schon angehört, administrativ für die Temporarfirmen völlig unmöglich. Dazu kommt, dass der Begriff der Arbeitsbedingungen in einem befristeten Arbeitseinsatz rechtliche Fragen offen lässt, die vorher noch sorgfältig geklärt werden müssten. Die Konsequenz wäre natürlich auch, dass die eigenen gesamtarbeitsvertraglichen Vereinbarungen innerhalb der Temporärbranche erschwert würden. Wir sollten diesen Verbänden die Möglichkeit geben, mit ihren Gewerkschaften solche Verträge abzuschliessen; damit wäre dem Schutz des Arbeitnehmers absolut Genüge getan. Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit zuzustimmen.

**M. Jelmini**, porte-parole de la minorité: Je crois qu'on crée quelque confusion ici. Tout d'abord, ce qu'on dit ne se rapporte pas à 2000 ou à 1500 contrats collectifs de travail,

mais seulement à 17 contrats qui ont force obligatoire en Suisse. C'est donc, malheureusement, une réduction qui a été apportée et que nous acceptons en tant que compromis. Il est très facile de voir si un ouvrier travaille dans le bâtiment ou dans la métallurgie. Il n'est pas nécessaire d'avoir une encyclopédie à disposition. Or, ce que vient de dire M. Villiger est une exagération inouïe de l'application de ce principe qui ne concerne, malheureusement je le répète, que les entreprises ou les travailleurs qui sont assujettis à une profession où existe une convention collective de travail avec force obligatoire.

Je tenais simplement à remettre l'église au milieu du village.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: J'insiste sur le fait que cet article 20 permet aux travailleurs louant leurs services et occupés dans un secteur régi par une convention collective de travail avec déclaration d'extension – M. Jelmini l'a rappelé, cela limite sensiblement le secteur où s'appliquent ces conventions – d'obtenir des conditions de travail aussi proches que possible de celles des travailleurs fixes. C'est une conquête importante et c'est une protection du travailleur utile.

Le Conseil fédéral propose cependant, dans son message, de limiter aux deux piliers essentiels de la convention – le salaire minimum et la durée du travail – l'application aux travailleurs temporaires de ces conventions. Le Conseil national, ainsi que votre minorité, pensent qu'il faut aller plus loin et qu'il faut tout simplement appliquer aux travailleurs temporaires l'ensemble des règles qui valent pour les travailleurs fixes dans cette profession et dans le cadre de cette convention. Apparemment, c'est très généreux, c'est plus logique que la proposition du Conseil fédéral; apparemment seulement, car en effet, de par la nature spécifique du travail temporaire et de la location des services – nous en avons parlé plusieurs fois ce matin et nous le retrouvons ici – de par sa spécificité, disais-je, ce travail temporaire se prête mal à l'application de toutes les conditions valables pour un travail fixe. C'est parce que certaines de ces dispositions, outre la durée du travail et le salaire minimum, seraient difficilement applicables, pour ne pas dire inapplicables pour certaines d'entre elles, aux travailleurs temporaires, ou bien, si elles étaient applicables aux travailleurs temporaires, créeraient une complication d'interprétation et une complication du traitement du travailleur temporaire telle, qu'il vaut mieux finalement renoncer à cette volonté que je qualifierai de perfectionniste et en rester à la solution du Conseil fédéral qui porte, vous en conviendrez avec moi, sur l'essentiel, car quand on parle de salaire minimum et de temps de travail, pour un travailleur temporaire, c'est bien l'essentiel et c'est de cela qu'il doit s'agir pour lui, et pas du reste.

En définitive et tout bien pesé, à suivre le Conseil national et la minorité généreuse de votre commission, je dis qu'on finirait par rendre un mauvais service au travailleur temporaire et qu'il serait assujéti à un nombre de conditions de conventions collectives dont il n'a véritablement pas besoin et qui créeraient souvent pour lui un imbroglio de conditions juridiques – plus grand serait le bénéfice d'un arrêté ne s'appliquant qu'au salaire minimum et au temps de travail. M. Delalay l'a rappelé par quelques exemples.

Dans cet esprit, je vous invite à suivre la majorité de votre commission.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	26 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	12 Stimmen

#### Art. 21, 22

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

**Art. 23***Antrag der Kommission**Abs. 1, 3 und 4*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 2*

.... Streitwert von 20 000 Franken sehen ....

.... Verfahren vor. Der Streitwert bemisst ....

**Art. 23***Proposition de la commission**Al. 1, 3 et 4*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 2*

.... pas 20 000 francs. Le montant ....

*Angenommen – Adopté***Art. 24***Antrag der Kommission**Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 2*

.... betrieblichen Verhältnisse der Arbeitgeber sowie die allgemeine Arbeitsmarktlage.

**Art. 24***Proposition de la commission**Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 2*

.... aptitudes professionnelles, des besoins de l'employeur et de la situation de l'entreprise ainsi que de la conjoncture sur le marché de travail.

**Miville**, Berichterstatter: Ich möchte Sie auf die Bedeutung der Worte «die sich meldenden Stellensuchenden» und «die gemeldeten offenen Stellen» aufmerksam machen. Diese Worte sind wichtig, weil sie gewisse Befürchtungen, die dieser Vorlage von Arbeitgeberseite entgegengebracht werden und die auch heute in der Diskussion zum Ausdruck gekommen sind, beschwichtigen. Man sieht aus dieser Formulierung ganz deutlich, dass die Hauptaufgabe der öffentlichen Arbeitsvermittlung darin liegt, die sich meldenden Stellensuchenden und die gemeldeten offenen Stellen zu erfassen. Sie haben hier das, was schon in der Eintretensdebatte betont worden ist: die Subsidiarität der öffentlichen Arbeitsvermittlung gegenüber der privaten, die auf dem ganzen Gebiet das Primat durchaus behaupten soll.

*Angenommen – Adopté***Art. 25***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté***Art. 26***Antrag der Kommission**Titel*

Vermittlungstätigkeit und Unparteilichkeit

*Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 2*

Ebenso vermitteln und beraten sie ausländische ....

*Abs. 3**Mehrheit*

Die Arbeitsämter können die Arbeitsvermittlung ablehnen, wenn der Arbeitgeber mehrfach oder schwer gegen Arbeitnehmerschutzbestimmungen verstossen hat.

*Minderheit*

(Jelmini, Gadiant)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 26***Proposition de la commission**Titel*

Activité de placement et impartialité

*Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 2*

Ils placent et conseillent de même des demandeurs ....

*Al. 3**Majorité*

Les offices du travail peuvent refuser d'exécuter le placement lorsque le placeur a contrevenu à plusieurs reprises ou de façon grave aux dispositions relatives à la protection des travailleurs.

*Minorité*

(Jelmini, Gadiant)

Adhérer à la décision du Conseil national

*Abs. 1 und 2 – Al. 1 et 2**Angenommen – Adopté**Abs. 3 – Al. 3*

**Miville**, Berichterstatter: Dass ich die Mehrheit zu vertreten habe, darauf bin ich heute schon einmal aufmerksam gemacht worden!

Die Mehrheit legt Wert darauf, dass man den Arbeitsämtern die Arbeitsvermittlung nicht geradezu untersagt, wenn der Arbeitgeber gewisse Bedingungen nicht einhält, sondern dass man den Arbeitsämtern freistellt, ob sie dann die Arbeitsvermittlung ablehnen oder eben doch durchführen. Um die Bedeutung dieses Unterschiedes hervorzuheben, möchte ich einige konkrete Beispiele zur Anwendung von Artikel 26 Absatz 3 erwähnen. Die Arbeitsämter lehnen heute die Mitwirkung an der Vermittlung z. B. in folgenden Fällen ab:

– wenn es sich um Arbeitgeber handelt, welche ihren Arbeitnehmern den Lohn in Raten auszahlen oder nur mit grossen Verzögerungen;

– wenn es sich um Arbeitgeber handelt, welche ihren Arbeitnehmern Löhne anbieten, die unter den gesamtarbeitsvertraglichen Minima liegen;

– im Falle von Arbeitgebern, von denen man auf dem Arbeitsamt ganz einfach weiss, dass sie sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, wo also ein Konkurs eintreten kann, über den wir uns heute schon einmal unterhalten haben, und wo jetzt also nicht einmal Kauttionen geleistet werden sollen;

– wenn es sich um Arbeitgeber handelt, die vorher Arbeitnehmer aus wirtschaftlichen Gründen entlassen haben. In solchen Fällen lehnen die Arbeitsämter heute die Mitwirkung ab, und zwar ganz strikt.

Ich mache noch darauf aufmerksam, dass in der Fassung des Absatzes 3 nach Kommissionmehrheit die Litera a, nämlich die erhebliche Unterschreitung der orts- und beruf-süblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, kein Kriterium mehr wäre. Auch das hält die Kommission nicht für nötig. Im übrigen werden wir ja nun die Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Minderheit hören, die Minderheit auch in diesem Falle vertreten durch Herrn Jelmini.

**Le président**: Je rends attentifs les députés romands que, dans le texte français présenté par la majorité, subsiste une erreur. Il y est écrit «le placeur» au lieu de «l'employeur». En effet, le texte allemand contient «Arbeitgeber» et non «Vermittler». Le texte français du dépliant doit donc être corrigé.

**M. Jelmini**, porte-parole de la minorité: Il paraît normal qu'un office public refuse ces prestations à quelqu'un qui n'observe pas les dispositions relatives à la protection des travailleurs. La majorité de la commission le reconnaît et confirme d'ailleurs cette pratique courante qui va justement dans le sens indiqué à l'alinéa 3 de la version du Conseil fédéral, que je vous propose d'adopter.

En effet, les cantons ont appuyé, dans la consultation sur l'avant-projet, l'introduction de cette disposition qui vise à assurer dans cette matière une application concrète et correcte des rapports de travail et à empêcher les abus. Quels sont en particulier les abus que l'on veut empêcher et qui justifient déjà maintenant le refus de collaboration des offices du travail? Je vous donne quelques exemples: lorsque l'employeur verse le salaire par acomptes ou avec un retard considérable, lorsque les salaires offerts sont en dessous d'un minimum prescrit par le contrat collectif de travail, lorsque l'employeur se trouve dans une situation économiquement désespérée et insoutenable, ruineuse, désastreuse, dans un état de faillite, ou lorsque l'employeur vient de licencier d'autres travailleurs pour des motifs d'ordre économique.

Il faut en somme éviter des situations odieuses et perverses, motivées soit par la volonté de spéculer sur la situation de faiblesse du demandeur d'emploi, soit par le goût de l'aventure amenant parfois à courir des risques disproportionnés sans avoir les moyens nécessaires pour y remédier.

Il s'agit, au fond, d'activités et de méthodes qui se trouvent en dehors des conditions indispensables pour assurer entre commerçants une libre mais correcte concurrence. La libre concurrence, même dans ce secteur, ne doit pas se réaliser au-delà d'un réseau de protection, de conditions de travail et de salaire établis entre partenaires – contrats collectifs de travail – ou entrés dans l'usage. Je suis convaincu que la plupart des employeurs respectent ces conditions. Ce sont plutôt les malins, les rusés qui cherchent à sortir de ces règles pour augmenter éventuellement leurs chances de concurrence ou leur profit. Il serait dommage que, en affaiblissant le projet, un conseil législatif comme le nôtre en vienne à appuyer des manoeuvres malhonnêtes qui risquent de se multiplier rapidement. Si l'on veut défendre une véritable liberté, il faut pouvoir combattre les abus. Quelqu'un pourra soutenir que, par cette disposition, on octroie à l'autorité administrative un pouvoir de jugement. Mais ce n'est pas vrai. Il y a d'autres dispositions qui obligent l'autorité administrative à apprécier des comportements et des états de fait, par exemple, l'article 9 de l'ordonnance limitant le nombre des étrangers et où il est dit que les autorisations ne peuvent être accordées que si l'employeur accorde à l'étranger les mêmes conditions de rémunération et de travail en usage dans la localité et la profession etc.

Mais au fond, il s'agit simplement d'assurer l'efficacité du travail administratif. La limitation proposée par la majorité de la commission met les offices du travail dans la situation de trouver souvent les mêmes travailleurs devant leur porte parce qu'ils n'ont pas pu se rendre compte des inconvénients existants auprès de l'employeur auquel ils ont été adressés. Il s'agit enfin, de refuser une prestation à ceux qui ne la méritent pas parce qu'ils ne respectent pas des règles pourtant facilement appréciables. Je crois que personne ne pourrait prétendre, par exemple, qu'un agent de police aide l'automobiliste qui s'engage dans une route où le trafic est interdit à y parquer sa voiture.

Voilà pourquoi je vous invite à suivre la proposition du Conseil fédéral.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Il s'agit tout d'abord du changement du titre de cet article. La commission du Conseil vous propose de l'intituler «Activité de placement et impartialité», le titre original en étant «Obligation de placer et impartialité». Le Conseil fédéral y adhère pleinement. Le terme «obligation de placer» pouvait donner matière à discussion, ce que nous voulions exprimer et ce qui restera dans la réalité est cependant ceci: lorsqu'un demandeur d'emploi s'adresse à un office public du travail, celui-ci a l'obligation de lui répondre. Est-ce qu'il a l'obligation de parvenir à le placer? Bien sûr que non, cela dépendra des circonstances; mais il doit répondre à la demande de ce travailleur et s'efforcer ensuite de lui trouver un emploi adéquat. C'est une mission qu'accomplissent tous les offices du travail dans notre pays et elle continuera d'être accomplie, bien entendu.

A l'alinéa 3, lettre b, nous constatons que les dispositions prévues, c'est-à-dire les contraventions répétées et graves aux dispositions relatives à la protection des travailleurs, font de celui qui les a commises, aussi bien dans la version de la majorité que de la minorité, un interlocuteur avec lequel on ne traite pas. Cela est évident, on n'a pas besoin d'en parler longuement. En revanche, votre majorité souhaiterait supprimer la condition selon laquelle l'employeur qui offre délibérément moins que ce qui est offert dans la profession et dans le lieu de travail, puisse continuer à être pris en compte. Alors, nous pensons qu'il y a là une obligation pour l'office du travail, qui va trop loin. Et l'office du travail n'a pas à s'ériger en censeur des politiques salariales sans doute mais qui a à prendre en compte l'état économique général, peut tout de même être autorisé à ne pas entrer en matière avec un employeur qui, manifestement, est hors de toutes les normes de sa profession et du lieu de travail, et profite par là d'une situation momentanément favorable en ce qui le concerne quant au marché du travail et, par conséquent, contribue à disjoindre une offre normale d'une offre anormale.

Je pense que la précaution prise ici par le texte du Conseil fédéral, du Conseil national et de votre minorité est justifiée, que l'on ne va décidément pas trop loin et que l'on fera de cette disposition une application extrêmement nuancée et sensible. Nous répétons que l'expression «sensiblement inférieur», que la prise en compte de la profession et du lieu de travail surtout, sont des éléments qui donnent toute garantie quant à l'application qui sera faite de cette disposition. Au total, il me paraît préférable de ne pas créer ici une divergence avec le Conseil national et d'en rester à la formule du Conseil fédéral proposé par votre minorité.

**Kündig**: Ich habe eigentlich gehofft, dass der Bundesrat sich der Kommissionsmehrheit anschliessen könnte, dies aus zwei Gründen:

1. In diesem Absatz 3 ist festgelegt, dass die Arbeitsämter bei einer Arbeitsvermittlung nicht mehr mitwirken dürfen, dass sie sich also strafbar machen können, wenn sie dies trotzdem tun und eine der unten aufgeführten Bedingungen nicht eingehalten ist.

2. Bei Buchstabe a sind Vorschriften enthalten, die nach meinem Dafürhalten nicht in die Beurteilungskriterien des Staates passen. Es heisst in Buchstabe a: «die orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erheblich unterschreitet».

Das sind Massstäbe, die nicht vom Staat festgelegt werden sollten. Ich glaube deshalb, dass es die flexiblere und bessere Lösung ist, wenn man – statt derart einschneidende Vorschriften zu erlassen – den Arbeitsämtern mit einer Kann-Formulierung ermöglicht, die Arbeitsvermittlung abzulehnen, hier also selbst zu entscheiden.

Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

**Miville**, Berichterstatter: Jetzt spreche ich nicht als Kommissionspräsident, sondern jetzt darf ich vielleicht auch einmal meine persönliche Meinung uneingeschränkt zur Darstellung bringen.

Ich widerspreche jetzt nämlich Herrn Kündig, der gesagt hat, der Staat habe orts- und berufsübliche Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zu beurteilen. Das muss der Staat aber auch in anderen Zusammenhängen tun. Mit orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen befassen sich z. B. staatliche Einigungsämter. Ja sogar die Arbeitsämter der Grenzkantone haben sich sehr damit zu befassen, wenn sie Grenzgängerbewilligungen aussprechen. Da ist zu prüfen, ob die Firma dem Grenzgänger die orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen gewähren will oder nicht. Im anderen Fall wird Sozial-Dumping angenommen, und die Bewilligung wird nicht erteilt.

Ich halte Absatz 3 in der Fassung der Kommissionsmehrheit für eine bedenkliche Abschwächung dieser Vorlage; weniger wegen der Frage, ob es sich um eine Vermittlungspflicht oder nur um eine Vermittlungstätigkeit handle, ob also die

Arbeitsämter «nicht mitwirken dürfen» oder ihre Mitwirkung «ablehnen können», als wegen des von der Kommissionsmehrheit angestrebten Wegfalls von Buchstabe a. Dass die orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen überhaupt keine Rolle mehr spielen sollen, scheint mir sehr schwerwiegend und führt mich persönlich aus voller Ueberzeugung auf die Seite der Minderheit Jelmini/Gadient.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit	13 Stimmen
Für den Antrag der Mehrheit	24 Stimmen

#### Art. 27 und 28

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 29

##### Antrag der Kommission

##### Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### Minderheit

(Kündig, Rüesch, Villiger)

##### Abs. 1

... von Arbeitnehmern aus wirtschaftlichen Gründen sowie Betriebsschliessungen ....

#### Art. 29

##### Proposition de la commission

##### Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

##### Minorité

(Kündig, Rüesch, Villiger)

##### Al. 1

... licenciement, pour des raisons d'ordre économique, d'un nombre important ....

**Miville**, Berichterstatter: Hier will eine Minderheit der Kommission wieder eine Einschränkung vornehmen, indem Entlassungen einer grösseren Zahl von Arbeitnehmern aus wirtschaftlichen Gründen sowie Betriebsschliessungen dem Arbeitsamt möglichst frühzeitig gemeldet werden sollen. Ich gestatte mir hierzu folgende Ausführungen. Aufgrund von Artikel 29 Absatz 1, wie ihn der Bundesrat vorschlägt, wird der Arbeitgeber generell verpflichtet – nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen –, die Entlassung einer grösseren Anzahl von Arbeitnehmern und Betriebsschliessungen dem zuständigen Arbeitsamt zu melden. Absatz 2 regelt die Ausnahmen: Kleinbetriebe mit weniger als sechs Arbeitnehmern sollen von dieser Meldepflicht befreit werden.

Es ist vielleicht interessant, sich zu vergegenwärtigen, wie diese Frage im geltenden Recht geregelt ist. Eine Meldepflicht der Arbeitgeber für Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen besteht bereits heute. Sie wird in Artikel 2 der Verordnung über den Ausbau der Arbeitsmarktstatistik vom 9. Juli 1975 konkretisiert. Wie in Artikel 29 Absatz 2 werden auch in Artikel 2 Absatz 2 dieser Verordnung Kleinbetriebe mit weniger als sechs Arbeitnehmern von der Meldepflicht befreit.

Im Unterschied zur genannten Verordnung werden aber nun aufgrund der bundesrätlichen Vorlage neu die betroffenen Betriebe alle Entlassungen melden müssen, nicht nur jene aus wirtschaftlichen Gründen, und sie werden dem zuständigen Amt auch Betriebsschliessungen melden müssen.

Es besteht heute in bezug auf diese Meldepflicht keine einheitliche Praxis in den Kantonen. Im Rahmen der Vorarbeiten zur Vollzugsverordnung wird der Bundesrat in Zusammenarbeit mit den Kantonen zu überprüfen haben, ob aufgrund statistischer Erwägungen bundesrechtlich ein einheitlicher Erhebungsmodus eingeführt werden soll oder ob es sinnvoller ist, die bisherige föderalistische Regelung – mit

Rücksicht auf die regionale Verschiedenheit der Arbeitsmärkte – beizubehalten.

**Kündig**, Sprecher der Minderheit: Wie Herr Miville richtig ausführte, gilt seit 1975 tatsächlich in einem Dringlichen Bundesbeschluss eine Meldepflicht bei Entlassung «aus wirtschaftlichen Gründen».

Die Absicht des Erlasses war, bei allfälligen Beschäftigungseinbrüchen entgegenwirken zu können. In Artikel 29, wie er jetzt vorliegt, versucht der Bundesrat, die Meldepflicht auszuweiten und zu generalisieren. Soweit ich sehe, wird der Grundstein dafür gelegt, dass wir schon bald einmal eine allgemeine Meldepflicht haben werden, womit die staatliche Einflussnahme auf den Stellenmarkt – oder wenn Sie es im Klartext haben wollen: auf die Stellenbewirtschaftung – vorgezeichnet ist. Diese Entwicklung wird zwar vom Bundesrat und der Verwaltung immer wieder in Abrede gestellt. Allein fehlt mir, mindestens in diesem Punkt, der Glaube.

Der Bundesrat versucht, die Einflussmöglichkeiten durch zwei Einschränkungen zu mildern; einmal durch den Begriff in Absatz 1, wo es heisst «Entlassungen einer grossen Anzahl von Mitarbeitern», und dann in Absatz 2, wo Betriebe mit weniger als sechs Mitarbeitern von der Meldepflicht ausgenommen sind. Gerade diese sogenannte Verbesserung zeigt auf, dass man bereits in Kleinststrukturen einwirken möchte.

Sie werden mit mir einiggehen, wenn ich behaupte, dass eine Entlassung von 15 Prozent der Arbeitnehmer eine bedeutungsvolle Entlassung ist. Wenn Sie aber in einem Betrieb mit sechs Beschäftigten einen davon entlassen, haben Sie schon 16 Prozent Ihrer Mitarbeiter entlassen. Sie ersehen daraus die Wirkung, die diese kleine Einflussgrösse überhaupt haben kann. Sie ersehen aber daraus auch, dass unzumutbare Zustände entstehen können, indem insbesondere Kleinunternehmer, die dieses Gesetz überhaupt nie lesen werden – davon bin ich nämlich überzeugt –, praktisch jede Entlassung melden müssten, auch wenn diese auf keine wirtschaftliche Krisensituation zurückgeht oder wirtschaftliches Gewicht beinhaltet. Es ist deshalb notwendig, dass man sich wiederum auf die Basis dieser staatlichen Arbeitsvermittlung zurückbesinnt und ausschliesslich besondere wirtschaftliche Situationen berücksichtigt, wie dies auch die Absicht war. Denn wenn wir jedesmal weiter ausdehnen, sind auch meine Befürchtungen, dass die allgemeine Meldepflicht und ähnliches mehr in Zukunft auf der Menukarte stehen werden, mit Sicherheit nicht unbegründet.

Ich ersuche Sie deshalb, der Minderheit zuzustimmen.

**M. Ducret**: Tout au long des discussions de ce matin sur cette loi, comme en commission, on sent une grande méfiance envers l'Etat. Et on la sent d'autant plus dans cet article 29. Pourtant, les pouvoirs publics de la Confédération et des cantons proposent uniquement de collaborer avec les entreprises pour rendre le moins difficile possible les reclassements lorsqu'il y a des besoins de licenciements. Malheureusement, en raison des restructurations de grandes entreprises suisses alémaniques ayant déplacé leurs activités, Genève a connu beaucoup de fermetures d'entreprises. Celle de BBC nous menace en ce moment. Mais quelle entreprise, sur le territoire genevois et dans d'autres cantons, ayant licencié du personnel, n'a pas bénéficié de l'appui total du canton? Nous n'empêchons personne de licencier, vu que nous manquons – heureusement – de moyens politiques, juridiques et économiques pour intervenir. Alors, je ne comprends pas pourquoi on veut limiter les annonces à des cas d'ordre économique. Encore faudra-t-il savoir distinguer. Est-ce que, par exemple, la *Tribune de Genève* qui fermera son imprimerie de Genève pour collaborer à l'ouverture d'une autre à Lausanne, le fait pour des raisons économiques ou non? Les 80 licenciements sont-ils dus à des raisons économiques ou simplement à une nouvelle organisation, puisque le même nombre d'exemplaires continuera à paraître? Il s'agit donc d'un obstacle de plus qui va semer la confusion. Les patrons sont tous très

attachés à leur personnel et ne licencient pas sans que cela soit un gros crève-coeur, mais chaque fois qu'une entreprise a dû licencier, elle a trouvé, de la part des autorités, le meilleur appui possible.

Alors, c'est une main tendue, et je ne comprends pas que les milieux patronaux la refusent. Je souhaiterais en tout cas que, au moment du vote, l'on suive l'avis de la majorité de la commission qui voudrait que, dans tous les cas, l'on se tourne vers l'autorité pour annoncer ce qui se passe, en pleine collaboration et très amicalement.

**Rüesch:** An diesem Beispiel sehen Sie gerade den unnötigen Perfektionismus dieses Gesetzes. Was kann denn das Arbeitsamt für ein anderes Interesse haben, als die wirtschaftlichen Gründe zu erfahren? Es möchte ja wirtschaftlich arbeiten; es muss dafür sorgen, dass Leute, die entlassen werden, möglichst wieder plaziert werden können. Andere Arten der Entlassungen wären beispielsweise Entlassungen aus disziplinarischen Gründen. Wenn Sie sechs Arbeiter beschäftigen und entlassen deren zwei, weil sie nicht miteinander auskommen, wäre das bereits ein Drittel des Bestandes und deshalb meldepflichtig. Das ist doch ein unnötiger Perfektionismus, mit dem das Arbeitsamt nichts anfangen kann. Das wäre ein Perfektionismus, der in der Praxis nicht gehandhabt wird. Hören wir doch auf, unsere Gesetze mit Fällen anzureichern, die nachher nicht zu handhaben sein werden! Es geht um wirtschaftliche Gründe, daher muss diese Meldepflicht stipuliert werden. Ich bitte Sie deshalb, der Minderheit zuzustimmen.

**M. Delamuraz,** conseiller fédéral: J'ai le sentiment très net que l'on se méprend chez plusieurs orateurs sur le rôle des bureaux de l'Office du travail, que l'on voit en eux des machines administratives, pour tout dire l'oeil de Moscou se plongeant dans les entreprises, donnant des ordres, donnant des bonnes et mauvaises notes et jugeant de l'activité économique des entreprises au nom de l'Etat qui sait tout et qui fait tout. Ce n'est pas du tout le cas. Ces offices du travail sont là pour rendre service, pour aider un certain nombre d'entreprises et de travailleurs en difficulté à retrouver un emploi, à se réimplanter dans le marché du travail après une décision qui a comporté des licenciements de quelque nature qu'ils soient. C'est la seule mission d'un office du travail; essayons donc de donner à cet office de bonnes conditions et il en sera ainsi si l'on veut bien le renseigner sur les mouvements relativement importants qui interviennent quant aux emplois d'une entreprise.

On ne demande pas la lune, on ne demande pas d'annoncer longtemps à l'avance de tels licenciements, cela pourrait porter préjudice à l'entreprise. On demande que, au plus tard au moment du licenciement, c'est-à-dire au moment où la chose est rendue publique, on annonce ceux-ci à l'Office du travail. Ce n'est donc pas exposer ces entreprises à des effets néfastes consécutifs à l'intervention de l'administration publique.

J'ajoute que, dans le *distinguo* que l'on veut faire entre les raisons d'ordre économique pour licenciements et les raisons d'ordre non économique, je vois là une limitation tout à fait artificielle si l'on ne retient que l'argument économique.

M. Rüesch vous vous interrogez sur la nature même de ces licenciements. Je crois que l'exemple que donnait tout à l'heure M. Ducret est en soi un exemple qui n'est pas strictement économique mais dont les effets finalement sur le marché du travail, à Genève en l'occurrence, seront nettement ressentis. Alors pourquoi voudriez-vous faire deux cuvées de licenciés, les licenciés pour raisons économiques, et les licenciés pour raisons non économiques? Ils ont le droit les uns et les autres à la même protection. Je pense même que les licenciés non économiques auront plus besoin de ce coup d'épaule des offices du travail que les autres. Car pour les autres, on connaîtra bien la situation, on dira: c'est parce qu'il y a eu restructuration de l'entreprise, raison économique. Si la raison n'est pas économique, on se posera d'autres questions, le cas est moins simple et ces travailleurs auront probablement plus de peine à se replacer

et c'est pour eux que l'on voudrait s'abstenir de faire une annonce.

Ce n'est pas très logique et je pense que si vous voulez bien considérer l'intérêt pour les offices de fonctionner aussi bien que possible, vous admettez, comme moi, qu'il faut élargir cette notion du renseignement. Bien sûr, et vous avez parfaitement raison, la limite inférieure à six employés pour le droit d'annoncer est une limite sans doute arbitraire. Bien sûr, si l'entreprise licencie trois de ses ouvriers sur cinq, cela représente pour les trois ouvriers de toute façon un cas de difficultés et pour l'entreprise un cas de grandes difficultés. On aurait très bien pu éviter ce deuxième alinéa et cette limitation. On l'a toutefois maintenu pour ne pas pousser les petites entreprises dont nous connaissons le sort à trop de travaux administratifs et c'est cette volonté d'allègement qui nous a guidés. Toutefois, je vous demande de considérer l'essentiel et surtout le fait que le renseignement à l'Office du travail n'est pas un renseignement que l'on apporte à un censeur méchant et interventionniste, c'est un renseignement que l'on apporte à un office qui est là pour mettre de l'huile dans les rouages, pour créer des connexions utiles entre les demandeurs et les pourvoyeurs d'emplois. Ce n'est rien d'autre.

**Frau Meier Josi:** Entschuldigen Sie die etwas späte Intervention. Ich habe mir Ihre Ausführungen sehr aufmerksam angehört. Ich habe Verständnis dafür, wenn hier gesagt wurde, der Staat wolle den Betrieben nur helfen. Ich habe auch Verständnis dafür, dass die Betriebe finden, sechs Mitarbeiter, von denen ein Drittel zwei sind, seien keine wirtschaftlich dringenden Fälle für Meldungen.

Ich frage mich deshalb, ob es nicht gescheiter wäre, diesen Absatz 2 zu modifizieren. Ich schlage Ihnen eine Aenderung vor, bei der Sie keinen schriftlichen Antrag brauchen. Sie können sie leicht überblicken. Ich schlage Ihnen nur vor, die Zahl von «sechs» auf «zwanzig» abzuändern. Damit erreichen wir eine etwas vernünftigeren Grössenordnung. Von einer solchen Vorschrift würde eine bedeutend kleinere Zahl von Betrieben betroffen. Man müsste mindestens einmal abklären, ob ein solcher Antrag nicht einen Weg für die Differenzbereinigung aufzeigen würde.

**Schönenberger:** Ich bin erstaunt, wie lange hier «Kommissionssitzungen» über einzelne Artikel abgehalten werden. Ich stelle Antrag auf Schluss der Diskussion.

**M. Delamuraz,** conseiller fédéral: Je pars du point de vue que cette limite de six est peut-être arbitraire mais qu'en l'occurrence la porter à 20 pourrait, dans de nombreux cas, créer de grandes difficultés. Imaginez, Madame Meier, dans une région de campagne, un petit village, ou une petite ville, qu'un licenciement de 17, 18 ou 19 personnes peut prendre valeur de catastrophe locale et susciter de très nombreux problèmes. Je crois que la règle de six n'est finalement pas trop mal taillée. J'ajoute que nous avons repris ici cette règle parce que c'est celle que nous avons dans d'autres législations relatives au même domaine: la loi sur les fabriques, la loi sur le travail, par exemple, fixent elles aussi la limite inférieure à six et c'est par analogie qu'il convient, à mon avis, d'en rester là.

**Le président:** Je vous propose de voter tout d'abord sur l'alinéa 2 car le résultat de ce vote peut influencer le vote sur l'alinéa 1.

*Abs. 2 – Al. 2*

*Abstimmung – Vote*

*Eventuell – A titre préliminaire*  
Für den Antrag der Kommission  
Für den Antrag Meier Josi

19 Stimmen  
22 Stimmen

*Abs. 1 – Al. 1*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit	22 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	19 Stimmen

**Art. 30**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

**Art. 31**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1, 2 und 3*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 4*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Art. 31**

*Proposition de la commission*

*Al. 1, 2 et 3*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Art. 32**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 2*

Sie unterhalten mindestens ein kantonales Arbeitsamt. (Rest des Absatzes streichen)

**Art. 32**

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 2*

Ils gèrent un office du travail au moins.

*Abs. 1 – Al. 1*

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 2 – Al. 2*

**Miville**, Berichterstatter: Ich möchte hier nur auch wieder auf eine Formulierung des Gesetzes hinweisen, die nicht einfach so «sans dire mot» passieren sollte, sondern die eine ganz spezielle Bedeutung hat. In Absatz 2 heisst es: «Sie unterhalten mindestens ein kantonales Arbeitsamt.» Es ist zu betonen, dass die Kommission – in ihrem Protokoll vom 25. August 1988 kann man das nachlesen – Wert auf die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den privaten Arbeitsvermittlungstellen legt; dass sie diese Zusammenarbeit ausdrücklich begrüsst. Sie soll soweit als möglich vorangetrieben werden und beispielsweise nicht an Datenschutzbestimmungen scheitern. Das ist eine Meinung der Kommission, welche hier zum Ausdruck gebracht werden soll.

**Affolter**: Ich hätte nur eine kleine Frage an unseren Herrn Kommissionspräsidenten. Gibt es in diesem Land überhaupt noch einen Kanton, der kein Arbeitsamt hat? (*Zwischenruf Miville*: Gibt es nicht!) Dann kann auch dieser erste Satz gestrichen werden: «Sie unterhalten mindestens ein kantonales Arbeitsamt.» Die Arbeitsämter – dies bedarf keiner weiteren Ausführungen – sind nämlich nicht für die Belange der Arbeitsvermittlung geschaffen worden, sondern für eine ganze Reihe von anderen wichtigen Aufgaben. Wenn wir

heute in jedem Kanton ein Arbeitsamt haben, brauchen Sie das wirklich nicht in das Gesetz hineinzuschreiben; es besteht auch keine Gefahr, dass diese Arbeitsämter wieder abgeschafft werden.

**Huber**: Die Formulierung: «Sie unterhalten mindestens ein kantonales Arbeitsamt» steht in einem ganz deutlichen Gegensatz zur Dezentralisierung dieser Arbeitsämter in den Kantonen und zur Frage, ob es regionale oder kommunale Arbeitsämter gibt. Der Akzent liegt auf «mindestens ein». Das will heissen: Die Frage, die uns nachher beschäftigen muss, ist, ob die Kantone unter Umständen nach einem nicht näher definierten Bedürfnis zu Dezentralisationen verhalten werden könnten, eine Frage, die recht tief in die Autonomie der Kantone eingreift und mit der wir uns beispielsweise in einem Flächenkanton wie dem Aargau intensiv auseinandergesetzt haben. Wir haben eine flexible Formel gefunden, die eine Dezentralisation von Teilen gestattet hat. In wirtschaftlich schwierigen Situationen hat man eine Ad-hoc-Formation in den Raum Baden dezentralisiert, ohne dass man – wie es ursprünglich gewünscht war – dort bereits vorsorglich eine solche Institution aufgebaut hat. Die Leistung war durchaus adäquat, und sie war durchaus in Ordnung.

Ich glaube daher, dass die Mindestverpflichtung ihren Sinn hat. Das Problem ist in den Zusammenhang der Dezentralisation, Kommunalisierung, Regionalisierung zu stellen, wobei Kommunalisierung meiner Meinung nach nur für ganz spezielle Fälle – unter Umständen bei Stadtkantonen und ihren Teilen – in Frage kommen kann. Bei Flächenkantonen stellt sich höchstens das Problem der regionalen Arbeitsämter.

Zum Absatz 2 – ich gestatte mir, wenn ich schon das Wort habe, auch darauf hinzuweisen –: Ich nehme an, Sie teilen meine Auffassung, Herr Bundesrat, dass die Frage der Bedürfnisse von der zuständigen kantonalen Regierung beurteilt wird und von niemand anders. Denn es ist ein Akt politischer Organisation im Kanton, wie die Umsetzung dieser Vorschrift in die Realität erfolgt.

**Miville**, Berichterstatter: Ich will bloss noch bemerken, dass meine Ausführungen von vorhin dem Artikel 33 Absatz 3 galten und nicht dem Artikel 32 Absatz 2. Ich bin da der Entwicklung etwas vorausgeeilt.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: Dans son alinéa 2, le Conseil fédéral a voulu faire passer en quelque sorte le message de la convention de l'Organisation internationale du travail No 88, du 9 juillet 1948, qui prévoit une décentralisation de ces offices. Le Conseil fédéral a probablement été entraîné par un excès de zèle interventionniste, car je partage tout à fait l'opinion de M. Huber selon laquelle les cantons sont tout à fait capables de s'organiser eux-mêmes et de mettre en place un dispositif efficace.

C'est la raison pour laquelle j'ai adhéré à la formule de votre commission. Il gère un office du travail au moins. Je me demande même si c'était extrêmement habile de formuler les choses de cette manière et si l'on n'aurait pas pu renoncer purement et simplement à l'alinéa 2. Il est évident que pour pouvoir exécuter une mission comme celle-ci les cantons doivent bien disposer de quelques guichets. Je ne serais donc pas opposé à une proposition visant à biffer carrément cet alinéa 2, mais, en ce qui concerne le texte originel, j'adhère à la version de votre commission.

**Affolter**: Ich bitte Sie, Absatz 2 gänzlich zu streichen.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Affolter	19 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	19 Stimmen

*Mit dem Stichentscheid des Präsidenten wird der Antrag Affolter angenommen – Avec la voix prépondérante du président la proposition Affolter est adoptée*

**Art. 33, 34***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

**Art. 35***Antrag der Kommission**Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Minderheit*

(Kündig, Rüesch, Villiger)

Streichen

**Art. 35***Proposition de la commission**Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Minorité*

(Kündig, Rüesch, Villiger)

Biffer

**Miville, Berichterstatter:** Es tut mir ausserordentlich leid, Ihnen zu dieser späten Stunde sagen zu müssen, dass nach der Kautionspflicht und nach der Schriftlichkeit der Verträge die dritte «pièce de résistance» dran kommt, die – wenn mich nicht alles täuscht – viel zu reden geben wird, das gemeinsame Informationssystem: Artikel 35.

Die Aufgaben der öffentlichen Arbeitsvermittlung sind anspruchsvoll und schwierig. Zur Erfüllung dieser Aufgaben benötigen die Arbeitsämter aktuelle und rasch verfügbare, dem heutigen Stand der Technik entsprechende Informationen über Stellensuchende und offene Stellen. Der Griff in den Karteikasten alter Ordnung vermag diesem Bedürfnis nach rascher und genügender Arbeitsmarkttransparenz in keiner Art und Weise mehr zu entsprechen. Die Arbeitsämter brauchen ein zeitgemässes technisches Hilfsmittel, und dieses Arbeitsinstrument kann ihnen nur durch Einsatz von EDV in die Hände gegeben werden.

Das gemeinsame Informationssystem, welches unter der Abkürzung Avam allgemein bekannt ist, ist ein technisches Hilfsmittel zur Erfüllung der Aufgaben der öffentlichen Arbeitsvermittlung und der Arbeitsmarktstatistik. Avam bedeutet also keine neue Aufgabe für den Staat. Die Verwaltung versucht, ihre Aufgaben auch im Bereich der Arbeitsvermittlung effizienter zu vollziehen. Sie setzt deshalb den in der Bürowelt zum alltäglichen technischen Hilfsmittel gewordenen Computer ein.

Dieses System ermöglicht überhaupt erst die nötige Koordination der Vermittlungsbemühungen der einzelnen Arbeitsämter über die Gemeinde-, Regions- und Kantonsgrenzen hinaus. Avam berücksichtigt mit seiner vertikal aufgebauten Suchstruktur die regionalen Gegebenheiten und verhindert damit auch unerwünschte Abwanderungen in Ballungsgebiete. Hier wird kein Nomadentum provoziert bei Arbeitssuchenden, sondern es wird die bestehende Pendlermobilität ausgenützt.

Eine Konkurrenzierung der Presse, wie es auch befürchtet worden ist – dass es dann weniger Stelleninserate in den Zeitungen gebe –, wird durch Avam nicht verursacht. Die Anzahl der Stelleninserate ist in den letzten Jahren nicht zurückgegangen. Ebenso ist eine Konkurrenzierung der privaten Arbeitsvermittlung praktisch ausgeschlossen, da der Kundenkreis der öffentlichen Arbeitsvermittlung, abgesehen von Ausnahmefällen, völlig von jenem der privaten Arbeitsvermittlung verschieden ist.

Was Sie auch interessieren wird: Die Arbeitsämter betreiben dieses Avam-System überall ohne Personalvermehrung. Das Avam verursachte beim Bund seit Dezember 1982 Investitionskosten von 2,6 Millionen Franken; aufgrund der Erfahrungszahlen aus dem Jahre 1987 entstehen jährliche Betriebskosten von 0,7 Millionen Franken. Das muss man im Rahmen der gesamten Aufgaben und Kosten sehen, die auf

diesem Gebiet in der ganzen Schweiz entstehen, Fall für Fall. Dann wird man nicht mehr von hohen Aufwendungen sprechen wollen.

Das ist alles, was ich zum System Avam im Moment sagen möchte. Ich hoffe, dass man es den Arbeitsämtern ermöglicht, nach modernen Methoden ihren Aufgaben nachzugehen. Ich sage aus voller Ueberzeugung, dass die Befürchtungen von Arbeitgeberseite, die diesem System entgegengebracht werden, ungerechtfertigt sind. Wie ich feststellen konnte, denkt kein Mensch daran, aus diesem Avam ein System zu entwickeln, womit den Arbeitgebern irgendwelche Zwänge auferlegt würden.

**Kündig, Sprecher der Minderheit:** Leider muss ich schon wieder einen Minderheitsantrag vertreten. Bis jetzt war ich der Meinung, dass es sich beim Avam um einen Pilotversuch gehandelt habe. Den Ausführungen von Herrn Miville muss ich aber entnehmen, dass es sich schon um ein voll integriertes System handelt. Offensichtlich sucht man heute noch die gesetzliche Grundlage für diese gesamtschweizerische Anlage.

Ich kann bestätigen, dass ich nicht dagegen bin, dass Arbeitsämter effizient arbeiten können. Ich glaube, es ist richtig, wenn in diesen Bereichen auch EDV eingesetzt wird, und dass ein regionaler Austausch von möglichen offenen Stellen sinnvoll ist.

Die Frage ist natürlich eine andere, nämlich: Inwiefern führt ein gesamtschweizerisches System zu einer Monopolstellung der staatlichen Arbeitsvermittlung, finanziert durch Steuergelder? Der Verband der Personalvermittlungen in der Schweiz ist mit dem Bundesamt in Kontakt getreten, um festzustellen, ob eine Arbeitsvermittlung auch über die Arbeitsämter hinaus gesamtschweizerisch organisiert werden könne, respektive ob in Zukunft ein Zugriff möglich sei. Dies wurde aus Daten- und Persönlichkeitsschutzgründen abgelehnt.

Damit ist doch klar aufgezeigt, dass wir ein gesamtschweizerisches System von Information haben, das nur einer ganz spezifischen Gruppe zugänglich ist, und zwar einer, die im Konkurrenzkampf zu privaten Unternehmungen steht, die aber voll staatlich finanziert wird.

Nach meinem Dafürhalten ist eine gesamtschweizerische Anlage aus verschiedensten Gründen nicht sehr sinnvoll und nicht sehr zweckmässig. Man kann sich natürlich auch die Frage stellen, warum man das nicht gerade weltweit macht! Es wäre sicher sehr interessant zu wissen, dass ein Schreinermeister in Kanada eine Arbeitsstelle finden könnte und ähnliches mehr, besonders wenn man auf der anderen Seite behauptet, dass die Zumutbarkeit des Arbeitsweges bereits nach fünf oder zehn Minuten Bahnfahrt aufhöre und eine Vermittlung auf diese Distanz somit gar nicht möglich ist!

Es ist also beispielsweise im Kanton Uri nicht sehr relevant, ob im Jura – z. B. in Delsberg – eine Stelle frei ist oder nicht – aber das nachzuprüfen ist heute tatsächlich möglich.

Wir müssen auch sehen, dass es sich bei diesem ganzen System um ein permanent vernetztes System in der Schweiz handelt und dass die Kosten, die heute aufgezeigt werden, mit Sicherheit nicht die endgültigen Kosten sein werden, denn, wenn Sie 70, 80 oder 100 Stellen permanent an einen zentralen Computer in Bern angeschlossen haben, kostet das enorm viel Geld. Auch der Weiterausbau dieser Installation wird mit Bestimmtheit die heute von unserem Präsidenten aufgezeigten Summen übersteigen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit fragen, wieviel die Kantone bereits beigetragen haben.

Wenn Herr Miville heute sagt, dass die Print-Medien nicht betroffen würden, so muss ich behaupten – ich kann es auch nicht beweisen, sowenig wie Sie –, dass früher oder später der negative Einfluss kommt: dass die Stelleninserate rückläufig sein werden und dass dann wieder die Forderungen nach Unterstützung unserer politischen Grundinformation kommen werden, die über das Medienwesen sichergestellt wird.

Nochmals: Ich glaube, dass es richtig ist, wenn die Arbeitsämter effizient EDV-unterstützt arbeiten können, und dass ein regionaler Austausch an offenen Stellen sinnvoll ist. Ein solcher könnte aber auch täglich oder wöchentlich per Post erfolgen. Ich frage mich allen Ernstes, ob ein gesamtschweizerisches System für diese Aufgabe sinnvoll ist und beantrage Ihnen daher mit der Minderheit Streichung dieses Artikels 35.

**M. Delalay:** Je voudrais m'exprimer en ce qui concerne le système informatique commun pour le placement et l'observation du marché du travail. Je souligne qu'il ne s'agit pas d'une obligation mais bien d'une autorisation donnée de coordonner l'information relative aux demandeurs d'emploi et aux places vacantes. Aujourd'hui déjà, un test d'application informatique associe l'OFIAMT et seize cantons en vue d'accroître l'efficacité du service de l'emploi et procurer une meilleure vue d'ensemble du marché du travail. N'oublions pas que nous nous trouvons dans une situation actuelle de plein emploi. Le chômage, chez nous, est inférieur à un pour cent. Nous avons connu cependant dans les années 70 un degré d'occupation nettement moins bon dans nos entreprises et sur le plan général du marché du travail. Nous pourrions peut-être retrouver, avec regret dans l'avenir, du chômage, à l'image de ce que nous observons encore tous les jours dans les pays qui nous entourent. Pour prévenir cette éventualité du chômage, je trouve normal que nous dotions l'OFIAMT et les cantons d'un système moderne et efficace d'information dans le domaine du placement. Les entreprises les plus petites de notre pays utilisent aujourd'hui l'informatique, et il serait affligeant que nos administrations fédérales et cantonales n'utilisent pas les possibilités qu'elle offre dans ce domaine de l'emploi, alors qu'elles sont précisément équipées de tout le matériel nécessaire. J'accepte d'autant plus volontiers cette idée d'informatiser ce domaine qu'une clause spéciale de cet article 35 spécifie que le plus grand soin sera apporté à la protection des données. Manifester des craintes est, dès lors, un peu restrictif à une époque où nous sommes tous fichés d'une manière ou d'une autre par l'administration, et que nous acceptons de gaieté de coeur et fréquemment de nos jours de remplir toutes sortes de documents qui seront à l'évidence saisi par l'informatique. En conséquence, je vous invite à accepter cet article 35 destiné à prévenir une situation de chômage et à lutter efficacement contre ce fléau social.

**Frau Weber:** Ich bin auch kein Freund einer Monopolstellung der öffentlichen Arbeitsvermittlung, das muss ich deutlich sagen, und ich bin auch eine Verfechterin der Meinung, dass die Arbeitsvermittlung, wenn immer möglich, dem freien Markt überlassen werden soll.

Hingegen muss ich sagen, dass die öffentliche Arbeitsvermittlung in diesem Gesetz schwer an Gewicht eingebüsst hat, wenn wir mit der ursprünglichen Fassung vergleichen. Im ursprünglichen bundesrätlichen Text heisst es in Artikel 1 Absatz b «eine leistungsfähige öffentliche Arbeitsvermittlung, die zur Schaffung und Erhaltung eines ausgeglichenen Arbeitsmarktes beiträgt». Wenn man diese Worte liest, sieht man, dass da noch von einer ganz anderen Bedeutung die Rede war. Jetzt ist ein abgeänderter Artikel da, der von einer ergänzenden öffentlichen Arbeitsvermittlung spricht. Insofern möchte ich sagen, diese Monopolstellung ist sicher nicht mehr da.

Aber die öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen haben einen Sinn, vor allem für einen Teil der Bevölkerung, der sicher froh ist, wenn er dort unentgeltlich eine Arbeit suchen kann und wenn er leichten Zugang zu einer solchen Arbeitsvermittlung hat.

Ich bin doch der Meinung, dass man diesen Arbeitsvermittlungsämtern bzw. dem «Biga moderne» normale Mittel zur Verfügung stellen muss. Und da ist die Informatik doch gegeben. In zehn Jahren würden wir nie über ein solches Thema reden, dann wäre es selbstverständlich, dass ein

Biga mit seinen Arbeitsämtern überall in der Schweiz diese Instrumente zur Verfügung hätte.

Ich bitte Sie dringend, hier nicht «schmürzelig» zu sein und auf die Mehrheit einzusteigen.

**Gadient:** Herr Kündig befürchtet, dass die Schaffung eines Informationssystems nach Artikel 35 zu einer Monopolstellung im Bereich der Arbeitsvermittlung führen könnte, weil diese Institution unentgeltlich arbeiten soll. Dadurch, so befürchtet er, würde die Konkurrenz – die privaten Vermittlungsbüros, die Verbände und Zeitungen – ausgeschaltet. Ich kann diese Befürchtung nicht teilen; denn in der Regel sind es die Personenkategorien, die Herr Miville erwähnt hat, also solche mit sozialen Schwierigkeiten, die sich beim Arbeitsamt melden. Andere – und insbesondere auch die Arbeitgeber – werden sich weiterhin der Presse bedienen. Es ist insbesondere auch zu betonen, dass keine Meldepflicht für die offenen Stellen eingeführt wird, im Gegensatz etwa zur Bundesrepublik Deutschland und sogar zu Frankreich. Die Einführung der Meldepflicht müsste zudem durch das Parlament beschlossen werden. Wir behalten demnach das Steuer in diesem wichtigen Punkt durchaus in der Hand. Das Interesse der Kantone am Avam, das bereits seit 1982 als Versuchsbetrieb läuft, ist gross. Nach Aussage des Biga sind drei Viertel aller Arbeitslosen in dieses System aufgenommen; auch sind bereits 47 Arbeitsämter angeschlossen. Deswegen hat der Inseratenmarkt keine Einbusse erlitten. Ich begreife im übrigen das Erstaunen von Herrn Kündig über diese Entwicklung nicht ganz; denn diese ist uns in der Kommission einlässlich dargelegt worden.

Der heutige Schwebezustand ist unbefriedigend. Ohne Rechtsgrundlage, die mit Artikel 35 geschaffen werden soll, müsste in Anbetracht der Dimension dieses Systems eine solche anderweitig, etwa auf dem Konkordatsweg, gesucht werden. Das wäre eine unnötige Komplizierung und eine weitere Verzögerung, die wir mit dem Festhalten am bundesrätlichen Vorschlag gemäss Mehrheitsantrag vermeiden könnten.

**Schmid:** Um die Interessen klarzulegen: Ich spreche hier als Präsident des Schweizerischen Berufsberaterverbandes.

Dieses Avam ist eine ausserordentlich gute Sache, und wir sollten dafür sorgen, dass es bleibt. Aus zwei Gründen:

1. Wie Herr Delalay gesagt hat: Wenn wir wieder einmal in die Situation kommen, dass Arbeitslosigkeit zu einem Problem wird, dann sollten wir gerüstet sein. Wir waren das letzte Mal versicherungstechnisch nicht gerüstet. Wir sollten in Zukunft nicht nur versicherungstechnisch, sondern auch im Management gerüstet sein, um solche Situationen aufzufangen zu können. Mit diesem Avam haben wir ein solches Mittel in der Hand.

2. Die Mobilität der Arbeitnehmer ist ein Desiderat unserer Wirtschaft. Aber es gibt tatsächlich Hindernisse, die dieser Mobilität entgegenstehen, so die Ubersichtlichkeit des Stellenmarktes. Wir sollten hier einen Beitrag zu dieser Mobilität, die unserer Wirtschaft nur zugute kommen kann, auch in räumlicher Hinsicht leisten.

Das ist letzten Endes auch mein Einwand gegen die von Herrn Kündig gemachte Aussage, dass es wenig bringe, zu wissen, dass in Delsberg eine Stelle offen sei. Wir haben hier zumindest eine regionale Verbindung unter den Kantonen herzustellen; der einfachste Weg besteht nun darin, eine bestehende Struktur zu übernehmen, nämlich die des Bundes.

Und das zweite Argument von Herrn Kündig, das ich sehr ernst nehme: die Frage der Monopolisierung. Ich bitte hier Herrn Bundesrat Delamuraz inständig, Artikel 35 nicht allzu restriktiv zu interpretieren. So wie Artikel 35 hier steht, besteht absolut kein Grund, die privaten Stellenvermittler aus diesem Verbund auszuschliessen. Es heisst hier nur, dass das Biga zusammen mit den kantonalen Arbeitsämtern dieses System betreibt. Dass das System nach aussen offen ist und Benützer haben kann, die nicht zu den Betreibern gehören, ist mit diesem Artikel nicht ausgeschlossen.

Ich habe ein wesentliches Interesse daran. Es gibt in Kantonen noch Berufsberatungsstellen, die nicht den Arbeitsämtern angeschlossen sind und deshalb nicht via Arbeitsamt Zugang zum Avam haben. Berufsberatung ist heute nicht nur Berufsberatung für Jugendliche, sondern je länger je mehr Berufsberatung für Erwachsene, Laufbahnberatung, Beratung für Leute, die sich verändern wollen. Die ganze Weiterbildung kommt da hinzu, und es ist ein wesentliches Interesse, dass auch die Berufsberatung Zugriff zu diesen Daten haben kann. Es wäre ausserordentlich ungut, wenn wir hier mit einer allzu restriktiven Auffassung von Artikel 35 andere Benützer – seien es die privaten Stellenvermittler, die kantonalen Berufsberatungsstellen oder die privaten Berufsberater – von diesem System fernhalten würden. Das Problem von Herrn Kündig sehe ich, aber ich ersuche den Bundesrat, hier liberal zu sein und auch Dritte – ausserstehende Nichtbetreiber – als Benützer zuzulassen.

**Huber:** Aus der Botschaft ist ersichtlich, dass auch der Kanton Aargau im Zusammenhang mit der Einführung dieses EDV-Systems eines der «Versuchstiere» war. Ich habe mir die Mühe genommen, im Vorfeld dieser Beratung mit dem zuständigen Chefbeamten, der ausgezeichnete Dienste leistet, abzuklären, was der Wert oder Unwert dieser Anlage ist. Ich bin nach zwölfjähriger Regierungstätigkeit kritisch genug, um die Aussagen auch eines Chefbeamten entsprechend zu bewerten. Die Aussage ist sehr eindeutig und lautet: Man kann sich die Arbeit ohne das Instrument EDV, gemeinsames Informationssystem, nicht mehr vorstellen! Das ist die Tatsache, das ist die Realität, und das ist eine Aussage, die aus einem Kanton stammt, der bezüglich Fluktuation der Arbeitskräfte, Problematik von Stellenwechseln und Mobilitätsproblemen seine ganz spezifischen Sorgen hat. Wir haben auch unter diesem Aspekt – und nicht nur unter dem ideologischen, wie er heute morgen hier seltsame Blüten getrieben hat – gewisse Bestimmungen näher unter die Lupe zu nehmen. Es ist mir auch gesagt worden, dass insbesondere der Blick über die Kantonsgrenzen hinaus für die Vermittlung ausserordentlich wertvoll ist. Dieser Blick über die Kantonsgrenzen hinaus wird selbstverständlich mit diesem Instrument vermittelt.

Ich teile die Auffassung von Herrn Kündig, dass es eine kleine Rolle spielt, ob irgend jemandem eine Schreinerstelle in Kanada als offen mitgeteilt wird. Das Beispiel ist so schlecht gar nicht gewählt. Man hätte ja auch sagen können: irgendein Mitarbeiter einer Druckerei in London, wo die Printmedien sich ständig in ganz interessanter Art und Weise auseinandersetzen. Ich bin auch der Meinung, dass eine gewisse Skepsis gegenüber diesem vernetzten System rechtsstaatlich und auch aus anderen Gründen am Platz sein kann. Wahrscheinlich hätte sich z. B. der Börsencrash langsamer abgespielt, wenn die Vernetzung der Datenverarbeitungsanlagen nicht so intensiv gewesen wäre.

Aber hier geht es um etwas anderes. Es geht um ein Mittel, das im Zusammenhang mit einer vernünftigen öffentlichen Arbeitsmarktpolitik und der Vermittlung von Arbeitnehmern eingesetzt wird. Hier geht es darum, ein Mittel zur Verfügung zu stellen, das beim Bürger das Ansehen der Verwaltung als brauchbares Instrument für Notlagen ganz eindeutig anhebt. Wir müssen uns Rechenschaft darüber geben, dass das Ansehen der Verwaltung auch davon abhängt, mit welchen Instrumenten, ob zeitgemässen oder veralteten, sie dringende öffentliche Aufgaben löst.

Zusammenfassend komme ich daher zum Schluss, dass Sie dem Antrag der Mehrheit zustimmen sollten. Ich bitte Sie, in diesem Sinne zu entscheiden.

**Miville, Berichterstatter:** Die Ausführungen des Kollegen Huber führen mich zu einer weiteren Überlegung. Er hat mit Recht gesagt, eine moderne Arbeitsvermittlung sei ohne Informatik nicht mehr denkbar. Was passiert also, wenn Avam nicht durchgeführt wird? Dann wird jeder Kanton in der Arbeitsvermittlung sein eigenes Informatiksystem aufbauen. Daraus ergeben sich Kompatibilitätsprobleme zwischen den Kantonen und mangelnde Effizienz. Dies alles

kommt dann – ich denke dabei an die Steuerzahler – viel teurer zu stehen als dieses Avam.

**M. Delamuraz, conseiller fédéral:** Je suivrai le conseil cordial du président d'être particulièrement bref, il me dit: chaque mot de trop c'est une voix que l'on perd. Je vous dirai très brièvement que l'OFIAMT – puisque c'est de lui qu'il s'agit – a, dans ce domaine, deux tâches. Il a tout d'abord une tâche de renseignement sur l'état du marché du travail en Suisse, un renseignement qui est précieux pour notre gouvernement, non pas que ce soit ce dernier qui décide de la pluie et du beau temps économique, car c'est et restera essentiellement le fait des entreprises privées, mais le Conseil fédéral doit tout de même avoir un tableau de bord, il doit être renseigné sur la situation générale du marché du travail et c'est à cela que sert d'abord un système performant de renseignements à la Confédération par l'intermédiaire des cantons.

Il y a une seconde tâche qui est le fait de l'OFIAMT et des offices cantonaux du travail, qui est d'intervenir dans certains domaines du placement où il n'y a aucun moyen de le faire par un placement strictement privé et d'intervenir là où le placement privé a renoncé à intervenir ou a échoué, en quelque sorte en *ultima ratio*.

Là encore, il est légitime de doter ces offices du travail, aux échelons fédéral et cantonal, d'un moyen de gestion moderne adapté aux conditions de notre temps. Vouloir priver ces offices des moyens modernes de gestion et les faire retourner à des méthodes surannées, pour au moins ne pas porter ombrage à d'autres offices de placement ne serait pas d'une politique sage. Il faut que nous ayons un outil en main et que cet outil ait une dimension nationale, c'est légitime, dans la perspective que la mobilité des travailleurs aujourd'hui et à juste titre reconnue comme très faible, pourrait en des circonstances de crises, pour lesquelles nous devons nous équiper, être beaucoup plus grande et exiger, par conséquent, que nous disposions de renseignements au moins intercantonaux. D'autant plus que toutes les protections sont prises pour assurer l'anonymat des données, pour réellement éviter l'aventure de «big Brother» dans notre Confédération.

Ce système, Monsieur Kündig, a coûté pendant les années d'essais de 1982 à aujourd'hui environ 2,5 millions d'investissements à la Confédération et 2,2 millions *grosso modo* comme coût d'investissements pour les cantons. Les frais d'exploitation sont de l'ordre de 100 000 francs pour la Confédération, 600 000 pour les cantons. Les perspectives pour les quatre ans à venir situent à environ 3,5 millions de francs les investissements de la Confédération et des cantons réunis et des frais d'exploitation annuels de l'ordre de 600 000 francs pour l'ensemble de la Confédération et des cantons.

Si ce système coûte quelques francs, incontestablement, je le compare à d'autres systèmes beaucoup moins performants et je constate que le rapport coût/efficacité est tout à fait favorable. De surcroît, ce système doit nous permettre de sérieuses économies dans le domaine de la statistique et du renseignement qui est la première mission de l'OFIAMT. De plus, en permettant des placements plus rapides, il diminue les temps pendant lesquels doit être versée l'assurance-chômage. Vous conviendrez que, de ce point de vue là, nous sommes en présence d'un système financièrement intéressant.

Tenter d'ouvrir Piasta à d'autres milieux intéressés est une perspective qui doit être prise en compte. Il s'agit tout d'abord de réussir l'application avec les cantons mais, une fois le système définitivement installé, je vois d'une manière très favorable son élargissement possible. Il se posera simplement, Monsieur Schmid, un problème de protection des données en ce qui concerne les chômeurs. Dans ce domaine on aura de grandes précautions à prendre et il n'est pas dit que nous parvenions à nos fins.

C'est ainsi, Monsieur Kündig, que l'on n'aura pas deux systèmes concurrents dont l'un doté de moyens de l'Etat prendrait le dessus sur l'autre, mais que nous aurons certai-

nement une coexistence de deux systèmes avec des interactions plus nombreuses qu'aujourd'hui. Si je parcours les journaux que nous recevons, je constate que, en dépit de ce système à l'essai, les demandes et les offres d'emploi dans nos journaux quotidiens helvétiques continuent d'occuper une belle place, en sorte que Plasta n'a certainement ruiné ni les imprimeurs ni les éditeurs.

**Kündig**, Sprecher der Minderheit: Ich ziehe den Antrag zurück, habe aber zwei Bemerkungen dazu zu machen.

Punkt 1: Ich verwahre mich gegen die Behauptung, dass wir den Arbeitsämtern die notwendige Infrastruktur und moderne Einrichtungen nicht geben wollen. Dies ist eine Behauptung, die nicht stimmt.

Punkt 2: Ich habe auch gehört, dass es gar keine Rolle spiele, ob wir diesen Artikel annehmen oder nicht; das Biga habe nämlich einen anderen Gesetzesartikel in der Schublade, der ohne weiteres für dieses System genügen könne. Mit diesen beiden Bemerkungen ziehe ich den Antrag zurück.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit  
Adopté selon la proposition de la majorité*

#### Art. 36, 37, 38

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 39

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

....

a. ohne die erforderliche Bewilligung ....

b. .... anstellt. Vorbehalten bleibt eine zusätzliche Bestrafung nach Artikel 23 des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer.

*Abs. 2*

....

a. Streichen

*Abs. 3*

.... nach Absatz 1 oder Absatz 2 Buchstaben c-g begehrt. In leichten Fällen kann von einer Bestrafung Umgang genommen werden.

*Abs. 3bis*

Mit Gefängnis oder Busse bis zu 40 000 Franken wird bestraft, wer durch unrichtige oder irreführende Angaben oder durch Verschweigen wesentlicher Tatsachen eine Bewilligung erwirkt.

*Abs. 4 und 5*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Art. 39

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

....

a. .... sans posséder l'autorisation requise;

b. .... étrangère. Est réservée une sanction supplémentaire aux termes de l'article 23 de la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers.

*Al. 2*

....

a. Biffer

*Al. 3*

.... enfreint le 1er ou le 2e alinéa, lettres c à g. Dans les cas de peu de gravité, la peine pourra être remise.

*Al. 3bis*

Sera puni d'emprisonnement ou d'amende jusqu'à 40 000 francs celui qui obtient une autorisation en donnant des indications inexacts ou fallacieuses ou en taisant des faits importants.

*Al. 4 et 5*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

#### Art. 40 – 44

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Gesetzentwurfes

28 Stimmen

Dagegen

2 Stimmen

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

88.038

### 700 Jahre Eidgenossenschaft

### 700e anniversaire de la Confédération

Botschaft und Beschlussentwurf vom 1. Juni 1988 (BBI II, 1068)

Message et projet d'arrêté du 1er juin 1988 (FF II, 1041)

*Antrag der Kommission*

Eintreten

*Proposition de la commission*

Entrer en matière

**M. Cottier**, rapporteur: Je relèverai que le Conseil national qui traitera l'objet durant cette session aussi, sera saisi de plusieurs propositions de modifications des deux arrêtés fédéraux. Le Conseil des Etats étant le conseil prioritaire, il se bornera à traiter le présent objet conformément aux débats de sa commission. Nous ne discuterons, dès lors, pas de ces propositions. Dans la mesure où elles seront adoptées par le Conseil national, elles prendront le cours de la procédure d'élimination des divergences.

Cela dit, le message et les projets des deux arrêtés fédéraux concernant le 700e anniversaire de la Confédération ont été approuvés par la Commission du Conseil des Etats à l'unanimité et avec enthousiasme. Est-ce chose étonnante, après l'échec de CH 91 essuyé par les cantons de la Suisse centrale, ou n'est-ce pas plutôt de bonne augure pour la commémoration de la naissance de la Confédération? Par leur refus, les peuples des cantons de la Suisse centrale ont aussi, à juste titre, voulu témoigner que cette commémoration devait être en premier lieu confié à la Confédération. Après l'échec des projets cantonaux, le Conseil fédéral a rapidement agi et nous lui en savons gré. Il a institué un groupe de réflexion présidé par le professeur Altermatt de l'Université de Fribourg, qui, après quelques mois déjà, a remis au gouvernement fédéral sa conception des festivités. Notre reconnaissance s'adresse aux membres de ce groupe de travail et plus particulièrement à son président.

Si la commémoration du 650e anniversaire a eu lieu en 1941, dans la ferveur nationale, à Schwyz, celle du 600e anniversaire, à Schwyz également, a donné lieu en 1891 à des fêtes d'une grande ampleur, qui ont rassemblé les peuples des cantons suisses. Les cérémonies du 700e anniversaire, telles que l'excellent message du Conseil fédéral nous les propose sous forme de projet, s'articuleront en trois fêtes principales: la fête de la Confédération sur les lieux des cantons fondateurs avec la marche jusqu'au Rütli, la fête du

Für Annahme des Beschlussentwurfes 116 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

85.069

## Arbeitsvermittlungsgesetz. Revision Loi sur le service de l'emploi. Révision

Siehe Jahrgang 1987, Seite 177 – Voir année 1987, page 177

Beschluss des Ständerates vom 28. September 1988  
Décision du Conseil des Etats du 28 septembre 1988

### Differenzen – Divergences

**Reimann Fritz**, Berichterstatter: Vor genau zwei Jahren, in der Frühjahrssession 1987, hat der Nationalrat das Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Arbeitsverleih durchberaten. Inzwischen hat auch der Ständerat das Gesetz behandelt. Der Ständerat hat als Zweitrat gegenüber der Fassung des Nationalrates an 22 Artikeln Änderungen vorgenommen. Unsere Kommission hat an ihrer Sitzung vom 17. Januar zu diesen Differenzen Stellung genommen. Bei vier Differenzen zum Ständerat beantragt Ihnen unsere Kommission, an der Fassung des Nationalrates festzuhalten. Bei fünf Artikeln wird eine neue Fassung vorgeschlagen. Aus der Kommission wurden zudem zwei Minderheitsanträge eingereicht.

Einer der Streitpunkte zwischen Ständerat und Nationalrat liegt in den unterschiedlichen Prioritäten von öffentlicher und privater Arbeitsvermittlung. Der Ständerat wollte der öffentlichen Arbeitsvermittlung gegenüber der privaten Vermittlung nur ergänzende Funktion einräumen, während Bundesrat und Nationalrat für eine Gleichstellung plädieren. Unsere Kommission beantragt Ihnen, an der Fassung, wie sie der Nationalrat in Artikel 1 Buchstabe b beschlossen hat, festzuhalten.

Weitere Differenzpunkte bilden die Gebührenpflicht bei der Arbeitsvermittlung und beim Arbeitsverleih in den Artikeln 4 und 15. Nach Vorschlag von Bundesrat und Nationalrat regelt der Bundesrat die Gebührenpflicht. Der Ständerat beantragt Streichung dieses Absatzes mit dem Hinweis auf die Gebührenhoheit der Kantone. Bundesrat und Nationalrat streben jedoch eine Harmonisierung der Gebühren an. Unsere Kommission schliesst sich dieser Zielsetzung an und beantragt Ihnen Festhalten am Beschluss des Nationalrates. Ausserdem hat der Ständerat beschlossen, Artikel 14 zu streichen. In diesem Artikel geht es um die Sicherung von Ansprüchen von Arbeitnehmern aus dem Arbeitsverhältnis an Verleihfirmen, die durch eine Kautions des Verleihers gedeckt werden sollen. Beim Arbeitsverleih handelt es sich um ein Dreieckverhältnis. Der Arbeitnehmer hat zwei Arbeitgeber: die Verleihfirma, die ihm den Lohn bezahlt, und den Einsatzbetrieb, der ihm die Arbeit zuweist. Gegenüber dem Einsatzbetrieb kann der Arbeitnehmer keine Forderungen geltend machen, da er von der Verleihfirma bezahlt wird. Wenn Ihnen unsere Kommission Festhalten an der Kautions beantragt, ist das keineswegs ein Misstrauensvotum gegenüber den grossen bekannten Temporärfirmen. Aber weil es von der Investition und vom Know-how her recht leicht ist, eine Verleihfirma zu eröffnen, gibt es immer wieder inkompetente Elemente, die sich an dieses Gewerbe heranmachen. Beim Scheitern eines solchen Unternehmens müssen oft die Arbeitnehmer die Risiken tragen. Wir beantragen Ihnen deshalb Festhalten an Artikel 14.

Zu Diskussionen Anlass gab auch die Frage der Unterstellung von Leitpersonal unter einen im Einsatzbetrieb gültigen Gesamtarbeitsvertrag. Nach dem ursprünglichen Text des

Bundesrates, gemäss Artikel 20, würden nur die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen von allgemein verbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen berücksichtigt. Einen, von der Verwaltung im Auftrage unserer Kommission in der ersten Lesung ausgearbeiteten Vorschlag, der das Leitpersonal mit der Unterstellung unter einen im Einsatzbetrieb gültigen Gesamtarbeitsvertrag dem Stammpersonal gleichstellen wollte, hat der Nationalrat abgelehnt. Er stimmte bekanntlich einem Minderheitsantrag Allenspach zu, der zwar anstelle der Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen alle im Gesamtarbeitsvertrag enthaltenen Arbeitsbedingungen berücksichtigt, sich jedoch auf die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge beschränkt.

In der Kommission wurde die Frage aufgeworfen, ob man nicht auf die von ihr in Auftrag gegebene, aber vom Nationalrat in der ersten Lesung abgelehnte Fassung zurückkommen wolle. Diese Forderung wurde von Arbeitnehmerseite mit der Begründung geltend gemacht, dass nur ein kleiner Teil der gültigen Gesamtarbeitsverträge allgemeinverbindlich sind. Die Kommission hat die Wiederaufnahme dieses Vorschlages mehrheitlich mit dem Hinweis darauf abgelehnt, dass sich bezüglich allgemeiner Verbindlichkeit in der ersten Lesung zwischen National- und Ständerat keine Differenz ergeben habe. Die Kommissionsmehrheit stützt sich dabei auf Artikel 16 Absatz 2 des Geschäftsverkehrsgesetzes.

Die Kommission beantragt Ihnen, der vom Nationalrat in der ersten Lesung beschlossenen Fassung zuzustimmen. Eine Kommissionsminderheit Allenspach beantragt Zustimmung zum Ständerat.

Eine wichtige Differenz ergab sich auch in Artikel 19 bezüglich der Kündigungsfristen. Der Ständerat möchte für das Leitpersonal wesentlich vom Arbeitsvertragsrecht abweichende Kündigungsfristen einräumen. Unsere Kommission hat für das Anliegen einer etwas gelockerten Regelung der Kündigungsfrist Verständnis gezeigt, wollte jedoch aus Gründen des Arbeitnehmerschutzes nicht so weit gehen wie der Ständerat. Wir beantragen Ihnen, der neuen Fassung unserer Kommission zuzustimmen.

Bei Artikel 19 muss ich Sie noch auf einen Fehler auf der Fahne aufmerksam machen. Unsere Kommission hat zwar der ständerätlichen Fassung von Absatz 2 zugestimmt, jedoch ohne die Worte «in der Regel» in der ersten Zeile. Ich bitte Sie, diese Korrektur auf Ihrer Fahne noch vorzunehmen, also Absatz 2 wie Ständerat, aber ohne die Worte «in der Regel».

Gestatten Sie mir, als Präsident dieser Kommission, eine Bemerkung allgemeiner Natur zu diesem Gesetz. Die Revision des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung entspricht einer Notwendigkeit, weil das aktuell gültige Gesetz aus dem Jahre 1951 den heutigen Anforderungen in keiner Weise mehr Rechnung tragen kann. Das ist auch verständlich, wenn man die hektische technische, wirtschaftliche und auch gesellschaftliche Entwicklung der vergangenen 40 Jahre berücksichtigt. Ich denke an die Umstrukturierungen in den Betrieben, bei denen Zehntausende von Arbeitnehmern ihren angestammten Arbeitsplatz verloren haben und sich nach neuen Arbeits- und Existenzmöglichkeiten umsehen mussten. Gleichzeitig hat der Personalverleih in unserer Wirtschaft einen ungeahnten Aufschwung erfahren. Es entspricht deshalb einem Bedürfnis, dass diese neue Form von Arbeitnehmer/Arbeitgeber-Beziehung, welche auf einem Dreieckverhältnis zwischen Leihfirma, Einsatzbetrieb und Arbeitnehmer beruht, gesetzlich geregelt wird, weshalb das Gesetz über die Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsverleih ergänzt wurde.

Trotz diesen kaum bestrittenen Notwendigkeiten hatte man von Anfang an den Eindruck, dieser Gesetzesentwurf werde als ungeliebtes und unerwünschtes Kind behandelt. Der Vorwurf von unnötiger staatlicher Reglementierung und unnötigem Eingriff der öffentlichen Hand in die Wirtschaft war unüberhörbar. Aber auch die Abstimmungsergebnisse, mit häufigen Enthaltungen sowohl im National- als auch im Ständerat, lassen auf eine gewisse Interesselosigkeit bis Ablehnung schliessen.

Das ist unverständlich, wenn man berücksichtigt, was in nächster Zukunft im Rahmen der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung an weiteren Strukturmassnahmen zu erwarten ist. Als Gesetzgeber haben wir die Verpflichtung, die notwendigen gesetzlichen Schutzmassnahmen zu treffen, welche es ermöglichen, die Opfer dieser Entwicklung zu schützen und ihnen zu helfen. Das Gesetz in der Form, wie es Ihnen von unserer Kommission zur Annahme empfohlen wird, enthält die minimalsten Voraussetzungen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Ich bitte Sie, den Anträgen der Kommission zuzustimmen.

**M. Darbellay**, rapporteur: La loi sur laquelle nous travaillons maintenant comporte 44 articles et 22 ont été modifiés par le Conseil des Etats. La commission du Conseil national s'est montrée spécialement de bonne composition puisqu'elle ne maintient que sept divergences. Dans quatre cas, elle maintient sa formulation antérieure et dans trois autres, elle a essayé de trouver une formule intermédiaire entre ce qu'elle avait décidé la première fois et ce qu'a décidé le Conseil des Etats.

Je ne rappellerai que très brièvement les principales divergences, du fait que nous allons les reprendre article par article. L'une de ces importantes divergences concerne les garanties ou les sûretés sous forme de caution des entreprises de placement. Le Conseil des Etats les a supprimées, la commission du Conseil national reste fidèle à la formulation du Conseil fédéral et à sa première décision.

Quelques modifications sont prévues en ce qui concerne les délais de congé. Nous y reviendrons à l'article 19. La commission du Conseil des Etats a également supprimé la compétence du Conseil fédéral de fixer les émoluments. La commission du Conseil national y revient. Nous avons aussi traité le problème de la soumission de ces travailleurs aux conventions collectives de travail. Vous vous rappelez que le Conseil national avait déjà admis ici de ne prendre en compte que les conventions collectives de travail dont l'extension avait été décidée. Le Conseil national avait décidé de tenir compte des conditions de salaire et de travail, alors que le Conseil des Etats se limite au salaire et au temps de travail.

D'une manière générale, les autres modifications ne prêtent pas à de longs commentaires. Je vous invite à voter les propositions de la majorité de la commission.

#### **Art. 1 Bst. b und c**

*Antrag der Kommission*

- ....  
b. eine öffentliche Arbeitsvermittlung ....  
c. Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 1 let. b et c**

*Proposition de la commission*

- ....  
b. .... service public de l'emploi qui ....  
c. Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 2 Abs. 1 und 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 2 al. 1 et 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 3 Abs. 2, 3 und 5**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 3 al. 2, 3 et 5**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 4 Titel, Abs. 1 und 5**

*Antrag der Kommission*

*Titel und Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 5*

Festhalten

*Antrag Seiler Rolf*

*Titel*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 4 titre, al. 1 et 5**

*Proposition de la commission*

*Titre et al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 5*

Maintenir

*Proposition Seiler Rolf*

*Titre*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Seiler Rolf**: Ich kann es sehr kurz machen. Es geht nur um den Titel der Artikel 4 und 15. Der Ständerat hat die Dauer herausgestrichen, obwohl der erste Satz dieses Artikels heisst: «Die Bewilligung wird unbefristet erteilt.» Das heisst, in diesem Artikel ist auch eine Angabe über die Frist. Das heisst, wir müssen diese Dauer im Titel wieder aufnehmen. Ich habe diesen Vorschlag bereits in der Kommission gemacht. Er blieb unbestritten, fiel aber im Laufe der Zeit vom Tisch. Ich bitte Sie, diesen Titel zu übernehmen.

**Reimann Fritz**, Berichterstatter: Es trifft zu, was Herr Seiler sagt. Er hat diese Frage innerhalb der Kommission aufgeworfen. Wir sind aber dann nicht darauf eingetreten. Es wurde aber auch keine gegenteilige Auffassung vorgebracht. Als Kommissionspräsident kann ich dem Antrag von Herrn Seiler zustimmen.

**M. Darbellay**, rapporteur: Je veux également me déclarer d'accord avec cette proposition. Le titre prévu par le Conseil fédéral est «Etendue et durée de l'autorisation», mais cette autorisation était limitée à cinq ans. Ensuite, dans la version du Conseil des Etats, on ne garde que la première phrase: «L'autorisation est délivrée pour une durée illimitée». Ici aussi il est donc question de durée et le titre serait plus complet si au lieu de «Etendue de l'autorisation» on maintenait «Etendue et durée de l'autorisation».

**M. Delamuraz**, président de la Confédération: Je suis d'accord!

*Titel – Titre*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag Seiler Rolf

offensichtliche Mehrheit

Dagegen

Minderheit

*Abs. 1 – Al. 1*

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 5 – Al. 5*

**Reimann Fritz**, Berichterstatter: Hier stimmen wir dem Ständerat zu, weil es überflüssig ist, zu erwähnen, dass die Bewilligung entzogen werden kann. Die Voraussetzungen zum Entzug der Bewilligung sind ohnehin in Artikel 5 umschrieben.

Bei Absatz 5 von Artikel 4 beantragt der Ständerat Streichung der Bewilligungsgebühren. Mit dieser Streichung wollte der Ständerat nicht einfach die Bewilligungsgebühren abschaffen. Vielmehr wollte der Ständerat die kantonale Oberhoheit für die Gebühren aufrechterhalten. Der Bundesrat – wie ich das bereits zu Beginn gesagt habe – strebt jedoch eine Harmonisierung an. Auch die Kommission schliesst sich diesem Ziele an. Mit 11 zu 3 Stimmen beantragt Ihnen die Kommission Festhalten am Beschluss des Nationalrates.

**M. Darbellay**, rapporteur: Je me bornerai à apporter une précision. Le Conseil des Etats a supprimé, au premier alinéa, la phrase «L'autorisation peut être cependant retirée». Il n'y a pas ici de différence de vues entre les deux conseils, mais le fait est que ce problème est réglé à l'article 5 et les motifs de retrait de l'autorisation sont cités d'une manière exhaustive; ils sont toutefois assez larges pour qu'il puisse y avoir retrait de l'autorisation chaque fois qu'il y aurait abus de la part de l'entreprise.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 5 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 5 al. 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 7 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 7 al. 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 10 Abs. 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 10 al. 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 11 Abs. 1 und 3**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 11 al. 1 et 3**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 13 Abs. 2, 3 und 4**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 13 al. 2, 3 et 4**

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté*

**Art. 14**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

*Abs. 1*

.... Kautions leisten. (Rest des Absatzes streichen)

*Abs. 2*

Die Höhe der Kautions bemisst sich nach dem Geschäftsumfang. Der Bundesrat ....

*Minderheit*

(Büttiker, Aliesch, Allenspach, Coutau, Gysin, Rohrbasser, Seiler Hanspeter, Wanner)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 14**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

*Al. 1*

.... de location de services. (Biffer le reste de l'alinéa)

*Al. 2*

Le montant des sûretés est proportionnel à l'étendue de l'activité commerciale. Le Conseil fédéral fixe les montants minimum et maximum et règle les délais.

*Minorité*

(Büttiker, Aliesch, Allenspach, Coutau, Gysin, Rohrbasser, Seiler Hanspeter, Wanner)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Büttiker**, Sprecher der Minderheit: Der Bundesrat und die Mehrheit der Nationalratskommission wollen hier etwas hineinschuggeln, das im schweizerischen Recht absolut einmalig ist und deshalb zu einem gefährlichen Präjudiz für andere Branchen werden kann und mit Bestimmtheit auch werden wird.

Artikel 14 dieses Gesetzes will die Arbeitsvermittlungsunternehmen zur Hinterlegung einer Kautions zur Sicherstellung von Lohnansprüchen verpflichten. Diese Kautions soll laut Botschaft des Bundesrates pro Arbeitnehmer mindestens einen Monatslohn betragen, was für die ganze Branche immerhin ungefähr 50 Millionen Franken ausmacht.

In der Praxis werden aber, Herr Reimann, grosse bestehende Arbeitsvermittlungsunternehmen das Kautionsvolumen weit besser aufbringen, als kleinere oder neugegründete Betriebe dazu in der Lage wären. Das bedeutet aber nichts anderes als eine staatliche Marktbeschränkungs-, Marktbehinderungs- und Strukturberäumungspolitik. Der Staat hat hier nichts zu suchen. Aus grundsätzlichen Erwägungen lehnt deshalb die FDP-Fraktion eine solche Kautionspflicht ab. Diese neue Bestimmung für den Personalverleih ist eine willkürliche Diskriminierung von Unternehmen für temporäre Arbeit. Gerade solche Unternehmen braucht es aber auf dem heutigen Arbeitsmarkt, weil Teilzeitarbeit zu einem bedeutenden Sektor angewachsen ist. Auch in anderen vergleichbaren Branchen, Herr Reimann, können Lohnrisiken – das wissen Sie ganz genau – für Arbeitnehmer nie ganz ausgeschlossen werden. So müssten beispielsweise einige Spitzensportvereine für ihre teuren Profis und Trainer schon längstens zur Kautionshinterlegung verpflichtet werden.

Im übrigen besteht doch bereits ein Auffangnetz, indem der Schutz der temporär arbeitenden Arbeitnehmer – wie auch der anderen Arbeitnehmer – durch das Konkursprivileg erster Klasse sowie die allgemeinen Haftungsbestimmungen des Gesellschaftsrechts ausreichend gewährleistet ist. Um einen Dammbbruch für Lohnkautionspflicht zu verhindern, müssen wir den Anfängen wehren und der Minderheit bzw. dem Ständerat zustimmen.

**Seiler Rolf**: Nun wissen wir, was wir sind, die Mehrheit der Kommission: Schmuggler, die etwas in ein Gesetz hineinschuggeln wollen. Das stimmt nicht. Lesen Sie das geltende Gesetz von 1951! Dort ist diese Kautions bereits enthalten. Daher kann man auch den Vorwurf nicht gelten lassen, dass hier willkürliche Diskriminierungen eingeführt werden sollten.

Es ist ja eigenartig: Auch in der Kommission hat man diese Kautionsleistung mit ähnlichen Argumenten bekämpft und noch beigefügt, es werde hier ein Präjudiz geschaffen. Das geltende Gesetz von 1951 wurde schon damals nicht sehr geliebt, wenn man die Debatten nachliest, aber in bezug auf die Kautionsleistung kann man in der Botschaft vom Juli 1950 den einfachen Satz lesen: «Die Kautionsleistung ist nach geltendem Recht allgemein üblich.» Eine Diskussion im Nationalrat über eine Kautionsleistung fand überhaupt nicht statt.

Diese Kautionsleistung hat vor allem zwei Funktionen:

1. Der Schutz der Arbeitnehmer: Leiharbeiter sollen eine gewisse Sicherheit haben, dass sie, auch wenn das Unternehmen in Schwierigkeiten gerät, ihr Lohngehalt bekommen können. Andererseits sind hier auch gewisse Sicherheiten vorhanden, die nicht nur den Arbeitnehmer betreffen, sondern auch Sicherheiten für andere Forderungen gegenüber diesen Unternehmen.

2. Diese Kautionsleistung soll ganz bewusst auch eine gewisse Schwelle darstellen für den Einstieg in dieses Geschäft. Heute kann irgendwer ein Plakat auf ein Trottoir stellen und verkünden, er sei Arbeitsverleiher. Er braucht keine Bewilligung. Die Leute kommen und sind die Geprellten. Wir wollen mit dieser Kautionsleistung dem unüberlegten Einstieg in ein Geschäft, das mit nicht geringen Risiken verbunden ist, vorbeugen.

Es wird auch gesagt, an und für sich seien die Arbeitnehmer abgedeckt. Herr Büttiker hat zwei Punkte angeführt. Oft wird auch argumentiert, die Arbeitnehmer seien durch die Arbeitslosenversicherung, durch die Insolvenzenschädigung abgedeckt. Aber auch dazu ist zu sagen, dass die erhöhten Geschäftsrisiken nicht durch eine Versicherung, die von den Sozialpartnern getragen wird, abgedeckt werden können.

Im Namen der CVP-Fraktion bitte ich Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

**Leuenberger-Solothurn:** Ich möchte Ihnen auch namens der Sozialdemokraten empfehlen, der Kommissionsmehrheit zustimmen, und meinem Erstaunen über diesen Minderheitsantrag Ausdruck geben.

Ich habe immer gedacht, es gehe den Arbeitgebervertretern in diesem Rat – das sind lauter seriöse Leute – darum, seriöse Firmen vor unseriösen zu schützen und Marktverzerrungen Einhalt zu gebieten.

Herr Rolf Seiler hat das Bild vom «Pionier» gezeichnet, der glaubt, er könne mit dieser Vermittlungstätigkeit auf die schnelle Tour ohne grosse Anstrengungen Geld verdienen, auf dem Buckel der betroffenen Arbeitnehmer nota bene. Aber muss sich nicht jede seriöse Arbeitsvermittlungsfirma von solchen «Pionieren» distanzieren und Hand bieten zu einer Regelung, die eben diese unseriösen, mit unsauberen Absichten Geschäftstendenzen vom Markt fernhält oder ihnen mindestens den Marktzutritt ein wenig erschwert durch die Einführung der Kautionsleistung, die im Krisenfall dazu dienen soll, die Forderungen der Arbeitnehmer abzudecken?

Es wird mir doch kein Vertreter der Minderheit plausibel machen wollen, er würde Hand bieten zu einer Lösung, die irgendwelchen Hasardeuren erlauben würde, Geschäfte zu versuchen, Risiken einzugehen, die die betroffenen Arbeitnehmer zu decken hätten.

Ich bin mir das in schweizerischen und auch – Herr Kollega Büttiker – in solothurnischen Landen eigentlich nicht gewohnt. Normalerweise vertreten unsere bürgerlichen Gegner die seriösen Unternehmungen und nicht die Schläumeier, die versuchen, sich auf dem Buckel der Arbeitnehmer zu bereichern.

Ich bitte Sie also eindringlich, der Kommissionsmehrheit zu folgen und damit ein klares Bekenntnis abzulegen für jene Firmen, die seriös geschäftlich, die allgemein anerkannt sind und die auch mit den Gewerkschaften den landesüblichen Umgang pflegen.

**M. Rohrbasser:** On ne pourra certes jamais empêcher que de temps à autre une entreprise de placement, ou toute autre entreprise d'ailleurs, manquant de sérieux dans sa

gestion, en arrive à déposer son bilan, mais est-ce une raison suffisante pour marginaliser ce genre d'activité? J'ai peur que l'on applique le système de la caution dans bien d'autres cas et dans d'autres champs d'activité. Par ailleurs, il apparaît que c'est si simple de contracter une assurance-risque en ce domaine couvrant ces sûretés, que la valeur du système en devient tout relatif. Il apparaît également que, de par le droit civil, les travailleurs ont droit à une protection, et graduer celle-ci par rapport à une catégorie serait privilégier celle-ci par rapport aux autres.

Les critères de l'autorisation qui leur sera accordée feront déjà un tri de qualité des entreprises en la matière. Si quelques aventuriers ont existé dans ce secteur d'emplois temporaires, il s'avère qu'ils ne se sont pas éternisés et les cas de faillite de ces entreprises sont rares. On ne peut pas forcément en dire autant de certaines branches conventionnelles.

La réputation des entreprises de placement temporaire se fait ou se défait à grande vitesse, de par la spécificité de ce marché, qui s'épure de lui-même. En ce qui concerne l'UDC, nous accordons à ces entreprises la même confiance qu'à une autre, ni plus ni moins. C'est pourquoi l'UDC se rallie au Conseil des Etats.

**Stappung:** Was die Mehrheit beantragt und dieser Rat bereits beschlossen hat, ist ja nicht neu. Bereits bisher bestand eine Kautionspflicht, und trotzdem sind Arbeitsvermittlungsinstitute wie Pilze aus dem Boden geschossen. Es kann also nicht argumentiert werden, die Kautionsleistung, die sich nach dem Arbeitsumfang richtet, sei ein Hindernis für diejenigen, die neu in dieses ausserordentlich lukrative Geschäft einsteigen wollen. Hier handelt es sich eindeutig um den Vollzug von Artikel 34ter der Bundesverfassung, um Arbeitnehmerschutz, um einen – konkreten – Arbeitnehmerschutz. In Artikel 34ter der Bundesverfassung ist auch erwähnt, dass der Bundesrat zum Schutze der Arbeitnehmer besondere Erlasse «über die Arbeitsvermittlung» vornehmen kann.

Wenn Sie die Bewilligungsaufgaben gemäss Artikel 3 betrachten, stellen Sie fest, dass diese Voraussetzungen ohne weiteres von jedermann praktisch erfüllt werden. Sie sind also eine relativ kleine Hürde, die eigentlich den Arbeitgebern dient, die daran interessiert sind, solvente Geschäftspartner zu haben.

**Allenspach:** So leicht, wie es dargetan worden ist, kann man heute ein Temporärunternehmen nicht mehr eröffnen.

Lesen Sie in Artikel 13 die Voraussetzungen dazu. Ein solches Unternehmen muss im Handelsregister eingetragen sein. Es muss über ein zweckmässiges Geschäftslokal verfügen. Der Personalverleiher darf kein anderes Gewerbe betreiben. Er muss eine fachgerechte Verleihtätigkeit gewährleisten. Er muss über einen guten Leumund verfügen.

Bei diesen Voraussetzungen, Herr Seiler, kann man nicht einfach auf dem Trottoir ein Plakat aufstellen und damit einen Betrieb eröffnen. Wir müssen dies berücksichtigen. Es gibt wenige Branchen, bei denen derartige Voraussetzungen für die Betriebseröffnung in einem Gesetz verankert sind. Wir sollten den jungen Leuten nicht geradezu verbieten, neue Betriebe zu eröffnen.

Was will die Kautionsleistung? Sie will eindeutig – das ist heute gesagt worden – den Marktzutritt verbarrieren. Man will nicht, dass junge Leute einen Betrieb eröffnen können, und will ihnen dies durch die Stellung einer Kautionsleistung erschweren. Tatsächlich können die jungen Leute trotz der Kautionspflicht Betriebe eröffnen. Wie gross ist die Kautionsleistung? Nach der Bestimmung des Gesetzes richtet sie sich nach dem Geschäftsumfang. Wie gross ist der Geschäftsumfang, wenn man einen neuen Betrieb eröffnet? Die Kautionsleistung wird also zu Beginn recht klein sein. Wer bezahlt die Kautionsleistung? Jene Unternehmen, die etabliert sind, die seriös sind und einen grossen Geschäftsumfang haben. Von dieser Seite her ist die Kautionsleistung ein sehr mangelhaftes und untaugliches Mittel, um das Ziel zu erreichen.

Artikel 34ter der Bundesverfassung ist angerufen worden. Die Kautionspflicht soll im Sinne des Arbeitnehmerschutzes gewissermassen die Verpflichtungen des Arbeitgebers im Konkursfall abdecken. Ich glaube nicht, dass wir generell von Artikel 34ter der Bundesverfassung den Grundsatz ableiten können, es sei im Sinne des Arbeitnehmerschutzes eine Kautionspflicht zu leisten, um die Haftung des Arbeitgebers im Konkursfall abdecken zu können. Wenn Sie davon ausgehen, müssen Sie von sämtlichen Unternehmen in der Schweiz derartige Kautionspflichten verlangen. Aus Gründen der Rechtsgleichheit könnte dies nicht nur von einer einzigen Branche verlangt werden. Im übrigen ist festzuhalten, dass die Arbeitnehmer keinen Schaden erleiden, weil die Arbeitslosenversicherung im Falle eines Konkurses für die entsprechenden Schäden aufkommt, und zwar nicht nur bei Temporärunternehmen, sondern bei allen Unternehmen haftet sie für die Lohnausfälle, die die Arbeitnehmer im Konkursfall erleiden. Ich lehne vor allem die vorangegangene Interpretation von Artikel 34ter der Bundesverfassung ab und betrachte die Kautionspflicht als unzweckmässiges Mittel. Ich bitte Sie, dem Ständerat zuzustimmen. Das wäre auch aus einem anderen Grunde zweckmässig: Wir sollten nach Möglichkeit möglichst wenig Differenzen zum Ständerat haben, damit dieses Gesetz endlich einmal durchberaten ist.

**Fischer-Sursee:** Ich habe an sich sehr viel Verständnis für das Anliegen, dass Ordnung bestehen soll, dass nicht regelwidrig gehandelt werden soll. Aber hier möchte ich nun doch von der Praxis her dafür votieren, dass man diese Kautionspflicht leisten und verlangen muss. Wir haben sie ja schon in der Praxis nach dem geltenden Arbeitsvermittlungsgesetz, und die bundesrechtliche Abstützung ist aufgrund von Artikel 34ter BV gegeben, so dass man nicht von Verfassungswidrigkeit sprechen kann.

Es stimmt auch nicht, wie es Herr Allenspach dargelegt hat, dass die grossen, die guten und seriösen Unternehmen gross zur Kasse gebeten werden und die jungen Unternehmen mit kleinem Arbeitsumfang bescheiden ausgehen. Es ist nicht so, dass diese Kautionspflicht verfallen ist. Sie ist ja nur eine Sicherheitsleistung, die entweder in Form eines verzinslichen Depots bei einer Bank, in Form einer Versicherungsgarantie oder in Form einer Bankgarantie geleistet werden kann. So ist es durchaus möglich, dass auch ein Jungunternehmer, der neu ins Geschäft einsteigt, ohne allzu grosse finanzielle Mittel in der Lage ist, diese Garantie zu leisten. Wir kennen übrigens auch in anderen Bereichen diese Garantieplichten indirekt – ich denke an das Versicherungswesen oder an die Banken, die zum Schutze der Einleger die Eigenmittelvorschriften haben –, so dass auch hier ohne weiteres ein solches Anliegen berücksichtigt werden kann. Wir müssen sehen, um was es geht: Es geht um den Schutz von vertraglich schwachen Partnern. Als Anwalt muss ich Ihnen aus eigener Praxis sagen: Es hat mich schon wiederholt gestört, dass in solchen oder ähnlichen Fällen die Arbeitnehmer leer ausgehen und den Lohn für ihre Arbeit verlieren. Es sind meistens sozial ganz schwache Arbeitnehmer. Aus diesen Gründen ist es unsere Pflicht, hier dafür zu sorgen, dass diese ihre Sicherheit haben. Es geht nicht darum, wie Herr Allenspach dargelegt hat, generell für den Arbeitnehmer im Konkursfall eine Garantie einzuführen. Wir müssen sehen, dass die Arbeitsvermittlung ein Sonderfall ist. Arbeitgeber ist ja nicht derjenige, der den Vermittelten einsetzt, sondern der Vermittler ist Arbeitgeber. Der Vermittelte arbeitet aber nicht im Betrieb des Vermittlers. Er hat also die Sicherheit nicht, die Arbeitnehmer haben, die bei einem Patron arbeiten und den Betrieb hinter sich haben. Hier liegt der entscheidende Unterschied, und deshalb bin ich der Meinung, man sollte aus sozialen Gründen und zum Schutz der Vermittelten diese Garantie einführen. Sie kostet für den Vermittler beileibe nicht sehr viel.

**Oehler:** Ich möchte mich dafür aussprechen, dass wir Artikel 14, so wie wir ihn beschlossen haben, im Gesetz stehenlassen. Ich spreche aus Erfahrung, zumal ich als Unterneh-

mensleiter sehr häufig mit Personalverleih – welch schreckliches Wort! – arbeite; ich gehe mit allen meinen Vorrednern einig, dass wir achtgeben müssen und uns darauf stützen, dass wir seriöse Partner haben. Auf dem Gebiet des Personalverleihs gibt es mehr als nur unseriöse Partner. Es gibt Leute, welche – ich weiss es aus eigener Erfahrung – die Arbeitnehmer unter dem Titel der Handels- und Gewerbe-freiheit und des Personalverleihs ausbeuten. Wir haben alles zu unternehmen, um diesen Ausbeutern das Handwerk zu legen. Die Voraussetzungen nach Artikel 13, welche von Herrn Allenspach als genügend eingestuft werden, sind für mich das absolute Minimum, welches man fordern muss, um auf diesem Gebiet Ordnung zu schaffen. Ich sage das aufgrund meiner vieljährigen Erfahrung mit dem Personalverleih. Aus diesem Grund ist die Kautionspflicht, welche ja gemäss Artikel 14 Absatz 2 vom Bundesrat festgesetzt werden kann, das Minimum, das wir einführen können. Herr Allenspach, dieser Artikel 14 verunmöglicht einem Jungen, vielleicht auch Unerfahrenen, nicht, auf diesem Gebiet ein Geschäft zu eröffnen! Stellen wir uns vor: ein Geschäft eröffnen mit dem Ausleihen von Leuten.

Ich weiss, dass wir den Personalverleih aus der heutigen Wirtschaft nicht mehr wegdenken könnten. Er hilft in der Wirtschaft wesentlich mit, Spitzen nach oben oder nach unten zu brechen. Aber Ordnung schaffen müssen wir. Für mich ist die Hinterlegung einer Kautionspflicht – Herr Fischer hat dargelegt, wie man mit Hilfe von Bankgarantien oder mit Versicherungsgarantien verfahren kann – das Minimum, das wir haben müssen, um Ordnung herbeizuführen. Ich bitte Sie, dem Ständerat nicht zuzustimmen, sondern an unserem Beschluss festzuhalten.

**Bonny:** Ich pflege sonst den Brauch, dass ich zu Vorlagen, bei denen ich seinerzeit als Beamter beteiligt war, nicht Stellung nehme. Ich habe das auch bei diesem Gesetz so gehalten, sowohl in der Fraktion als bis jetzt auch im Plenum. Ich habe mich aufgrund der Diskussion in diesem Fall entschlossen, von diesem Grundsatz abzuweichen. Ich finde, man muss bei diesem Artikel 14 die Proportionen wahren. Es geht vor allem um zwei wesentliche Dinge: Wir müssen erstens wissen, dass es auf dem Arbeitsmarkt – beim Personalverleih insbesondere – um sehr heikle Rechtsgüter geht, die eben in gewissen Fällen einen besonderen Schutz verdienen. Eine zweite Ueberlegung war in der Frühzeit dieses Gesetzes, dass bei diesem Artikel ganz eindeutig die Idee der Missbrauchsbekämpfung im Vordergrund stand. Wir müssen damit eine vorbeugende Massnahme ergreifen, um gewissen Missbräuchen, die auf diesem Gebiete jedenfalls in den Anfängen in relativ grosser Zahl vorgekommen sind, die Spitze zu brechen. Das ist der Grund, weshalb ich mich hier zur Kautionspflicht bekenne. Ich stehe ja nicht unbedingt im Ruf, ein Feind unserer Wirtschaft zu sein; aber es gibt gewisse Grenzen, die wir respektieren müssen.

Ich beantrage Ihnen, der Mehrheit der Kommission zuzustimmen.

**Hänggi:** Nach den vorausgegangenen Voten drängt es mich doch, hier noch eine Korrektur anzubringen. Verschiedene Redner haben ausgesagt, dass man die grossen, seriösen Unternehmen schützen wolle. Es fragt sich – oder die Aussage stört mich –: Sind denn die grossen *a priori* die seriösen Unternehmen? Ich habe auch schon gegenteilige Erfahrungen gemacht. Gerade die kleinen Firmen sind es sehr oft, die bei der Erreichung individueller Lösungen mitwirken, sowohl für den Arbeitnehmer wie für den Arbeitgeber. Das wollte ich hier doch noch richtigstellen.

**Reimann Fritz, Berichterstatter:** Es ist etwas ungewohnt, dass in einem Differenzbereinigungsverfahren zu einem Artikel, der von diesem Rat bereits beschlossen wurde, so viel diskutiert wird. Ich hoffe jedoch, dass diese Diskussion doch etwas zur Klärung beigetragen hat. Was will dieser Artikel 14? Artikel 14 sagt aus, dass der Verleiher zur Sicherung von Lohnansprüchen aus dem Personalverleih eine

Kaution zu leisten hat. Ihre Höhe bemisst sich nach dem Geschäftsumfang und wird bei jeder Bewilligungserneuerung überprüft. Der Bundesrat setzt den Mindest- und den Höchstbetrag fest und regelt die Einzelheiten. Unser Rat hat diesem Artikel in der ersten Lesung zugestimmt. Der Ständerat hat beschlossen, diesen Artikel zu streichen. Unsere Kommission in ihrer Mehrheit beantragt, dass wir an unserem Beschluss festhalten. Ich vertrete hier die Kommissionsmehrheit. Eigentlich könnte ich dem zustimmen, was von den Befürwortern dieses Artikels gesagt wurde – ich muss eigentlich nicht mehr viel beifügen. Hier herrscht ein besonderes Arbeitnehmer-/Arbeitgeberverhältnis, denn der Arbeitnehmer hat zwei Arbeitgeber. Demjenigen Arbeitgeber gegenüber, der ihm die Arbeit zuweist, kann er keine Lohnansprüche geltend machen. Dort, wo also die Investitionen sind, dort, wo Sicherheit liegt, kann er keine Ansprüche geltend machen. Er kann die Ansprüche nur beim Verleihbetrieb geltend machen. Es wurde richtig gesagt: Dabei geht es nicht um einen Gewerbebetrieb, sondern um den Verleih von Menschen, und da muss man die Hürde schon etwas höher setzen. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

**M. Darbellay**, rapporteur: On a posé la question: pourquoi adopter pour ce genre d'entreprises une solution qui n'est pas habituelle? La réponse est facile. Nous légiférons expressément pour ce genre d'entreprises, car des problèmes se posent. Et, si nous demandons aux entreprises de location de service de fournir des garanties, c'est parce qu'elles ont une structure bien particulière. Elle ne produisent pas directement des biens et des services – comme on le dit très bien dans le message du Conseil fédéral – mais elles louent des personnes pour produire ces biens et ces services. C'est donc un problème important de la protection de ces travailleurs que de pouvoir leur garantir un salaire. M. Peter Hänggi a soulevé à juste titre le problème des petites entreprises. Elles méritent notre attention aussi bien que les grandes. Mais, je crois pouvoir le dire ici d'une manière très nette, les mesures qui sont prises ne sont pas préjudiciables à ces petites entreprises. Toute entreprise sérieuse, petite ou grande, doit avoir, au moment où elle se lance, les moyens nécessaires pour assurer les obligations légales prévues. Des personnes compétentes ont rappelé ici qu'une caution n'est pas quelque chose d'extraordinairement cher. On peut se la procurer auprès des établissements spécialisés.

Je vous rappelle en outre que le message du Conseil fédéral précise que cette mesure aurait aussi l'avantage d'empêcher certaines personnes de se lancer inconsidérément dans ce genre d'entreprise. Beaucoup d'autres professions connaissent également le dépôt de caution. Il y a ici une situation tout à fait particulière, nous devons y souscrire.

**M. Delamuraz**, président de la Confédération: Je remercie M. Büttiker de l'enrichissement de ma langue allemande. Mais, je peux lui dire: «dass ich kein Schmuggler bin, auch wenn ich mit der Mehrheit der Kommission bin».

En effet, on dit que le Conseil fédéral s'est mal manifesté dans ce projet de loi et qu'il va faire un usage tout à fait démesuré d'une soif inextinguible d'étatisme. Ce n'est pas vrai! La meilleure preuve est, qu'au moment où nous vous demandons d'introduire cette sécurité pour les entreprises de travail temporaire, nous la levons. Elle est actuellement en vigueur dans la législation, mais sera remplacée par la nouvelle, qui exige des agences de placement et d'émigration l'obligation de fournir des sûretés. Cela ne s'impose plus et nous leverons donc cette obligation.

En revanche, dans les entreprises dont vous parlez, cela continue de s'imposer. Et pourquoi? Parce que M. Rohrbasser faisait des analogies entre les entreprises comme celles-ci et des entreprises normales, c'est-à-dire toutes les autres. Mais, je crois qu'il y a quand même une différence fondamentale. Dans les autres entreprises, lorsqu'elles s'y sont mal prises et dans des situations difficiles, il y a le plus souvent un capital d'une certaine valeur et dont l'exploita-

tion pourra servir à couvrir d'abord le traitement de ses employés, tandis que le capital des entreprises de location de service se compose d'un crayon, d'une gomme, d'un téléphone qui ne leur appartient même pas. Donc, avec un capital si mince, vous ne couvrirez jamais les besoins enclenchés par une mauvaise situation ou la faillite. Si cela représentait des mille et des cents et que ce «perfectionnisme» doive conduire à un renchérissement inadmissible de ce type de services, on pourrait y réfléchir à nouveau. Mais ce n'est pas le cas et chacun sait qu'avec un cautionnement solidaire auprès d'un assureur privé ou auprès d'une banque la charge annuelle se monte à quelques centaines de francs.

N'entamons pas pour la troisième fois une guerre de religion pour si peu et ne voyons pas là un monstre étatisé en train de serrer à la gorge la pauvre économie privée. C'est vraiment une image tout à fait disproportionnée. Il faut donc voter avec la majorité.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	84 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	54 Stimmen

#### Art. 15 Titel, Abs. 1 und 5

##### Antrag der Kommission

##### Titel und Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

##### Abs. 5

Festhalten

##### Antrag Seiler Rolf

##### Titel

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### Art. 15 titre, al. 1 et 5

##### Proposition de la commission

##### Titre et al. 1

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

##### Al. 5

Maintenir

##### Proposition Seiler Rolf

##### Titre

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Präsident:** Der Antrag Seiler Rolf zu diesem Artikel ist bereits behandelt worden.

##### Angenommen gemäss Antrag Seiler Rolf

##### Adopté selon la proposition Seiler Rolf

#### Art. 16 Abs. 2

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Art. 16 al. 2

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

##### Angenommen – Adopté

#### Art. 18 Abs. 2 und 3

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### Art. 18 al. 2 et 3

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

##### Angenommen – Adopté

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen*

*Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.15 Uhr*

*La séance est levée à 12 h 15*

différents les uns des autres, travaillant indépendamment et sans aucune cohésion entre eux.

Je suis obligé de reconnaître que la politique régionale, d'une part, la promotion économique et la politique du tourisme, d'autre part, sont des domaines, Monsieur Scheidegger, objectivement distincts. L'aide aux régions de montagne, l'encouragement de l'innovation, la diversification, l'implantation industrielle, la promotion du tourisme, voilà autant de domaines qui répondent à des définitions et à des méthodes qui ne sont pas semblables et auxquelles on ne peut pas appliquer une seule et même recette.

En outre, dans une certaine mesure en tout cas, les champs d'application de ces politiques peuvent être assez différents les uns des autres à raison du lieu où ils ont à s'exprimer. Dès lors, soucieux des principes modernes de l'économie d'entreprise, qui exige une décentralisation en même temps qu'une étroite coopération, l'OFIAMT, qui, au Département de l'économie publique, a la part prépondérante dans la conduite de ces politiques, a renoncé à établir une centralisation des tâches et, par conséquent, à constituer une seule division qui aurait, sur l'ensemble de ces problèmes, la haute main et la décision définitive. Mais, lorsque des questions stratégiques se posent en cette matière et que ces décisions, ces questions, sont d'une importance considérable, la direction de l'OFIAMT prend alors directement les affaires en main et assure ainsi automatiquement – dirais-je – cette coordination des efforts qui, normalement, peut être assurée spontanément sans l'oeuvre de centralisation.

Je crois que les expériences faites nous démontrent que nous avons là une formule élégante et que nous ne gagnons rien, sinon quelques fonctionnaires supplémentaires et sans doute une administration plus lourde, si nous voulions à tout prix coiffer du même chapeau l'ensemble de ces activités au titre de la coordination. Celle-ci s'opère entre elle et, lorsque l'affaire présente un degré d'imbrication suffisante, la direction de l'OFIAMT intervient spontanément.

**Scheidegger:** Man kann ja auch in den eigenen Familien leicht unterschiedliche Ansichten haben wie beispielsweise in der Regionalpolitik. Ich stelle hier eine kurze Nachfrage: Wie steht es um das Einlösen des Versprechens von Herrn Bundesrat Furgler anlässlich der Beantwortung des Postulates Gadiant, dass nämlich die Zentralstelle für die Wirtschaftsförderung im Hinblick auf eine verbesserte regionalpolitische Koordination verstärkt werden soll?

**M. Delamuraz,** président de la Confédération: La traduction ayant été un peu hésitante sur ce point, je remercie l'interpellant de la traduction successive qu'il a donné de son propos. Il est dans l'ordre des choses de renforcer cette centrale, ce qui a été fait, à ma connaissance (d'une unité jusqu'à maintenant) pour parvenir à accomplir plus intensément ce travail de décentralisation et de régionalisation. Nous pouvons concevoir la création d'une autre unité supplémentaire.

85.069

## Arbeitsvermittlungsgesetz. Revision Loi sur le service de l'emploi. Révision

*Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 236 hiervoor – Voir page 236 ci-devant

### Art. 19 Abs. 1 Bst. c, 2 und 2bis Bst. a bis c

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1 Bst. c*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Abs. 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Abs. 2bis Bst. a bis c*

In den ersten sechs Dienstmonaten kann ....

- a. .... Frist von mindestens zwei Tagen ....
- b. .... Frist von mindestens sieben Tagen auf das Ende einer Arbeitswoche gekündigt werden.
- c. Streichen

*Antrag Fäh*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

*Antrag Oester*

*Abs. 2bis Bst. b*

b. während des vierten bis sechsten Monats der ununterbrochenen Anstellung mit einer Frist von mindestens sieben Tagen gekündigt werden.

*Antrag Graf*

*Abs. 2bis Bst. c*

c. während des siebten bis zwölften Monats der ununterbrochenen Anstellung mit einer Frist von vierzehn Tagen gekündigt werden.

### Art. 19 al. 1 let. c, 2 et 2bis let. a à c

*Proposition de la commission*

*Al. 1 let. c*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Al. 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Al. 2bis let. a à c*

.... pendant les six premiers mois de service, ....

- a. Moyennant un délai de congé de deux jours au moins durant les trois premiers mois d'un emploi ininterrompu;
- b. Moyennant un délai de congé de sept jours au moins, pour la fin d'une semaine, entre le quatrième et sixième mois d'un emploi ininterrompu.
- c. Biffer

*Proposition Fäh*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Proposition Oester*

*Al. 2bis let. b*

b. Moyennant un délai de congé de sept jours au moins entre le quatrième et le sixième mois d'un emploi ininterrompu;

*Proposition Graf*

*Al. 2bis let. c*

c. Moyennant un délai de congé de quatorze jours entre le septième et le douzième mois d'un emploi ininterrompu.

**Reimann Fritz,** Berichterstatter: Artikel 19 des Arbeitsvermittlungsgesetzes ordnet Form und Inhalt des Arbeitsvertrages für das Leihpersonal. In diesem Artikel schlägt der Ständerat für das Leihpersonal spezielle, vom Obligationenrecht abweichende Kündigungsfristen vor. Er ging von der

Annahme aus, dass der Leiharbeitnehmer oder die Leiharbeitnehmerin bewusst ein eher etwas lockeres Arbeitsverhältnis sucht, das leichter wieder gelöst werden kann. Dieses Argument wurde in unserer Kommission nicht ganz bestritten. Hingegen wurde in der Kommission mit Recht darauf hingewiesen, dass Temporärfirmen nicht nur von Arbeitnehmern aufgesucht werden, die ein möglichst lockeres Arbeitsverhältnis suchen. Es werden z. B. auch Arbeitslose durch öffentliche Arbeitsämter oder durch private Vermittler an Temporärfirmen vermittelt. Das kann insbesondere bei Betriebserschliessungen und bei Teilschliessungen vorkommen, bei denen auf den gleichen Zeitpunkt hin eine grössere Zahl von Arbeitnehmern entlassen werden. Bei einem Arbeitslosen, der die Stelle durch Aufhebung seines Arbeitsplatzes verloren hat oder im Begriffe ist, sie zu verlieren, dürfte das Bedürfnis nach mehr Sicherheit grösser sein als nach mehr Flexibilität. Deshalb schlägt Ihnen unsere Kommission ein etwas abgeschwächtes Flexibilisierungsmodell vor.

Zuerst noch ein Wort zu Absatz 1 Buchstabe c: Der Ständerat schlägt vor, dass im schriftlichen Arbeitsvertrag des Verleihers nur die Kündigungsfrist vom zweiten Dienstjahr an enthalten sein muss. Wenn Sie jedoch dem Antrag unserer Kommission zu Absatz 2bis folgen, in dem der ständerätliche Vorschlag zu Buchstabe c gestrichen werden soll, wird die Kündigungsfrist im Gesetz nur für das erste Halbjahr geregelt, so dass im schriftlichen Vertrag nicht erst ab dem zweiten Dienstjahr befunden werden kann.

In unserer Kommission wurde aber auch die Meinung vertreten, dass die Kündigungsfrist im Vertrag aufgeführt werden soll, auch wenn sie gesetzlich geregelt ist. Der Arbeitnehmer sollte nicht nebst dem Vertrag auch das Gesetz konsultieren müssen, um über die Beendigung des Arbeitsverhältnisses orientiert zu sein. Unsere Kommission hat mit 14 zu 0 Stimmen beschlossen, der bundesrätlichen Fassung von Buchstabe c in Absatz 1 den Vorzug zu geben.

Bei Absatz 2 mache ich Sie auf einen Fehler auf der Fahne aufmerksam. Unsere Kommission hat beschlossen, dem Wortlaut des Ständerates von Absatz 2 zuzustimmen, jedoch ohne die Worte «in der Regel». Auf der Fahne wurde diesem Beschluss nicht voll Rechnung getragen. Ich bitte Sie, diese Korrektur auf Ihrer Fahne noch vorzunehmen.

Die imperative Schriftlichkeit des Arbeitsvertrages wurde in unserer Kommission damit begründet, dass in Absatz 1 die vertragliche Regelung bestimmter Arbeitsbedingungen verlangt wird, weshalb die Schriftlichkeit nicht zu umgehen ist. Für die dringendsten Fälle von kurzfristigen Einsätzen – von einem halben Tag beispielsweise –, bei denen aus Zeitgründen auf die Schriftlichkeit verzichtet werden muss oder auch verzichtet werden kann und darf, soll der Bundesrat die Kompetenz haben, Ausnahmen vorzusehen.

Nun Absatz 2bis. Nach Obligationenrecht Artikel 334, Arbeitsvertragsrecht, dauert die Probezeit einen Monat. Sie kann durch Abrede – Normalarbeitsvertrag oder Gesamtarbeitsvertrag – auf drei Monate verlängert werden. Während dieser Zeit dauert die Kündigungsfrist – sofern nichts anderes vereinbart wurde – sieben Tage auf das Ende einer Arbeitswoche. Nach Ablauf der Probezeit beträgt die Kündigungsfrist im unter jährigen Dienstverhältnis – gemäss Obligationenrecht Artikel 336a – einen Kalendermonat.

Der Ständerat möchte die Kündigungsfrist in den ersten drei Monaten auf 2 Tage begrenzen, vom vierten bis sechsten Monat auf 7 Tage und vom siebten bis zwölften Monat auf 14 Tage. Aus Gründen des Arbeitnehmerschutzes hat sich unsere Kommission dem Flexibilisierungswunsch des Ständerates nicht ganz verschlossen. Unsere Kommission schlägt Ihnen vor: bei Litera a während der ersten drei Monate der Anstellung statt wie der Ständerat 2 Tage: «mindestens 2 Tage»; bei Litera b während des vierten bis siebten Monats der Anstellung statt wie der Ständerat 7 Tage: «mindestens 7 Tage auf das Ende einer Woche»; bei Litera c während des siebten bis zwölften Anstellungsmonates statt wie der Ständerat 14 Tage die obligationenrechtliche Lösung von einem Monat.

Im Plenum sind drei Anträge eingegangen: der Antrag Graf, der vorschlägt, dass man bei Litera c dem Ständerat zustimmt, also 14 Tage Kündigungsfrist in der zweiten Hälfte des Anstellungsjahres; der Antrag Oester, der bei Litera b den gleichen Vorschlag wie der Nationalrat vorbringt, aber auf die Worte «auf Ende einer Woche» verzichten möchte; der Antrag Fäh, der den ganzen Artikel 19 gemäss Antrag des Ständerates haben möchte. Herr Fäh müsste noch sagen, ob sich sein Antrag nur auf Absatz 2bis oder auch auf die Absätze 1 Litera c und Absatz 2 bezieht, also auch auf den Vorschlag unserer Kommission, in Absatz 1 Litera c nach Bundesrat zu verfahren und in Absatz 2 die Worte «in der Regel» herauszunehmen. Wenn er auf diese beiden Absätze verzichten könnte, müsste man nur noch über Absatz 2bis befinden. Die Kommission schlägt Ihnen vor, den Anträgen der Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

**M. Darbellay**, rapporteur: A l'article 19, la situation est un peu plus compliquée qu'ailleurs et justifie une explication préalable. Nous avons la proposition du Conseil des Etats, reprise par M. Fäh, celle de la commission et deux propositions de MM. Oester et Graf.

A l'alinéa premier de cet article 19, la proposition du Conseil fédéral et du Conseil national disait, sous lettre c, que le contrat écrit doit fixer la durée de l'engagement ou le délai de congé. Le Conseil des Etats ne prévoit cette clause qu'à partir de la deuxième année de service. Ceci nous paraît incomplet. Même si les délais de congé sont prévus à l'alinéa 2bis du même article, il est dans l'intérêt du travailleur et de l'entrepreneur de savoir exactement à quoi s'en tenir et, par conséquent, de pouvoir se référer aux délais prévus dans le contrat.

A l'alinéa 2, il y a également une très légère divergence. Le Conseil des Etats dit: «Dans la règle, le bailleur de services doit conclure un contrat écrit avec le travailleur». La phrase suivante précise encore: «Le Conseil fédéral règle les exceptions». C'est donc qu'il peut effectivement y avoir des exceptions et la commission du Conseil national vous propose de supprimer les trois premiers mots de ce paragraphe, à savoir «En règle générale». Je vous fais remarquer que suite à une erreur, cette proposition de modification n'a pas été portée sur le dépliant.

Les modifications importantes interviennent cependant à l'alinéa 2bis. Le Conseil fédéral et le Conseil national n'avaient pas jugé opportun de traiter d'une manière particulière les délais de congé puisqu'ils sont traités de manière générale dans le code des obligations. Le Conseil des Etats a jugé, en revanche, que la situation dans les entreprises de location de services était à ce point différente des autres entreprises, qu'il était judicieux de traiter le problème des délais de congé de manière spéciale. La commission du Conseil national s'est assez largement ralliée à cette proposition, sans aller toutefois aussi loin que l'aurait souhaité le Conseil des Etats. Elle a modifié quelque peu la forme, pour la rendre plus convenable, ne gardant, des lettres a, b, et c que les deux premières.

A la lettre a, une souplesse extraordinaire pour les trois premiers mois d'un emploi interrompu, puisque aussi bien l'employé que l'employeur pourraient donner leur congé moyennant un délai de deux jours. Vu la nature de ce travail, nous avons pensé qu'il était bon, tant pour les employés que pour les entreprises, d'avoir la possibilité de se libérer rapidement de ce travail ou de ce travailleur temporaire, par exemple, pour pouvoir prendre un travail à titre définitif dans une autre entreprise.

A la lettre b, il s'agit du délai de congé entre le quatrième et le sixième mois. Le code des obligations prévoit un mois et le Conseil des Etats ne prévoit qu'un délai de sept jours. Nous nous sommes ralliés au Conseil des Etats, en ajoutant toutefois sept jours au moins – c'est-à-dire qu'on peut fixer davantage par contrat – et en précisant que le congé doit être donné pour la fin d'une semaine. M. Oester propose de revenir à la solution du Conseil des Etats, ou à peu près, en supprimant cette échéance de la fin d'une semaine.

En ce qui concerne le point c, la commission du Conseil national vous propose de laisser purement et simplement tomber l'exception. Effectivement, lorsqu'on dit qu'il faut des dispositions particulières pour les travailleurs temporaires, on fait remarquer que ceux-ci sont généralement employés pendant un laps de temps relativement court, un, deux ou trois mois. Il est tout à fait exceptionnel que le temps de travail dépasse six mois, et si tel est le cas, on ne peut plus guère parler de travail temporaire. La commission du Conseil national propose qu'en l'occurrence on applique tout simplement le code des obligations, c'est-à-dire un congé d'un mois pour la fin d'un mois.

Telles sont les dispositions essentielles et nous vous invitons à suivre la majorité de la commission, soit d'accepter les lettres a et b sous la forme proposée et de biffer la lettre c.

**Fäh:** Nachdem uns der Kommissionspräsident mit seiner Ankündigung zu Absatz 2 überrascht hat, wonach der Begriff «in der Regel» zu streichen sei; nachdem er erläutert hat, warum litera 1c in der Kommissionsfassung besser sei, habe ich mir die Sache noch einmal überlegt. Ich ziehe meine Anträge zu Absatz 1 und zu Absatz 2 zurück, weil mich der Kommissionspräsident mit seinen Ausführungen überzeugt hat. Ich halte aber am Antrag bezüglich Absatz-2bis fest.

Ich beantrage Ihnen also im Namen der FDP-Fraktion, dem Beschluss des Ständerates zuzustimmen. Ob Sie dabei in den Buchstaben a und b den Begriff «mindestens» belassen oder streichen, ist für mich nebensächlich, denn inhaltlich ändert sich deswegen überhaupt nichts. Entscheidend für uns ist, dass dem Inhalt des Ständeratsbeschlusses zugestimmt wird, denn der Ständeratsbeschluss ist offener. Offener deshalb, weil die Sonderregelung für ein Jahr und nicht nur für sechs Monate gilt. Offener deshalb, weil die Einschränkung auf Ende der Arbeitswoche, wie sie auch Herr Oester vorschlägt, entfällt. Und offener schliesslich deshalb, weil im Buchstaben c die Monatsfrist auf 14 Tage gekürzt wird, wie es auch Herr Graf vorschlägt.

Ich weiss, der Kündigungsschutz hat sowohl den Arbeitgeber als auch den Arbeitnehmer zu schützen. Aus dieser beidseitigen Optik sind die Massnahmen zu beurteilen. Im Normalfall dürfen dabei die Fristen nicht zu kurz bemessen sein. Das Arbeitsvertragsrecht gemäss Obligationenrecht soll also gelten. Bei der Temporärarbeit hingegen ist das ein bisschen anders; das gibt auch die nationalrätliche Kommission zu, sonst hätte sie keinen Antrag gestellt. Hier hat nicht nur der Arbeitgeber, sondern vor allem auch der Arbeitnehmer alles Interesse daran, möglichst ungebunden handeln zu können. Der Kommissionspräsident hat erwähnt, es liege vor allem im Interesse des Arbeitnehmers, dass man die Fristen so festlege, wie es die nationalrätliche Kommission vorschlägt. Ich habe auch mit Arbeitnehmern und mit Arbeitnehmerorganisationen gesprochen. Sie teilen diese Auffassung nicht. Sie meinen, es könne auch im Interesse des Arbeitnehmers liegen, dass kürzere Fristen möglich sind, denn gerade deswegen wähle auch der Arbeitnehmer die Temporärarbeit.

Im übrigen kommt es wohl nicht von ungefähr, dass geltende Gesamtarbeitsverträge Kündigungsfristen von 2 Tagen (erster bis vierter Monat) bzw. 5 Tagen (fünfter bis zwölfter Monat) festhalten. Bereits die ständerätliche Fassung ist im Vergleich dazu eine Verschärfung. Mehr scheint mir nicht notwendig.

Der neue Absatz 2bis des Ständerates entspricht dem Wesen der Temporärarbeit. Er ist sozial verantwortbar.

Ich bitte Sie daher namens der FDP-Fraktion, meinem Antrag zuzustimmen.

**Präsident:** Herr Oester hat einen Antrag zu Absatz 2bis Litera b gestellt. Er hat das Wort zur Begründung.

**Oester:** Mein Antrag betrifft die Kündigungsfrist, die bei temporären Arbeitseinsätzen vom vierten bis sechsten Monat gelten soll. Ich schlage Ihnen vor, im Kommissions-

antrag die Worte «auf das Ende einer Arbeitswoche» zu streichen. Schon der Ständerat ist bei genau diesem Punkt seiner Kommission nicht gefolgt und hat mit gutem Recht auf diese unnötige Erschwerung verzichtet. Die Kleine Kammer hat eingesehen, dass bei der Temporärarbeit eine ganz andere Situation gegeben ist als im gewöhnlichen, auf Dauer angelegten Arbeitsverhältnis. Deshalb liegt mein Antrag im Sinne eines richtig verstandenen Arbeitnehmerschutzes. Beide Vertragspartner wollen bei der Temporärarbeit möglichst grosse Flexibilität. Eine Erschwerung der Kündigung entspricht keinem praktischen Bedürfnis, Herr Fäh wies bereits darauf hin. Dass dem so ist, beweist der Gesamtarbeitsvertrag, den der Schweizerische Kaufmännische Verband (SKV) mit dem Svuta, dem Schweizerischen Verband der Unternehmungen für temporäre Arbeit, abgeschlossen hat. Er sieht in Artikel 7 eine Kündigungsfrist von 2 Arbeitstagen in den ersten vier Monaten und von nur 5 Arbeitstagen vom vierten bis zwölften Monat vor. Sie ist also kürzer als das, was Ihnen die Kommission vorschlägt oder was der Ständerat beschlossen hat. Diese Lösung mit bewusst kurzen Kündigungsfristen haben die Sozialpartner aufgrund der tatsächlichen, praktischen Bedürfnisse und Gegebenheiten getroffen. Folgerichtig hat sich denn auch die Generalsekretärin des SKV im Ständerat dafür eingesetzt, dass der Gesetzgeber keine Endterminbestimmung – «auf das Ende einer Arbeitswoche» – vorschreibt. Dies mit der wörtlichen Begründung: «Der Arbeitnehmer, der temporär arbeiten will, möchte flexibel, relativ ungebunden sein.» Ich bitte Sie deshalb, meinem Antrag zuzustimmen. Sie übernehmen damit praktisch den Beschluss des Ständerates, wie es die Kommissionsreferenten bereits richtig dargestellt haben, verschärft um das Wörtchen «mindestens», an dem ich nicht rütteln möchte.

**Präsident:** Herr Graf stellt einen Antrag zu Absatz 2bis Litera c. Er hat das Wort zur Begründung.

**Graf:** Die temporäre Arbeit hat eine ausgesprochene Ueberbrückungsfunktion. Deshalb dauern denn auch die meisten temporären Arbeitsverhältnisse weniger als sechs Monate. Gleichwohl gibt es indessen zahlreiche temporäre Einsätze, die sich auf mehr als sechs Monate erstrecken, also beispielsweise sieben bis zwölf Monate dauern. Ich vermag nicht einzusehen, weshalb in solchen Fällen die Parteien das Arbeitsverhältnis nicht ebenso kurzfristig auflösen können sollten, wie dies bei Arbeitsverträgen bis zu sechs Monaten möglich ist. Auch wenn ein Temporärarbeiter länger als sechs Monate in einem Arbeitsverhältnis steht, will er möglichst frei und flexibel bleiben und nicht an die einmonatige Kündigungsfrist gebunden sein. Die Kündigungsschutzinteressen sind bei Temporärarbeitern nicht identisch mit denjenigen bei normalen Arbeitsverträgen.

Die kurzen Kündigungsfristen für sieben- bis zwölfmonatige Arbeitsverhältnisse, wie ich sie in meinem Antrag wünsche, werden sich in der Praxis bestimmt nur bestens bewähren. Der Ständerat hat diese Bestimmung auch aufgenommen. Dass sich diese Regelung auch als praxisbezogen erwiesen hat, geht daraus hervor, dass sie zum festen Bestandteil der Gesamtarbeitsverträge gehören, die zwischen dem Schweizerischen Verband der Unternehmungen für temporäre Arbeit und den Sozialpartnern abgeschlossen worden sind. Herr Oester hat soeben darauf hingewiesen.

Aber auch die Arbeitgeberseite wünscht die kürzeren Kündigungsfristen. Gerade kleinere Betriebe, wie ich hier einen vertrete, sind auf möglichst grosse Flexibilität bei Arbeitsverträgen angewiesen. Erschweren Sie uns die ohnehin fast aussichtslose Arbeitskräftesuche nicht noch zusätzlich! Ich bitte Sie, meinen Antrag gutzuheissen.

**Präsident:** Wir führen die Diskussion über den ganzen Artikel 19.

**Frau Fankhauser:** Im Obligationenrecht haben wir den Kündigungsschutz (nach Ablauf der Probezeit) geregelt, und zwar in Artikel 335c Absatz 1: «Das Arbeitsverhältnis kann

im ersten Dienstjahr mit einer Kündigungsfrist von einem Monat, im zweiten bis und mit dem neunten Dienstjahr mit einer Frist von zwei Monaten und nachher mit einer Frist von drei Monaten je auf das Ende eines Monats gekündigt werden.» und Absatz 2: «Diese Fristen dürfen durch schriftliche Abrede (Normalarbeitsvertrag oder Gesamtarbeitsvertrag) abgeändert werden. Unter einen Monat dürfen sie jedoch nur durch Gesamtarbeitsvertrag und nur für das erste Dienstjahr herabgesetzt werden.»

Die im Artikel 19 Absatz 2 durch die Kommission vorgeschlagene Formulierung ist bereits eine radikale Aushöhlung des Kündigungsschutzes und stellt einen Kompromiss zum Vorschlag der beratenden Kommission dar. Besonders der letzte Satz des OR-Artikels scheint mir von Bedeutung, weil er mit Artikel 19 des Arbeitsvermittlungsgesetzes massiv relativiert wird.

Ich bedaure sehr, dass keine Sozialverträglichkeitsprüfung verlangt werden kann, wenn Anträge zur Lockerung von bereits getroffenen gesetzlichen Entscheiden eingereicht werden. Ich denke hier an den Kündigungsschutz und an unsere Beratung vor gar nicht langer Zeit. Dieser Artikel ist nämlich seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft.

Beim Kündigungsschutz war nie die Rede davon, grundsätzlich zwei Kategorien von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu schaffen. Ich verweise in dieser Sache auf die Ausführungen von Herrn Jelmini im Ständerat. Der Kommissionspräsident hat in seinem Einführungsvotum gesagt: «Dieses Gesetz soll dem Schutz der Schwächeren dienen.» Auf dem Arbeitsmarkt sind nicht alle gleich stark. Die jetzt durch drei Anträge beanstandete Schutzbestimmung ist für die Schwächeren bestimmt und gilt – ich rufe es in Erinnerung – für Temporärstellen, die länger als drei Monate dauern sollen.

Ich sehe kaum noch, worin die Ueberbrückungsfunktion der Anstellung liegen soll – das noch mit rabiat kurzen Kündigungsfristen –, wenn die Anstellung mehr als ein halbes Jahr dauert. Die Konsequenzen von kürzeren Kündigungsfristen, wie sie Herr Fäh, aber auch die Herren Oester und Graf wollen, sind für viele Leute sehr hart. Temporärstellen werden nämlich nicht immer freiwillig gewählt. Gesamtarbeitsvertragliche Regelungen, das heisst sozialpartnerschaftliche Vereinbarungen, können durchaus spezielle Bedürfnisse berücksichtigen. Das Gesetz sollte aber nicht minimalste Lösungen als Regel verankern.

Deshalb bitte ich Sie, den Anträgen der Kommission zuzustimmen und die Anträge der Herren Fäh, Oester und Graf abzulehnen.

**M. Coutau:** Dans cette affaire de la fixation des délais de résiliation du contrat de travail temporaire de durée indéterminée, le Conseil des Etats propose une solution à trois étages, en dérogation de la disposition ordinaire du code des obligations: d'abord, en cas de résiliation pendant les trois premiers mois, ensuite en cas de résiliation pendant la période comprise entre le quatrième et le sixième mois, et enfin pendant la période comprise entre le septième et le douzième mois.

De son côté, la commission vous suggère une solution à deux étages: une première étape qui est à peu près identique à la solution du Conseil des Etats, et une seconde, entre le quatrième et le sixième mois, avec la condition supplémentaire que la résiliation ait lieu à la fin d'une semaine. En réalité, dès le septième mois, c'est la solution du droit ordinaire du code des obligations qui s'appliquerait.

Le groupe libéral vous invite à donner la préférence à la solution du Conseil des Etats et, par conséquent, à soutenir les propositions de MM. Fäh, Oester et Graf.

Certains voudraient ignorer purement et simplement que, depuis le dépôt du projet de loi par le Conseil fédéral, le Parlement a modifié le code des obligations. Vouloir appliquer, comme certains le désirent, le code des obligations durant la première année d'un emploi temporaire dont la durée est indéterminée, reviendrait à supprimer le travail temporaire.

Certes, la proposition de la commission est moins péremptoire et, par conséquent, moins pernicieuse dans ses effets. Mais elle aggrave néanmoins la situation, aussi bien pour les travailleurs que pour les employeurs. Dès le septième mois, c'est la solution ordinaire du code des obligations qui serait donc applicable.

Dans la pratique, le travail temporaire exige une solution spécifique quant au délai de résiliation. Par principe, les deux partenaires qui choisissent ce mode de travail veulent conserver l'un comme l'autre une certaine marge de liberté par rapport à leur engagement. Cette liberté est un élément essentiel de cette forme de relation de travail.

Lors des travaux parlementaires relatifs au délai de licenciement prévu par le code des obligations, des engagements ont été pris à l'égard des formes de contrat particulières telles que le travail temporaire. Je conviens qu'après une durée d'un an et plus de travail temporaire de durée indéterminée, l'application des règles ordinaires du code des obligations peut s'imposer, ou en tout cas se justifier. Nombreuses sont les relations de travail qui restent indéterminées quant à leur durée, même après six mois d'emploi ininterrompu.

Le marché du travail temporaire a beaucoup évolué depuis ces dernières années. Au début, les agences ne plaçaient des travailleurs que pour une durée limitée. Progressivement et dans l'intérêt commun des travailleurs comme des employeurs, ces agences se sont aussi occupées du placement permanent et, aujourd'hui, elles proposent les deux sortes de services.

Si l'on introduit des dispositions qui rendent impérative la limitation des contrats dans le temps, tous ceux qui avaient recours aux agences temporaires pour obtenir un emploi permanent ultérieurement ne pourront plus le faire. Est-ce dans l'intérêt des travailleurs?

Sans dispositions spécifiques qui dérogent au code des obligations, on ne tient pas compte de cette réalité. C'est pourquoi la formule du Conseil des Etats correspond à la réalité et je vous invite à vous y rallier.

**Reimann Fritz, Berichterstatter:** Ich möchte zuerst Herrn Fäh dafür danken, dass er seine Anträge zu Absatz 1 Buchstabe c und Absatz 2 zurückgezogen hat, so dass wir uns auf Absatz 2bis konzentrieren können.

Bei Absatz 2bis schlägt Herr Fäh vor, dass wir dem Ständerat zustimmen und zwar bei a, b und c.

Herr Oester schlägt bei b vor, dass wir den Passus «auf das Ende einer Arbeitswoche» streichen, Herr Graf und Herr Fäh beantragen bei c, dass wir dem Ständerat zustimmen.

Ich muss zugeben, dass in bezug auf die Buchstaben a und b das Wort «mindestens» nicht von sehr grosser Bedeutung ist. Man könnte auch sagen, der Vorschlag von Herrn Oester ändere nicht sehr viel, aber es ist immerhin ein Unterschied, ob man das Arbeitsverhältnis auf Ende einer Woche oder mitten in der Woche auflöst, weil das nämlich bedeutet, dass der Arbeitnehmer mitten in der Woche eine neue Arbeitsstelle antreten muss und auch ein neuer Arbeitgeber jemanden in der Regel nicht mitten in der Woche, sondern an einem Montag einstellt.

Hingegen muss ich sagen, dass Buchstabe c von einiger Bedeutung ist. Wollen wir so weit gehen und die obligationsrechtliche Kündigungsfrist von einem Monat auf 14 Tage herabsetzen? Wir müssen bedenken, dass die Kündigungsfrist im zweiten Dienstjahr nach Obligationenrecht zwei Monate beträgt. Es wird von Flexibilität, von einem Uebergang gesprochen:

Wir schaffen einen sehr harten Uebergang, wenn wir dem Ständerat bei b zustimmen, also von einer vierzehntägigen Kündigungsfrist auf zwei Monate übergehen.

Es wird immer wieder argumentiert, das Temporärpersonal wolle möglichst flexible Arbeitszeiten. Ich möchte aber nochmals darauf aufmerksam machen – Frau Frankhauser hat es schon gesagt –, dass Temporärfirmen nicht nur Leute vermitteln, die ein möglichst freies Arbeitsverhältnis wünschen, sondern auch solche, die ihren angestammten Arbeitsplatz verloren haben und eine neue Stelle suchen.

Vor allem bei Betriebsschliessungen, wenn viele Leute vermittelt werden müssen, muss man eben diejenigen Stellen annehmen, die vorhanden sind. Das Temporärwesen hat eine gewisse Bedeutung gewonnen. Wir müssen in einem solchen Fall auch an die Leute denken, die mehr Sicherheit wollen: Leute, die den Arbeitsplatz verloren haben, wollen nicht mehr Flexibilität.

Deshalb schlägt Ihnen die Kommission vor, den Buchstaben c nach Ständerat zu streichen und beim Obligationenrecht zu verbleiben. Die Kommission hat dem Vorschlag, wie er auf der Fahne vorliegt, ohne Gegenstimme zugestimmt. Ich möchte Sie bitten, dies ebenfalls zu tun.

**M. Darbellay**, rapporteur: J'aimerais rappeler tout d'abord que la commission du Conseil national a bien tenu compte, d'une part, des promesses qui avaient été faites ici, au moment où l'on a traité du droit ordinaire, c'est-à-dire du code des obligations. Elle a tenu compte également de la situation particulière que représente le travail temporaire et, de ce fait, elle a proposé un compromis qui a été accepté, à l'unanimité, par la Commission du Conseil national. M. Coutau l'a rappelé, ce compromis a deux étages au lieu de trois. Je les reprends rapidement.

Le premier étage concerne les trois premiers mois. En accord avec le Conseil des Etats, nous disons que le congé peut se donner pour un délai de deux jours. Nous avons simplement ajouté le mot «au moins» et même M. Fäh nous a dit tout à l'heure qu'il ne se battrait pas contre ce mot. Je crois qu'effectivement il faut laisser aux partenaires sociaux le soin, s'ils le veulent, de prévoir des délais plus longs.

En ce qui concerne la lettre b, nous avons accepté la proposition du Conseil des Etats de prévoir un délai de congé de sept jours. Par contre, là aussi, nous ajoutons «au moins» et nous disons que ce délai doit être donné pour la fin d'une semaine. Effectivement, quand on travaille depuis trois mois dans une entreprise, on a déjà droit à une certaine protection. Ce que nous proposons maintient la flexibilité, accorde une protection légèrement meilleure; la différence – vous le remarquez – n'est pas très importante.

Par contre, la différence est plus importante au troisième étage, puisque nous supprimons purement et simplement la lettre c qui concerne les rapports de services entre le septième et le douzième mois. Cela veut dire que depuis longtemps le travailleur est en emploi temporaire. S'il avait voulu, dans cette entreprise, prendre un travail définitif, il avait les six premiers mois pour le faire. Nous sommes ici devant un cas exceptionnel et nous devons le traiter de manière à ce que la protection du travailleur soit assurée. Pour cela, il faut maintenir le délai de congé d'un mois qui est prévu par le code des obligations. Je vous rappelle que le Conseil des Etats propose de réduire ce délai à quatorze jours.

Je vous invite, par conséquent, à maintenir le «au moins» dans les deux lettres que nous conservons, à garder, pour la lettre b, le délai pour la fin d'une semaine et à supprimer la lettre c.

**M. Delamuraz**, président de la Confédération: Les alinéas 1 et 2 n'étant plus combattus – je remercie M. Fäh d'avoir retiré son projet d'amendement – il reste l'alinéa 2bis. Ce dernier n'a pas encore été soumis au Conseil national puisqu'il est une création authentique et patentée du Conseil des Etats. A vrai dire, le Conseil national avait déjà parlé de ces délais, mais dans un autre article.

Pour la clarté des choses, le Conseil fédéral estime, avec la commission et sans doute la majorité de votre conseil, qu'il est bon de légiférer séparément et de mettre ainsi sous toit un article 2bis distinct de l'autre. Cependant, on peut hésiter quant au contenu de cet article. Finalement, nous vous proposons, non sans avoir pesé le pour et le contre, d'adhérer à la proposition de la majorité de la commission, à savoir: supprimer la lettre c, compléter les lettres a et b en indiquant qu'il s'agit là de délais de congé minima, ajouter la formulation «pour la fin d'une semaine de travail» à la lettre b.

La version proposée maintenant par la commission du Conseil national représente un compromis entre la décision du Conseil des Etats et celle que vous aviez prise antérieurement et sous une autre forme. Elle offre aux travailleurs une certaine protection contre le licenciement, tout en maintenant dans le secteur du travail temporaire la souplesse nécessaire souhaitée par les entreprises de travail temporaire et par les travailleurs.

Là est bien l'une des caractéristiques du projet, à savoir qu'un délai de résiliation long ou court n'est pas profitable ou défavorable seulement aux travailleurs, mais concerne les deux parties. Si, dans certaines circonstances, le travailleur désire pouvoir disposer d'un délai de résiliation assez bref, dans d'autres cas il souhaitera que, s'il est éjecté de l'entreprise, il le soit dans des délais un peu plus longs. Rien n'est unilatéralement décidé: aussi bien l'intérêt du travailleur que celui du donneur d'emploi doivent être équilibrés et bien recherchés.

A cet égard, la formule de la commission du Conseil national nous paraît la mieux équilibrée, en particulier lorsqu'elle élimine les travaux temporaires durant plus de six mois. En effet, cela ne représente qu'un nombre infinitésimal de demandeurs d'emplois. En outre, si l'on reste au-delà de six mois dans une entreprise, c'est que, ou bien on n'a plus envie de faire du travail temporaire et on se soumet aux règles du code des obligations, ou bien on désire encore faire du travail temporaire, mais pour de plus longues périodes. A ce moment-là, on ne voit pas pour quelle raison il faudrait instituer une régulation spéciale et ne pas obéir au code des obligations. Telle est la différence essentielle née de notre volonté et de notre proposition de biffer la lettre c. En conclusion, je vous demande, dans votre vote concernant l'article 19, de suivre la commission du Conseil national.

*Abs. 1 – Al. 1*  
*Angenommen – Adopté*

*Abs. 2 – Al. 2*  
*Angenommen – Adopté*

*Abs. 2bis Einleitungssatz*  
*Al. 2bis phrase introductive*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission	88 Stimmen
Für den Antrag Fäh	43 Stimmen

*Abs. 2bis Bst. a – Al. 2bis let. a*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission	83 Stimmen
Für den Antrag Fäh	47 Stimmen

*Abs. 2bis Bst. b – Al. 2bis let. b*

*Abstimmung – Vote*

<i>Eventuell – A titre préliminaire</i>	
Für den Antrag Fäh	30 Stimmen
Für den Antrag Oester	98 Stimmen

<i>Definitiv – Définitivement</i>	
Für den Antrag Oester	54 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	78 Stimmen

*Abs. 2bis Bst. c – Al. 2bis let. c*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission	77 Stimmen
Für den Antrag Fäh/Graf	56 Stimmen

**Art. 20***Antrag der Kommission**Mehrheit*

## Festhalten

*Minderheit*

(Allenspach, Aliesch, Coutau, Oester, Rohrbasser, Seiler Hanspeter)

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 20***Proposition de la commission**Majorité*

## Maintenir

*Minorité*

(Allenspach, Aliesch, Coutau, Oester, Rohrbasser, Seiler Hanspeter)

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Allenspach**, Sprecher der Minderheit: In der ersten Runde der Beratungen habe ich in diesem Rate versucht, zwischen den Anträgen des Bundesrates und dem wenig realistischen Vorschlag der damaligen Mehrheit der nationalrätlichen Kommission einen Kompromiss zu finden. Der Nationalrat ist diesem Kompromiss damals erfreulicherweise gefolgt. Die Beratungen im Ständerat und die folgende eingehende Analyse der Vollzugsprobleme und der Praktikabilität des vorgeschlagenen Artikels haben in der Zwischenzeit indes klar gezeigt, dass auch dieser Kompromissvorschlag nicht der Weisheit letzter Schluss war. Der Vorschlag hatte Systemmängel und hätte in der praktischen Durchführung geradezu widersinnige Auswirkungen.

Deshalb empfehle ich heute, den Anträgen des Bundesrates und des Ständerates zuzustimmen.

Der Nationalrat und die Mehrheit der nationalrätlichen Kommission wollen den Verleiher verpflichten, falls der Einsatzbetrieb einem allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag untersteht, nicht nur die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen dieses Gesamtarbeitsvertrages voll anzuwenden, sondern sämtliche Arbeitsbedingungen. Bei einem Gesamtarbeitsvertrag wird in der Regel nur ein Teil der Vertragsbestimmungen vom Bundesrat allgemeinverbindlich erklärt. Gemäss Wortlaut von Artikel 20 in der Fassung des Nationalrates müsste aber der Verleiher nicht nur diese allgemeinverbindlichen Bestimmungen anwenden, sondern sämtliche GAV-Arbeitsbedingungen. Diese Verbindlichkeit des nicht allgemeinverbindlichen GAV-Teils ist systematisch problematisch und widerspricht auch den allgemeinen Prinzipien der Allgemeinverbindlicherklärung.

Die Gesamtarbeitsverträge sind in der Regel auf die normalen Arbeitsverhältnisse ausgerichtet, auf das Stammpersonal, und nicht auf die temporären Arbeitnehmer. In verschiedenen Gesamtarbeitsverträgen ist beispielsweise der Geltungsbereich des GAV eingeschränkt. Es wird unter anderem ausdrücklich bestimmt, dass Lehrlinge, Heimarbeiter und Handelsreisende oder das Kaderpersonal nicht dem GAV unterstehen, weil die Arbeitsverhältnisse dieser Gruppen aus durchaus sachlichen Erwägungen anders zu regeln sind. Was geschieht nun, wenn in einem allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag die temporären Arbeitnehmer ausdrücklich vom Geltungsbereich ausgenommen sind, eine allgemeinverbindliche Ausdehnung des Geltungsbereiches nicht möglich ist? Gilt in einem solchen Fall, Herr Kommissionspräsident, Artikel 20 überhaupt, oder kommt er gar nicht zur Anwendung? Eine Frage, die völlig ungeklärt ist.

Die Uebertragung der Rechte und Pflichten des Stammpersonals auf die temporären Arbeitnehmer, die, rasch wechselnd, nur kurze Zeit im Einsatzbetrieb tätig sind, ist in vielen Fällen geradezu widersinnig. Lassen Sie mich das an einigen Beispielen zeigen.

So wird beispielsweise bei einem allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag der Arbeitgeber verpflichtet, er habe die gesamte Belegschaft bei der eigenen Betriebskrankenkasse zu versichern. Wer ist in diesem Falle Arbeitgeber? Der Einsatzbetrieb? Wenn es so wäre, dann müsste

der temporäre Arbeitnehmer aus seiner eigenen Krankenkasse austreten, damit er für zwei oder drei Wochen obligatorisch in der Betriebskrankenkasse des Einsatzbetriebes versichert werden kann. Ist das sinnvoll? Wenn der Verleiher hier als Arbeitgeber betrachtet wird, dann ist diese Bestimmung schlechthin nicht durchführbar.

Ein anderes Beispiel. Gemäss Gesetz ist der Verleihbetrieb verpflichtet, für die Einhaltung der Sozialversicherungsobligatorien und der entsprechenden Lohnabzüge zu sorgen. In allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen wird aber beispielsweise diese Pflicht dem Einsatzbetrieb übertragen. Die Formulierung des Nationalrates hätte zur Folge, dass ein Temporärarbeitnehmer etwa jeden Monat in eine neue Personaleinrichtung einzutreten hätte. Für ihn müsste etwa jeden Monat wieder mit einer anderen AHV-Ausgleichskasse abgerechnet werden. Sollte aber der Verleiher die Pensionskasse führen müssen, würden für den Temporärarbeitnehmer bei jedem Einsatz wieder andere Pensionskassenbedingungen, andere Pensionskassenabzüge usw., gelten. Ist das sinnvoll? In allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträgen, um ein drittes Beispiel zu nennen, wird der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeitnehmer beispielsweise 8, 10 oder 12 Franken pro Monat GAV-Vollzugskostenbeiträge vom Lohn abzuziehen. Deutlich heisst es, er müsse diesen Abzug in der Lohnabrechnung speziell und gesondert von andern Abzügen ausweisen. Die Lohnabrechnung wird aber im Temporärarbeitsverhältnis nicht vom Einsatzbetrieb, sondern vom Verleihunternehmen vorgenommen. Der Einsatzbetrieb ist also gar nicht in der Lage, einer solchen Verpflichtung nachzukommen. Ganz abgesehen davon, dass Abzug, Verbuchung, Ueberweisung und Kontrolle von derartigen Bagatellbeiträgen im temporären Arbeitsverhältnis einem hochgradigen, administrativen Unsinn gleichkommen. Ich könnte die Liste solcher praktischer Beispiele beliebig verlängern. Und diese Liste ist die Realität.

Wir sind als Politiker verpflichtet, den Vollzug von Rechtsnormen, die wir beschliessen, zu beachten. Wir sollten nicht den Ehrgeiz haben, neue Vollzugskrisen zu provozieren. Wir sollten nicht einmal fahrlässig oder aus ideologischen Gründen neue Vollzugskrisen in Kauf nehmen. Es kann heute schon mit Sicherheit gesagt werden, dass der vorgeschlagene Artikel 20 – in der Fassung des Nationalrates – nicht nur Unklarheiten und Rechtsunsicherheiten schafft, sondern in weiten Bereichen überhaupt nicht anwendbar ist. Im übrigen: Wir haben soeben für Temporärarbeitnehmer im unter jährigen Arbeitsverhältnis besondere Kündigungsregeln aufgestellt – aus der Erkenntnis, dass die normalen Kündigungsregeln weder vom temporären Arbeitnehmer noch vom Einsatzbetrieb gewünscht werden. Kündigungsregeln sind in den meisten Fällen Wesenselemente der gesamtarbeitsvertraglichen Arbeitsbedingungen. Gelten nun bei einem allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag die gesamtarbeitsvertraglichen Kündigungsregeln, oder gelten die heute beschlossenen besonderen Kündigungsregeln? Auch diese Frage ist absolut ungeklärt.

Es geht mir nicht darum, die arbeitsrechtliche Position des Temporärarbeitnehmers zu schwächen und den Arbeitnehmerschutz in diesen Bereichen abzubauen. Es geht mir vielmehr um Rechtssicherheit, um Transparenz und um Praktikabilität. Man kann eben nur Gleiches mit Gleichem vergleichen. Die Anträge des Bundesrates und des Ständerates folgen diesem Prinzip. Sie sind legislatorisch besser als unsere früheren Beschlüsse.

Ich ersuche Sie deshalb, mit meinem Minderheitsantrag dem Bundesrat und dem Ständerat zuzustimmen.

**M. Rohrbasser:** Je ne reviendrai pas sur les propos tenus par M. Allenspach qui a expliqué dans le détail les différentes impossibilités d'appliquer cet article de loi. En toute chose c'est le pragmatisme qui compte, les lois généralement les plus simples sont les plus applicables. A force de vouloir tout régler dans une loi, on finit par ne rien régler du tout et il ne faudrait pas faire preuve de perfectionnisme à l'helvétique en la matière, nous risquerions de nous perdre,

surtout si les exigences demandées dépassent les possibilités.

Il ne faut pas perdre de vue que tous les articles que nous mettons en place devront se fondre dans la pratique. On se plaint continuellement des lourdeurs administratives et de leurs conséquences sur la flexibilité et sur l'adaptation du marché. Or, en l'occurrence, nous allons multiplier les procédures de recours justement parce que nous sautons à pieds joints dans une insécurité juridique. L'application de cet article deviendrait rapidement incontrôlable et inapplicable. Revenons plutôt à la raison et ne demandons que ce qui peut être obtenu: à l'impossible, nul n'est tenu!

L'UDC vous recommande de vous rallier à la proposition de la minorité, scellant ainsi la version du Conseil des Etats et celle du Conseil fédéral.

**Leuenberger-Solothurn:** Ich möchte Sie dringend bitten, der Kommissionmehrheit zuzustimmen und den Minderheitsantrag Allenspach abzulehnen. Ich habe soeben zu Herrn Allenspach gesagt, es töne in meinen Ohren etwas zynisch, wenn man im Differenzvereinigerungsverfahren plötzlich findet, dass eine Bestimmung nicht durchführbar sei, nachdem man vorher monate-, wenn nicht jahrelang in Kommissionen gegessen ist und sich mit diesen Fragen auseinandergesetzt hat. Diese eben gehörten Äusserungen werden nicht glaubwürdiger aufgrund des späten Zeitpunktes, zu dem sie hier vorgetragen werden. Worum geht es? Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Bedeutung und die Anwendung von Gesamtarbeitsverträgen. Das wesentliche Problem hat Herr Allenspach selber angesprochen, indem er die Meinung hier geäußert hat, für das Stammpersonal eines Unternehmers könne man ja Gesamtarbeitsverträge anwenden, nicht aber für die Temporärbeschäftigten. Genau in dieser Unterscheidung, in diesem Detail liegt letztendlich der Teufel und dort liegen gewerkschaftliche Befürchtungen. Muss ich denn von der Annahme ausgehen, dass man gedenkt, mit der Zeit dieses Zahlenverhältnis zwischen Temporärbeschäftigten und dem relativ geschützten und arbeitsrechtlich gesicherten Stammpersonal immer mehr zugunsten des weniger gesicherten Temporärpersonals zu verschieben? Will man des weiteren auf diese Weise versuchen, die Gesamtarbeitsverträge – und Gewerkschafter stehen zu ihren Gesamtarbeitsverträgen – auszuhöhlen? Es tönt ohnehin eigenartig, wenn Herr Allenspach, der normalerweise hier gegen jede gesetzliche Regelung in diesem Bereich antritt, mit dem Hinweis wirbt, die Gesamtarbeitsverträge seien viel flexibler und darum sei es besser, diese oder jene Materie eben nicht in einem Gesetz, sondern in einem Vertrag zu regeln. Und wenn er heute, wo man in einem Gesetz versucht, Gesamtarbeitsverträge in Spezialfällen für anwendbar zu erklären, antritt und auch dieses à fonds kritisiert und einfach behauptet, es sei nicht realisierbar, das gäbe grosse, administrative Umtriebe. Es geht ja um sehr wenig, das will ich Ihnen zugeben, und weil es um so wenig geht, finde ich zumindest, dieses Wenige könne man in diesem Gesetz noch stehenlassen. Es geht nämlich darum, ob man in den allgemeinverbindlich erklärten Arbeitsverträgen nur die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen – wie das Herr Allenspach will – für anwendbar erklärt, oder ob man die Lohn- und Arbeitsbedingung, was erheblich weiter gefasst ist, für anwendbar erklärt. Ich brauche nicht besonders zu begründen, weshalb ich als Gewerkschafter der Meinung bin, es seien eben die Lohn- und Arbeitsbedingungen für anwendbar zu erklären, damit – wie ich bereits ausgeführt habe – man nicht über die Beschäftigung grösserer Zahlen von Temporärpersonal den Gesamtarbeitsvertrag in einem Unternehmen unterlaufen kann. Ich bin der Meinung, es stelle sich bei dieser kommenden Abstimmung nicht mehr oder nicht weniger als die eigentliche Gretchenfrage: wie hast du's denn eigentlich mit dem Gesamtarbeitsvertrag?

Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

**Stappung:** Die Entwicklung bei Artikel 20 ist sehr interessant. Seitens der Gewerkschafter wollte man sämtliche

Gesamtarbeitsverträge anerkannt wissen. Herr Allenspach stellte dann diesen Antrag, der das letzte Mal in diesem Rat auf Empfehlung der Kommission beschlossen wurde. Heute hören wir, dieser Weg sei nicht gangbar und ergäbe grosse Probleme. In Tat und Wahrheit wird, wenn wir nur die Arbeitszeit und nicht die Arbeitsbedingungen aufnehmen, die noch bestehende Wenigkeit in diesen Gesamtarbeitsverträgen – in den allgemeinverbindlichen – untergraben und ausgehöhlt.

Ein allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsvertrag – das haben wir an diesem Pult bereits gehört – ist ohnehin am Schluss das Minimum von Arbeitnehmerschutz. Es geht aber wahrscheinlich um etwas ganz anderes: Man will sich von Arbeitgeberseite einmal mehr um zusätzliche Leistungen, die verbindlich im Gesamtarbeitsvertrag stipuliert sind, drücken und damit die ohnehin hohen Kosten der Temporärarbeit, die bezahlt werden müssen, zusätzlich auf den Temporärarbeitnehmer abwälzen. Er soll einmal mehr das Opfer in der Temporärarbeit sein.

Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Allenspach abzulehnen und der Kommission zuzustimmen.

**Reimann Fritz, Berichterstatter:** Der Bundesrat schlägt in Artikel 20 vor, ein Einsatzbetrieb, in dem ein allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsvertrag besteht, habe gegenüber dem Leihpersonal die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen dieses Vertrages einzuhalten.

Von Arbeitnehmerseite wurde jedoch die Forderung erhoben, das Leih- sei dem Stammpersonal gleichzustellen, d. h. nicht nur der allgemeinverbindliche, sondern auch jeder andere für den Einsatzbetrieb geltende Gesamtarbeitsvertrag sei gegenüber dem Leihpersonal einzuhalten, und das nicht nur bei den Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen, sondern auch bei den übrigen im Gesamtarbeitsvertrag enthaltenen Bestimmungen gegenüber dem Leihpersonal.

Im Auftrag der Kommissionmehrheit und des Bundesrates hat die Verwaltung in der ersten Lesung einen dieser Forderung entsprechenden Text ausgearbeitet. Im Plenum hat der Bundesrat allerdings seine ursprüngliche Position verlassen, und auch der Nationalrat hat diesen Vorschlag, der von der Kommissionmehrheit vorgebracht wurde, knapp mit 80 zu 75 Stimmen abgelehnt. Er stimmte einem Minderheitsantrag Allenspach zu, der sich zwar auf die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge beschränkt, jedoch anstelle von Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen alle im Gesamtarbeitsvertrag enthaltenen Arbeitsbedingungen einschliesst.

Diesen vom Nationalrat angenommenen Text hat der Ständerat abgelehnt. Mit 26 zu 12 Stimmen schlägt er die ursprüngliche Fassung vor, welche nur die Lohn- und Arbeitszeitbedingungen von allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen berücksichtigt.

Die Mehrheit unserer Kommission beantragt Ihnen Festhalten, womit alle Lohn- und Arbeitsbedingungen von allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen einbezogen werden.

Eine Kommissionminderheit Allenspach beantragt Ihnen, dem Ständerat zuzustimmen. Herr Allenspach hat es selber gesagt, er bekämpft damit seinen eigenen Antrag, den er in der ersten Lesung mit Vehemenz und Erfolg vertreten hat. Die Temporärarbeit hat an Bedeutung gewonnen. Immer häufiger kommt es vor, dass im gleichen Betrieb am gleichen Arbeitsplatz sowohl Stamm- als auch Leihpersonal beschäftigt wird. Wenn nun der Einsatzbetrieb einem Gesamtarbeitsvertrag untersteht und dieser Gesamtarbeitsvertrag nur für das Stammpersonal Gültigkeit hat, werden für die gleiche Arbeit im gleichen Betrieb unterschiedliche Arbeitsbedingungen eingehalten. Unterschiedliche Ferien usw. bei gleicher Arbeit führten heute schon immer wieder in den Betrieben zu Konflikten zwischen Stammpersonal und Leiharbeiter. Es wäre eigentlich unsere Aufgabe, Herr Allenspach, ein Gesetz so auszuarbeiten, dass wir diese Konflikte in Zukunft vermeiden können.

Ich habe bereits zu Beginn gesagt, dass die Temporärfirmen in den letzten Jahren einen grossen Aufschwung erfahren

haben. Wir müssen damit rechnen, dass diese Art von Arbeitgeber/Arbeitnehmerbeziehungen in der Zukunft noch zunehmen werden. Da sehen die Arbeitnehmerorganisationen – die Gewerkschaften – eine Gefährdung der Gesamtarbeitsverträge. Wenn wir hier für das Leihpersonal die Gesamtarbeitsverträge ausschalten und das Leihpersonal in Zukunft immer mehr zunimmt, bedeutet das eine Schwächung der Gesamtarbeitsverträge. Herr Allenspach, das wollen Sie nicht, und das wollen wir nicht – ich hoffe wenigstens, dass Sie das auch nicht wollen.

Ich empfehle Ihnen deshalb, dass Sie der Kommissionsmehrheit zustimmen und am Artikel 20 festhalten, wie wir ihn hier bereits beschlossen hatten.

**M. Darbellay**, rapporteur: M. Allenspach a eu, tout à l'heure, le fair-play de rappeler que la version du Conseil national, de l'article 20, tel que vous le trouvez sur le dépliant, était de son cru et il l'a défendue lorsque nous avons traité le problème avec autant d'énergie qu'il a combattu ce soir. Personnellement, je m'étonne qu'il ait pu, à cette occasion-là, proposer quelque chose qui ait autant de défauts et je crois qu'il est bon de rappeler le contenu de cet article.

Lorsqu'un employé est loué par une entreprise de location de services à un autre employeur, il y a une relation à trois: l'employeur, patron de l'entreprise de location de services, l'employeur, patron de l'entreprise où travaille la personne louée, et le travailleur. Notre proposition ne consiste pas à changer les responsabilités de l'employeur, le texte le dit d'ailleurs très bien: « ..., le bailleur de services doit appliquer au travailleur les dispositions de la convention collective ... », le bailleur de services reste donc le patron. Par conséquent, les ambiguïtés qui ont été soulevées tout à l'heure par M. Allenspach n'existent tout simplement pas! En ce qui concerne le délai de congé, ce n'est pas le code des obligations qui est applicable, ce sont les dispositions que nous avons votées à l'article 19. Ceci ressort clairement de l'article 20 également.

En ce qui concerne l'assurance-maladie et le deuxième pilier, le bailleur de service est considéré comme employeur et c'est lui qui a la responsabilité de donner à ce travailleur les conditions voulues.

Le problème consiste simplement en ce que le travailleur employé de l'entreprise de location de services travaille dans une autre entreprise avec des ouvriers qui sont engagés directement par le patron de cette entreprise, et chaque fois que les conditions de travail sont différentes, cela crée des problèmes. Dans la même entreprise, des travailleurs exécutant le même travail doivent pouvoir disposer des mêmes conditions de travail. C'est pourquoi nous vous suggérons d'ajouter ce petit mot par rapport au projet du Conseil fédéral. Je vous rappelle que le Conseil fédéral veut simplement soumettre à la convention collective la durée du travail et le salaire. Nous remplaçons les mots « ... le salaire et la durée du travail » par « ... les conditions de salaire et de travail ». Je vous invite à suivre la majorité de la commission.

**M. Delamuraz**, président de la Confédération: Avec une belle constance, je vous ai proposé, dans les articles précédents de vous rallier aux décisions de la majorité de la commission. En ce qui concerne l'article 20, en revanche, je vous demande de suivre la minorité qui a d'ailleurs été battue d'une courte longueur en séance de commission. Pourquoi cette demande? Pour une raison très claire. En effet, lorsque l'on parle de durée du travail, il s'agit de quelque chose de perceptible qui concerne tous les travailleurs, aussi bien les travailleurs temporaires que ceux installés durablement. En revanche, lorsque l'on veut étendre aux travailleurs intérimaires les notions de conditions de travail et non seulement de durée du travail, on va appliquer à ces travailleurs temporaires toute une série de dispositions qui ont été conçues par le législateur, qui ont été voulues par les parties contractantes des conventions collectives, en fonction des travailleurs durablement établis et pas du tout en fonction des travailleurs intérimaires. Ceux-ci, par la

condition même de leur engagement, échappent à cette série de précisions qui concernent toutes la durée du travail. Cela signifie qu'en suivant la majorité de la commission, vous soumettriez les travailleurs intérimaires à des conditions de travail qui sont, par exemple, les congés de perfectionnement, le deuxième pilier, les congés spéciaux pour les jeunes et pour les affaires familiales, les plans sociaux, les règlements d'arbitrage dans des conflits du travail – pour ne citer que ces exemples – qui n'ont – vous en conviendrez avec moi – rien à voir avec les conditions d'un travailleur temporaire. Il ne s'agit pas de moins protéger les travailleurs temporaires que les autres, il s'agit de les protéger sur les points qui les concernent et non pas sur des points qui leur sont substantiellement étrangers. C'est dans cette mesure, afin de ne pas créer une enflure superflue et de ne pas donner à ces dispositions du travail une dimension qui n'intéresse pas les travailleurs temporaires que je vous propose de suivre la minorité de la commission, le Conseil des Etats ainsi que le Conseil fédéral.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit	68 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	63 Stimmen

#### **Art. 23 Abs. 2**

##### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 23 al. 2**

##### *Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Art. 24 Abs. 2**

##### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### **Art. 24 al. 2**

##### *Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Art. 26 Titel, Abs. 2 und 3**

##### *Antrag der Kommission*

##### *Titel*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### *Abs. 2*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

##### *Abs. 3*

Festhalten

#### **Art. 26 titre, al. 2 et 3**

##### *Proposition de la commission*

##### *Titre*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

##### *Al. 2*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

##### *Al. 3*

Maintenir

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Art. 29 Abs. 2**

##### *Antrag der Kommission*

Der Bundesrat bestimmt die Ausnahmen von der Meldepflicht.

#### **Art. 29 al. 2**

##### *Proposition de la commission*

Le Conseil fédéral fixe les dérogations à l'obligation d'annoncer.

#### *Angenommen – Adopté*

**Art. 31 Abs. 4***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 31 al. 4***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 32 Abs. 2***Antrag der Kommission*

.... Arbeitsamt. (Rest des Absatzes streichen)

**Art. 32 al. 2***Proposition de la commission*

.... office cantonal du travail. (Biffer le reste de l'alinéa)

*Angenommen – Adopté***Art. 39 Abs. 1 Bst. a und b, 2 Bst. a, 3 und 3bis***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

**Art. 39 al. 1 let. a et b, 2 let. a, 3 et 3bis***Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté**An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

88.062

**Zuckerwirtschaft. Bundesbeschluss****Economie sucrière. Arrêté fédéral**Botschaft und Beschlussentwurf vom 19. Oktober 1988 (BBl III, 1169)  
Message et projet d'arrêté du 19 octobre 1988 (FF III, 1109)Beschluss des Ständerates vom 13. Dezember 1988  
Décision du Conseil des Etats du 13 décembre 1988

**Präsident:** Es findet eine organisierte Eintretensdebatte statt, beschränkt auf die Berichterstatter und die Kommissionssprecher.

**Portmann,** Berichterstatter: Seit der Steinzeit hält sich der Mensch die Biene – sein erstes Haustier! Denn ihr Honig befriedigte zum ersten Mal seine Lust nach dem vollen Geschmack des Süßens. Dann entdeckte er vor Jahrtausenden die Süsse aus der Zuckerpflanze und hegte sie als erstes Kulturgewächs, aus dem er den «Honig ohne Bienen» presste. Das Abendland hat den Genuss dieses Zuckers zusammen mit der Philosophie des Aristoteles von den Arabern übernommen. Bis zur Neuzeit blieb der Zucker aber das Süßgewürz der Reichen. Ein gewöhnliches Nahrungsmittel ist er nie geworden, auch wenn er nicht mehr in der Apotheke, sondern im Supermarkt verkauft wird: Der erste braucht ihn als rasch wirkenden Brennstoff für Bauch und Kreislauf, der zweite vernascht ihn als süsse Droge für Hirn und Nerven, der dritte meidet ihn als non-valeur, als Leerkalorie ohne Vitamine und Spurenelemente.

Vor 200 Jahren pressten die Preussen zum ersten Mal Zucker aus der Rübe. Damit machten sie das aufgeklärte Europa nach der grossen Revolution vom sogenannten Sklavenzucker aus den Kolonien unabhängig. Europa produziert heute 45mal soviel Rübenzucker wie vor 190 Jahren. Aber es kann nur 80 Prozent seiner Ernte verzehren. Die Medizin sagt, wegen dem immens gestiegenen Genuss von Zucker

wachse der Körper unserer Kinder schneller als ihre Seele. Wenn die Statistik die Wahrheit sagt, isst und trinkt jeder Bewohner unseres Landes 130 Gramm Zucker pro Tag. Das soll doppelt soviel sein, wie er ohne Schaden verträgt. Wir haben also nicht mehr Zucker nötig. Es kommen ohnehin Zuckerersatzstoffe in Mode. Die Amerikaner brauchen seit fünf Jahren mehr Süsstoff als Zucker.

Obwohl die EG zwei Millionen Tonnen Zucker mehr produziert, als sie verbraucht, kauft sie jedes Jahr noch 2,6 Millionen Tonnen aus den Entwicklungsländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks. Mauritius z. B. produziert jedes Jahr in Monokultur 800 000 Tonnen Zucker und kann 60 Prozent dieser Ernte der EG verkaufen. Diese bezahlt dafür (zum Kurs der letzten Woche) 796 Franken pro Tonne. Das sind 78 Prozent mehr als der heutige Weltmarktpreis, der 455 Franken pro Tonne beträgt. Der Weltmarkt kann 33 Millionen Tonnen Zucker nicht verkaufen: Ueberschuss sagt der Pessimist, Vorrat der Optimist, sie verderben den Preis und lassen die Produzenten verarmen, sagt der Realist.

Wir brauchen in der Schweiz jedes Jahr 272 000 Tonnen Zucker. Nur 45 Prozent davon stellen wir im Land her, den Rest importieren wir: 98 Prozent aus der EG, aus Deutschland und Frankreich, 2 Prozent aus Kuba. Unser Grundsatz lautet: Der Zucker, den wir in der Schweiz produzieren, darf für den Konsumenten nicht teurer sein als der Zucker, den wir auf dem Weltmarkt kaufen. Die EG bezahlt für die Herstellung einer Tonne Zucker 1210 Franken. Sie verkauft ihren eigenen Ueberschusszucker und den Ueberschusszucker, den sie den Entwicklungsländer abgekauft hat, für 455 Franken pro Tonne auf dem Weltmarkt. Sempel gesagt: Die EG subventioniert den Export von Ueberschusszucker mit 755 Franken pro Tonne, also zu 60 Prozent.

Wenn wir jedes Jahr 147 000 Tonnen raffinierten Weisszucker aus Deutschland und Frankreich importieren, «entreichern» wir den EG-Agrarfonds um 111 Millionen Franken. Wenn wir aus einheimischen Rüben Zucker herstellen, kostet uns die Tonne 1655 Franken. Unsere Herstellungskosten sind um rund ein Drittel höher als in der EG, was sich objektiv begründen lässt, auch wenn Herr Biel hier etwas anderer Meinung ist.

Der freie Schweizer soll sein grundsätzliches Recht behalten, Zucker zum Weltmarktpreis von 455 Franken pro Tonne plus Grenzabgaben einzukaufen. Die Grenzabgaben sind der Fiskalzoll von 235 Franken pro Tonne und der Beitrag in den Garantiefonds für die Pflichtlagerhaltung von 255 Franken pro Tonne, also 490 Franken pro Tonne. Damit hat der Schweizer das Recht, die Tonne Zucker für 945 Franken Weltmarktpreis zu kaufen. Dafür müssen wir den Preis des selber hergestellten Zuckers von 1655 Franken pro Tonne auf den Weltmarktpreis hinunterfinanzieren. Dieses Verbilligungsmanöver finanzieren wir in einem Solidaritätsakt zwischen Bund, Konsumenten und Pflanzern. Der Bund schießt Steuermittel ein, die Konsumenten zahlen auf der gesamten Zuckermenge von 270 000 Tonnen eine Abgabe – also auch auf dem Zucker, den wir in der Schweiz produzieren –, und die Pflanzler leisten einen Beitrag an die Verbilligungsaktion.

Der Voranschlag für das Zuckerjahr 1989/1990 zeigt: Der Zucker, den wir selber herstellen, kostet 1655 Franken die Tonne, der Zucker, den wir importieren, kostet 945 Franken die Tonne, also klafft pro Tonne Zucker eine Negativ-Differenz von 710 Franken. Wenn wir 125 000 Tonnen Zucker selber produzieren, fehlen uns 88,75 Millionen Franken. Das Loch finanzieren wir über einen Zuckerausgleichsfonds. Ihre Kommission bestätigt diese schon heute vorhandene Einrichtung vorbehaltlos. Der Fonds wird von der Treuhandstelle der Schweizerischen Lebensmittelimporteure verwaltet. Bund, Konsumenten und Pflanzler dotieren ihn. Zuerst schießt der Bund einen sogenannten Vorwegbeitrag von 10 Millionen Franken ein. Ihre Kommission bekennt sich – wiederum ohne Vorbehalte – auch zu diesem schon heute bekannten Vorwegbeitrag des Bundes. Dann zahlen Bund, Konsumenten und Pflanzler dem Fonds die restliche Negativ-Differenz von 78,75 Millionen Franken, und zwar nach einem komplizierten Schlüssel: er ist in der Vorlage verklau-

85.069

## Arbeitsvermittlungsgesetz. Revision Loi sur le service de l'emploi. Révision

Siehe Jahrgang 1988, Seite 564 – Voir année 1988,  
page 564 ci-devant

Beschluss des Nationalrates vom 6. März 1989  
Décision du Conseil national du 6 mars 1989

### Différences – Divergences

#### Art. 1 Bst. b

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Art. 1 let. b

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

**Miville**, Berichterstatter: Bei Artikel 1 Buchstabe b hat der Nationalrat das Wort «ergänzende» (eine ergänzende öffentliche Arbeitsvermittlung) gestrichen. Er schlägt «eine öffentliche Arbeitsvermittlung», tel quel und umfassend, vor, und die Kommission empfiehlt Ihnen, sich dem Nationalrat anzuschliessen.

### Angenommen – Adopté

#### Art. 4 Titel und Abs. 5

##### Antrag der Kommission

##### Titel

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### Abs. 5

##### Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### Minderheit

(Rüesch)

Festhalten

#### Art. 4 titre et al. 5

##### Proposition de la commission

##### Titre

Adhérer à la décision du Conseil national

##### Al. 5

##### Majorité

Adhérer à la décision du Conseil national

##### Minorité

(Rüesch)

Maintenir

**Miville**, Berichterstatter: In Artikel 4 geht es um die Worte «Umfang und Dauer der Bewilligung». Nach der Auffassung des Nationalrats wird die Bewilligung «unbefristet» erteilt, so dass im Titel auch eine Angabe über die Dauer enthalten sein müsse, deshalb schlägt er «Umfang und Dauer der Bewilligung» vor. Auch hier stimmt Ihre Kommission dem Nationalrat zu und empfiehlt Ihnen dasselbe.

**Rüesch**, Sprecher der Minderheit: Nach Absatz 5 Artikel 4 soll der Bundesrat die Bewilligungsgebühren festlegen. Es ist meiner Ansicht nach wirklich nicht einzusehen, warum den Kantonen diese Kompetenz weggenommen werden soll. Gebühren dürfen bekanntlich – gemäss Praxis des Bundesgerichtes – nicht willkürlich festgelegt werden, sondern haben sich nach dem Verwaltungsaufwand zu richten. Dieser ist aber nicht in allen Kantonen gleich gross. Die Verwaltungskosten für gleiche Arbeiten sind in den verschiedenen Kantonen je nach Lohngefüge und Raumkosten unterschiedlich.

Man mag dieses Problem als nebensächlich erachten. Dieser Meinung war offensichtlich auch der Nationalrat, der ohne Dis-

kussion an der bundesstaatlichen Lösung festhielt. Ich meine aber, es geht hier um ein Prinzip, nämlich um das Prinzip, dass der Bund den Kantonen nicht in ihre Verwaltungsangelegenheiten reden soll, wenn dies nicht notwendig ist.

Deshalb wiederhole ich in Sachen Föderalismus mein *ceterum censeo Carthaginem esse delendam* und bitte Sie, an der Streichung festzuhalten.

**Miville**, Berichterstatter: Ich freue mich ausserordentlich über die Schnelligkeit, mit der Herr Rüesch in dieser Gesetzesberatung vorgeht. Er ist mit seinem Minderheitsantrag dem, was der Kommissionspräsident sagen wollte, zuvorgekommen. Das macht aber gar nichts.

Der Nationalrat ist dafür, dass der Bundesrat die Bewilligungsgebühren regle. Die Minderheit – das Abstimmungsergebnis in der Kommission war 5 zu 5 –, sieht darin eine Bedrohung föderalistischer Positionen. Der Kommissionsmehrheit – in diesem Falle also der hauchdünnen Kommissionsmehrheit, das sei zugegeben – ist das nicht wichtig genug, um eine Differenz zum Nationalrat offenzulassen. Wir halten dafür, dass es richtig ist, den Bundesrat für die ganze Schweiz einheitliche Gebühren festsetzen zu lassen.

**M. Delamuraz**, président de la Confédération: La Suisse est un petit marché et dans quelques instants nous allons parler d'un plus grand marché et déplorer que ce plus grand marché lui-même soit encore cloisonné. Imaginez que dans notre petit pays il y ait autant de règles pour la détermination d'un émolument qu'il y a de cantons, imaginez que ces émoluments, comme c'est le cas actuellement, aillent de un à dix. Imaginez cela alors qu'il y a une totale liberté de circulation des travailleurs à l'intérieur du pays, qu'il doit y avoir par conséquent des possibilités de placer des demandeurs de travail par une agence déterminée, aussi bien dans un canton que dans un autre, que tout cela se fasse selon une disparité totale, ce n'est pas très heureux et ce n'est véritablement pas là que je verrais, Monsieur Rüesch, le dernier refuge du fédéralisme. Je le vois, le fédéralisme fort et vigoureux, pour d'autres questions que pour celle-ci.

C'est la raison pour laquelle je vous demande d'octroyer au Conseil fédéral la possibilité de déterminer ces émoluments. C'est un travail purement administratif, qui n'a aucune signification politique. Par conséquent, il ne contredit en rien le fédéralisme. D'ailleurs, lors de la consultation, les gouvernements cantonaux consultés sur ce projet ont été unanimes à déclarer qu'ils suivraient l'idée du Conseil fédéral pour la détermination des émoluments. Je vous prie donc de suivre la recommandation de votre commission.

### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	19 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	11 Stimmen

#### Art. 14 Abs. 1 und 2

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Art. 14 al. 1 et 2

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

**Miville**, Berichterstatter: Während wir bis jetzt Streitpunkte von eher untergeordneter Bedeutung behandelt haben – Entschuldigung, Herr Rüesch, aber ich glaube, man darf das so sagen –, kommen wir jetzt zu einer pièce de résistance, zur Kautionspflicht. Hier ist die Meinung in der Kommission klar zum Ausdruck gekommen. Mit 8 zu 3 Stimmen empfiehlt Ihnen die Kommission, dem Nationalrat zuzustimmen, d. h. die Kautionspflicht nach Artikel 14 im Gesetz zu belassen.

Es sind die Besonderheiten dieser Branche betont worden, die u. a. dadurch gekennzeichnet ist, dass irgend jemand mit geringster Infrastruktur ein Unternehmen gründen kann und schon nach ganz kurzer Zeit mit sehr vielen Arbeitnehmern zu tun hat, sehr viele Arbeitnehmer zu vermitteln hat. Er sollte also

in der Lage sein, für viele Arbeitnehmer von Anbeginn an eine Sicherheit zu bieten. Es war für mich interessant, dass die Svuta, der Verband der temporären Arbeitsvermittlung, gegen diese Kautionspflicht im Grunde nichts einzuwenden hatte. Sie sagte mir, die Bestimmung passe ihr nicht besonders, aber sie würde sich auch nicht dagegen wehren. Sie dient einer gewissen Selbstreinigung der Branche; es ist gar nicht nötig, dass alle möglichen Leute beginnen, Temporärarbeit zu vermitteln, ohne über die nötigen Grundlagen zu verfügen.

Nun gibt es aber – und das hat die Kommissionsminderheit zu ihrer Stellungnahme bewogen – gewisse grundsätzliche Bedenken ordnungspolitischer Art gegen die Kautionspflicht. So wird eingewandt, man erschwere Newcomers den Einstieg in die Branche. Dagegen wurde wieder argumentiert, es sei jedermann möglich, sich durch eine Bank oder Versicherungsgarantie die nötigen Mittel zu beschaffen, um eine solche Kautionspflicht zu leisten.

Mit 8 zu 3 Stimmen empfehlen wir Ihnen, die Kautionspflicht beizubehalten und in diesem Sinne dem Nationalrat bei Artikel 14 zuzustimmen.

**Hefti:** Ich beantrage Ihnen Festhalten.

Die Begründung des Herrn Kommissionspräsidenten müsste schliesslich dazu führen, dass jeder Betrieb, der in grösserer Zahl Leute beschäftigt, mit den gleichen Ueberlegungen einer Kautionspflicht unterworfen werden könnte, und das geht ganz bestimmt zu weit.

Ferner hat der Herr Kommissionspräsident gesagt, es gebe Betriebe, die mit sehr geringem Anfangskapital arbeiten und sich dann stark entwickeln. Wenn wir solches als Nachteil betrachten, bestünden heute in unserem Land verschiedene Unternehmen nicht, auf die wir stolz sind.

**M. Delamuraz, président de la Confédération:** Lors des travaux de votre commission, l'un des membres m'a expressément demandé de me prononcer devant le plénum à propos de cette exigence de sûreté, et cela dans le sens d'un engagement. Il a ajouté que cela ne devrait pas constituer un précédent dont le Conseil fédéral ferait ensuite usage pour étendre la pratique de l'exigence de sûreté à d'autres types d'entreprises et d'activités.

Je fais donc cette déclaration ici de la manière la plus expresse: il est exigé en ce domaine une garantie, afin de couvrir d'une manière correcte le risque d'une déconfiture de telle ou telle de ces sociétés de placement, déconfiture qui ne serait pas couverte par leur capital, tant ce dernier est mince jusqu'au ridicule. Je rappelle qu'un crayon, une gomme, un téléphone, si possible une table et une chaise peuvent constituer le capital d'une telle entreprise. Il est indispensable qu'au moins les salaires de ceux qui se sont adressés à cette entreprise de placement soient couverts, ce qui peut l'être par le système des garanties.

L'idée que nous étendrions une telle disposition à d'autres secteurs n'a évidemment aucun sens, car où il existe un capital à proprement parler nous n'exigerons ni ne proposerons d'exiger des garanties.

La deuxième preuve de la bonne foi du Conseil fédéral se trouve dans l'état actuel des choses. Dans la législation en vigueur, les agences de placement et d'émigration ont l'obligation de fournir des sûretés. Parce que la situation a évolué dans ce domaine et que le Conseil fédéral a apprécié cette évolution, il propose de lever cette obligation. La nouvelle loi ne contient plus aucune trace du droit actuel à l'égard de ces agences de placement et d'émigration.

C'est la deuxième démonstration par l'acte que le Conseil fédéral n'est pas immobile, n'est pas «stur» comme on aime à dire, et qu'il entend bien adapter aux circonstances particulières de chaque secteur cette éventuelle exigence de sûreté.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission  
Für den Antrag Hefti

23 Stimmen  
10 Stimmen

#### **Art. 15 Titel und Abs. 5**

*Antrag der Kommission*

*Titel*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 5*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Minderheit*

(Rüesch)

Festhalten

#### **Art. 15 titre et al. 5**

*Proposition de la commission*

*Titre*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Al. 5*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Minorité*

(Rüesch)

Maintenir

**Le président:** L'article 15 est liquidé par le vote précédent.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit*

*Adopté selon la proposition de la majorité*

#### **Art. 19 Abs. 1<sup>1</sup>, 1, 2 und 2bis**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1<sup>1</sup>*

Der Verleiher muss den Vertrag mit dem Arbeitnehmer in der Regel schriftlich abschliessen. Der Bundesrat regelt die Ausnahmen.

*Abs. 1*

Im Vertrag sind die folgenden Punkte zu regeln:

a. ....

*Abs. 2*

Werden die Erfordernisse bezüglich Form oder Inhalt nicht erfüllt, so gelten die orts- und berufsüblichen Arbeitsbedingungen oder die gesetzlichen Vorschriften, ausser es seien für den Arbeitnehmer günstigere Arbeitsbedingungen mündlich vereinbart worden.

*Abs. 2bis*

Während den ersten sechs Dienstmonaten kann ....

a. (Betrifft nur den französischen Text)

b. .... Frist von mindestens sieben Tagen gekündigt werden.

*Für den Rest:* Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### **Art. 19 al. 1<sup>1</sup>, 1, 2 et 2bis**

*Proposition de la commission*

*Abs. 1<sup>1</sup>*

En règle générale, le bailleur de services doit conclure un contrat écrit avec le travailleur. Le Conseil fédéral règle les exceptions.

*Al. 1*

Le contrat stipulera les points suivants:

a. ....

*Al. 2*

Si les exigences relatives à la forme ou au contenu ne sont pas remplies, les conditions de travail usuelles du lieu et de la profession ou les dispositions légales en la matière sont applicables, à moins que des conditions plus favorables aient été conclues verbalement.

*Al. 2bis*

...., être résilié par les deux parties moyennant un délai de congé de

a. Deux jours au moins ....

b. Sept jours au moins entre le quatrième ....

*Pour le reste:* Adhérer à la décision du Conseil national

*Abs. 1<sup>1</sup> – Al. 1<sup>1</sup>*

**Miville, Berichterstatter:** Herr Delalay hat den Artikel umgestellt und sozusagen keinen Stein auf dem anderen gelassen. Damit hat er die Kommission derart verunsichert, dass ihm ein-

stimmig zugestimmt wurde. (*Heiterkeit*) Im Beschluss des Nationalrats müssen Sie fleissig suchen, um jeweils das Entsprechende zu dem zu finden, was wir Ihnen nun vorschlagen.

In Artikel 19 Absatz 1 fand von Anfang an ein zähes Ringen um die Frage der Schriftlichkeit statt: Müssen solche Arbeitsverträge in allen Fällen schriftlich ausgefertigt werden oder nur in der Regel? Das ist die eine Divergenz.

Die andere Divergenz waren die Kündigungsfristen, wobei betont wurde, dass solche Kündigungsfristen in gewissen Fällen, bei kurzen Arbeitsverhältnissen, nicht nur einen Schutz, sondern auch eine Fessel für den Arbeitnehmer bedeuten könnten.

Schliesslich hat sich dann – mit Ausnahme des Buchstabens c – eine weitgehende Einigung auf den Vorschlag Delalay ergeben.

Da sind wir nun bei der Frage der Schriftlichkeit der Verträge. Der Nationalrat hat die Worte «in der Regel» gestrichen. Ihm schien dieser Begriff überflüssig zu sein.

Für die Ständeratskommission ist diese Formulierung gleichbedeutend mit einer klaren Kompetenzzuweisung an den Bundesrat hinsichtlich der Regelung der Ausnahmen. In diesem Punkt hält die Ständeratskommission am Beschluss des Ständerates fest, und ich empfehle Ihnen in diesem Sinne Beschlussfassung.

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 1 – Al. 1*

**Miville**, Berichterstatter: Wenn wir nun den Artikel betrachten, kommen wir zuerst zu Artikel 19 Absatz 1 Buchstabe c. Der Ständerat hat hier verlangt, dass die Kündigungsfristen erst ab dem zweiten Dienstjahr zwingend im Arbeitsvertrag festzuhalten seien.

Der Nationalrat will, dass in jedem unbefristeten Arbeitsvertrag stets die Kündigungsfrist festzuhalten sei; die Kommission schliesst sich in diesem Punkt dem Nationalrat an.

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 2 – Al. 2*

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 2bis Bst. a – Al. 2bis let. a*

**Miville**, Berichterstatter: Hier hat der Nationalrat das Wort «mindestens» eingefügt. Damit wollte er klar machen, dass es sich bei Kündigungsfristen um Mindestfristen handle, welche keine kürzeren Kündigungsfristen erlauben.

Hier empfehlen wir Ihnen, dem Nationalrat zuzustimmen.

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 2bis Bst. b – Al. 2bis let. b*

**Miville**, Berichterstatter: Hier ist die Ständeratskommission der Meinung, es sei am Beschluss unseres Rates festzuhalten. Wie bei Buchstabe a hat der Nationalrat auch hier das Wort «mindestens» eingefügt: «... Frist von mindestens sieben Tagen auf das Ende einer Arbeitswoche». Das wäre noch angegangen, aber er will nun eine Kündigung auch bloss auf das Ende einer Arbeitswoche zulassen, was natürlich faktisch zu einer längeren Kündigungsfrist führt.

Die Ständeratskommission streicht die Formulierung «auf das Ende einer Arbeitswoche». Wir haben das eigentlich ohne Diskussion beschlossen und damit am Beschluss des Ständerates festgehalten, während wir uns mit dem Wort «mindestens» abfinden können. Es geht also nur noch um den Begriff «auf das Ende einer Arbeitswoche». Hier möchten wir festhalten.

*Angenommen – Adopté*

*Abs. 2bis Bst. c – Al. 2bis let. c*

**Miville**, Berichterstatter: Hier empfehlen wir Ihnen mit 7 gegen 2 Stimmen Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates, wonach dieser Buchstabe c zu streichen sei. Der Ständerat wollte vom siebten bis zwölften Monat der Anstellung eine Kündigungsfrist von zwei Wochen. Indem der Nationalrat Buchstabe c streicht – u. a. im Hinblick auf die Tatsache, dass solche Temporär-Arbeitsverhältnisse sich sehr selten über ein halbes Jahr hinaus erstrecken –, will er bereits ab dem siebten Monat die Regelung des Obligationenrechts einführen, d. h. einen Monat Kündigungsfrist auf das Ende eines Monats. Mit 7 gegen 2 Stimmen haben wir uns dieser Auffassung angeschlossen und empfehlen sie Ihnen zur Annahme.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 20**

*Antrag der Kommission*

*Festhalten*

*Proposition de la commission*

*Maintenir*

**Miville**, Berichterstatter: Artikel 20 hat in der ganzen bisherigen Beratung zu sehr vielen Meinungsverschiedenheiten Anlass gegeben. Das begann schon damit, dass die Gewerkschaften sich mit der Einschränkung auf allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge schlecht abfinden konnten; denn Sie alle wissen, dass nur sehr wenige Gesamtarbeitsverträge in unserem Lande als allgemeinverbindlich erklärt worden sind. Dann ging es weiterhin und vor allem um die Frage, ob es sich hier um Lohn- und Arbeitsbedingungen des Gesamtarbeitsvertrages handeln solle, oder, wie insbesondere der Ständerat das wollte, nur um Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen. Der Nationalrat hat sich nun der Auffassung angeschlossen, dass nicht nur die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen, sondern die Lohn- und Arbeitsbedingungen eines allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrages generell eingehalten werden müssten. Die Ständeratskommission konnte dem nicht folgen. Sie hält am Entscheid unseres Rates fest, wonach eine Anwendung sämtlicher GAV-Bestimmungen bezüglich Arbeitsbedingungen auf ein temporäres Arbeitsverhältnis nicht besonders sinnvoll und praktikabel wäre. Es gibt in den Gesamtarbeitsverträgen – so meint Ihre Kommission – sehr viele Bestimmungen, zum Beispiel sozialversicherungsrechtlicher Art, die sich für diese Temporär-Arbeitsverhältnisse einfach nicht eignen. Wir halten somit am Beschluss des Ständerates in dieser Frage fest. Es hat sich in der Kommission hiegegen keine Opposition mehr ergeben.

**M. Jelmini** : C'est parce que je n'aime pas la solitude que je n'ai pas proposé d'autre amendement à cet article 20. Je dirai simplement que la solution choisie n'est pas la bonne et qu'elle causera bien des ennuis aux tribunaux. Elle crée – le président vient de le dire – des différences de traitement dans une même entreprise entre les travailleurs soumis à un contrat collectif et les travailleurs temporaires. Je ne peux qu'espérer que le Conseil national trouve une solution convenable.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 26 Titel und Abs. 3**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

*Festhalten*

*Minderheit*

(Jelmini, Delalay, Ducret, Jagmetti, Miville)

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

**Art. 26 Titre et al. 3**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

*Maintenir*

*Minorité*

(Jelmini, Delalay, Ducret, Jagmetti, Miville)

Adhérer à la décision du Conseil national

## Abs. 3 – Al. 3

**Miville**, Berichterstatter: Ich schlage Ihnen vor, über den Titel erst zu befinden, wenn wir uns über Absatz 3 klar geworden sind. Sie sind damit einverstanden.

Hier haben wir die Divergenz, die uns immer wieder beschäftigt hat: Dürfen die Arbeitsämter an der Arbeitsvermittlung gar nicht mitwirken, wenn der Arbeitgeber in verschiedener Hinsicht gegen Bestimmungen verstossen hat? Oder ist dem Arbeitsamt bloss die Ermächtigung zu geben, die Vermittlung in eigenem Ermessen in solchen Fällen abzulehnen? Also: Der Ständerat und unsere Kommission möchten festhalten. Der Ständerat gibt dem Arbeitsamt im Sinne einer Kann-Formel die Ermächtigung, die Vermittlung abzulehnen, wenn der Arbeitgeber mehrfach oder schwer gegen Arbeitnehmerschutzbestimmungen verstossen hat. Der Nationalrat will eine Vermittlung in solchen Fällen zwingend verbieten. Zudem will der Nationalrat die Vermittlung zwingend verbieten, wenn der Arbeitgeber die orts- und berufsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht einhält. Der Ständerat und auch eine Mehrheit unserer Kommission halten diese Bestimmung Absatz 3 Buchstabe a für überflüssig. Eine Kommissionsminderheit stimmt dem Beschluss des Nationalrates in dieser Frage zu.

**M. Jelmini**, porte-parole de la minorité: Je ne répéterai pas le discours que j'ai tenu en première lecture, mais j'aimerais simplement vous engager à éviter une divergence sur un point qui, au Conseil national – comme M. Miville vient de le dire – n'a donné lieu à aucune discussion et a été adopté sans opposition. Pourquoi la version du Conseil fédéral? Il ne faut pas obliger les offices du travail, c'est-à-dire des fonctionnaires publics, à collaborer avec des employeurs qui ne respectent pas la loi et qui appliquent des conditions de travail sensiblement inférieures aux normes usuelles de la profession. L'office du travail connaît ces employeurs qui ne versent pas le salaire de manière régulière et un salaire au-dessous du minimum prévu par le contrat collectif, qui viennent de licencier pour des motifs soi-disant d'ordre économique, mettant ainsi les employés dans une situation économique désespérée. Ils commettent donc différentes formes d'abus.

En suivant la faible majorité de la commission, qui n'a peut-être pas saisi la complexité du problème, non seulement on admet que des abus peuvent être accomplis, mais on oblige les fonctionnaires publics à continuer à les admettre. Il n'est pas exact que l'on donne à l'autorité administrative le pouvoir de juger, elle doit seulement constater.

Il n'est pas dans notre volonté de citer devant le juge l'employeur qui, avec l'aide de l'office du travail – qui risque également d'être condamné pour complicité – fixe des conditions sensiblement inférieures aux normes usuelles. C'est la raison pour laquelle, en respectant le droit et l'équité, je vous demande de bien vouloir suivre la minorité de la commission, en votant la solution proposée par le Conseil fédéral.

**M. Delamuraz**, président de la Confédération: J'aimerais tout d'abord rappeler que les offices du travail visés par les dispositions de l'article 26, alinéa 3, sont des offices publics. Ils sont donc astreints par la loi à une certaine activité et ils ne peuvent se soustraire à celle-ci que si la loi les y autorise. Ils n'ont pas du tout la latitude de mouvement d'un office de placement privé.

Or, si nous ne prévoyons pas dans la loi, à l'intention de ces offices publics du travail, des exemptions à leur obligation de placer, ils devront exercer une tâche inacceptable, et même ridicule, puisqu'elle les obligerait à placer des forces de travail auprès d'entreprises dont on sait notoirement qu'elles ne remplissent pas leurs obligations. Pourquoi le sait-on notoirement? Parce qu'un office du travail public est parfaitement au courant de ce qui se passe et pour lui éviter des actions scélérates, il est indispensable que nous prévoyions dans la loi le moyen de se soustraire à l'obligation de placer lorsque les conditions ne sont pas réunies dans l'entreprise dans laquelle on veut placer.

Que tous ceux qui craignent une ingérence intempestive de l'Etat en cette matière se rassurent. L'office du travail ne fera

usage de cette exception que lorsque réellement elle se justifie; l'office du travail n'a pas le pouvoir de juger – permettez-moi l'expression – «à la tête du client», ni d'agir en arbitraire. Il est précisé dans la loi – si vous l'adoptez telle quelle – à quelles conditions claires et nettes l'office public du travail peut et doit se soustraire à l'obligation de placement.

En résumé, je vous dirai que les mesures proposées par la minorité de la commission, allant dans le sens de la décision du Conseil national, sont doublement bonnes d'abord parce qu'il faut prévoir dans la loi la possibilité d'exception et, ensuite, parce que l'exception doit être prescrite dans la loi de manière très limitative afin que les offices publics du travail puissent continuer leur labeur de manière correcte, aussi bien dans l'intérêt des demandeurs d'emploi que dans celui des employeurs. C'est d'ailleurs aujourd'hui l'attitude générale des offices publics du travail.

Nous voudrions simplement, par cette disposition, ancrer légalement cette pratique et c'est la raison pour laquelle nous vous demandons de suivre la minorité de la commission.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit	11 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	24 Stimmen

*Art. 26 Titel – Art. 26 titre*

**Miville**, Berichterstatter: Jetzt können wir auch diesen Titel beschliessen. Nachdem der Ständerat soeben so beschlossen hat, ist es richtig, von «Vermittlungspflicht und Unparteilichkeit» zu sprechen.

*Angenommen gemäss Antrag der Minderheit  
Adopté selon la proposition de la minorité*

**Art. 29 Abs. 2**

*Antrag der Kommission  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates*

**Art. 29 al. 2**

*Proposition de la commission  
Adhérer à la décision du Conseil national*

**Miville**, Berichterstatter: Bei Artikel 29 geht es darum, dass der Bundesrat die Ausnahmen von der Meldepflicht beschliessen soll. Der Ständerat wollte die Ausnahmeregelung im Gesetz. Der Nationalrat will sie auf Verordnungsstufe dem Bundesrat überlassen. Diese Frage scheint Ihrer Kommission keine Differenz wert.

Wir beantragen Zustimmung zum Nationalrat.

*Angenommen – Adopté*

**Art. 32 Abs. 2**

*Antrag der Kommission  
Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates*

**Art. 32 al. 2**

*Proposition de la commission  
Adhérer à la décision du Conseil national*

**Miville**, Berichterstatter: Dasselbe gilt für Artikel 32 Absatz 2. Der Nationalrat sagt, «sie (die Kantone) unterhalten mindestens ein kantonales Arbeitsamt .... » Auch hier haben sich in unserer Kommission sozusagen föderalistische Bedenken ergeben. Der Ständerat hat diese Aussage zur Organisation als Einmischung in die Autonomie der Kantone verstanden. Der Nationalrat will aber im Gesetz erwähnen, dass die Kantone mindestens ein kantonales Arbeitsamt unterhalten sollen. Auch hier findet Ihre Kommission diese Frage keiner Differenz wert. Wir möchten uns dem Nationalrat anschliessen.

*Angenommen – Adopté*

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

mulierung der Kommission zuzustimmen und die Fassung «Erwerbs- oder Ersatzeinkommen» zu wählen.

Mme **Déglise**, rapporteur: Le Conseil national, dans sa séance du 12 juin, s'était arrêté au terme de «revenu» tout court, libellé ainsi: «Aussi longtemps qu'un magistrat touche un revenu, sa retraite est réduite dans la mesure où le total de la retraite d'un revenu professionnel excède le traitement annuel d'un magistrat en fonction». Cela signifiait que le revenu comprenait également celui de la fortune.

Dans sa nouvelle version, la commission vous propose de ne retenir que le revenu professionnel et une rente. Elle renonce donc à tenir compte du revenu de la fortune, ce en quoi, à mon avis, elle a totalement raison.

Le Conseil des Etats s'en tient à la proposition du Conseil fédéral, c'est-à-dire de ne retenir que le revenu professionnel. M. Oester, quant à lui, suggère de revenir à la première version du Conseil national, soit de tenir compte de tous les revenus, y compris ceux de la fortune.

Au nom de la commission, je vous invite à accepter la proposition de la commission de ne retenir que le revenu professionnel et les rentes.

**Oester:** Der Präsident Ihrer Kommission, Herr Seiler, hat einen Vergleich angestellt, und dieser Vergleich ist nicht zulässig. Er hat den Magistraten mit dem hochbesoldeten Beamten verglichen. Es ist richtig, wenn man dem hochbesoldeten Beamten keine Rentenkürzung zumutet, wenn er Vermögen hat, weil er ein Leben lang Prämien für seine Rente einbezahlt hat und deshalb einen Rechtsanspruch darauf erworben hat.

Ich betone noch einmal, das Ruhegehalt der Magistratspersonen ist eine Fürsorgeleistung; man hört dies nicht gerne, aber es ist so. Es ist eine reine Fürsorgeleistung, für die kein Rappen Prämie entrichtet worden ist. Man kann die beiden Dinge nicht vergleichen, weil sie ganz verschieden sind.

Ich bitte Sie sehr, meinem Antrag zuzustimmen. Sie können sicher sein, dass Sie damit der Lösung folgen, die Ihre Wähler in einer Abstimmung auch treffen würden.

Bundesrat **Stich:** Ich möchte Herrn Oester wirklich danken, dass er uns wenigstens am Schluss des Dienstes einer Fürsorgeleistung für würdig hält. Ihr Vergleich, den Sie mit dem Beamten gemacht haben, der ein Leben lang Prämien bezahlt, hinkt etwas. Denn wenn man die Prämien bezahlen müsste, dann ist es vermutlich so wie überall, dass man entsprechend das Einkommen erhöhen müsste. Dann käme es vermutlich – Herr Oester – wieder auf das gleiche heraus.

Ich schätze Sie sehr, Herr Oester. Sonst denken Sie in der Regel doch klar. Aber Ihre Vorstellung, dass man weniger Ruhegehalt bekommen soll, wenn man über ein Einkommen aus Vermögensertrag verfügt, ist nicht logisch. Wenn Sie nämlich ganz konsequent wären, dann müssten Sie sagen, ein Bundesrat oder eine Bundesrätin, der oder die über ein Einkommen aus Vermögensertrag verfügt, habe im Grunde genommen als Bundesrat oder als Bundesrätin auch keinen Anspruch auf eine volle Entschädigung. Das ist doch die logische Konsequenz. Das Ruhegehalt ist eine Fortsetzung, eine Abgeltung für geleistete Dienste, und in der Regel ist jeder Arbeiter seines Lohnes wert. Ich hoffe auch ein Bundesrat.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag Oester	31 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	86 Stimmen

#### Art. 5 Abs. 2

Antrag der Kommission  
Festhalten

#### Art. 5 al. 2

Proposition de la commission  
Maintenir

**Seiler** Hanspeter, Berichterstatter: Dieser Absatz 2 verschwindet logischerweise: Nachdem wir zuvor dem Kommissionsantrag gefolgt sind, entfällt er automatisch.

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 10 Abs. 2bis

Antrag der Kommission

.... ein Erwerbs- oder Ersatzeinkommen ....

#### Antrag Oester

Festhalten am Beschluss des Nationalrates

#### Art. 10 al. 2bis

Proposition de la commission

.... un revenu professionnel ou une rente, sa rente est réduite ....

#### Proposition Oester

Maintenir la décision du Conseil national

**Präsident:** Ich nehme an, Herr Oester, dass aus dem gleichen Grund der Antrag bei Artikel 10 nicht mehr gestellt wird. Damit ist auch diese Differenz bereinigt.

Angenommen gemäss Antrag der Kommission

Adopté selon la proposition de la commission

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

85.069

## Arbeitsvermittlungsgesetz. Revision

## Loi sur le service de l'emploi. Révision

Siehe Seite 236 hiavor – Voir page 236 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 21. Juni 1989

Décision du Conseil des Etats du 21 juin 1989

#### Differenzen – Divergences

#### Art. 19

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

**Reimann** Fritz, Berichterstatter: Einleitend etwas zur Kommissionsarbeit. Ich werde mich dem Wunsch des Präsidenten entsprechend kurz fassen. Wir haben am 31. August in der Kommission zu den Differenzen im Bundesgesetz über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih Stellung genommen. Diese Differenzen haben sich auf ein Minimum reduziert, denn der Ständerat hat sich in wesentlichen Punkten dem Nationalrat angeschlossen. So hat er in Artikel 4 Absatz 5 und in Artikel 15 Absatz 5 den Bewilligungsgebühren sowohl bei der Arbeitsvermittlung wie beim Personalverleih zugestimmt. In Artikel 19 ist der Ständerat dem Nationalrat teilweise entgegengekommen, so dass Ihnen unsere Kommission einstimmig empfiehlt, der vorliegenden Fassung des Ständerates zuzustimmen.

Schliesslich ist der Ständerat – entgegen der Mehrheit seiner vorbereitenden Kommission – in Artikel 26 bezüglich Vermittlungspflicht durch die öffentlichen Arbeitsämter dem Nationalrat gefolgt. Der Nationalrat hat sich somit nur noch mit Artikel 20 zu befassen, zu welchem eine Kommissionsminderheit einen Minderheitsantrag eingereicht hat. Es geht um die Frage, wieweit ein Gesamtarbeitsvertrag, dem der Einsatzbetrieb un-

tersteht, auch für das in diesem Betrieb beschäftigte Leihpersonal Gültigkeit haben soll. Der ursprüngliche Text des Bundesrates beschränkt sich auf allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge, und auch bei diesen nur auf die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen. Nach der Fassung des Nationalrates sollen ebenfalls nur die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge für das Leihpersonal zur Anwendung kommen. Hingegen sollten nach ihm nicht nur die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen, sondern alle im Gesamtarbeitsvertrag enthaltenen Arbeitsbedingungen auf das Leihpersonal angewendet werden.

Der Ständerat hat zum zweiten Mal Festhalten an der bundesrätlichen Fassung beschlossen. Auch der Nationalrat beschloss anlässlich der zweiten Behandlung Festhalten an seiner Fassung.

In unserer Kommission wurden Bedenken geäußert, ein weiteres Festhalten könne die Revisionsvorlage gefährden, zumal der Beschluss des Nationalrates recht knapp ausgefallen war, während der Ständerat ohne Gegenstimme an der bundesrätlichen Fassung festhielt. Eine Minderheit unserer Kommission, die sich mit der bundesrätlichen Fassung nicht abfinden konnte, hat deshalb einen Kompromissvorschlag eingereicht. Er ist zwar wie der Vorschlag Bundesrat auf die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen beschränkt, aber auch die nicht allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge sollen für das Leihpersonal Gültigkeit haben.

Begründet wurde dieser Antrag vor allem mit der Tatsache, dass nur ein kleiner Prozentsatz der in der Schweiz gültigen Gesamtarbeitsverträge allgemeinverbindlich seien und deshalb das Gesetz in der bundesrätlichen Fassung eine grosse Lücke hinterlassen würde. Hinzu kommt, dass vor allem die unterschiedlichen Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen zwischen Stamm- und Leihpersonal im gleichen Betrieb zu Diskussionen und Differenzen Anlass gäben.

Die Mehrheit der Kommission schloss sich jedoch im Interesse einer Einigung mit dem Ständerat der bundesrätlichen Fassung an. Der Minderheitsantrag Leuenberger-Solothurn wurde in der Kommission mit 15 zu 5 Stimmen abgelehnt.

**M. Darbellay**, rapporteur: La loi sur le service de l'emploi nous revient du Conseil des Etats avec trois divergences seulement; deux concernent l'article 19 et une, plus importante, l'article 20. En ce qui concerne l'article 19 sur lequel je m'exprime maintenant, les divergences sont plutôt formelles; il en existe deux, petites, matérielles. Le Conseil des Etats propose que les contrats soient faits en la forme écrite en règle générale, tandis que le Conseil national exigeait la forme écrite. Nous proposons, à l'unanimité, de nous rallier au Conseil des Etats. La deuxième petite divergence concerne le délai de congé de sept jours qui, du quatrième au sixième mois, doit être donné, selon le Conseil national, pour la fin d'une semaine et selon le Conseil des Etats sans qu'il soit précisé la date à laquelle doit aboutir ce congé. Nous vous proposons, ici également, de suivre le Conseil des Etats.

**M. Delamuraz**, président de la Confédération: Nous parvenons à la fin d'une longue navette entre le Conseil des Etats et le Conseil national sur cette question importante. Des divergences d'ordre formel subsistent à l'article 19. Toutefois je me permets d'attirer votre attention sur le fait que les différences de nature politique qui existaient dans les diverses phases que nous avons suivies ont pu peu à peu s'apaiser et se régler, de sorte que je vous serais très reconnaissant de suivre l'avis positif de votre commission pour que les deux divergences de l'article 19 puissent être aujourd'hui définitivement réglées par adhésion du Conseil national à la décision du Conseil des Etats.

J'interviendrai tout à l'heure à propos de l'article 20.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 20**

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

#### *Minderheit*

(Leuenberger-Solothurn, Béguelin, Fankhauser, Longet, Reimann Fritz)

Untersteht ein Einsatzbetrieb einem Gesamtarbeitsvertrag, so muss der Verleiher gegenüber dem Arbeitnehmer die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen desselben einhalten.

#### **Art. 20**

*Proposition de la commission*

*Majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Minorité*

(Leuenberger-Soleure, Béguelin, Fankhauser, Longet, Reimann Fritz)

Lorsqu'une entreprise est soumise à une convention collective de travail, le bailleur de services doit appliquer au travailleur les dispositions de ladite convention concernant le salaire et la durée du travail.

**Leuenberger-Solothurn**, Sprecher der Minderheit: Bei dieser Differenz handelt es sich in der Tat um einen nicht mehr ganz taufrischen Streit zwischen jenen, die glauben, man müsse den Gesamtarbeitsverträgen ihren hohen Stellenwert, ihre hohe Bedeutung auch zubilligen, wenn es um Temporärarbeitsverhältnisse gehe, und jenen, die glauben, Gesamtarbeitsverträge könnten letztlich nur als Störfaktoren wirken.

Der Bundesrat hat ursprünglich vorgeschlagen – und der Ständerat ist ihm ohne Aenderung gefolgt –, es sollten einzig und allein die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge teilweise angewendet werden, indem die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen dieser allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge bei den Temporärverhältnissen zur Anwendung kämen. Der Nationalrat hat das korrigiert und in einem ersten und zweiten Umgang gesagt, man möge doch, wenn man sich schon auf die wenigen allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge beschränke, mindestens alle dort enthaltenen Bedingungen auch anwenden.

Der Ständerat ist fest geblieben, und es ist dann in der nationalrätlichen Kommission der Arbeitgeberseite gelungen darzutun, dass das viel zu viel des Guten und viel zu viele Details wären, wollte man sämtliche Bestimmungen dieser allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge anwenden. Man hat sich dann darauf geeinigt, bloss die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen anzuwenden. Aber die Minderheit, die ich hier zu vertreten habe, möchte im Gegenzug sagen: Man beschränkt sich dann aber nicht auf das gute halbe Dutzend allgemeinverbindlich erklärter Verträge, sondern nimmt alle bestehenden. Die Begründung dazu ist keine formalistische, sondern eine handfeste, die vielleicht bei der gegenwärtigen Konjunkturlage etwas eigenartig tönen mag, aber wir alle haben auch schon andere Konjunkturlagen erlebt.

Von Gewerkschaftsseite wird geltend gemacht – ich habe diese Behauptung übernommen und könnte sie auch belegen –, dass in manchen Betrieben der Versuch unternommen wird, zwar einen Gesamtarbeitsvertrag abzuschliessen – das gehört sich schliesslich so, und man muss ja in Festreden irgend etwas hochpreisen können, wenn nicht gerade das Vaterland, so doch zumindest die Sozialpartnerschaft –, sich also einen Gesamtarbeitsvertrag «zu halten», aber nebenher halbe Werkstätten mit Temporärarbeitnehmern aufzufüllen, die diesen Gesamtarbeitsverträgen nicht unterstehen, was letztlich zu dessen Aushöhlung führen muss.

Selbstverständlich wird man mir entgegnen, dass hier und jetzt und heute und morgen und hoffentlich auch noch übermorgen diese Gefahr keine reale sei, weil die Arbeitsmarktverhältnisse derzeit den Arbeitnehmern eine stärkere Stellung als auch schon einräumen.

Wer sich aber erinnert, was wir in diesem Land vor 15 Jahren erlebt haben – ich stamme aus einer Region, in der die Arbeitgeber über Nacht das amerikanische Hire-and-Fire-Prinzip entdeckt haben –, nämlich, dass die Arbeitgeber jemanden anstellen, wenn ein Auftrag hereinkommt, ihn übermorgen wieder entlassen, wenn der Auftrag ausgeführt ist, der weiss: es nützen alle Gesamtarbeitsverträge nichts, wenn man sich die halbe Belegschaft einer Werkstatt über solche Temporärbüros beschafft hat.

Ein weiteres Argument, das Sie sicher unmittelbar nach meinen Ausführungen hören werden, ist, der Verband dieser Temporärfirmen habe ja mit dem Kaufmännischen Verband einen Gesamtarbeitsvertrag abgeschlossen. Wohlan, das ist wunderbar, aber ich habe mich ja jetzt darauf spezialisiert, vom Werkstättenpersonal zu reden. Es sind bis zur Stunde keine Gesamtarbeitsverträge zwischen diesem Verband der Temporärfirmen und den Branchengewerkschaften bekannt, die vor allem Werkstättenpersonal organisieren. Wenn Sie glauben, Sie könnten hier mit einem schroffen Nein zu unserem sozialdemokratischen Minderheitsantrag den Temporärbüros in die Hände schaffen: Sollten die Temporärfirmen nicht bereit sein, Gesamtarbeitsverträge mit den anerkannten Gewerkschaften abzuschliessen, wird man sie gelegentlich vor das Einigungsamt zitieren müssen, damit auch diese Institution wieder einmal beschäftigt ist.

Es wird auch nicht uninteressant sein zu hören, weshalb der Bundesrat noch heute auf diesem «Vehikel» der allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge fahren will. Der Bundesrat und das Biga allen voran wissen, wie wenige Verträge sie dann allgemeinverbindlich erklären. Normalerweise sind sie nicht gerade «schützig», einen Gesamtarbeitsvertrag allgemeinverbindlich zu erklären. Sie wehren sich – wohlwollend gesagt – normalerweise mit Händen und Füssen dagegen. Darum wirkt es ein bisschen sophistisch, wenn man die allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge ins Feld führt. Bei deren geringer Zahl vermag Artikel 20 in der bundesrätlichen und in der ständerätlichen Fassung praktisch keine Wirkung zu erzielen.

Ich möchte Sie also dringend bitten – ich kann mir nicht vorstellen, dass die Kammer der Kantone gegen die Regelung, wie sie unser Minderheitsantrag vorsieht, aus kantonaler Sicht irgendwelche Einwendungen haben könnte –, diese Regelung ernsthaft in Erwägung zu ziehen, um damit zu unterstreichen, dass Sie gerade in einer wirtschaftlichen Schönwetterperiode zu den Gesamtarbeitsverträgen als zu einem wesentlichen Baustein unserer Sozialordnung stehen.

**Reimann Fritz, Berichterstatter:** Dieser Artikel hat natürlich eine lange Vorgeschichte. Der Bundesrat hat ursprünglich in der Botschaft vorgeschlagen, dass nur als allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge und bei diesen nur die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen für das Leihpersonal angewendet werden sollen.

In der Kommission wurden Stimmen laut, dass das zu wenig sei, und man hat einen Artikel kreiert und in der Kommission mehrheitlich beschlossen, dass sämtliche Gesamtarbeitsverträge, welche im Einsatzbetrieb Gültigkeit haben, und alle darin enthaltenen Artikel auf das Leihpersonal angewendet werden sollen.

Der Nationalrat hat dann diesen Vorschlag der Kommission reduziert auf die allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge, aber bei diesen sämtliche Lohn- und Arbeitsbedingungen einbezogen. Der Ständerat hält zum zweiten Mal fest an seiner Version, nämlich der bundesrätlichen, welche eine Minimalbestimmung enthält.

Der Nationalrat hat das letzte Mal auch Festhalten beschlossen, nämlich Berücksichtigung nur der allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsverträge, aber Einbezug aller Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Ständerat hält fest am Minimum des Bundesrates.

Nun schlägt die Minderheit Leuenberger-Solothurn vor, diesen Artikel umzukehren und gemäss Bundesrat nur die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen für das Leihpersonal anzuwenden, jedoch sämtliche für einen Einsatzbetrieb geltenden Gesamtarbeitsverträge für das Leihpersonal gültig zu erklären.

Die Kommissionsmehrheit war jedoch der Auffassung, dass man dem ganzen Streit ein Ende setzen und dem Ständerat und dem Bundesrat zustimmen solle. Das war im Grunde genommen das Hauptargument gegen den Antrag Leuenberger-Solothurn.

Ich muss Ihnen im Auftrag der Mehrheit der Kommission beantragen, den Antrag Leuenberger-Solothurn abzulehnen, auch wenn ich ihm persönlich zustimme.

**M. Darbellay, rapporteur:** L'article 20, que nous discutons maintenant, prévoit – selon la version du Conseil fédéral acceptée ensuite par le Conseil des Etats – que: «Lorsqu'une entreprise est soumise à une convention collective de travail avec déclaration d'extension, le bailleur de services doit appliquer les dispositions de la convention collective concernant le salaire et la durée de travail». Deux sujets sont à traiter: tout d'abord, faut-il tenir compte uniquement des conventions collectives avec déclaration d'extension ou de toutes les conventions collectives? Ensuite, faut-il tenir compte uniquement des dispositions concernant le salaire et la durée du travail ou bien de toutes les conditions de salaire et de travail?

En un premier temps, la commission du Conseil national a retenu toutes les conventions collectives et toutes les conditions relatives au salaire et au travail. Le Conseil national ne l'a suivie que partiellement puisqu'il a repris la disposition du Conseil fédéral concernant les conventions collectives de travail avec déclaration d'extension. Aujourd'hui, la commission du Conseil national renonce à cette proposition, comme elle renonce également à la prise en compte de toutes les conventions collectives de travail. En revanche, M. Leuenberger-Soleure reprend la disposition qui voulait que l'on tienne compte de toutes les conventions collectives mais laisse tomber la deuxième.

Il faut reconnaître que, du point de vue social et de la protection des travailleurs, la décision du Conseil national et la proposition présentée aujourd'hui par M. Leuenberger et les signataires de la proposition de minorité sont meilleures.

Toutefois, tout comme nous l'avons fait dans le cadre de la commission, nous voudrions faire une réflexion politique. Ce projet circule depuis un certain temps entre le Conseil national et le Conseil des Etats. Le Conseil des Etats a fait des concessions importantes et intéressantes. Il n'existe plus aujourd'hui que trois divergences. Les deux que nous avons liquidées tout à l'heure étaient mineures. C'est la dernière qui revêt la plus grande importance en ce qui concerne la protection des travailleurs, mais elle implique plus de charges administratives, il faut bien le reconnaître. C'est pourquoi, afin que nous puissions voter le 6 octobre sur un texte adopté par les deux Chambres, et dans le but de faire un pas en direction du Conseil des Etats, la commission du Conseil national, par 15 voix contre 5, vous propose d'adhérer à la proposition du Conseil des Etats qui rejoint celle du Conseil fédéral.

**M. Delamuraz, président de la Confédération:** Cet article 20 a connu une succession de fortunes diverses. Je me réjouis tout d'abord que la commission du Conseil national ait finalement retenu uniquement le salaire et la durée du travail comme éléments devant être pris en compte dans les conventions collectives de travail, applicables à des travailleurs temporaires. Je m'en réjouis parce que cela montre de la part de votre commission la volonté de vouloir achever enfin ce long travail, cette longue navette qui s'était établie à propos de ce projet de loi. Je m'en réjouis surtout aussi car une telle formule est tout simplement logique. Pour celui qui ne travaille que quelques semaines dans une entreprise, six mois au plus en général, l'essentiel sont ces deux conditions de travail et non pas les autres qui n'ont une signification sérieuse que pour celui qui veut rester durablement dans ce secteur ou dans cette maison.

Sur ce point, c'est l'unanimité aujourd'hui, tant de la part de la commission que de la part de M. Leuenberger-Soleure dans la proposition de minorité qu'il vous fait. Là où il y a divergence – cinq membres de la commission ont suivi M. Leuenberger-Soleure – c'est de savoir s'il faut, dorénavant, prendre en compte pour le travail temporaire uniquement les conventions collectives munies de la clause de généralisation ou, au contraire, toutes les conventions collectives de travail existantes en Suisse. M. Leuenberger-Soleure est pour toutes ces conventions collectives. En revanche, le Conseil fédéral, avec une confortable majorité de la commission, dit non, car ces conventions sont au nombre de 1600 et non répertoriées. Le travail minutieux qu'il conviendrait de faire, au moment où l'on engage quelqu'un dans une entreprise, consisterait à se demander d'abord si l'entreprise est assujettie à une convention

collective de travail, ensuite à connaître les conditions de 1600 conventions de travail, toutes différentes les unes des autres. Ce travail – excusez-moi de le dire – passant par l'accomplissement complet de ces conditions, est impossible, disproportionné. Je ne suis pas de ceux qui se laissent *a priori* impressionner par les arguments des fonctionnaires disant que c'est administrativement impossible. Je demande à y voir de plus près, ce que j'ai fait dans le cas présent. J'ai dû constater que l'argument de la disproportion administrative était bel et bien réel et que dans la pratique, ou bien on serait astreint à des recherches fastidieuses et n'ayant pas d'intérêt direct pour le travailleur temporaire, ou bien, tout simplement, on n'appliquerait pas les conditions posées par le Conseil national d'abord, puis par le Conseil des Etats, lequel ne promettrait pas d'ailleurs de s'associer à une telle mesure si le Conseil national l'a décidé cet après-midi.

Vous ne voulez donc pas, Mesdames et Messieurs les législateurs, accoucher d'une loi qui soit manifestement difficile à appliquer et disproportionnée dans ses effets. Vous ne voulez pas non plus accoucher d'une loi qui ne sera pas appliquée par la suite. Ce n'est pas une manière de légiférer en sachant d'avance que ceux qui sont chargé d'appliquer la loi ne pourront pas le faire. Par conséquent, on aura jeté comme ça un leurre parfaitement inutile dans l'opinion. Vous voulez plutôt être réalistes, vous voulez parvenir à la fin d'un long processus à sauver l'essentiel, un essentiel qui a été dans une certaine phase de notre route menacé. Pour sauver l'essentiel, il faut voter la majorité de la commission et repousser l'amendement de M. Leuenberger-Soleure.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit	84 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	46 Stimmen

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

89.052

**Zolltarifische Massnahmen 1989/I**  
**Tarif des douanes. Mesures 1989/I**

Bericht, Botschaft und Beschlussentwurf vom 16. August 1989 (BBl II, 101)  
Rapport, message et projet d'arrêté du 16 août 1989 (FF II, 102)

**Präsident:** Wir haben zu diesem Geschäft noch drei persönliche Vorstösse mittraktandiert, weil sie thematisch mit dem Hauptgeschäft in Zusammenhang stehen und behandlungsreif sind. Ich schlage Ihnen deshalb folgendes Vorgehen vor: Wir führen die Diskussion gleichzeitig über die zolltarifischen Massnahmen und folgende drei Vorstösse: das Postulat der Wirtschaftskommission, die Interpellation der grünen Fraktion und die Motion Ziegler. Die Reihenfolge der Redner zu Beginn der Debatte wäre deshalb die folgende: Die Berichterstatter der Kommission nehmen Stellung zum Bericht des Bundesrates, zu den beiden Bundesbeschlüssen und zum Postulat der Kommission. Nachher äussern sich die Vertreter der Interpellation der grünen Fraktion und der Motionär Hans Ziegler. Hierauf erfolgt die allgemeine Aussprache. Dann nehmen wiederum die Kommissionsberichterstatter und der Bundesrat Stellung. Dann hat der Rat über die einzelnen Anträge zu entscheiden. – Sie sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

**Allenspach,** Berichterstatter: Bei den im Bericht des Bundesrates erwähnten zolltarifischen Massnahmen geht es insbesondere um die vorzeitige Inkraftsetzung von Zollreduktionen im Bereiche von Tropenprodukten, die an der Gatt-Konfe-

renz in Montréal vereinbart worden sind. Darüber hinaus hat der Bundesrat bei diesen Massnahmen ohne internationale Rechtspflicht den Einfuhrzoll für Roh- und Kristallzucker aus Entwicklungsländern aufgehoben. Er hat damit den Intentionen, die in der Diskussion um den Zuckerbeschluss in diesem Rate zum Ausdruck kamen, in anderer Form richtungsgerecht entsprochen. Mit dem Bericht werden zudem zwei Zollabkommen mit der EG, die aufgrund des Beitritts von Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft notwendig wurden, zur Genehmigung unterbreitet.

Die Wirtschaftskommission empfiehlt, allen Anträgen des Bundesrates zuzustimmen. Mit Genugtuung haben wir die Bereitschaft des Bundesrates, die Zuckerzölle bei Einfuhren aus Entwicklungsländern aufzuheben, vermerkt. Diese Massnahme soll mithelfen, die Konkurrenzfähigkeit der Produzenten in der Dritten Welt zu verbessern.

Die Wirtschaftskommission hat sodann eingehend die Frage erörtert, ob es angesichts der Abholzung tropischer Regenwälder sinnvoll sei, die Zölle für tropische Hölzer bei Einfuhren aus Entwicklungsländern aufzuheben. Ein generelles Importverbot tropischer Edelhölzer wäre mit den Regeln des Gatt nicht vereinbar. Es wäre auch unverhältnismässig, weil die Vernichtung tropischer Regenwälder zumeist durch Brandrodungen zugunsten landwirtschaftlicher Produktionsflächen geschieht. Sinnvoller wäre es nach Auffassung der Wirtschaftskommission, diese tropischen Regenwälder einer geordneten Bewirtschaftung zuzuführen, damit ihren Bestand zu gewährleisten und der dort ansässigen Bevölkerung Lebensgrundlagen zu bieten. Das setzt international koordinierte Hilfe, aber auch Importe von tropischen Hölzern voraus.

In jüngster Zeit sind Gespräche auf internationaler Ebene über diese Probleme eingeleitet worden. Wir wünschen eine aktive Teilnahme des Bundesrates an diesen Gesprächen; wir wünschen aber auch, dass der Bundesrat im nationalen Bereiche alles vorkehrt, was für die Erhaltung der tropischen Regenwälder angezeigt ist. Deshalb fordert die Wirtschaftskommission in einem Postulat den Bundesrat auf, Massnahmen auf nationaler und internationaler Ebene zu prüfen, die einen besseren Schutz der tropischen Regenwälder ermöglichen.

Wir verlangen dabei nicht primär einen Bericht an das Parlament, denn das Parlament hat schon zu viele Berichte über zu viele Problemkreise erhalten. Wir verlangen eine aktive Rolle des Bundesrates, insbesondere auf internationaler Ebene, da die Schweiz dieses Problem bekanntlich nicht allein lösen kann.

Wir möchten, dass der Bundesrat nicht nur prüft, sondern das Mögliche in die Tat umsetzt. Deshalb haben wir unser Postulat offen formuliert: Diese offene Formulierung bedeutet keinen Abstrich an Verbindlichkeit. Es liegt uns daran, die Bedeutung der Erhaltung der tropischen Regenwälder auch für die Schweiz, unsere Mitverantwortung und auch die Dringlichkeit dieser Aufgabe nachdrücklich zu unterstreichen. In diesem Sinne bitten wir um die Ueberweisung des Postulates der Wirtschaftskommission.

**M. Brélaz,** rapporteur: La Commission des affaires économiques a consacré une partie de sa séance du 24 août à l'examen de l'objet qui nous concerne. Contrairement à l'habitude, ce point n'a pas pu être traité en quelques instants.

C'est essentiellement le volet consacré aux réductions tarifaires pour certains produits tropicaux qui a fait l'objet de nos discussions. Il s'agit d'un train de mesures consistant en une mise en vigueur anticipée des travaux du GATT, à Montréal, dans le domaine des produits tropicaux. Cette mise en vigueur anticipée n'est que provisoire. Elle pourra être réexaminée et ajustée en fonction de la contribution des pays en voie de développement dans l'ensemble des domaines de négociation à la fin de l'Uruguay Round.

Le train de mesures conduit à une diminution des recettes douanières de 4 millions par an. Votre commission salue tout d'abord l'effort supplémentaire fait dans la foulée par le Conseil fédéral, indépendamment de l'accord du GATT, en supprimant toute taxe sur le sucre brut ou cristallisé en provenance des pays en voie de développement. Cette mesure conduit à une diminution supplémentaire de 660 000 francs des recettes

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	156 Stimmen
Dagegen	4 Stimmen

**C. Bundesbeschluss über Anlagevorschriften für Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und für Versicherungseinrichtungen****Arrêté fédéral concernant des dispositions en matière de placement pour les institutions de prévoyance professionnelle et pour les institutions d'assurance***Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	95 Stimmen
Dagegen	65 Stimmen

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

88.058

**Finanzhaushaltgesetz****Loi sur les finances de la Confédération**

Siehe Seite 908 hiavor – Voir page 908 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 21. September 1989  
Décision du Conseil des Etats du 21 septembre 1989**A. Bundesgesetz über den eidgenössischen Finanzhaushalt****Arrêté fédéral sur les finances de la Confédération***Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	158 Stimmen
Dagegen	1 Stimme

**B. Bundesbeschluss über die Unterbreitung der Objektkreditbegehren für Grundstücke und Bauten****Arrêté fédéral concernant les demandes de crédits d'ouvrage destinés à l'acquisition de bien-fonds ou à des constructions***Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	160 Stimmen (Einstimmigkeit)
------------------------------------	---------------------------------

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

88.061

**Besoldung und berufliche Vorsorge der Mitglieder des Bundesrates, des Bundesgerichts und des Bundeskanzlers****Rétribution et prévoyance professionnelle des membres du Conseil fédéral et du Tribunal fédéral ainsi que du chancelier de la Confédération**

Siehe Seite 1245 hiavor – Voir page 1245 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 6. Oktober 1989  
Décision du Conseil des Etats du 6 octobre 1989**A. Bundesgesetz über Besoldung und berufliche Vorsorge der Mitglieder des Bundesrates und des Bundesgerichts sowie des Bundeskanzlers****Loi fédérale concernant la rétribution et la prévoyance professionnelle des membres du Conseil fédéral et du Tribunal fédéral ainsi que du chancelier de la Confédération***Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	136 Stimmen
Dagegen	5 Stimmen

**B. Bundesbeschluss über Besoldung und berufliche Vorsorge der Mitglieder des Bundesrates und des Bundesgerichts sowie des Bundeskanzlers****Arrêté fédéral concernant la rétribution et la prévoyance professionnelle des membres du Conseil fédéral et du Tribunal fédéral ainsi que du chancelier de la Confédération****Oester:** Die LdU/EVP-Fraktion wird aus zwei Gründen gegen diesen Bundesbeschluss stimmen:

Erstens ist der aus unseren Reihen stammende Antrag, dass ein volles Ruhegehalt, wie in vielen Kantonen üblich, erst nach mindestens achtjähriger Amtszeit ausbezahlt werden solle, hier im Rat abgelehnt worden, obwohl die Kommission sich hinter diesen vernünftigen Antrag gestellt hatte.

Zweitens ist unser Antrag, beim Ruhegehalt auch den Vermögensertrag als Einkommen zu berücksichtigen, nach anfänglich breiter Zustimmung mit mistfaulen, völlig falschen Argumenten ebenfalls niedergedrückt worden, offenbar nach entsprechender Bearbeitung der Opportunisten. Diese gegenüber dem Steuerzahler nicht vertretbare Bevorzugung der Wohlhabenden mit der grösstmöglichen Kelle lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab, auch mit Rücksicht auf die vielen knapp gehaltenen Rentner in unserem Lande.

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes	105 Stimmen
Dagegen	32 Stimmen

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

85.069

**Arbeitsvermittlungsgesetz. Revision  
Loi sur le service de l'emploi. Révision**

Siehe Seite 1247 hiavor – Voir page 1247 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 21. Juni 1989  
Décision du Conseil des Etats du 21 juin 1989*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes	158 Stimmen (Einstimmigkeit)
---------------------------------	---------------------------------

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

89.042

**Bodenrecht im Siedlungsbereich.  
Sofortmassnahmen  
Droit foncier dans le secteur urbain.  
Mesures immédiates**

Siehe Seite 597 hiervor – Voir page 597 ci-devant  
Beschluss des Nationalrates vom 6. Oktober 1989  
Décision du Conseil national du 6 octobre 1989

**A. Bundesbeschluss über eine Sperrfrist für die Veräusserung nichtlandwirtschaftlicher Grundstücke und die Veröffentlichung von Eigentumsübertragungen von Grundstücken**

**Arrêté fédéral concernant un délai d'interdiction de vente des immeubles non agricoles et la publication des transferts de propriété immobilière**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 38 Stimmen  
Dagegen 3 Stimmen

**B. Bundesbeschluss über eine Pfandbelastungsgrenze für nichtlandwirtschaftliche Grundstücke  
Arrêté fédéral concernant une charge maximale en matière d'engagement des immeubles non agricoles**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 38 Stimmen  
Dagegen 5 Stimmen

**C. Bundesbeschluss über Anlagevorschriften für Einrichtungen der beruflichen Vorsorge und für Versicherungseinrichtungen**

**Arrêté fédéral concernant des dispositions en matière de placement pour les institutions de prévoyance professionnelle et pour les institutions d'assurance**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 27 Stimmen  
Dagegen 16 Stimmen

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

**Arrêté fédéral concernant les demandes de crédits d'ouvrage destinés à l'acquisition de bien-fonds ou à des constructions**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 39 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

88.061

**Besoldung und berufliche Vorsorge der Mitglieder des Bundesrates, des Bundesgerichts und des Bundeskanzlers  
Rémunération et prévoyance professionnelle des membres du Conseil fédéral et du Tribunal fédéral  
ainsi que du Chancelier de la Confédération**

Siehe Seite 457 hiervor – Voir page 457 ci-devant  
Beschluss des Nationalrates vom 18. September 1989  
Décision du Conseil national du 18 septembre 1989

**A. Bundesgesetz über Besoldung und berufliche Vorsorge der Mitglieder des Bundesrates und des Bundesgerichts sowie des Bundeskanzlers  
Loi fédérale concernant la rémunération et la prévoyance professionnelle des membres du Conseil fédéral et du Tribunal fédéral ainsi que du Chancelier de la Confédération**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 39 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**B. Bundesbeschluss über Besoldung und berufliche Vorsorge der Mitglieder des Bundesrates und des Bundesgerichts sowie des Bundeskanzlers  
Arrêté fédéral concernant la rémunération et la prévoyance professionnelle des membres du Conseil fédéral et du Tribunal fédéral ainsi que du Chancelier de la Confédération**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Beschlussentwurfes 37 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

88.058

**Finanzhaushaltsgesetz  
Loi sur les finances de la Confédération**

Siehe Seite 457 hiervor – Voir page 457 ci-devant  
Beschluss des Nationalrates vom 6. Oktober 1989  
Décision du Conseil national du 6 octobre 1989

**A Bundesgesetz über den eidgenössischen Finanzhaushalt  
Loi fédérale sur les finances de la Confédération**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 40 Stimmen  
(Einstimmigkeit)

**B. Bundesbeschluss über die Unterbreitung der Objektkreditbegehren für Grundstücke und Bauten**

85.069

**Arbeitsvermittlungsgesetz. Revision  
Loi sur le service de l'emploi. Révision**

Siehe Seite 353 hiervor – Voir page 353 ci-devant  
Beschluss des Nationalrates vom 6. Oktober 1989  
Décision du Conseil national du 6 octobre 1989

*Schlussabstimmung – Vote final*

Für Annahme des Gesetzentwurfes 33 Stimmen  
Dagegen 4 Stimmen

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*